

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten sowie in Unternehmen • Gewerbeanzeigen • Eisenbahnverkehr
- Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen • Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten • Darstellung der Forstwirtschaft in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen • Preise



6/2007

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Juli 2007

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-07106-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
l oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt		Seite
Kurznachrichten		537
Textteil		
<i>Sabine Mohr</i>	Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten	545
<i>Jörg Feuerhake, Magdalena Bundil</i>	Aufwendungen und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien	556
<i>Jürgen Angele</i>	Gewerbeanzeigen 2006 – Gründungen und Schließungen	567
<i>Kristina Walter</i>	Eisenbahnverkehr 2006 – Rekordjahr für Güter- und Personenverkehr	577
<i>Uwe Reim, Bernd Reichel</i>	Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2005	584
<i>Dr. Margot Münnich</i>	Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten	593
<i>Ligia Frankford</i>	Darstellung der Forstwirtschaft in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	629
<i>Wera Kallnik</i>	Preise im Mai 2007	637
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge		641
Tabellenteil		
Inhalt		1*
Statistische Monatszahlen		2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	537
	Texts	
<i>Sabine Mohr</i>	Information and communication technologies in households	545
<i>Jörg Feuerhake, Magdalena Bundil</i>	Expenditure and investments in information and communication technologies	556
<i>Jürgen Angele</i>	Business notifications in 2006 – start-ups and closures	567
<i>Kristina Walter</i>	Rail transport, 2006 – record year for goods and passenger transport	577
<i>Uwe Reim, Bernd Reichel</i>	Public passenger transport by busses and railways, 2005	584
<i>Dr. Margot Münnich</i>	Receipts and expenditure of pensioner households	593
<i>Ligia Frankford</i>	Presentation of forestry in national accounts	629
<i>Wera Kallnik</i>	Prices in May 2007	637
	List of the contributions published in the current year	641
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

Table des matières		Pages
	Informations sommaires	537
	Textes	
<i>Sabine Mohr</i>	Technologies d'information et de communication dans les ménages privés	545
<i>Jörg Feuerhake, Magdalena Bundil</i>	Dépenses et investissements dans les technologies d'information et de communication	556
<i>Jürgen Angele</i>	Avis officiels en matière des activités commerciales, industrielles et artisanales en 2006 – créations et fermetures	567
<i>Kristina Walter</i>	Transport ferroviaire en 2006 – année record pour le transport de marchandises et de voyageurs	577
<i>Uwe Reim, Bernd Reichel</i>	Transport public de voyageurs avec des autobus et des trains, 2005	584
<i>Dr. Margot Münnich</i>	Recettes et dépenses des ménages de retraités et de pensionnés	593
<i>Ligia Frankford</i>	Présentation de la sylviculture dans la comptabilité nationale	629
<i>Wera Kallnik</i>	Prix en mai 2007	637
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	641
	Tableaux	
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Jahresbericht 2006 erschienen

Mit der vierten Ausgabe des Jahresberichts dokumentiert das Statistische Bundesamt schwerpunktmäßig den Stand und die Entwicklung seines Leistungsangebotes im Jahr 2006. Zwei Interviews mit externen Fachleuten vermitteln Hintergrundwissen zu Themen aus der aktuellen politischen Diskussion. Ein eigenes Kapitel zur Verwaltungsmodernisierung gibt Aufschluss darüber, unter welchen Rahmenbedingungen Aufgaben und Dienstleistungen des Statistischen Bundesamtes erbracht wurden.

Experten des Hauses haben sich mit Anforderungen auseinandergesetzt, die künftig an die amtliche Statistik gestellt werden: der Globalisierung und dem zunehmend spürbaren demografischen Wandel, einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, welche die Abhängigkeit von Wirtschaftsleistung und Umweltverbrauch verdeutlicht, und dem Übergang zu einer Wissensgesellschaft, die eine Weiterentwicklung des statistischen Informationsangebotes erfordern wird.

Eines der zentralen Projekte der amtlichen Statistik in den kommenden Jahren wird die geplante erste registergestützte Volkszählung sein, die wesentlich belastungsärmer und kostengünstiger ausfallen wird als eine herkömmliche Zählung.

Auch die Reform der Unternehmensstatistiken soll in wenigen Jahren abgeschlossen sein. Eine registergestützte Statistik eröffnet den Weg zu höherer Produktqualität bei gleichzeitiger Begrenzung der Belastung von Auskunftspflichtigen auf ein Minimum.

Die Bundesregierung hat im April 2006 beschlossen, das in mehreren europäischen Ländern bereits etablierte Standardkosten-Modell auch in Deutschland einzuführen. Mit diesem Modell sollen subjektive Einschätzungen zur Bürokratielast durch objektive Messungen ersetzt werden. Das Statistische Bundesamt ist mit der praktischen Umsetzung beauftragt worden.

Mit einer Vielzahl von relevanten Informationen leistete das Statistische Bundesamt seinen Beitrag zu den aktuellen Themen der politischen Reformdiskussion: mit neuen Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung, einer Bestandsaufnahme des Bildungswesens, Armutsindikatoren aus der Gemeinschaftsstatistik der Europäischen Union, einem Preismonitor zur Mehrwertsteuererhöhung, mit Daten zur Verwendung klimawirksamer Stoffe und einer Waldgesamtrechnung, mit auf den heutigen Informationsbedarf zugeschnittenen Ergebnissen über Arbeitskosten und Verdienste, einem erweiterten Datenangebot zur Kindertagesbetreuung und neuen Erzeugerpreisindizes für den Dienstleistungsbereich.

Der Jahresbericht richtet sich an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, an Journalisten sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger. Im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) ist er in der Rubrik „Über uns“ zu finden.

Statistisches Bundesamt mit neuem Internetauftritt

Seit kurzem präsentiert sich das Statistische Bundesamt unter der bekannten Adresse <http://www.destatis.de> mit

einem veränderten Erscheinungsbild und mit neuen Funktionalitäten.

Eine stärker themenorientierte Navigation mit Verknüpfung aller thematischen Zusammenhänge hat die Übersicht über das breite und vielfältige Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes deutlich erhöht. Von der Startseite aus sind die fünf Top-Themen erreichbar, alle anderen Themen erreicht man über die Folgeseite – abgesehen von den Querschnittsthemen „Internationales“ und „Regionales“ – in alphabetischer Reihenfolge. Eine flache Navigationsstruktur soll das Auffinden der gewünschten Information mit wenigen Klicks ermöglichen. Sollte dies einmal nicht gelingen, hilft eine deutlich verbesserte Suche weiter. Zu den Neuerungen zählt auch die Umsetzung der Vorgaben der „Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV)“.

Unser Statistik-Shop ist in Publikationsservice umbenannt worden. Hier können weiterhin unsere kostenpflichtigen Veröffentlichungen bestellt und fast alle Publikationen kostenfrei heruntergeladen werden. Sie finden ihn in der Rubrik „Service“ unter „Publikationen“. Die Datenbanken bleiben direkt von der Startseite aus erreichbar, ebenso wie der Zugang zu den Online-Erhebungen.

Die Startseite www.destatis.de informiert wie bisher tagesaktuell über Pressemitteilungen, Neuerscheinungen und sonstige aktuelle Meldungen aus der Welt der Statistik.

Durch die technischen Neuerungen stehen den Besuchern der Website künftig noch mehr Informationen und Inhalte zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt
Jürgen Kieckenbeck, Telefon 06 11/75 - 44 40,
E-Mail: juergen.kieckenbeck@destatis.de.

Aus dem Inland

Scientific-Use-File des Mikrozensus 2005 für die Wissenschaft verfügbar

Beim Statistischen Bundesamt können ab sofort die faktisch anonymisierten Einzeldaten des Mikrozensus 2005 für Forschungszwecke bestellt werden. Wie bei den bisher verfügbaren Mikrozensus-Scientific-Use-Files erfolgt die Lieferung der Daten zu Sonderkonditionen (Bereitstellungsgebühr derzeit 65,- Euro, ab dem 1. August 2007: 95,- Euro), die durch eine Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ermöglicht wurden.

Die Daten der amtlichen Statistik sind für die empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eine der wichtigsten Informationsquellen im Rahmen der Analyse wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge. Dies gilt insbesondere für den Mikrozensus, der als größte Mehrthemenumfrage Deutschlands vielfältige Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung bereithält.

Kennzeichnend für die Erhebungsform des Mikrozensus bis 2004 war das Konzept der festen Berichtswoche, das heißt die meisten Fragen bezogen sich auf die Gegebenheiten in einer einzelnen Berichtswoche im Jahr. In der Regel handelte es sich um die letzte feiertagsfreie Woche im April. Die Mikrozensusergebnisse bis 2004 lieferten somit eine Momentaufnahme der Verhältnisse im Frühjahr und waren – je nach Merkmal mehr oder weniger stark – durch saisonale Schwankungen beeinflusst. Das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350) ordnet in § 3 eine unterjährig, kontinuierliche Erhebung an. Bei dieser Erhebungsform wird das Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt (sogenannte gleitende Berichtswoche). Damit ist es möglich, den Nutzerinnen und Nutzern des Mikrozensus neben jährlichen auch vierteljährliche Durchschnittsergebnisse – also ein deutlich größeres und aktuelleres Informationsangebot mit höherem Aussagegehalt – zur Verfügung zu stellen.

Das Frageprogramm des Mikrozensus ist hinsichtlich der in den einzelnen Jahren zu erhebenden Tatbestände und Periodizitäten in § 4 des MZG 2005 festgelegt. Im Gegensatz zu dem bis 2004 gültigen Gesetz sind keine Unterstichproben mehr vorgesehen, das heißt der Auswahlatz liegt für alle Merkmale einheitlich bei 1% der Bevölkerung. Entsprechend werden im Mikrozensus jährlich rund 390 000 Haushalte in Deutschland mit rund 830 000 Personen befragt. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Wie schon im Zeitraum 1996 bis 2004 gibt es neben dem jährlichen Grundprogramm eine Reihe von Merkmalen, die nur im Abstand von vier Jahren zu erheben sind (vierjährige Zusatzprogramme, z. B. Fragen zur Gesundheit).

Inhaltliche Neuerungen im Erhebungsprogramm des Mikrozensus ab 2005 bestehen im Wesentlichen in der Aufnahme des neuen Themenkomplexes „Migration und Integration“. Die zugehörigen Fragen werden teils jährlich, teils vierjährig gestellt. Im Bereich „Bildung“ werden erstmals die Fachrichtung des höchsten beruflichen Abschlusses und die Art des beruflichen Abschlusses neben einem Hochschulabschluss erfragt. Um die Belastung der Befragten nicht zu erhöhen, wurden im Gegenzug einige Merkmale aus dem Frageprogramm des Mikrozensus gestrichen (unter anderem Eheschließungsjahr, gegenwärtiger Besuch von Kindergarten, -krippe, -hort, normalerweise und tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit in Tagen, Pflegebedürftigkeit, Betriebswechsel).

Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, bei der alle Haushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Dazu werden aus dem Bundesgebiet Flächen (Auswahlbezirke) ausgewählt, in denen alle Haushalte und Personen befragt werden (einstufige Klumpenstichprobe). Ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte (beziehungsweise Auswahlbezirke) werden jährlich ausgetauscht. Folglich bleibt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe (Verfahren der partiellen Rotation).

Nach dem Bundesstatistikgesetz von 1987 dürfen für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben vom Statistischen Bundesamt und von den Statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen in Deutschland mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn sie den Befragten nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft („faktische Anonymität“) zugeordnet werden können. Diese Daten müssen zweckgebunden verwendet werden und sind zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben beendet ist. Für die Weitergabe einer dem konkreten Forschungsvorhaben entsprechenden Variablenauswahl steht das Scientific-Use-File als eine faktisch anonymisierte 70%-Substichprobe des Mikrozensus 2005 mit Einzelangaben über rund 510 000 Personen bzw. 230 000 Haushalte zur Verfügung.

Scientific-Use-Files des Mikrozensus können beim Statistischen Bundesamt bestellt werden. Nähere Informationen dazu erteilt Marianne Teupen, Telefon 0 18 88/6 44-87 08, Telefax 0 18 88 10/6 44-87 08, E-Mail: mikrozensus@destatis.de.

Darüber hinaus können sich interessierte Wissenschaftler an Ansprechpartner im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim (German Microdata Lab, Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim, Telefon 06 21/12 46-2 65, Telefax -100, E-Mail: mikrodaten@zuma-mannheim.de) wenden. Das German Microdata Lab, ZUMA bietet im Internet umfassende Informationen zu den Scientific-Use-Files an, wie zum Beispiel Setups zum Einlesen der Daten, Datendokumentationen, thematische Übersichten, Fragebogen, rechtliche Voraussetzungen der Datenweitergabe und Mikrodaten-Tools (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Mikrodaten/GML/index.htm>).

Neuerscheinungen

Nachhaltig wirtschaften – Natürliche Ressourcen und Umwelt schonen

So lautet der Titel der neuen Ausgabe der Broschürenreihe „Umweltdaten Deutschland“, die das Umweltbundesamt, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie das Statistische Bundesamt gemeinsam herausgeben. Die aktuelle Ausgabe setzt inhaltlich neue Akzente, denn erstmals behandelt sie nur ein Leitthema des sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft: die Nutzung natürlicher Ressourcen – etwa von Rohstoffen, Energieträgern, Wasser und Flächen. Die Publikation bietet mit rund 80 Beiträgen einen Blick auf die Bereitstellung natürlicher Ressourcen, die nötig sind, um den täglichen Bedarf in Deutschland zu decken. Kennzahlen und Trends zeigen, an welcher Stelle der Bereitstellungs-, Produktions- und Konsummuster sich Effizienzgewinne abzeichnen. Ebenso wird deutlich, wo sich die Ressourceneffizienz noch steigern lässt. Die Broschüre bietet u. a. auch umweltökonomische Analysen zu den Umweltindikatoren des kürzlich

vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indikatorenberichts 2006 (siehe auch WiSta 4/2007, S. 329).

Die Broschüre kann dem Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de>, Pfad „Umwelt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Publikationen, Gemeinschaftsveröffentlichungen mit Externen“ entnommen werden. Die Printversion ist über das Statistische Bundesamt, Gruppe III E „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“, kostenfrei zu beziehen.

Kompakt

Eckdaten der laufenden Bevölkerungsstatistiken für das Jahr 2006

Geburten und Sterbefälle

Vorläufige Ergebnisse für das Jahr 2006 zeigen sowohl eine Abnahme der Geburten als auch der Sterbefälle in Deutschland. Die Bevölkerungszahl ging in diesem Zeitraum ebenfalls leicht zurück.

Im Jahr 2006 wurden 673 000 lebend geborene Kinder registriert, 13 000 oder 1,9% weniger als 2005. Die Zahl der Geburten ist seit 1991, mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997, rückläufig. Die Zahl der Sterbefälle war von 1994 bis 2001 ständig gesunken und dann 2002, 2003 sowie 2005 wieder angestiegen. Für das Jahr 2006 gab es mit 822 000 Gestorbenen wieder einen Rückgang der Zahl der Sterbefälle um 8 000 beziehungsweise 1% gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2006 starben damit etwa 149 000 Menschen mehr als geboren wurden. Im Vorjahr war das Geburtendefizit um etwa 5 000 Personen geringer gewesen.

Im Jahr 2006 heirateten 374 000 Paare, im Jahr 2005 hatten 388 000 Paare geheiratet. Damit ist die Zahl der Eheschließungen weiter zurückgegangen (–15 000 oder –3,8%). Seit Anfang der 1990er-Jahre nimmt die Zahl der standesamtlichen Trauungen ab. Diese rückläufige Tendenz war nur 1999, 2002 und 2004 unterbrochen worden.

Wanderungen

Im Jahr 2006 sind nach vorläufigen Ergebnissen 662 000 Personen nach Deutschland zugezogen und 639 000 Personen fortgezogen. Daraus ergibt sich ein Wanderungsüberschuss von 23 000 Personen. Dies waren 46 000 Zuzüge weniger und 11 000 Fortzüge mehr als 2005. Dadurch ging der Wanderungsüberschuss gegenüber dem Vorjahr stark zurück (–71%), nachdem er von 2004 auf 2005 nur um 4% gesunken war.

2006 sind 558 000 ausländische Personen nach Deutschland zugezogen, das waren 4% weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich die seit 2001 anhaltende Tendenz einer rückläufigen Zuwanderung ausländischer Personen fort. Die Zahl der Fortzüge blieb mit 484 000 Personen gegenüber 2005 konstant. Insgesamt reduzierte sich der Wande-

rungsüberschuss ausländischer Personen von 96 000 Personen im Jahr 2005 auf rund 75 000 Personen im Jahr 2006 (– 22 %). Der Wanderungsüberschuss fiel für die alten Bundesländer sowie Berlin mit 67 000 Personen deutlich höher aus als für die neuen Bundesländer (+ 7 000 Personen).

Mit 103 000 Zuzügen im Jahr 2006 (– 25 000 bzw. – 19 % gegenüber dem Vorjahr) setzte sich die rückläufige Tendenz bei den Zuzügen deutscher Personen ebenfalls fort. Diese Zahl enthält die Zuzüge von Spätaussiedlern (ohne ausländische mitreisende Familienangehörige) und von anderen Deutschen, zum Beispiel von Rückkehrern. Ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Zuzüge ist darin zu sehen, dass in den letzten Jahren immer weniger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland zugewandert sind. So wurden 2004 vom Bundesverwaltungsamt die Zuzüge von 50 000 Spätaussiedlern registriert, 2005 waren es 31 000 und 2006 nur noch 7 000. Wird die Gruppe der Spätaussiedler herausgerechnet, bleiben die Zuzüge der übrigen deutschen Personen für das Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr fast konstant (– 1 %), nachdem sie zwischen 2003 und 2005 insgesamt um 8 % zurückgegangen waren.

2006 wurden 155 000 Fortzüge deutscher Personen registriert. Die Zahl der Fortzüge nahm gegenüber dem Vorjahr (145 000) um 7 % zu und blieb damit auf hohem Niveau.

Wie im Vorjahr waren auch 2006 die Hauptzielländer die Schweiz, die Vereinigten Staaten und Österreich. Insgesamt ergibt sich zum zweiten Mal in Folge ein Wanderungsverlust deutscher Bürgerinnen und Bürger, der sich deutlich von 17 000 Personen im Jahr 2005 auf 52 000 Personen im Jahr 2006 erhöht hat.

Die Abwanderungszahlen lassen keine weiteren Aussagen zum Hintergrund der Fortzüge zu. So ist keine Differenzierung möglich, ob der Fortzug eine Auswanderung auf Dauer oder nur eine befristete Ausreise ist, zum Beispiel im Rahmen einer Tätigkeit für ein deutsches Unternehmen im Ausland. Es kann auch nicht unterschieden werden, ob es sich um Spätaussiedler, Eingebürgerte oder Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt.

Ins Ausland zog es vor allem Deutsche aus dem früheren Bundesgebiet und Berlin (143 000); dagegen haben nur 12 000 Deutsche die neuen Länder in Richtung Ausland verlassen. Entsprechend fiel der Abwanderungsverlust deutscher Personen mit 47 000 für die alten Bundesländer und Berlin höher aus als für die neuen Bundesländer (5 000).

Gleichzeitig zogen im Jahr 2006 aus den neuen Bundesländern 136 000 Personen in die alten Länder (2005: 137 000), während 82 000 Menschen die umgekehrte Richtung wählten (2005: 88 000). Damit blieb die Wanderung von Ost nach West nahezu konstant, während sich die West-Ost-Wanderung abschwächte. Die neuen Bundesländer verloren also 2006 per saldo rund 54 000 Personen durch Abwanderung an die alten Bundesländer. Berlin bleibt aufgrund seiner Sonderstellung bei dieser West-Ost-Betrachtung ausgeklammert.

Unter Berücksichtigung der Wanderungen mit dem Ausland und zwischen den Bundesländern von ausländischen und deutschen Personen verzeichnen die alten Bundesländer einschließlich Berlins insgesamt einen Wanderungsgewinn von rund 73 000 Personen und die neuen Bundesländer einen Wanderungsverlust von rund 50 000 Personen.

Bevölkerungsstand

Am 31. Dezember 2006 hatte Deutschland rund 82 315 000 Einwohner. Das waren 123 000 Personen oder 0,1 % weniger als Ende 2005. Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus dem Saldo aus Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge). Der Bevölkerungsrückgang im Jahr 2006 ist darauf zurückzuführen, dass nach vorläufigen Ergebnissen dem Geburtendefizit von etwa 149 000 Personen ein rückläufiger Zuwanderungsüberschuss von rund 23 000 Personen gegenübersteht. Seit 1991 hat es in Deutschland in jedem Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gegeben. Die Bevölkerung nahm jedoch in den meisten Jahren aufgrund eines höheren Wanderungsüberschusses zu, mit Ausnahme der Jahre 1998 sowie 2003 bis 2006.

Der Bevölkerungsrückgang betraf vor allem die neuen Länder (– 101 000 Personen oder – 0,8 % gegenüber 2005), damit setzte sich die Entwicklung von 2005 gegenüber 2004 (– 89 000 Personen) fort. Die Einwohnerzahlen gingen außerdem – wenn auch in der Regel in geringerem Umfang – in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland zurück. Eine Bevölkerungszunahme verzeichneten Bayern und die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. In den Ländern Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sowie im früheren Bundesgebiet insgesamt blieb die Bevölkerungszahl nahezu konstant.

35 000 Beschäftigte weniger im öffentlichen Dienst

Nach vorläufigen Ergebnissen waren am 30. Juni 2006 rund 4,6 Mill. Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Gegenüber 2005 ist dies ein Rückgang um 35 000 Beschäftigte (– 1 %). Neben Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie Zweckverbänden umfasst der öffentliche Dienst auch das Bundeseisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger und die rechtlich selbstständigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts.

Beim Bund ist die Zahl der Beschäftigten um 4 400 auf 477 000 Personen gesunken (– 1 %). Der Rückgang ist unter anderem auf den Personalabbau in der Bundeswehr zurückzuführen. Bei den Ländern arbeiteten mit 2,05 Mill. Beschäftigten im Jahr 2006 rund 28 000 Personen weniger als noch ein Jahr zuvor (– 1 %). Hier liegt die Ursache neben dem allgemeinen Personalabbau auch in der Umwandlung von Hochschulkliniken in selbstständige Einrichtungen des öffentlichen Rechts. Das dortige Personal wird dann nicht mehr im Beschäftigungsbereich des betreffenden Landes, sondern im mittelbaren öffentlichen Dienst insgesamt nachgewiesen. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden fällt der prozentuale Personalarückgang der Gebietskörper-

schaften insgesamt am höchsten aus. Dort sank die Zahl der Beschäftigten um 27 000 Personen auf 1,25 Mill. (-2%). Bei den Gemeinden ist unter anderem die Privatisierung kommunaler Krankenhäuser für die Entwicklung verantwortlich.

Die Zahl der Beschäftigten bei den Zweckverbänden ist gegenüber 2005 um 4 600 auf 55 000 Personen zurückgegangen (8%). Beim Bundeseisenbahnvermögen arbeiteten mit 50 000 rund 1 400 Personen weniger als ein Jahr zuvor, das entspricht einem Minus von 3%. Im mittelbaren öffentlichen Dienst (Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform) waren mit 682 000 Beschäftigten im Jahr 2006 rund 30 000 Personen mehr beschäftigt als 2005 (+5%).

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten am gesamten Personal des öffentlichen Dienstes ist erneut gestiegen, gegenüber dem Vorjahr von 29,6 auf 30,2%. Damit setzt sich der Trend der Ausweitung von Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst fort. Die Änderung gegenüber 2005 ist allerdings überwiegend auf den Anstieg der Altersteilzeit zurückzuführen. Die Zahl der Beschäftigten in Altersteilzeit stieg um 17 000 Personen (+8%). Dagegen nahmen nur etwa 1 000 zusätzliche Beschäftigte (+1%) Teilzeit in Anspruch, die in keinem Altersteilzeitverhältnis begründet war.

Weitere Auskünfte erteilt
Florian Schwahn, Telefon 06 11/75 - 41 05,
E-Mail: personalstatistiken.oeffentlicher-dienst@destatis.de

Jedes zweite Unternehmen geht über Breitband online

Die Zahl der Unternehmen, die über eine Breitbandverbindung auf das Internet zugreifen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. So nutzte 2006 bereits mehr als die Hälfte aller deutschen Unternehmen (54%) mit Zugang zum World Wide Web diese schnelle und leistungsfähige Internetanbindung. Im Jahr 2004 hatte der Anteil erst bei 36% gelegen, im Jahr 2005 bei 44%.

DSL (Digital Subscriber Line)-Verbindungen waren dabei mit 89% weiterhin der am weitesten verbreitete Standard. Andere Breitbandverbindungen über Kabel, Satellit oder Stromleitungen spielten demgegenüber im Jahr 2006 noch immer eine untergeordnete Rolle.

Der Trend zu Breitbandverbindungen zeigt sich auch auf europäischer Ebene. So griffen 2006 rund 80% der Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten und Internetzugang in der Europäischen Union (EU) auf diese Verbindungen mit hoher Datenübertragungskapazität zu. Führend waren hier 2006 erneut die skandinavischen Länder mit Anteilen von 90% und mehr. Deutschland lag mit einem Anteil von 77% bei den Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten leicht unter dem EU-Durchschnitt.

Weitere Auskünfte erteilt
Oliver Bauer, Telefon 06 11/75 - 85 00,
E-Mail: ikt@destatis.de

Aktuelles aus der Hochschulstatistik

Fast 2 000 Habilitationen im Jahr 2006

An deutschen Hochschulen haben sich im Jahr 2006 1 993 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen habilitiert. Das waren etwa genauso viele wie im Vorjahr (2001). Im Vergleich zu 2002, als die Zahl der Habilitationen (2 302) ihren Höchststand erreichte, ist allerdings ein Rückgang um 13% zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte auf die Einführung der Juniorprofessur zurückzuführen sein, die einen alternativen Qualifizierungsweg zum traditionellen Habilitationsverfahren darstellt. Während es 2002 lediglich 102 Juniorprofessuren gab, wurden 2005 bereits 617 Juniorprofessuren gezählt. Im Vergleich dazu blieb die Gesamtzahl der Professorinnen und Professoren mit 37 900 von 2002 bis 2005 annähernd konstant.

Mit der Habilitation weisen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihre Lehrbefähigung nach und können sich um eine Professur an Hochschulen bewerben. Wie in den Jahren zuvor wurden die meisten Habilitationsverfahren 2006 in der Fächergruppe Humanmedizin (45%) abgeschlossen. Darauf folgen die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Mathematik, Naturwissenschaften mit jeweils 19% und die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 10%.

Der Frauenanteil bei den Habilitationen lag 2006 bei 22%. Damit sank er um 1% gegenüber dem Vorjahr. In den Sprach- und Kulturwissenschaften, die mit 38% über den höchsten Frauenanteil an den Habilitierten verfügen, war im Vergleich zu 2005 ein leichter Anstieg um zwei Prozentpunkte zu verzeichnen. Ebenso in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Hier stieg der Anteil der Habilitationen von Frauen um zwei Prozentpunkte auf 20%. Dagegen sank er in der Humanmedizin um zwei Prozentpunkte auf 18%. In Mathematik und Naturwissenschaften blieb der Frauenanteil bei den Habilitierten mit 19% konstant.

Mehr Senioren absolvieren Gaststudium

Im Wintersemester 2006/2007 waren an deutschen Hochschulen 38 200 Gasthörerinnen und Gasthörer gemeldet. Ihre Zahl ist in den letzten zehn Jahren um 4% gestiegen. Bei den über 60-jährigen Gaststudierenden fiel die Zunahme mit 57% besonders deutlich aus. Das Durchschnittsalter der Gasthörerinnen und Gasthörer stieg in diesem Zeitraum von 46 auf 51 Jahre. 46% oder 17 700 Gaststudierende gehörten im Wintersemester 2006/2007 der „Generation 60 plus“ an.

Fast die Hälfte (18 200) der Gasthörerinnen und -hörer im Wintersemester 2006/2007 waren Frauen. Rund 6% (2 200) besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Mit 4 800 Gaststudierenden gehörte Geschichte zu den beliebtesten Studienfächern, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften (4 300) und Rechtswissenschaften (3 000).

Gasthörerinnen und -hörer können auch ohne formale Hochschulreife an einzelnen Kursen und Lehrveranstaltungen der Hochschulen teilnehmen. Zwar ist keine Abschlussprüfung möglich, dennoch gestattet das Gaststudium wissenschaftliche Weiterbildung und ist damit ein wichtiges Element im Kontext des „Lebenslangen Lernens“.

Ordentlich immatrikuliert im Wintersemester 2005/2006 waren 1,97 Mill. Studierende. Davon waren lediglich 4 100 oder 0,2% über 60 Jahre alt. Im Vergleich zu der großen Zahl der ordentlich immatrikulierten Studierenden machen Gasthörerinnen und -hörer nur etwa 2% aus.

Zahl junger Krankenhauspatienten mit der Diagnose Alkoholvergiftung stark gestiegen

Immer mehr Kinder und Jugendliche werden in Deutschland aufgrund akuten Alkoholmissbrauchs stationär im Krankenhaus behandelt:

Wurden im Jahr 2000 bereits 9 500 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 10 bis unter 20 Jahren mit der Diagnose „akute Alkoholintoxikation“ stationär im Krankenhaus behandelt, waren es 2005 mit 19 400 mehr als doppelt so viele (+ 104%).

Darunter fanden sich fast 3 500 Patientinnen und Patienten, die erst zwischen 10 und 15 Jahren alt waren. Selbst in dieser Altersgruppe war ein Anstieg von 57% gegenüber dem Jahr 2000 zu verzeichnen.

Rund 62% der jungen Patienten waren männlich und 38% weiblich. Diese Verteilung hat sich seit 2000 kaum verändert. Ein Blick auf die einzelnen Altersklassen zeigt jedoch eine Verschiebung bei den weiblichen Patienten: Während sich ihr Anteil in der Altersklasse der 15- bis unter 20-Jährigen von 2000 bis 2005 kaum verändert hat (von 34 auf 35%), stieg er in der Altersklasse der 10- bis unter 15-Jährigen von 44 auf 48% an.

Weitere Auskunft erteilt

Thomas Graf, Telefon 0 18 88/6 44 - 81 69,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Jedes siebte Kind unter 6 Jahren wird ganztags betreut

Nach den nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnissen der Statistiken zur Kindertagesbetreuung wurden im Jahr 2006 rund 632 000 Kinder unter 6 Jahren ganztags betreut. Bezogen auf alle Kinder in dieser Altersgruppe waren dies 14,5% der Kinder im Alter bis zu 6 Jahren. Ganztagsbetreuung bedeutet, dass die Kinder mehr als 7 Stunden pro Tag in einer Tageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter oder einem Tagesvater verbringen.

Bei den unter 3-Jährigen haben Eltern von rund 137 000 Kindern Angebote der Ganztagsbetreuung als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch ge-

nommen. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe („Ganztagsquote“) belief sich bundesweit auf rund 6,5%. Deutliche Unterschiede zeigen sich im Vergleich der neuen Länder und des früheren Bundesgebietes (jeweils ohne Berlin) bei der Inanspruchnahme von Ganztagsbetreuung. Während im Osten für rund ein Viertel (25,3%) aller unter 3-Jährigen Ganztagsbetreuung ergänzend in Anspruch genommen wurde, betrug für diese Altersgruppe im Westen die Quote lediglich 2,6%. Die niedrigste Quote findet sich in Niedersachsen mit 1,4%, die höchste Quote gab es in Thüringen (31,1%).

Für die Altersgruppe der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren belief sich die Ganztagsquote bundesweit auf 22,1% (495 000 Kinder). Auch hier lag die Ganztagsquote im Westen mit 15,2% deutlich unter der im Osten (57,7%). Wie schon bei den unter 3-Jährigen wies auch hier Thüringen mit 84,0% die höchste Ganztagsquote auf, Baden-Württemberg mit 6,9% die niedrigste.

Weitere Auskünfte erteilt

Dorothee von Wahl, Telefon 06 11/75 - 81 67,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Umsatz mit Umweltschutzgütern 2005 um 5% gestiegen

Der Gesamtumsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz betrug in Deutschland im Jahr 2005 rund 12,3 Mrd. Euro. Das waren im Vergleich zum Vorjahr 541 Mill. Euro oder 5% mehr. Rund 9,3 Mrd. Euro oder 76% des Gesamtumsatzes wurden im Inland erwirtschaftet. Auf den Export von Umweltschutzgütern entfielen 3 Mrd. Euro, was einem Anteil von 24% am Gesamtumsatz entspricht. Das sind Ergebnisse aus einer Stichprobenerhebung, bei der etwa 5 000 Betriebe, Körperschaften und sonstige Einrichtungen des Produzierenden Gewerbes sowie des Dienstleistungsbereichs in Deutschland befragt wurden.

Rund 8,5 Mrd. Euro wurden durch den Umsatz mit Waren für den Umweltschutz erzielt. Mit 69% war dieser Anteil am Gesamtumsatz um 3 Prozentpunkte (+ 731 Mill. Euro) höher als im Jahr 2004. Daneben konnten mit Bauleistungen wie Kanalbau, Deponiebau oder Gewässerrekultivierung im Jahr 2005 rund 2,5 Mrd. Euro Umsatz erwirtschaftet werden. Das sind 20% des Gesamtumsatzes im Umweltbereich. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsätze mit Bauleistungen um 2,5% gesunken. In den Dienstleistungsbereichen Projektbetreuung und Überwachung, Planung, Untersuchung und Analyse erreichten im Jahr 2005 die Umsätze eine Höhe von 1,3 Mrd. Euro. Mit einem Anteil von etwas mehr als 10% am Gesamtumsatz stagnierte dieser Sektor bezogen auf 2004.

Von allen Umweltbereichen wurden die größten Umsätze mit Waren, Bau- und Dienstleistungen mit rund 4,4 Mrd. Euro im Gewässerschutz erzielt, wobei der Hauptteil mit 2 Mrd. Euro auf Bauleistungen in diesem Bereich entfiel. Die Umweltschutzumsätze für die Luftreinhaltung lagen bei insgesamt 3,8 Mrd. Euro, gefolgt von den Bereichen Abfallwirtschaft mit 1,8 Mrd. Euro und Lärmbekämpfung mit 1,6 Mrd.

Euro. In den letztgenannten Umweltbereichen resultierten die Umsätze hauptsächlich aus dem Verkauf von Waren.

Nach Wirtschaftsbereichen gegliedert ergeben die Umsätze mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz folgendes Bild: Das Verarbeitende Gewerbe erzielte mit Umweltschutzgütern einen Umsatz von insgesamt 8,7 Mrd. Euro, hauptsächlich durch den Verkauf von Waren. Der Schwerpunkt der Produktion von Umweltschutzgütern lag im Jahr 2005 in den Branchen Maschinenbau (2,6 Mrd. Euro) und Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (2,4 Mrd. Euro). Im Baugewerbe wurden 2,3 Mrd. Euro Umsatz fast ausschließlich durch Bauleistungen erwirtschaftet. Im Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen wurden rund 1,2 Mrd. Euro umgesetzt, wobei die größten Beträge auf die Architekturbranche und den Bereich der technischen und physikalischen Untersuchungen und Analysen entfielen.

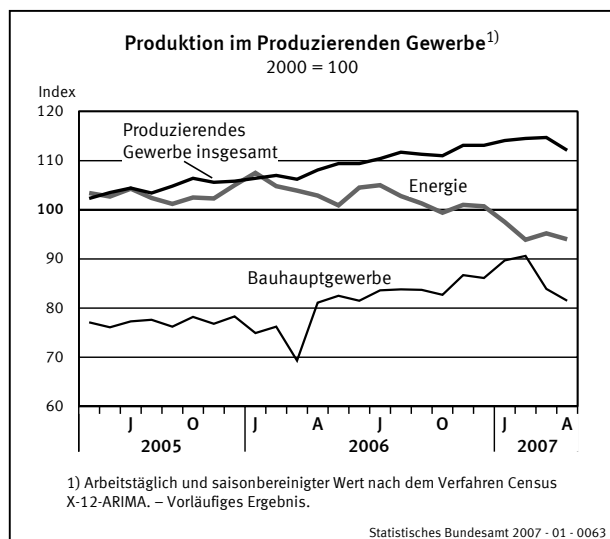
Detaillierte Informationen zum Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz bietet die Fachserie 19 „Umwelt“, Reihe 3.3 „Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen“, die im Publikationsservice unter <http://www.destatis.de/shop> kostenlos erhältlich ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Lutz Radeske, Telefon 0 18 88/6 44 - 81 98,
E-Mail: umwelt@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

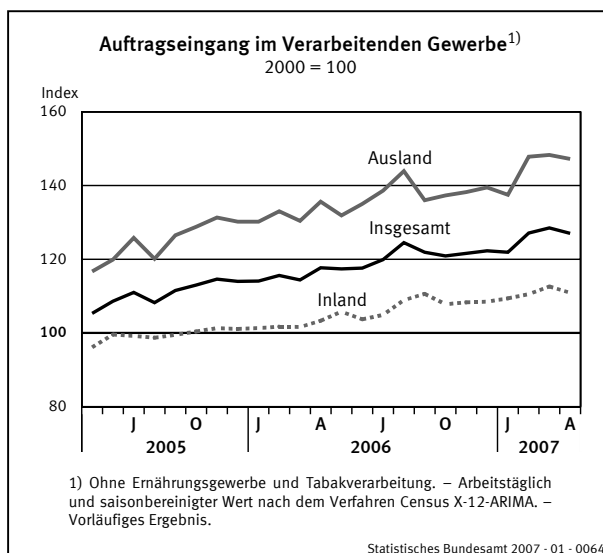
Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe ist vorläufigen Angaben zufolge im April 2007 preis- und saisonbereinigt (nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA) um 2,3% zurückgegangen. Im Vormonat war sie aufwärts korrigiert um 0,2% angestiegen. Die Produktion nahm sowohl in der Industrie



(–2,4%), im Bauhauptgewerbe (–2,9%) als auch im Bereich Energie (–1,3%) ab.

Die *Auftragseingänge in der Industrie* sind im April 2007 gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt (nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA) um 1,2% zurückgegangen. Im März 2007 hatten sich die Bestellungen nach deutlicher Abwärtskorrektur aufgrund nachträglich revidierter Meldungen einzelner Unternehmen um 1,1% erhöht. Der Umfang an Großaufträgen war zuletzt erneut überdurchschnittlich. Die Bestelltätigkeit schwächte sich vor allem bei den Vorleistungsgüterproduzenten (–2,2%) und in geringerem Umfang bei den Herstellern von Investitionsgütern (–0,7%) ab. Im Bereich der Konsumgüterproduzenten belebte sich die Bestelltätigkeit dagegen spürbar (+1,3%). Die Inlandsnachfrage nach industriellen Erzeugnissen verringerte sich mit –1,5% stärker als die Auslandsnachfrage (–0,7%).



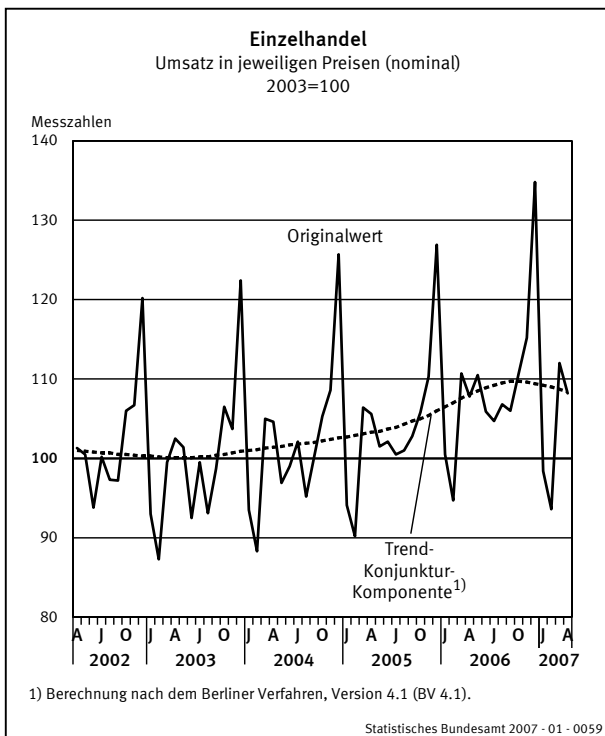
Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *April 2007* nominal 0,3% mehr und real 0,6% weniger um als im April 2006. Beide Monate hatten jeweils 23 Verkaufstage.

Unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten stieg der Umsatz im Einzelhandel im Vergleich zum März 2007 um nominal 1,8% und real 1,4%.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte nominal 0,3% und real 2,6% weniger um als im April 2006. Sowohl bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten (nominal –0,4%, real –2,6%) als auch im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln (nominal –0,3% und real –2,9%) lagen die Umsätze unter denen des Vorjahresmonats.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln dagegen lagen die Umsätze im April 2007 nominal und real höher als im Vorjahresmonat (nominal +0,7%, real +0,7%). Drei der sechs Branchen in diesem Bereich konnten ihren Umsatz nominal



und real gegenüber dem April 2006 steigern: der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (nominal + 6,6% und real 5,4%), der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten (nominal + 3,0%, real + 1,7%) und der Versandhandel (nominal + 3,2%, und real 2,6%). Der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf verzeichnete einen leichten Rückgang der Umsätze (nominal - 0,8%, real - 0,7%).

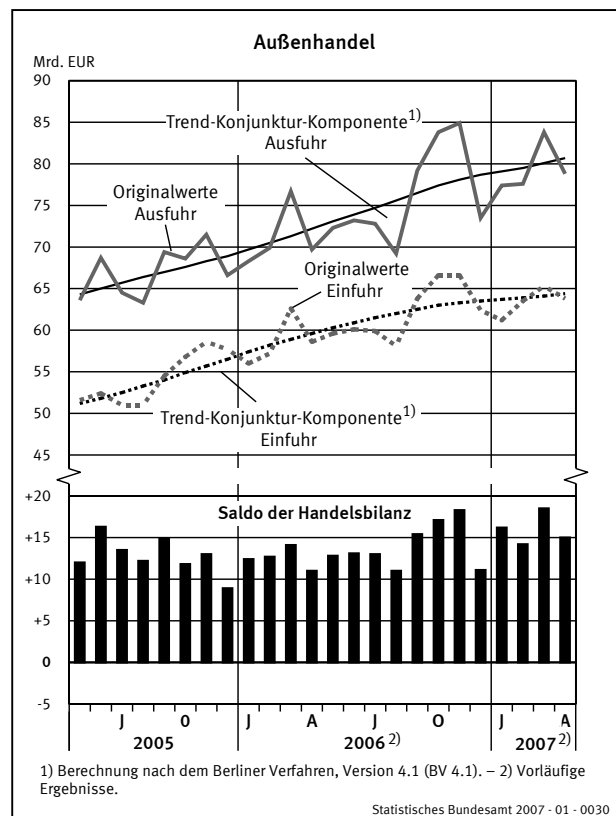
Von Januar bis April 2007 setzte der Einzelhandel nominal 0,2% und real 0,9% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum um.

Außenhandel

Im April 2007 wurden Waren im Wert von 78,8 Mrd. Euro von Deutschland in andere Staaten ausgeführt und Waren im Wert von 63,8 Mrd. Euro nach Deutschland eingeführt. Die Ausfuhren lagen somit um 13,1% und die Einfuhren um 8,9% über den Werten des gleichen Vorjahresmonats. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren gegenüber März 2007 um 0,9% und die Einfuhren um 0,8% zu.

Die deutschen Außenhandelspreise stiegen ebenfalls. So lagen die Exportpreise im April 2007 um 1,9%, die Importpreise um 0,5% über dem Vorjahresniveau. Der Importpreisindex ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse lag im April 2007 sogar um 1,8% über dem Vorjahreswert.

Der Außenhandelsüberschuss belief sich im April 2007 auf 15,0 Mrd. Euro. Dies bedeutete eine Abnahme des positiven Außenhandelsbilanzsaldos gegenüber dem Vormonat um 3,5 Mrd. Euro (März 2007: 18,5 Mrd. Euro). Im Ver-



gleich zum April 2006 hingegen stieg der Überschuss der Außenhandelsbilanz um 4,0 Mrd. Euro. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank übertrafen die Überschüsse im Außenhandel (+ 15,0 Mrd. Euro) die negativen Salden der übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Dienstleistungen: - 1,7 Mrd. Euro, Erwerbs- und Vermögenseinkommen: - 0,6 Mrd. Euro, laufende Übertragungen: - 2,0 Mrd. Euro sowie Ergänzungen zum Außenhandel: - 1,1 Mrd. Euro), sodass die Leistungsbilanz im April 2007 einen Überschuss von 9,6 Mrd. Euro verzeichnen konnte. Im April 2006 hatte die Leistungsbilanz einen Aktivsaldo in Höhe von 8,8 Mrd. Euro. [u](#)

Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin Sabine Mohr

Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten

Ergebnisse der Erhebung 2006

Seit 2002 beteiligt sich die deutsche amtliche Statistik an den europäischen Erhebungen zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen und in privaten Haushalten. Beide Erhebungen stehen im Zeichen der Initiative „i2010: Informationsgesellschaft 2010“ der Europäischen Kommission. Als Nachfolgeprogramm des Aktionsplans „eEurope 2005“ wird mit dieser Initiative das Ziel verfolgt, den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien zu fördern, um damit wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung in Europa zu geben. Die Ergebnisse der IKT-Erhebungen dienen zur Evaluation dieser Aktionspläne und zur Durchführung eines gemeinsamen Benchmarkings. Die Erhebungen werden in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) als methodisch harmonisierte Befragungen durchgeführt. Somit stehen EU-weit amtliche Zahlen zur Verfügung, welche dazu dienen, die Entwicklung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen und in privaten Haushalten aufzuzeigen.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten. Diese Befragung wird vom Statistischen Bundesamt in Kooperation mit den Statistischen Ämtern der Länder sowie mit Unterstützung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) durchgeführt. Die Erhebung liefert einen Überblick über den Ausstattungsstandard und die Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten. Neben Informationen über die Verbreitung der Computer-

und Internetnutzung befasst sich die Studie mit verschiedenen Nutzungsaspekten moderner Informationstechnologien, wie etwa E-Government oder E-Commerce. Zusätzlich werden Informationen zu den Fähigkeiten und Kenntnissen im Umgang mit Computern und Internet ermittelt.

Der Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse der Erhebung 2006 vor. Dabei wird insbesondere auf die Frage nach Nutzungsunterschieden zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen eingegangen und versucht, Entwicklungstendenzen der letzten Jahre aufzuzeigen. Zudem wird die Situation Deutschlands im europäischen Vergleich dargestellt. Einleitend skizziert der Beitrag das methodische Konzept der Erhebung und informiert über die Rechtsgrundlagen auf nationaler und europäischer Ebene.

Rechtsgrundlagen und Methode der Erhebung

In einer ersten Phase von 2002 bis 2005 wurde die Erhebung über die Nutzung von IKT in privaten Haushalten als Pilotstudie durchgeführt. Seit dem Jahr 2006 basiert die Erhebung auf der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004. Diese Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in den Jahren 2006 bis 2010 jährlich statistische Ergebnisse für die Erstellung von Gemeinschaftsstatistiken über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien durch Haushalte und Einzelpersonen zu liefern.¹⁾ Die EG-Verordnung wird jedes Jahr

1) Die Verordnung regelt zusätzlich die Erhebung über die Nutzung von IKT in Unternehmen. Siehe Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (Amtsbl. der EU Nr. L 143, S. 49).

durch eine Durchführungsverordnung ergänzt, in welcher die Erhebungsinhalte der betreffenden Berichtsjahre festgelegt werden.

In Deutschland wird die europäische Rechtsgrundlage durch das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz (InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005²⁾ ergänzt. Diese zusätzliche nationale Rechtsgrundlage war notwendig, weil der europäische Rechtsrahmen den vom Bundesstatistikgesetz geforderten Regelungsinhalt nicht vollständig abbildet. Seit dem Jahr 2006 wird die IKT-Befragung in Deutschland auf der Grundlage des InfoGesStatG durchgeführt.

In der Pilotphase von 2002 bis 2005 wurden in Deutschland knapp 5 000 Haushalte befragt. Mit der nationalen Rechtsgrundlage ist der Bruttostichprobenumfang auf 12 000 Haushalte erhöht worden, um die Datenqualität zu verbessern und die Qualitätsanforderungen innerhalb des Europäischen Statistischen Systems zu erfüllen.

Grundgesamtheit der Erhebung sind alle privaten Haushalte in Deutschland (am Hauptwohnsitz) sowie die darin lebenden Personen. Personen in Anstaltshaushalten und ohne festen Wohnsitz bleiben unberücksichtigt. Die Stichprobenhaushalte werden nach einem Quotenverfahren ausgewählt. Im Jahr 2006 wurden als Quotierungsmerkmale für die Aufteilung des Stichprobenumfangs die Merkmale Bundesland, Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin und Haushaltsnettoeinkommen herangezogen.

Die Erhebung wird als schriftliche Befragung durchgeführt und besteht aus zwei Erhebungsteilen. Über einen Haushaltfragebogen werden Informationen zur Ausstattung der Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien erhoben. Um ein genaues Bild über die Nutzungsgewohnheiten der Einzelpersonen in den Haushalten ermitteln zu können, erhält jede im Haushalt lebende Person ab 10 Jahren einen Personenfragebogen mit Fragen zur ihrer Computer- und Internetnutzung. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. Im Jahr 2006 nahmen insgesamt 11 511 Haushalte und 24 787 Personen an der Erhebung teil.

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse aus der Befragung im Jahr 2006 in Deutschland präsentiert.³⁾ Dies sind die hochgerechneten Ergebnisse für rund 38 Mill. Haushalte und etwa 74 Mill. Personen im Alter von 10 und mehr Jahren. Die Ergebnisse beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf das erste Vierteljahr 2006. Um die Position Deutschlands im europäischen Vergleich darstellen zu können, werden für zentrale Indikatoren zudem die europäischen Vergleichszahlen präsentiert. Anders als die nationalen Zahlen beziehen sich diese Ergebnisse auf die Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren und zudem nur auf

die Haushalte, bei denen mindestens ein Haushaltsmitglied zwischen 16 und 74 Jahren alt ist. Aus diesem Grund kann es im Vergleich zu den nationalen Ergebnissen zu leicht abweichenden Zahlen kommen.

Ausstattung privater Haushalte mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien setzt die Ausstattung mit entsprechenden Geräten und Anschlüssen voraus. Im Folgenden wird daher zunächst ein Überblick über die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Haushalten in Deutschland gegeben.

Im Jahr 2006 gab es in 71 % der Haushalte in Deutschland einen stationären und/oder tragbaren Personalcomputer (PC). Stationäre PC (Desktop-PC) waren dabei stärker verbreitet als tragbare PC (Notebooks). 64 % der Haushalte besaßen einen Desktop-PC und 25 % ein Notebook. In insgesamt 18 % dieser Haushalte war sowohl ein stationärer als auch ein tragbarer PC vorhanden.

Neben der PC-Ausstattung ist die Möglichkeit, von zu Hause aus Zugang zum Internet zu erhalten, von besonderer Bedeutung für die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Anteil der privaten Haushalte mit einem Internetzugang ist darüber hinaus ein wichtiger Indikator für die Bewertung der politischen Ziele, die in den europäischen und nationalen Strategiepapieren festgelegt worden sind. Nach den Ergebnissen der Erhebung 2006 verfügten 61 % der Haushalte in Deutschland über die notwendige Infrastruktur, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Rund die Hälfte (50 %) dieser Haushalte mit Internetzugang (Online-Haushalte) nutzte einen Breitbandanschluss (DSL-Anschluss oder andere Breitbandverbindungen) für den Zugang zum Internet. Dies entspricht 31 % aller Haushalte in Deutschland.

Betrachtet man die Entwicklung der PC-Ausstattung sowie der Verfügbarkeit eines Internetzugangs in privaten Haus-

Tabelle 1: Private Haushalte mit PC oder mit Internetzugang
Prozent

Jahr	PC	Internetzugang
2002	57	43
2003	62	51
2004	66	57
2005	67	58
2006	71	61

2) Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatistikgesetz – InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685).

3) Weitere Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten 2006 enthält die Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Reihe 4 „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)“ (im Erscheinen). Diese kann zusammen mit dem Qualitätsbericht und den Erhebungsunterlagen auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>; Thema Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets) abgerufen werden. Ergebnisse und Erhebungsunterlagen der Erhebungen 2003 bis 2005 sind ebenfalls über diese Seiten verfügbar. Ferner sind bereits mehrere Aufsätze zu dem Thema in dieser Zeitschrift erschienen. Zum Ausstattungsbestand siehe Deckl, S.: „Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie“ in WiSta 4/2003, S. 354 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2002 siehe Pötzsch, O./Decker, J./Kühnen, C.: „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ in WiSta 2/2003, S. 94 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2003 siehe Kahle, I./Timm, U./Schäfer, D.: „Internetnutzung in privaten Haushalten“ in WiSta 10/2004, S. 1110 ff. Ergebnisse der Erhebung 2004 siehe Timm, U./Kahle, I.: „E-Government und andere Zwecke der Internetnutzung“ in WiSta 7/2005, S. 717 ff. Zu den Ergebnissen der Erhebung 2005 siehe Kahle, I./Timm, U.: „Internetnutzung und die Aneignung von E-Skills“ in WiSta 7/2006, S. 722 ff.

halten ab 2002, ist ein kontinuierlicher Anstieg beim Ausstattungsgrad mit Informations- und Kommunikationstechnologien zu verzeichnen. Für das Jahr 2006 hat sich der Anteil der Haushalte mit Internetzugang im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte erhöht; der Anteil der Haushalte mit einem PC ist von 67 auf 71 % gestiegen.

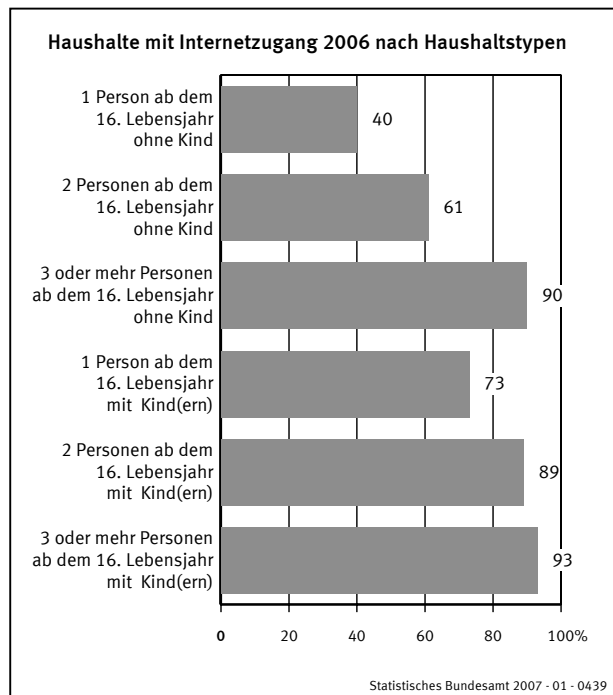
Im europäischen Vergleich, der sich auf Haushalte beschränkt, in denen mindestens ein Mitglied zwischen 16 und 74 Jahren alt ist, zählt Deutschland zu den Ländern mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Online-Haushalten.⁴⁾ Mit 67 % liegt Deutschland klar über dem europäischen Durchschnitt. Dies gilt sowohl für den Durchschnitt der EU-15-Länder (54 %) als auch für den Durchschnitt der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (51 %).⁵⁾ Deutschland steht jedoch deutlich hinter anderen EU-Mitgliedstaaten wie den Niederlanden, wo 80 % der privaten Haushalte einen Zugang zum Internet haben, sowie Dänemark (79 %) und Schweden (77 %).

Tiefer gehende Analysen der Ergebnisse für Deutschland zeigen, dass die Verfügbarkeit eines Internetanschlusses in privaten Haushalten durch unterschiedliche Haushaltsmerkmale begünstigt wird. Deutlich wird dies bei der Differenzierung nach verschiedenen Haushaltstypen. Hier wird die Anzahl der Haushaltsmitglieder berücksichtigt und gleichzeitig zwischen Haushalten mit bzw. ohne Kind(er) unter 16 Jahren unterschieden.

Wie das Schaubild 1 zeigt, haben Haushalte eher einen eigenen Internetzugang, wenn im Haushalt Kinder unter 16 Jahren leben. Ferner wird deutlich: je höher die Anzahl der Haushaltsmitglieder, desto eher verfügten Haushalte über einen eigenen Internetzugang. Nur 40 % der Einpersonenhaushalte waren Online-Haushalte, dagegen hatten 93 % der Haushalte, in denen mehr als drei Erwachsene (ab 16 Jahren) und mindestens ein Kind lebten, einen Internetzugang. Ob ein Haushalt über einen eigenen Internetzugang verfügt, ist auch von der sozialen Stellung der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt abhängig: So gab es bei den Rentnerhaushalten nur einen sehr niedrigen Anteil an Online-Haushalten (31 %). Ein anderes Bild ergab sich bei Haushalten, in denen die Person mit dem höchsten Einkommen im Berufsleben steht: 84 % der Selbstständigenhaushalte⁶⁾ und 79 % der Arbeitnehmerhaushalte hatten von zu Hause aus einen Zugang zum Internet. Haushalte mit Studierenden oder sonstigen Nichterwerbstätigen als Haupteinkommensbeziehern waren zu 57 % mit einem Internetzugang ausgestattet.

Die Ausstattung mit einem Internetzugang steht ferner in Zusammenhang mit dem Haushaltsnettoeinkommen. Während 89 % der Haushalte mit einem monatlichen Haushalts-

Schaubild 1



nettoeinkommen von mehr als 2 600 Euro Online-Haushalte waren, betrug der Anteil bei Haushalten aus der untersten Einkommensgruppe (unter 1 100 Euro) nur 35 %. In der Einkommensgruppe von 1 100 bis unter 1 700 Euro hatten 50 % und in der Einkommensgruppe von 1 700 bis unter 2 600 Euro 68 % der Haushalte einen Internetzugang.

Dass Haushalte aus Kostenerwägungen keinen Internetzugang von zu Hause aus haben, zeigte auch die Analyse der Gründe für das Fehlen eines Internetzugangs in privaten Haushalten. 31 % der Haushalte ohne eigenen Internetzugang (Offline-Haushalte) führten zu hohe Anschaffungskosten und 29 % zu hohe Nutzungskosten als einen der Beweggründe für den fehlenden Zugang zum Internet auf. Insgesamt wurde damit von 38 % der Offline-Haushalte der Kostenaspekt (für die Anschaffung und/oder die Nutzung) als Hindernis für den eigenen Internetzugang genannt. Allerdings sollten finanzielle Gründe nicht überbewertet werden. Für das Fehlen eines eigenen Internetzugangs gibt es weitere Erklärungen: 33 % der Offline-Haushalte nannten „fehlende Kenntnisse“; 12 % hatten Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der Privatsphäre. Der am häufigsten genannte Grund war jedoch, dass Offline-Haushalte keinen Bedarf an einem Internetzugang meldeten (60 %). Zudem gaben 23 % der Offline-Haushalte an, keinen Internetzugang zu haben, weil sie die Möglichkeit nutzten, von anderen Orten auf das Internet zuzugreifen.

4) Die Ergebnisse für andere Länder und für die Europäische Union (die aggregierten EU-15- sowie EU-25-Ergebnisse) wurden der Eurostat Online Datenbank über den EDS Europäischer Datenservice (<http://www.eds-destatis.de>) entnommen. Bei den aggregierten Ergebnissen für die EU-15 bzw. EU-25 sind in der Regel nicht von allen Mitgliedsländern Daten verfügbar. Im EDS sind Werte für die EU-15 bzw. EU-25 nur dann ausgewiesen, wenn die Länder, von denen Daten vorliegen, mindestens 60 % der Bevölkerung und 55 % der Mitgliedstaaten abdecken. Da bei einzelnen Indikatoren und Berichtsjahren für unterschiedliche Länder keine Angaben vorliegen, wird an dieser Stelle auf eine exakte Dokumentation der jeweils einbezogenen Länder verzichtet. Die Angaben für die EU-15 bzw. EU-25 sind daher als Größenordnungen für Niveau und Entwicklung der einzelnen Indikatoren zu verstehen.

5) Beim EU-15-Durchschnitt sind die Mitgliedstaaten, die am 1. Mai 2004 bzw. am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beigetreten sind, nicht enthalten. Beim EU-25-Durchschnitt sind die am 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien nicht berücksichtigt.

6) Zur Gruppe der Selbstständigen zählen Landwirte, freiberuflich Tätige, selbstständige Erwerbstätige sowie mithelfende Familienangehörige.

Computer- und Internetnutzung in Deutschland

Die Ausstattung mit IKT-Gütern bietet einen ersten Anhaltspunkt über die Verbreitung moderner Technologien in privaten Haushalten. Daran schließt sich jedoch eine Reihe weiterer Fragen an. Für welche Zwecke werden diese Technologien – insbesondere das Internet – genutzt? Wie verbreitet ist die Computer- und Internetnutzung innerhalb der Bevölkerung in Deutschland? Welche Unterschiede gibt es beim Vergleich zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen und lassen sich hier Trends über die Jahre hinweg feststellen? Diesen Fragen wird in den folgenden Abschnitten nachgegangen.

Computernutzung

Wie bereits die Auswertungen der Ergebnisse in den vergangenen Jahren gezeigt haben, ist ein beständiger Zuwachs des Anteils der Computernutzer und -nutzerinnen in Deutschland zu beobachten. Mit den Zahlen für das Jahr 2006 setzt sich dieser Trend fort. In Deutschland haben 79% der Personen ab 10 Jahren schon einmal einen Computer für private oder berufliche Zwecke oder für die Schule oder Ausbildung genutzt. Dies entspricht rund 58,7 Mill. Personen. Knapp drei Viertel der Bevölkerung ab 10 Jahren (73%) setzten im ersten Vierteljahr 2006 einen Computer ein. Damit hat sich dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr (70%) um etwa drei Prozentpunkte erhöht. Noch deutlicher ist der Anstieg beim Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2002. Ausgehend von der Bevölkerung ab 10 Jahren lag der Anteil der Computernutzer und -nutzerinnen im ersten Vierteljahr 2002 nur bei 61%.

Bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen soziodemographischen Charakteristika und der Computernutzung lassen sich als Erstes klare Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen feststellen.

Tabelle 2: PC-Nutzung im ersten Vierteljahr 2006 nach Altersgruppen und Geschlecht
Prozent

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
10 – 15	97	97	98
16 – 24	97	97	98
25 – 34	93	95	92
35 – 44	88	88	88
45 – 54	80	81	78
55 – 64	62	67	56
65 und älter	24	35	16

Jeweils 97% der 10- bis 15-Jährigen wie auch der 16- bis 24-Jährigen haben im ersten Vierteljahr 2006 einen Computer genutzt. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, ist der Anteil der Computernutzer und -nutzerinnen bis zur Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen mit 80% ebenfalls sehr hoch. Auch in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen nutzte weit mehr als die Hälfte (62%) im ersten Vierteljahr 2006 einen Computer. Einen deutlichen Unterschied gibt es aber in der Altersgruppe der Personen ab 65 Jahren. Hier betrug der Anteil der Computernutzer und -nutzerinnen lediglich 24%.

Außer nach dem Alter bestehen auch zwischen Männern und Frauen Unterschiede bei der Computernutzung. Im ersten Vierteljahr 2006 nutzten 68% der Frauen und 77% der Männer einen Computer. Allerdings zeigen die Ergebnisse in Tabelle 2, dass sich nur in den höheren Altersgruppen die Computernutzung in der Untergliederung nach dem Geschlecht stark unterscheidet: Bei den Personen ab 65 Jahren ist der Anteil der Computernutzer mehr als doppelt so hoch wie der Anteil der Computernutzerinnen (35% im Vergleich zu 16%). Innerhalb der jüngeren Altersgruppen gibt es dagegen bei der Computernutzung praktisch keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

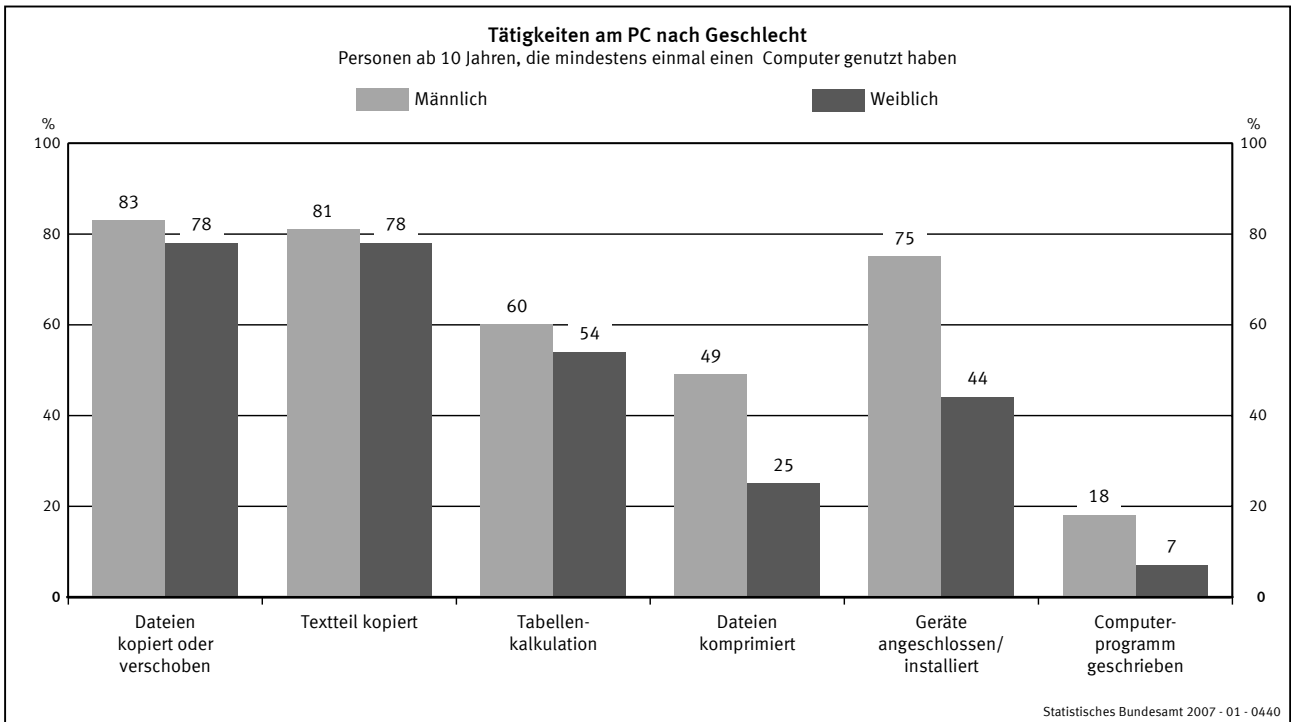
Fertigkeiten und Kenntnisse im Umgang mit dem Computer

Der Einsatz von Computern hat sich heute in vielen Bereichen – sei es in der Schule oder am Arbeitsplatz – etabliert. Daher ist der Erwerb von Kenntnissen im Umgang mit dem Computer unverzichtbar geworden. Von den Personen ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 mindestens einmal einen Computer genutzt haben, haben 58% schon einmal an einem Computerkurs von mindestens dreistündiger Dauer teilgenommen. Der Anteil der Frauen, die einen Computerkurs besuchten, lag dabei mit 63% knapp zehn Prozentpunkte über dem Anteil der Männer (54%), die an einem solchen Kurs teilnahmen.

Personen ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 mindestens einmal einen Computer genutzt haben, wurden zusätzlich danach gefragt, welche Tätigkeiten sie am Computer bereits durchgeführt haben. Tätigkeiten, die zu den Standardanwendungen zählen und Grundkenntnisse erfordern, wurden von einem Großteil dieser Personen durchgeführt: 80% haben schon einmal Dateien kopiert oder verschoben, 79% kopierten Textteile und 60% haben Geräte (z. B. Drucker) angeschlossen bzw. installiert. Immerhin 57% dieser Personen haben bereits mit einem Tabellenprogramm (z. B. Microsoft Excel) gerechnet. 37% nutzten den Computer, um Dateien zu komprimieren. Der Anteil derer, die ein Computerprogramm geschrieben haben, betrug 13%.

Die Ergebnisse in Schaubild 2 machen deutlich, dass bei Standardanwendungen im Umgang mit dem Computer kaum geschlechterspezifische Unterschiede existieren. 83% der männlichen Bevölkerung ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 mindestens einmal einen Computer bedient haben, haben Dateien kopiert oder verschoben, 81% kopierten Textteile. Bei den Frauen betragen die entsprechenden Anteile für beide Tätigkeiten 78% und fallen damit nur geringfügig niedriger aus als bei den Männern. Je anspruchsvoller die Computertätigkeiten sind, desto stärker treten jedoch Unterschiede bei der Computernutzung zwischen Männern und Frauen auf. Von den Personen ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 mindestens einmal einen Computer genutzt haben, hat fast jeder zweite Mann (49%), aber nur jede vierte Frau (25%) Dateien komprimiert. Noch größer sind die Unterschiede beim Schreiben eines Computerprogramms. Diese Tätigkeit führten 18% der Computernutzer, aber nur 7% der Computernutzerinnen aus.

Schaubild 2



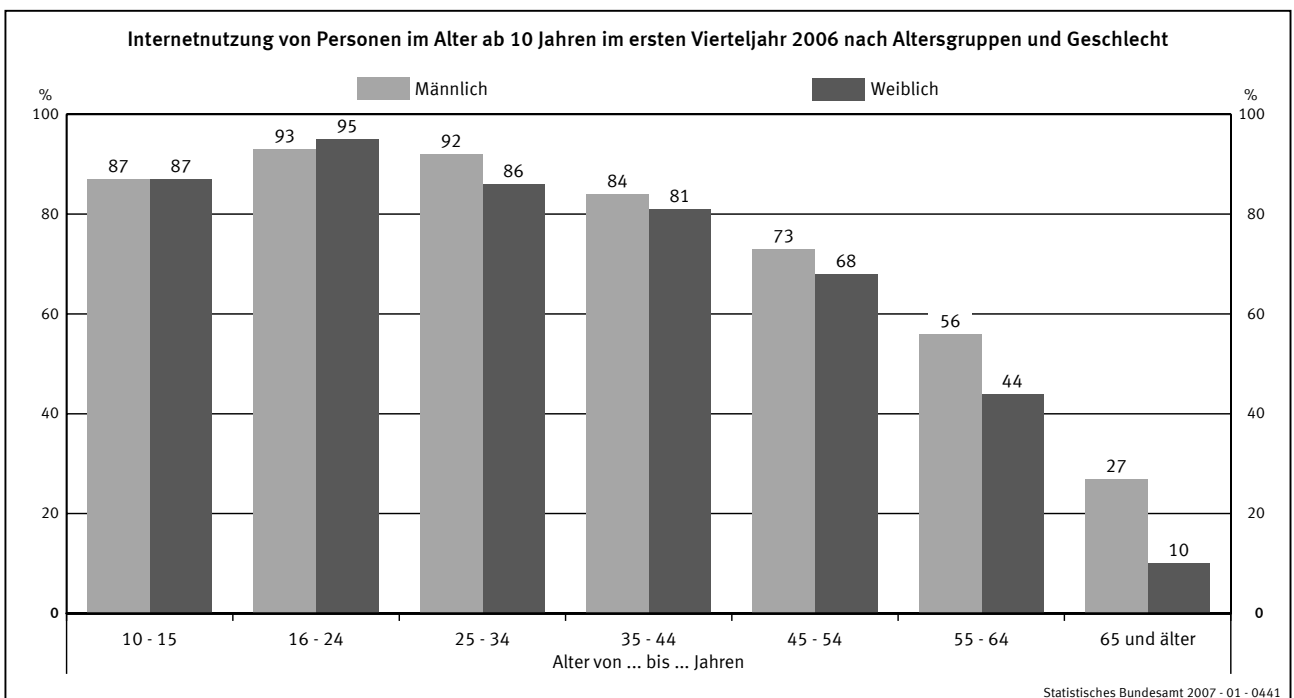
Internetnutzung

Vergleichbar zur Computernutzung nimmt auch die Internetnutzung in Deutschland kontinuierlich zu. Nach den Ergebnissen der Befragung 2006 sind rund 70 % der Personen ab 10 Jahren in Deutschland mindestens einmal im Internet gewesen – sei es für berufliche oder private Zwecke. Dieser Anteil entspricht 51,7 Mill. Menschen.

48,5 Mill. Personen, und damit 65 % der Bevölkerung ab 10 Jahren, haben das Internet innerhalb des ersten Vierteljahres 2006 genutzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil um vier Prozentpunkte angestiegen (2005: 61 %). Bezogen auf das Jahr 2002 ergibt sich sogar eine Steigerung um knapp 20 Prozentpunkte (2002: 46 %; 2003: 52 %; 2004: 58 %).

Große Differenzen bei der Internetnutzung sind weiterhin zwischen den Altersgruppen erkennbar. Obwohl immer

Schaubild 3



mehr ältere Menschen das Internet nutzten, zählen in erster Linie die jüngeren Leute zu den Onlinern. Im ersten Vierteljahr 2006 haben 30% der Personen ab 55 Jahren das Internet genutzt. Verglichen mit den Werten aus dem Jahr 2002 (16%) hat sich der Anteil dieser Internetnutzer/-innen somit fast verdoppelt. Allerdings liegen die Werte weit hinter den Anteilen der Personen aus der Altersgruppe der 10- bis 24-Jährigen, die im ersten Vierteljahr 2006 online waren (2006: 92% und 2002: 71%).

Auch zwischen Männern und Frauen bestehen weiterhin Unterschiede bei der Internetnutzung. Im ersten Vierteljahr 2006 nutzten 60% der Frauen und 71% der Männer das Internet.

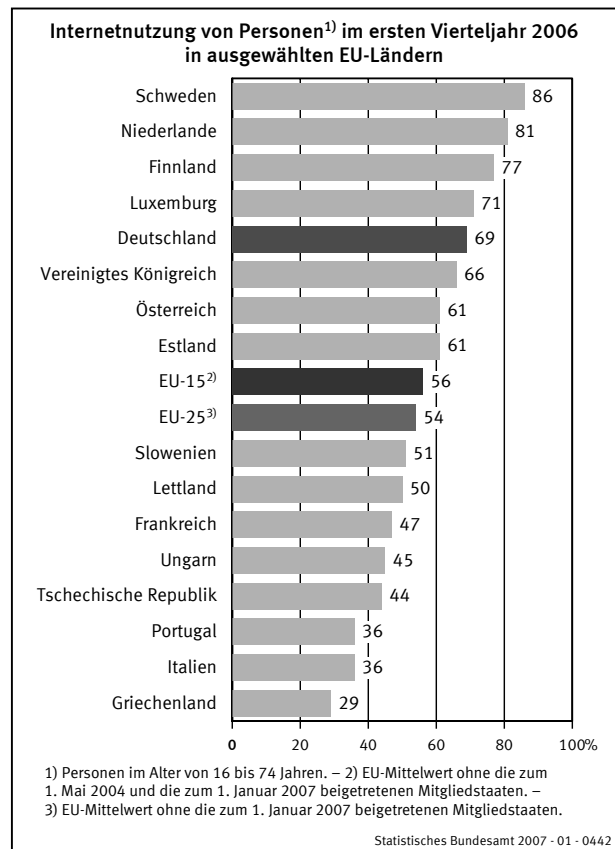
Wie schon bei den Ergebnissen zur Computernutzung deutlich wurde, zeigt auch die Analyse zur Internetnutzung, dass nur in den höheren Altersgruppen deutliche Unterschiede in der Internetnutzung zwischen Frauen und Männern bestehen (siehe Schaubild 3). In der Generation der Personen ab 65 Jahren waren nur 10% der Frauen im ersten Vierteljahr 2006 online, dagegen 27% der Männer. In allen anderen Altersgruppen ist der Unterschied in der Internetnutzung zwischen Frauen und Männern deutlich geringer oder gar nicht vorhanden (z. B. bei den 10- bis 15-Jährigen). In der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen liegt der Anteil der Internetnutzerinnen sogar leicht über dem der Internetnutzer.

Das Schaubild 4 stellt die Position Deutschlands bei der Internetnutzung durch die Bevölkerung im Vergleich zu ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) dar. Der Anteil der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die das Internet im ersten Vierteljahr 2006 nutzten, lag in Deutschland mit 69% deutlich über den EU-Durchschnittswerten (56% für die EU-15 und 54% für die EU-25). Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern sowie den Niederlanden ist die Internetnutzung in Deutschland jedoch deutlich geringer.

Wie häufig wird das Internet genutzt? Um diese Frage zu beantworten, wird im Folgenden nicht die Bevölkerung insgesamt, sondern nur die Personengruppe betrachtet, die das Internet im ersten Vierteljahr 2006 verwendet hat. Mehr als die Hälfte (56%) dieser Personengruppe ging im ersten Vierteljahr 2006 täglich oder fast täglich online. Ein Jahr zuvor lag der entsprechende Anteil noch bei 50%. Der Anteil der Personen, für welche die Nutzung des Internets zum Alltag geworden ist, hat somit im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Im Jahr 2006 waren 29% der Internetnutzer gegenüber 32% im Jahr 2005 einmal in der Woche online. Nur 15% der Internetnutzenden surfen 2006 einmal im Monat oder seltener; 2005 waren es noch 18%.

Auch bei der Frage, von welchen Orten aus der Zugang zum Internet erfolgt, werden nur die Personen betrachtet, die der Gruppe der Internetnutzenden im ersten Vierteljahr 2006 angehören. Aus dieser Personengruppe ging der größte Anteil von zu Hause aus online (88%). 42% griffen ausschließlich von zu Hause aus auf das Internet zu. Die anderen 46% nutzten das Internet sowohl zu Hause als auch an anderen Orten.

Schaubild 4



36% der Personen, die im ersten Vierteljahr 2006 das Internet genutzt haben, gingen am Arbeitsplatz online, 15% am Ort der Ausbildung, also beispielsweise in der Schule oder an der Universität. 20% der Internetnutzenden hatten in Wohnungen anderer Personen Zugriff auf das Internet und 9% gingen an anderen Orten, wie beispielsweise in Internetcafés, Hotels oder Flughäfen, online.

Zwecke der Internetnutzung

Die bisher dargestellten Ergebnisse haben die allgemeine Entwicklung der Internetnutzung in Deutschland skizziert. Es wurde gezeigt, wie verbreitet die Internetnutzung innerhalb der Bevölkerung ist. Dabei blieb unberücksichtigt, ob das Internet für berufliche oder private Belange genutzt wird und welche Nutzungsaspekte im Vordergrund stehen. Die nachfolgenden Darstellungen konzentrieren sich nun auf die Frage, für welche Zwecke das Internet im privaten Kontext eingesetzt wird.

Nutzung unterschiedlicher Internet-Angebote

In Tabelle 3 wird zwischen vier übergeordneten Nutzungsschwerpunkten unterschieden: das Internet als Medium für die Kommunikation, für die Suche nach Informationen und Online-Diensten, um Bankgeschäfte abzuwickeln oder Waren und Dienstleistungen zu verkaufen sowie um sich

Tabelle 3: Internetaktivitäten zu privaten Zwecken im ersten Vierteljahr 2006
Prozent¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Ins- gesamt	Männlich	Weiblich
Kommunikation			
Senden und empfangen von E-Mails	85	85	85
Telefonieren	15	18	12
Chatten/besuchen von Foren	40	42	37
Informationssuche, Online-Services			
Informationen über Waren und Dienstleistungen	83	85	80
Nutzung von Reisedienstleistungen (z.B. Buchung von Fahrkarten)	55	53	56
Nutzung von Internet-Radio/Internet- Fernsehen	17	22	12
(Ab-)spielen/herunterladen von Spielen und Musik	28	34	22
Herunterladen von Software	36	48	22
Lesen/herunterladen von Internet- Zeitungen oder Magazinen	26	31	21
Arbeitssuche, Versenden von Bewerbungen	22	21	24
Informationen zu Gesundheitsthemen ..	46	39	55
Informationen oder Nutzung von sonstigen Online-Services	38	43	33
Bankgeschäfte, Verkauf von Waren und Dienstleistungen			
Internet-Banking	42	45	39
Verkaufen von Waren und Dienstleistungen	27	31	22
Bildung			
Schul- oder Hochschulbildung	22	21	23
Weiterbildung aus privatem Interesse ...	40	43	37
Weiterbildung aus beruflichem Interesse	27	30	24

1) Anteil an Personen im Alter ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 das Internet nutzen.

aus- oder weiterzubilden. Auch bei diesen Ergebnissen werden nur Personen ab 10 Jahren betrachtet, die das Internet im ersten Vierteljahr 2006 genutzt haben. Ferner beziehen sich die Ergebnisse auf die Internetaktivitäten im ersten Vierteljahr 2006.

Wie die Ergebnisse verdeutlichen, ist die Verwendung des Internets zu Kommunikationszwecken und zur Informationssuche am weitesten verbreitet. Insgesamt haben 89 % der Nutzerinnen und Nutzer über das Internet kommuniziert. 96 % begaben sich online auf die Suche nach Informationen und/oder nutzten Online-Services. 51 % verwendeten das Internet zur Abwicklung von Bankgeschäften oder zum Verkauf von Waren und 54 % nutzten es für Bildungszwecke.

Von den unterschiedlichen elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten ist das Kommunizieren per E-Mail am weitesten verbreitet. 85 % der Personen, die im ersten Vierteljahr 2006 das Internet nutzten, haben in diesem Zeitraum E-Mails gesendet oder empfangen. Rund 40 % haben im ersten Vierteljahr 2006 „gechattet“ oder Foren besucht; mit einem Anteil von 15 % ist das Telefonieren über das Internet dagegen noch kaum verbreitet.

83 % der Internetnutzenden waren online, um nach Informationen zu Waren und Dienstleistungen zu suchen. Mehr

als die Hälfte (55 %) nahm Reisedienstleistungen, wie beispielsweise die Buchung von Fahrkarten, in Anspruch. Dagegen ist die Nutzung von Internet-Radio oder Internet-Fernsehen bislang noch kaum verbreitet (17 %). Über ein Drittel der Personen (36 %) war online, um Software herunterzuladen, 28 % nutzten die Möglichkeit, Spiele oder Musik online abzuspielen oder herunterzuladen, und Internet-Zeitungen oder Magazine wurden von 26 % der Internetnutzenden gelesen oder heruntergeladen. Ein recht hoher Anteil (46 %) suchte im Internet nach Informationen zu Gesundheitsthemen. 22 % der Personen haben das Internet ferner für die Arbeitssuche oder den Versand von Bewerbungen verwendet. Betrachtet man nur die Gruppe der Arbeitslosen⁷⁾, so liegt dieser Anteil, wie zu erwarten, wesentlich höher – und zwar bei 79 %.

Über ein Viertel der Onliner hat im ersten Vierteljahr 2006 über das Internet Waren oder Dienstleistungen, beispielsweise über Online-Auktionen, verkauft. Zudem nutzten 42 % das Internet für die Abwicklung von Bankgeschäften (Online-/Internet-Banking).

Mit Blick auf die Nutzung des Internets für Bildungszwecke zeigen die Ergebnisse, dass ein höherer Anteil der Personen aus privatem Interesse online ging (40 %) als aus beruflichem Interesse (27 %). Für die Schul- und Hochschulbildung waren insgesamt 22 % der Personen im Netz. Betrachtet man hier nur die Gruppe der Schüler und Studierenden⁸⁾, so erhöht sich dieser Anteil auf 86 %.

Tabelle 3 enthält zudem einige Ergebnisse, die interessante geschlechterspezifische Unterschiede bei den aufgeführten Internetaktivitäten zu privaten Zwecken widerspiegeln. Zunächst lässt sich festhalten, dass bei den meisten Internetaktivitäten der Anteil der Männer, die diese nutzten, höher lag als der Anteil der Frauen. Keine oder nur geringfügige geschlechterspezifische Unterschiede gab es bei der Nutzung des Internets für E-Mails, für Bildungszwecke oder auch für die allgemeine Suche nach Informationen zu Waren oder Dienstleistungen. Sehr große Unterschiede waren jedoch beim Herunterladen bzw. direkten Abspielen unterschiedlicher Produkte (Software, Musik, Internet-Magazine, Internet-Radio/Fernsehen) aus dem Internet zu beobachten, das unter den Internetnutzern viel verbreiteter ist als unter den Internetnutzerinnen. Beispielsweise nutzten Internet-Radio oder -Fernsehen 22 % der Männer, jedoch nur 12 % der Frauen. Ferner haben 48 % der Männer, aber nur 22 % der Frauen Software aus dem Internet heruntergeladen. Bei der Suche nach Informationen zu Gesundheitsthemen lagen dagegen die Frauen vorn: Ihr Anteil betrug 55 %, der der Männer 39 %.

Elektronische Post statt Papierpost?

Dass das Internet insbesondere für die Kommunikation mit anderen verwendet wird, belegt ein sehr hoher Anteil der Internetnutzenden, die im ersten Vierteljahr 2006 E-Mails versendet oder empfangen haben (85 %). Zudem gaben

7) Diese Zahl bezieht sich auf Personen ab 16 Jahren.
8) Auch diese Gruppe enthält nur Personen ab 16 Jahren.

85 % dieser Personen an, über eine persönliche E-Mail-Adresse zu verfügen. Angesichts der verbreiteten Nutzung elektronischer Kommunikationsformen stellt sich die Frage, ob und wenn ja, in welchem Ausmaß, die elektronische Post traditionelle Postsendungen ersetzt. Oder anders formuliert, werden Briefe oder Karten in Papierform durch E-Mails substituiert? 38% der Personen ab 10 Jahren, die das Internet im ersten Vierteljahr 2006 nutzten, gaben an, „sehr häufig“ oder „häufig“ Briefe oder Karten in Papierform durch E-Mails ersetzt zu haben, weitere 35 % gaben an, dies „selten“ zu tun. Der Anteil der Personen, die E-Mails nicht als Ersatz für Papierpost versendet haben, betrug 23 %. Die verbleibenden 4 % der Personen gaben an, generell keine Briefe oder Karten zu versenden.

Tabelle 4: Ersatz von Karten und Briefen durch E-Mail im ersten Vierteljahr 2006 nach Altersgruppen
Prozent¹⁾

Alter von ... bis ... Jahren	Karten und Briefe wurden durch E-Mail ersetzt			
	häufig/ sehr häufig	selten	gar nicht	trifft nicht zu; habe keine Karten/Briefe geschrieben
10 – 15	24	29	38	8
16 – 24	47	30	17	6
25 – 44	41	36	20	3
45 – 64	32	40	26	2
65 und älter	33	34	32	/ ²⁾

1) Anteil an Personen im Alter ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 das Internet nutzten. – 2) Fehlender Wert wegen zu geringer Fallzahl.

Der Vergleich über unterschiedliche Altersgruppen zeigt, dass in den Altersgruppen der 16- bis 24-Jährigen und der 25- bis 44-Jährigen die Anteile derer, die konventionelle Post durch elektronische ersetzten, am höchsten sind. 47 % der 16- bis 24-Jährigen substituierten konventionelle Briefe und Karten sehr häufig oder häufig. 30 % taten dies selten und lediglich 17 % gar nicht. Ähnlich sieht die Verteilung bei den 25- bis 44-Jährigen aus: 41 % gaben an, sehr häufig oder häufig Karten oder Briefe durch E-Mails zu ersetzen, 36 % taten dies eher selten und 20 % nie. In der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen betrug der Anteil derer, die E-Mails sehr häufig oder häufig als Ersatz für Karten und Briefe versendet haben, dagegen nur 32 %. Bei den Personen im Alter von 65 Jahren und älter lag der entsprechende Anteil bei 33 %. Dass bei den 10- bis 15-Jährigen der Anteil derer, die anstelle von Papierpost elektronische Post versenden, von allen Altersgruppen am niedrigsten ausfällt, ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass hier 8 % der Kategorie „trifft nicht zu, habe keine Karten/Briefe geschrieben“ zuzuordnen waren.

Online-Kontakte mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen

Ein wichtiger Aspekt der Erhebung ist es, die Entwicklung der Nutzung von Online-Dienstleistungen von Behörden (E-Government) zu verfolgen. Die Verbreitung der Nutzung

des Internets für E-Government zählt zu den Benchmarking-Indikatoren, die zur Überprüfung der Aktionspläne „eEurope 2005“ bzw. „i2010: Informationsgesellschaft 2010“, in welchen unter anderem der Ausbau von E-Government-Angeboten als Ziel formuliert wurde, verwendet werden.

Der in der Erhebung verwendete Indikator für die Nutzung von E-Government ist recht breit definiert und bezieht sich auf Kontakte zu Behörden oder öffentlichen Einrichtungen für private Zwecke. Dabei wird nach drei Nutzungsaspekten gefragt: die Suche nach Informationen auf den Webseiten von Behörden, das Herunterladen von amtlichen Formularen sowie das Versenden ausgefüllter Formulare.

Im Jahr 2006 hatten 28% der Personen ab 10 Jahren in Deutschland im ersten Vierteljahr 2006 über das Internet Kontakte zu Behörden oder öffentlichen Einrichtungen. Betrachtet man nur die Personen, die das Internet im ersten Vierteljahr 2006 mindestens einmal nutzten, betrug der Anteil 43%. Bei diesen Personen war das Abrufen von Informationen am weitesten verbreitet (37%). 23% der Personen, die das Internet im ersten Vierteljahr 2006 nutzten, riefen amtliche Formulare im Internet ab und 13% sendeten solche Formulare online zurück.

E-Commerce: Onlineeinkäufe von Privatpersonen

Ein weiterer Schwerpunkt der Erhebung befasst sich mit dem Thema E-Commerce, also dem elektronischen Handel mit Waren und Dienstleistungen. Auch dieser Indikator ist ein Benchmarking-Indikator, der zur Evaluierung der Aktionspläne „eEurope 2005“ bzw. „i2010: Informationsgesellschaft 2010“ herangezogen wird.

E-Commerce in der Europäischen Union und in Deutschland

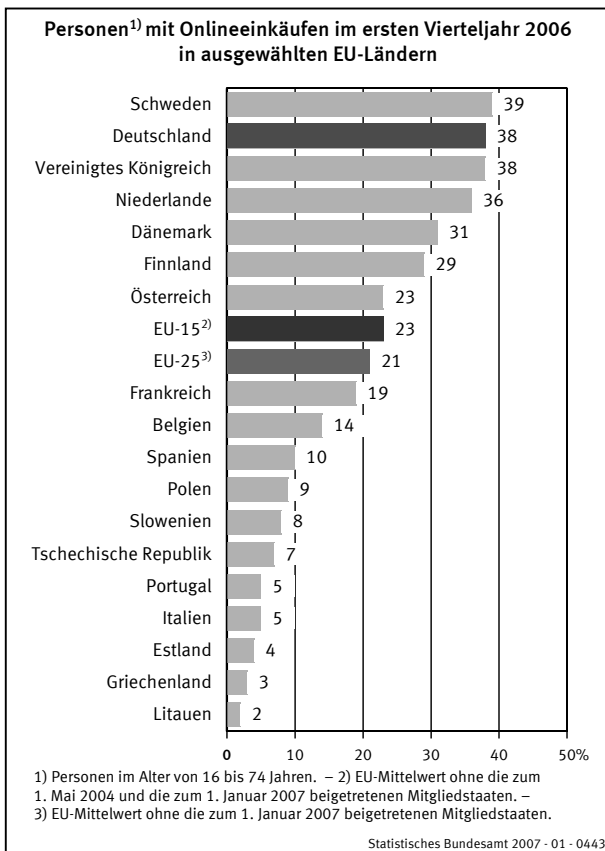
Der Anteil der Personen, die über das Internet Waren oder Dienstleistungen für private Zwecke erwerben, ist in den vergangenen Jahren EU-weit kontinuierlich angestiegen. Im EU-15-Durchschnitt⁹⁾ hatte im Jahr 2006 knapp ein Viertel (23%) der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren im ersten Vierteljahr Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt; im Jahr 2002 lag der entsprechende Anteil noch bei 13%. Die europäischen Zahlen zeigen darüber hinaus, dass die Verbreitung von E-Commerce in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten recht hoch ausfällt.

Deutschland steht mit einem Anteil von Personen mit Onlineeinkäufen von 38% zusammen mit dem Vereinigten Königreich an zweiter Stelle im EU-Vergleich und wird nur von Schweden (39%) übertroffen.

Da die Nutzung von E-Commerce für private Zwecke in Zusammenhang mit der allgemeinen Nutzung des Internets steht, konzentriert sich die nachfolgende Darstellung

9) Durchschnittswert der EU-Mitgliedstaaten ohne die zum 1. Mai 2004 und die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedsländer.

Schaubild 5



der Ergebnisse für Deutschland auf die Personen ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 das Internet genutzt haben.

Mehr als jeder zweite Internetnutzende (52%) hatte in Deutschland im ersten Vierteljahr 2006 Waren oder Dienstleistungen über das Internet gekauft. Weitere 14% hatten zwar nicht innerhalb des letzten Vierteljahres, jedoch innerhalb von zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt (im zweiten Vierteljahr 2006) Onlineeinkäufe getätigt. Bei lediglich 7% lag der letzte Einkauf über das Internet mehr als ein Jahr zurück und etwas mehr als ein Viertel der Internetnutzenden (28%) hat noch nie Waren oder Dienstleistungen online erworben. Wie hat sich die Nutzung von E-Commerce in Deutschland entwickelt?

Tabelle 5: Personen mit Onlineeinkäufen im ersten Vierteljahr Prozent¹⁾

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
2002	33	35	31
2003	42	45	38
2004	43	47	40
2005	46	50	41
2006	52	54	49

1) Personen im Alter ab 10 Jahren, die im ersten Vierteljahr 2006 das Internet nutzten.

Seit dem Jahr 2002 hat das Einkufen von Waren und Dienstleistungen über das Internet bei Personen, die das

Internet nutzten, kontinuierlich zugenommen, und zwar bis zum Jahr 2006 um 19 Prozentpunkte. Tabelle 5 zeigt diese Entwicklung anhand der Anteile der Personen, die sich jeweils im ersten Vierteljahr eines Erhebungsjahres am E-Commerce beteiligt haben. Die Analyse nach dem Merkmal „Geschlecht“ zeigt, dass der Anteil der Männer, die Onlineeinkäufe tätigten, höher ausfällt als der entsprechende Anteil bei den Frauen. Allerdings ist sowohl bei den männlichen wie auch den weiblichen Internetnutzenden der Trend zum Online-Shopping erkennbar.

Unterschiede bei der Nutzung von E-Commerce findet man auch zwischen den Altersgruppen. Den höchsten Anteil an Online-Einkäufern/-Einkäuferinnen findet man in der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen. 63% aus dieser Altersgruppe haben im ersten Vierteljahr 2006 Waren oder Dienstleistungen über das Internet erstanden. Am geringsten ist das Einkufen per Internet bei den Internetnutzenden im Alter ab 65 Jahren (32%) und bei Kindern zwischen 10 und 15 Jahren (21%) verbreitet. Beim Anteil der 10- bis 15-Jährigen ist jedoch zu berücksichtigen, dass dieser Wert möglicherweise auch deshalb vergleichsweise niedrig ausfällt, weil der Kauf von Waren oder Dienstleistungen häufig ein Mindestalter von 16 Jahren voraussetzt.

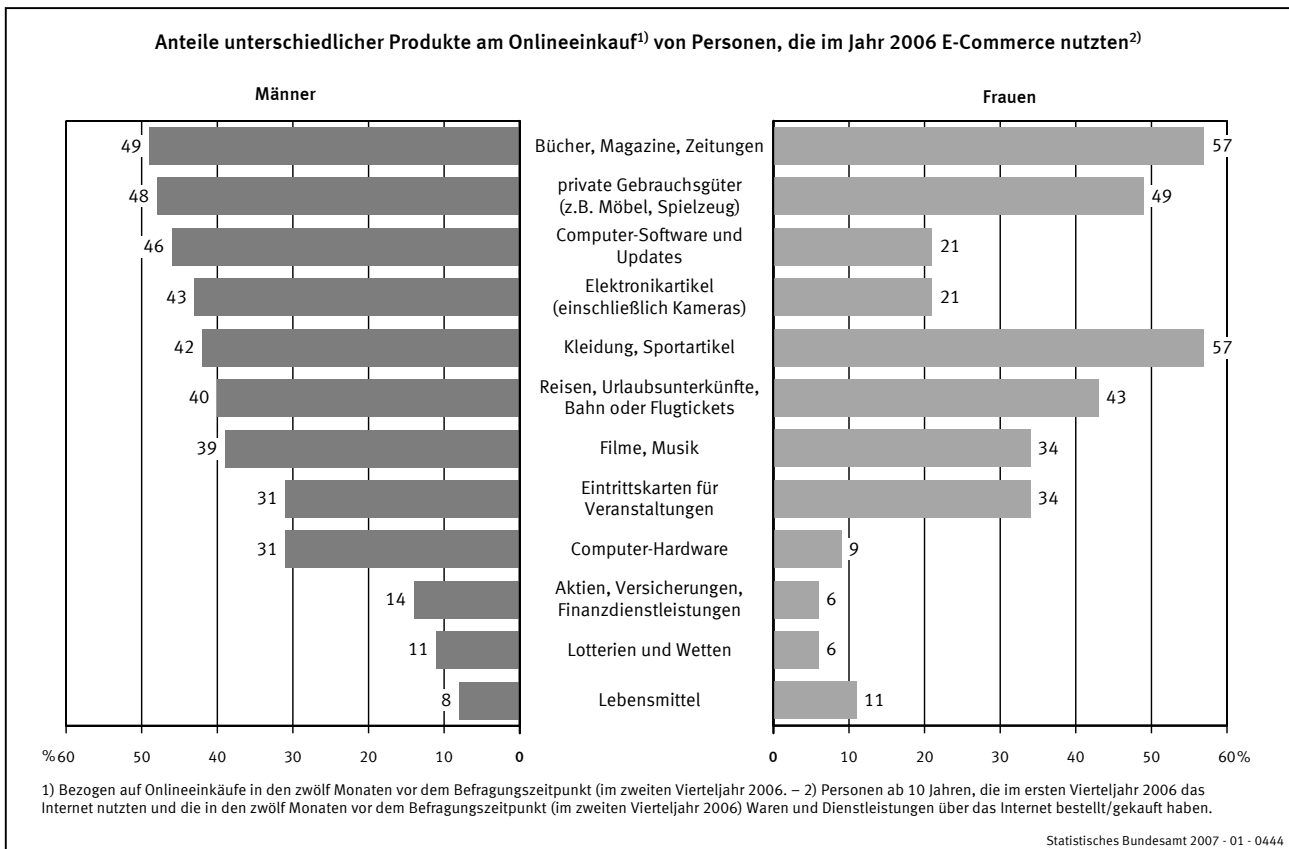
Arten der über das Internet gekauften Waren und Dienstleistungen

Die Darstellung der Produkte, die über das Internet erworben werden, bezieht sich nur auf die Personen ab 10 Jahren, die das Internet im ersten Vierteljahr 2006 genutzt und innerhalb von zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt (im zweiten Vierteljahr 2006) Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt haben.

Mehr als die Hälfte der Internetkäufer/-innen (53%) hat in den zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt Bücher, Magazine oder Zeitungen über das Internet gekauft. Unter den Internetkäufern/-käuferinnen war damit der Kauf solcher Printprodukte am beliebtesten. Ebenfalls sehr verbreitet war der Onlineeinkauf von Kleidung und Sportartikeln (49%), gefolgt vom Kauf anderer privater Gebrauchsgüter wie Möbel oder Spielzeug (48%). 41% der Internetkäufer/-innen haben Reisen, Urlaubsunterkünfte sowie Bahn- oder Flugtickets online bestellt. Weitere beliebte Produkte beim E-Commerce waren Filme und Musik (37%), Computersoftware und Updates (35%) oder Elektronikartikel (33%). Eine untergeordnete Rolle spielte dagegen der Kauf von Lebensmitteln (9%) oder der Abschluss von Wetten und Lotterien (9%) über das Internet.

Ein Vergleich der Onlineeinkäufe nach dem Geschlecht (siehe Schaubild 6) zeigt, dass Frauen und Männer unterschiedliche Produkte nachfragen. 57% der Frauen kauften online Kleidung oder Sportartikel, von den Männern dagegen nur 42%. Frauen lagen auch beim Onlinekauf von Printprodukten vorn (57% gegenüber 49% bei den Männern). Männer kauften dagegen vor allem Computersoftware und Updates, Elektronikartikel und Computer-Hardware. Bei diesen Produkten sind die Anteile der Männer jeweils mehr als doppelt so hoch, wie die entsprechenden Anteile der Frauen. Allerdings ist es fraglich, ob dies allein auf geschlechterspe-

Schaubild 6



zifische Unterschiede beim E-Commerce zurückzuführen ist. Vielmehr ist es naheliegend, dass solche Produkte generell stärker von Männern nachgefragt werden. Einige Produkte werden von Männern und Frauen ähnlich häufig online gekauft. Dazu zählen insbesondere private Gebrauchsgüter sowie Reisen, Urlaubsunterkünfte und Bahn- oder Flugtickets.

Gründe gegen den Onlineeinkauf

Obwohl immer mehr Internetnutzende Waren oder Dienstleistungen über das Internet kaufen, hat ein Viertel der Internetnutzenden noch nie etwas online bestellt oder gekauft. Bei weiteren 7% lag der letzte Einkauf über zwölf Monate zurück. Diese Personen wurden zu den Gründen befragt, die gegen die Nutzung von E-Commerce sprechen.

Die wichtigsten Gründe gegen den Onlineeinkauf waren der „fehlende Bedarf“ (67%) sowie die „Bevorzugung von persönlicher Beratung oder das Ansehen der Produkte beim Einkauf“ (65%). Es wird jedoch auch auf spezifische Probleme beim E-Commerce verwiesen. Für die Hälfte der Personen (52%) waren Sicherheits- und Datenschutzbedenken ein Grund für den Verzicht auf den Onlineeinkauf, 51% hatten Bedenken hinsichtlich des Erhalts, der Rücksendung oder der Reklamation von Waren und 40% gaben an, keine Kreditkarte für den Interneteinkauf zu besitzen.

Nur ein geringer Anteil der Personen (20%) gab an, dass es Probleme beim Empfang der Waren zu Hause gäbe. Eine

untergeordnete Rolle spielte auch eine „zu langsame Internetverbindung“ (15%). Für 37% der Personen waren mangelnde Kenntnisse im Umgang mit dem Internet einer der Gründe dafür, Onlineeinkäufe nicht zu tätigen.

Fazit und Ausblick

Für immer mehr Menschen in Deutschland ist die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien aus dem (Arbeits-)Alltag kaum noch wegzudenken. Die Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten im Jahr 2006 belegen, dass sich dieser Trend fortsetzt: Die Verbreitung der Computer- und Internetnutzung hat weiter zugenommen und inzwischen ein recht hohes Niveau erreicht. Allerdings zeigt sich, dass das Internet in erster Linie für Kommunikations- und Informationszwecke genutzt wird. Dagegen sind Internetaktivitäten wie beispielsweise die Nutzung von Internet-Radio und Internet-Fernsehen bislang kaum verbreitet. Darüber hinaus wird die Verwendung dieser modernen Technologien weiterhin durch soziodemographische Merkmale beeinflusst. Die geringste IKT-Nutzung lässt sich bei älteren Menschen, bei Frauen sowie bei nichterwerbstätigen Personen beobachten.

Auf europäischer Ebene kommt der Bereitstellung von Indikatoren, die die Entwicklung der Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union abbilden, eine hohe

politische Bedeutung zu. Nach den Pilotstudien der Jahre 2002 bis 2005 wird die Erhebung zur IKT-Nutzung in Haushalten durch die im Jahr 2005 erlassene EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft für die Jahre 2006 bis 2010 weiter fortgesetzt. Damit wird gewährleistet, dass weiterhin EU-weit vergleichbare Daten bereitgestellt werden, welche Aufschluss über die künftigen Entwicklungen geben können. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Jörg Feuerhake, Magdalena Bundil

Aufwendungen und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien

In Europa und speziell auch in Deutschland kommt aussagekräftigen Informationen über die Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen eine steigende politische Bedeutung zu. Aus den vorliegenden Ergebnissen der Erhebungen zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen und aus Querschnittsveröffentlichungen wird bereits ein Teil dieses Datenbedarfs gedeckt. Bisher stehen jedoch keine Informationen über den Umfang und die Struktur der Aufwendungen für Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unternehmen sowie deren ökonomische Auswirkungen zur Verfügung. Insbesondere belastbare Aussagen über den Einfluss der IKT-Aufwendungen auf die Produktivität waren deshalb kaum möglich. Daher hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, eine Methodik zur Gewinnung derartiger Informationen entwickelt.

Diese Methodik umzusetzen und zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen aussagekräftige Ergebnisse erzielt werden können, war Ziel der Erhebung über Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie, über die dieser Beitrag berichtet. Die gewonnenen Daten sollen eine statistische Basis zur Ableitung von Indikatoren über den Zusammenhang von IKT-Investitionen und Produktivität bilden.

Einleitung

In vielen Feldern der Wirtschaftspolitik werden detaillierte Informationen über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und seine ökonomischen Auswirkungen auf die Produktivität gefordert. Von Seiten der Europäischen Kommission wird dieser Datenbedarf beispielsweise im Rahmen des sogenannten Lissabon-Prozesses¹⁾ und im Zusammenhang mit dem Projekt i2010²⁾ formuliert. Der Lissabon-Prozess hat eine Steigerung der Produktivität und der wirtschaftlichen Dynamik in der EU zum Ziel. Mit der Initiative „i2010: Informationsgesellschaft 2010“ sollen Wachstum und Beschäftigung in der Informationsgesellschaft und der Medienindustrie gefördert werden. Die politischen Instrumente der Gemeinschaft, wie Rechtsvorschriften, Forschungsförderung und Partnerschaften mit der Industrie, sollen modernisiert und eingesetzt werden, um den weiteren Ausbau der digitalen Wirtschaft voranzubringen. Zur Standortbestimmung, zur Definition politischer Handlungsfelder und zur Erfolgskontrolle sind hierbei europaweite Informationen über den Einsatz von IKT und daraus resultierende Effekte entscheidend.

Bisher wird vermutet, dass kleinen und mittelständischen Unternehmen die Nutzung von Produktivitätseffekten durch IKT-Einsatz schwerer fällt als größeren Unternehmen.³⁾

1) Siehe auch Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Gemeinsame Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung: Das Lissabon-Programm der Gemeinschaft“, KOM (2005) 330 endgültig (http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/COM2005_330_de.pdf; Stand: 5. Juni 2007), oder in dieser Zeitschrift Jörger, N.: „Strukturindikatoren – Messung der Fortschritte im Rahmen der Lissabonner Strategie“ in WiSta 12/2003, S. 1083 ff.

2) Siehe „Europäische Kommission startet 5-Jahres-Strategie zur Ankurbelung der digitalen Wirtschaft“ (http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/press_release_de.pdf; Stand: 5. Juni 2007).

3) „Helping SMEs win in the Information Society“ (http://ec.europa.eu/information_society/ecowor/smes/index_en.htm; Stand: 5. Juni 2007).

Argumente hierfür liefert unter anderem "The European e-Business Report 2005"⁴⁾, der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Europa in vielen Bereichen des IKT-Einsatzes Nachholbedarf attestiert. Erhebungen zu IKT-Aufwendungen und -Investitionen sollten also im europäischen Rahmen besonders auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen fokussieren, da hier der politische Handlungsbedarf und mithin der Informationsbedarf am größten ist.

Ebenfalls von besonderem Interesse sind Art und Umfang der IKT-Ausgaben und des IKT-Einsatzes im öffentlichen Sektor. Hier steht besonders die Fähigkeit des öffentlichen Sektors, eGovernment-Dienste anzubieten, im Vordergrund. eGovernment gilt weiterhin als eines der Einsatzfelder von Informations- und Kommunikationstechnologien, die viel Potenzial entfalten können.

Daher sollte die Erhebung über Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie hauptsächlich klären, ob Informationen zu Art und Umfang des IKT-Einsatzes in Unternehmen und Organisationen mit vertretbarem Aufwand erhoben werden können. Ein weiteres Ziel der Erhebung war, Informationen über Strategien beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermitteln.

Erhebungsdesign

Das Erhebungsprogramm war in zwei Hauptkomplexe gegliedert. Im ersten Fragenkomplex wurden Informationen zu Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie im privaten und öffentlichen Sektor Deutschlands erhoben. Bisherige Studien haben allerdings gezeigt, dass die Höhe der Aufwendungen und die Art des IKT-Einsatzes auch innerhalb homogener Wirtschaftszweige stark differieren.⁵⁾ Deswegen ist es notwendig, über die Informationen über Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie aus dem betrieblichen Rechnungswesen hinaus auch Informationen zur Art des IKT-Einsatzes zu erfragen. Daher wurden im zweiten Fragenkomplex IKT-Experten über ihre Einschätzungen und Strategien beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie sowie ihre Erfahrungen mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie als Mittel zur Produktivitätssteigerung befragt.

Um abschätzen zu können, wie groß die Belastung des Berichtskreises durch die Erhebung ist, wurde zusätzlich erhoben, ob und welche Schwierigkeiten bei der Beantwortung der Fragen auftraten und wie viel Zeit die Beantwortung in Anspruch nahm.

Zuletzt wurden dann zur Präzisierung der Angaben aus dem Themenkomplex für IT-Experten Telefoninterviews mit ausgewählten Unternehmen der Stichprobe durchgeführt.

Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie

An quantitativen Informationen enthielt das Erhebungsprogramm neben einigen Hintergrundvariablen Fragen zu Käufen verschiedener Arten von Gütern und Dienstleistungen der IKT und als Darunterposition Investitionen:

Hintergrundvariablen

- Tätige Personen
- Tätige Personen in Vollzeiteinheiten
- Tätige Personen ausschließlich in der Informationstechnik
- Stundenweise tätige Personen in der Informationstechnik

Käufe von und Investitionen in IKT-Güter

- Käufe von Hardware zum unveränderten Weiterverkauf
- Käufe von Hardware, darunter Investitionen in Hardware
- Käufe von Telekommunikationsgütern, darunter Investitionen in Telekommunikationsgüter
- Käufe von sonstigen IKT-Gütern, darunter Investitionen in sonstige IKT-Güter

Käufe von und Investitionen in Software

- Käufe von Software zum unveränderten Weiterverkauf
- Käufe von Software, darunter Investitionen in Software

Weiterhin sollten die Investitionen in selbst erstellte Software ermittelt werden. Da das deutsche Recht die Aktivierung selbst erstellter Software nicht zulässt, konnte nur nach den – bei der Herstellung von Software – angefallenen Personalkosten gefragt werden:

- Anzahl der Personentage
- Kostensatz für einen Personentag

Leasing und Käufe von Dienstleistungen

- Aufwendungen für geleaste IKT-Güter
- Käufe von IKT-Dienstleistungen

Die Untergliederung der IKT-Güter folgte dabei einer von Eurostat vorgegebenen Einteilung, die von allen teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten erhoben werden sollte.

4) "The European e-Business Report 2005" (<http://www.ebusiness-watch.org/resources/documents/eBusiness-Report-2005.pdf>; Stand: 5. Juni 2007).

5) Siehe van Ark, B./Inklaar, R./McGuckin, R.: "Changing Gear": Productivity, ICT and Services: Europe and the United States, Groningen 2002; Bloom, N./Sadun, R./van Reenen, J.: "It ain't what you do it's the way that you do I.T. – Testing explanations of productivity growth using U.S. affiliates", Centre for Economic Performance, London School of Economics, 2005.

Einschätzungen der IT-Experten

Im folgenden Teil des Fragebogens wurden Strategien und Einschätzungen der IT-Experten in den Unternehmen erhoben. Ziel war es, Hintergrundinformationen der IT-Experten zu Produktivitätseffekten durch den Einsatz von IKT zu gewinnen.

Teil zwei des Fragebogens gliederte sich in die vier Hauptfragestellungen „Einsatzstrategien“, „Erfolgsfaktoren“, „Unternehmensbereiche“ und „Open-Source-Software-Einsatz“. Diese sollten jeweils unter dem Aspekt der Produktivitätssteigerung betrachtet werden.

Erhebung

Die Erhebung wurde als Einzelerhebung nach §7 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) durchgeführt. Konzeption und Pretests fanden noch Ende 2005 statt. Die Feldphase reichte dann von Februar 2006 bis August 2006. Die Aufbereitung der Daten und der Abschlussbericht erfolgten bis Ende Oktober 2006.

Grundgesamtheit

Zur Grundgesamtheit zählten 380 000 Unternehmen und Einrichtungen mit 10 und mehr Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen D bis K und M bis O der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, Rev. 1.1 (NACE Rev. 1.1, 2002).

Stichprobe

Aus dem statistischen Unternehmensregister wurden etwa 20 000 Unternehmen der Grundgesamtheit gezogen. Um Hochrechnung und Analyse zu optimieren, wurde die Stichprobe nach bestimmten Kriterien geschichtet. Als Erstes wurden vier regionale Bereiche abgegrenzt: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, neue Bundesländer ohne Berlin und übrige Länder. Diese Abgrenzung dient nationalen Analysezielen. Weiterhin wurde nach den Beschäftigtengrößenklassen

- 10 bis 49 Beschäftigte
- 50 bis 249 Beschäftigte
- 250 und mehr Beschäftigte

sowie nach den wirtschaftlichen Aktivitäten

- Verarbeitendes Gewerbe (NACE-Abschnitt D 15 bis 37),
- Energie- und Wasserversorgung (NACE-Abschnitt E 40 bis 41),
- Baugewerbe (NACE-Abschnitt F 45),
- Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (NACE-Abschnitt G 50 bis 52),
- Gastgewerbe (NACE-Abschnitt H 55),

- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (NACE-Abschnitt I 60 bis 64),
- Kreditinstitute und Versicherungen (NACE-Abschnitt J 65 bis 67)
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen (NACE-Abschnitt K 70 bis 74),
- Erziehung und Unterricht (NACE-Abschnitt M 80),
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (NACE-Abschnitt N 85),
- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (NACE-Abschnitt O 90 bis 93)

geschichtet. Bei der Stichprobe wurde eine Rotation gegenüber der Erhebung „IKT-Nutzung“ vorgenommen, um die Belastung des Berichtskreises so gering wie möglich zu halten.

Antwortverhalten

Ein Hauptindikator für die Machbarkeit einer Befragung und für die Belastung der Berichtenden ist bei einer freiwilligen Erhebung das Antwortverhalten. Da die zusätzliche Belastung des Berichtskreises ein wichtiges Kriterium bei der Realisierung neuer Erhebungen ist, soll kurz auf das Antwortverhalten der Befragten eingegangen werden. Das Antwortverhalten kann nach Antwortverweigerung und Ausfällen bei einzelnen Merkmalen gegliedert werden.

Rücklauf

6 568 Unternehmen sandten die Fragebogen zurück, was einer Rücklaufquote von 32,8% entspricht. Hierbei weisen die NACE-Abschnitte E 40 bis 41 mit 57,1% und die Größenklasse Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten mit 38,5% die jeweils höchsten Rücklaufquoten auf. Die geringsten Rücklaufquoten von 23,6% waren beim NACE-Abschnitt N 85 sowie bei der Größenklasse 10 bis 49 Beschäftigte mit 30,8% zu beobachten. Die Rücklaufquote der Unternehmen der Größenklasse 50 bis 249 Beschäftigte lag mit 37,6% nur geringfügig unterhalb der der Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. Nach beiden Schichtungsmerkmalen betrachtet hatten die Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten aus dem NACE-Abschnitt F 45 mit 19% die niedrigste und die Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten aus dem Wirtschaftsbereich E 40 bis 41 mit 60,8% die höchste Rücklaufquote. Die Unterschiede in den Rücklaufquoten nach Beschäftigtengrößenklassen und NACE-Abschnitten können teilweise durch die unterschiedliche Qualität und Aktualität der aus dem Unternehmensregister bei der Stichprobenziehung verfügbaren Informationen erklärt werden.

Von den zurückgesandten Fragebogen konnten 4 571 für die Hochrechnung und Aufbereitung verwendet werden. Tabelle 1 zeigt Häufigkeiten und Anteile der verwendbaren

Tabelle 1: Für Hochrechnung und Auswertung verwendbare Rückläufe
§ 7-Erhebung über Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie

NACE-Abschnitt ¹⁾	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten						Insgesamt	
	10 – 49		50 – 249		250 und mehr			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Verarbeitendes Gewerbe	193	21,4	399	40,4	356	38,5	948	33,7
Energie- und Wasserversorgung	43	42,2	9	23,1	14	38,9	66	37,3
Baugewerbe	3	17,6	20	33,3	2	9,5	25	25,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	350	13,7	59	21,3	67	20,4	476	15,1
Gastgewerbe	25	20,3	7	46,7	6	37,5	38	24,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	214	28,6	39	47,0	37	22,0	290	29,1
Kreditinstitute und Versicherungen	80	25,2	46	37,7	43	36,8	169	30,4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	1859	21,2	374	22,8	84	26,2	2317	21,6
Erziehung und Unterricht	4	22,2	5	38,5	7	28,0	16	28,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen ..	47	13,8	10	22,2	19	31,7	76	17,1
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	90	13,0	36	32,1	24	34,3	150	17,2
Insgesamt ...	2908	20,0	1004	29,6	659	31,6	4571	22,8

1) Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, Rev. 1.1 (NACE Rev. 1.1, 2002).

Bogen nach NACE-Abschnitten und Beschäftigtengrößenklassen.

Merkmalsausfälle

Tabelle 2 zeigt die Merkmalsausfallhäufigkeiten und jeweils die Anteile der Ausfälle an der gesamten Antwortquote

Tabelle 2: Merkmalsausfälle nach Beschäftigtengrößenklassen der Unternehmen für die kostenrechnerischen Merkmale
§ 7-Erhebung über Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie

Merkmal	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten					
	10 – 49		50 – 249		250 und mehr	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Beschäftigte im IT-Bereich	229	7,9	52	5,2	13	2,0
Teilzeitbeschäftigte im IT-Bereich	206	7,1	68	6,8	37	5,6
Käufe von Hardware (Handelsware)	4	0,1	3	0,3	1	0,2
Käufe von Hardware	1	0,0	0	0,0	0	0,0
Investitionen in Hardware	5	0,2	1	0,1	0	0,0
Käufe von Telekommunikationsgütern	193	6,6	53	5,3	16	2,4
Investitionen in Telekommunikationsgüter ..	286	9,8	78	7,8	23	3,5
Käufe von sonstiger Informationstechnik ...	234	8,1	56	5,6	19	2,9
Investitionen in sonstige Informationstechnik ...	290	10,0	74	7,4	25	3,8
Käufe von Software (Handelsware)	243	8,4	59	5,9	24	3,6
Käufe von Software	172	5,9	26	2,6	10	1,5
Investitionen in Software	257	8,8	51	5,1	18	2,7
Neuerstellung von Software zur Eigennutzung ..	237	8,2	66	6,6	21	3,2
Leasing von IKT-Gütern ..	183	6,3	47	4,7	18	2,7
Käufe von IKT-Dienstleistungen	165	5,7	35	3,5	14	2,1

6) Die Merkmale Umsatz und Zahl der Beschäftigten sind in Tabelle 2 nicht berücksichtigt, da hier fehlende Angaben in jedem Fall, z. B. durch Rückfragen bei den Unternehmen, nachträglich ergänzt wurden.

7) § 248 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB).

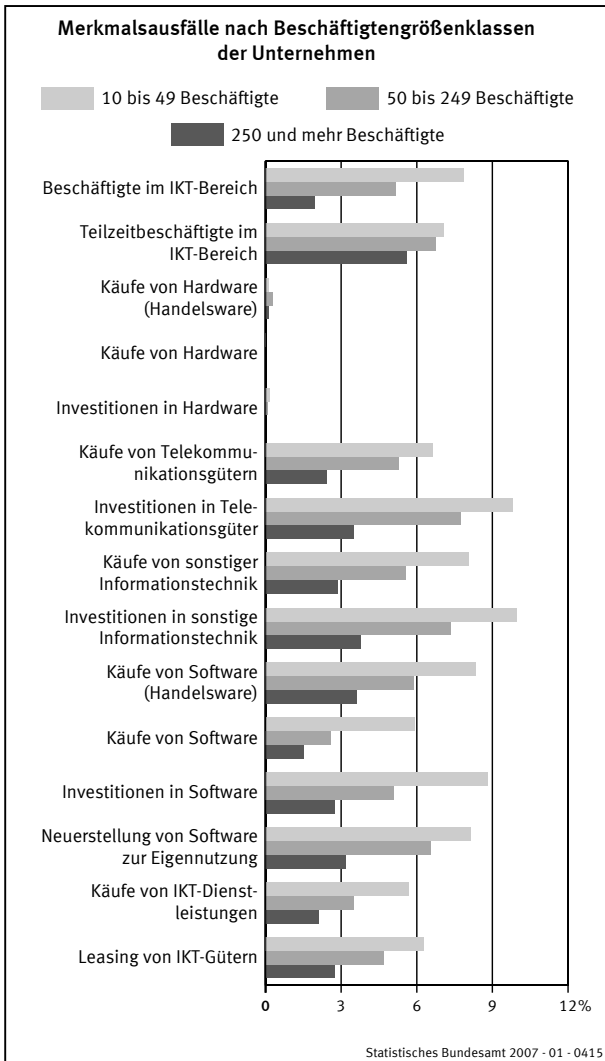
gegliedert nach Beschäftigtengrößenklassen.⁶⁾ Auffallend sind die niedrigen Ausfallraten für die Positionen zu Hardwarekauf und -investitionen. Es sieht so aus, als ob dieses Merkmal dem betrieblichen Rechnungswesen am leichtesten zu entnehmen war. Dagegen führten schon die Gliederungen Telekommunikationsgüter und sonstige IKT-Güter zu erheblich höheren Ausfallraten.

Das Merkmal „Beschäftigte im IT-Bereich (in Vollzeitäquivalenten)“ war für kleinere Firmen oft schwierig zu beantworten. Für die Unternehmen aller Größenklassen schien das Merkmal „Teilzeitbeschäftigte im IT-Bereich (in Vollzeitäquivalenten)“ gleichermaßen schwer zu beantworten zu sein.

Von besonderem Interesse war die Frage nach dem Aufwand für selbst erstellte Software zur eigenen Nutzung, da diese Position in Deutschland nicht aktivierbar ist.⁷⁾ Zu den Merkmalen „Anzahl der Personentage für die Neuerstellung und Weiterentwicklung von Software zur eigenen Nutzung“ und „Durchschnittlicher Kostensatz für einen Personentag“ unter der Rubrik „Neuerstellung und Weiterentwicklung von Software zur eigenen Nutzung (Schätzung)“ gaben nur wenige Unternehmen Werte verschieden von Null an. Die Einheiten, die hier Angaben machten, lieferten jedoch plausible Zahlen.

Für alle quantitativen Merkmale, aber auch für die Merkmale, die die IT-Experten beantworten sollten, ist festzuhalten, dass bei den Unternehmen der oberen Beschäftigtengrößenklassen sowohl weniger Antwort- als auch weniger Merkmalsausfälle zu verzeichnen waren als bei denen der unteren Beschäftigtengrößenklassen (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1



Dies kann verschiedene Gründe haben. Zum einen ist das Unternehmensregister im Bereich der kleinen Unternehmen ungenauer, was bei der Auswahl der Unternehmen für die Stichprobe zu Problemen führen kann. Zweitens sind Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten seltener von Erhebungen betroffen. Dies kann sich negativ auf das jeweilige Antwortverhalten auswirken, insbesondere, wenn nach Informationen gefragt wird, die nicht direkt mit der Haupttätigkeit des jeweiligen Unternehmens zu tun haben. Speziell für den IKT-Bereich gilt zusätzlich, dass kleinere Firmen oft nicht in der Lage sind, ihre Strategien beim Einsatz von IKT zu formulieren. Dies belegen die nochmals höheren Ausfallraten bei den Fragen nach IKT-Einsatzstrategien. Dieser letzte Punkt deutet darauf hin, dass kleinere Unternehmen eher Probleme beim produktivitätssteigernden Einsatz von IKT haben.

Ausgewählte Ergebnisse

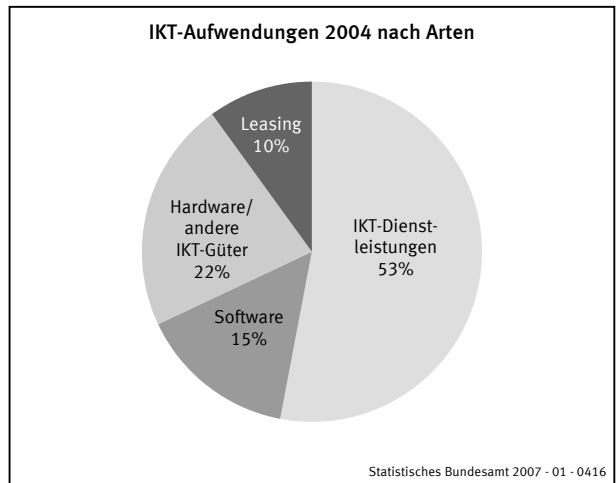
Die methodische Zielsetzung und das daraus resultierende Erhebungsdesign lassen es speziell bei dieser Befragung nicht zu, sehr detaillierte Ergebnisse zu veröffentlichen.

Das Hauptziel der Erhebung, methodische Erfahrungen zu sammeln, um künftig präzise und belastungsarm Informationen zu IKT-Investitionen zu gewinnen, konnte auf jeden Fall erreicht werden. Die Qualität der gesammelten Informationen ist jedoch aufgrund des Pilotcharakters der Erhebung zumindest teilweise eingeschränkt. Dennoch können einige wichtige Ergebnisse aus der Erhebung präsentiert werden.

Wirtschaftliche Eckdaten

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland 54 Mrd. Euro für den Erwerb von IKT-Gütern und -Dienstleistungen aufgewendet. Davon beliefen sich die Investitionen in die IKT-Infrastruktur ohne Leasingkäufe auf 13,4 Mill. Euro. Für das Leasing von IKT-Gütern wurden 5,3 Mill. Euro ausgegeben.

Schaubild 2



53% der gesamten Aufwendungen waren Ausgaben für IKT-Dienstleistungen. Hierzu zählen beispielsweise die Beratung, die Hardwarepflege oder die Datenbank- und Web-Hosting-Dienstleistungen. Weitere 22% wurden für Käufe von Hardware und Telekommunikationstechnik sowie 15% für den Kauf von Software aufgewendet. An den Ausgaben für IKT-Güter hat Hardware den höchsten Anteil:

Schaubild 3

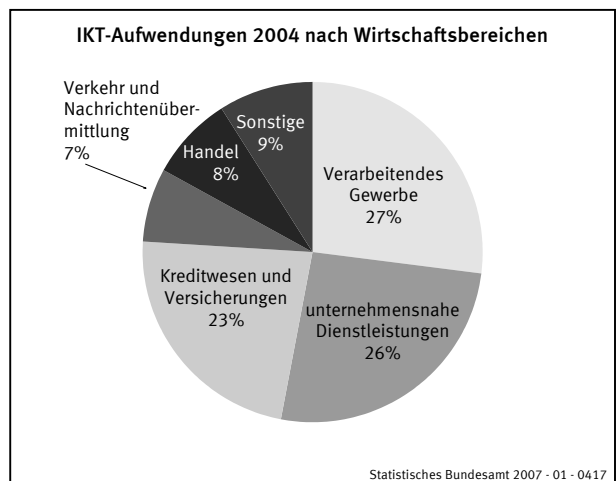
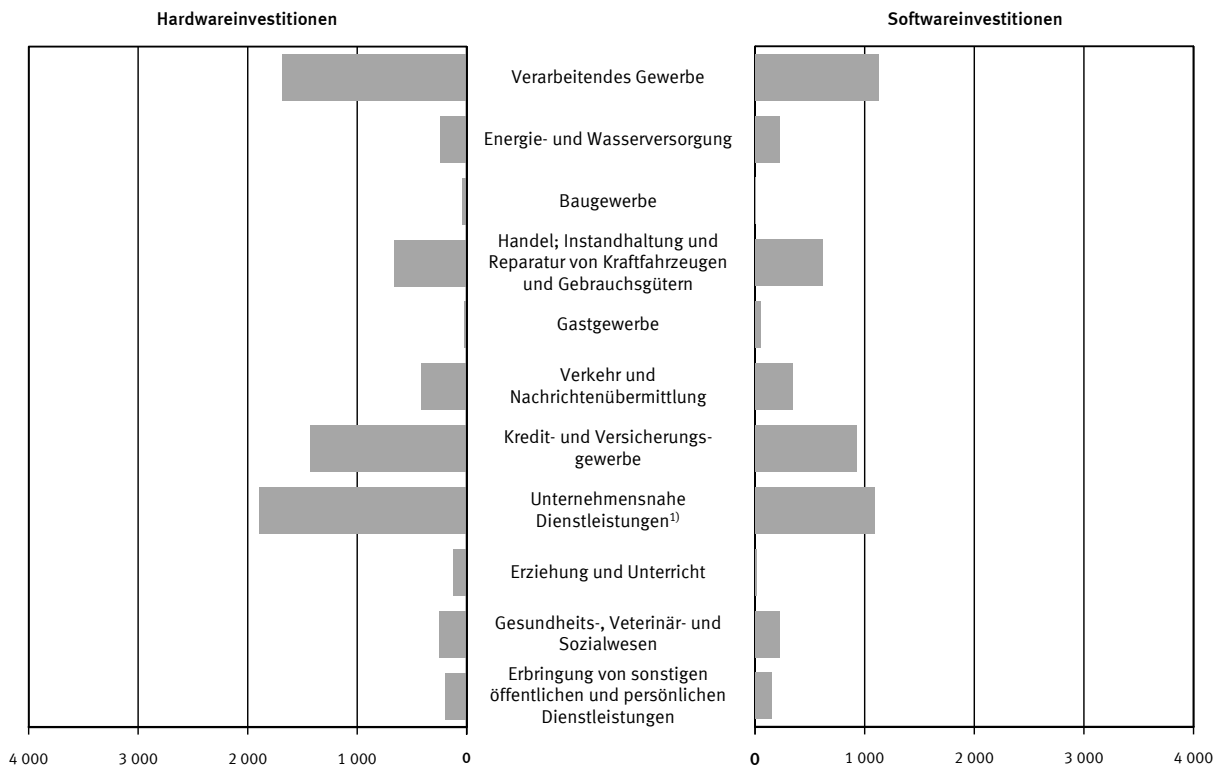
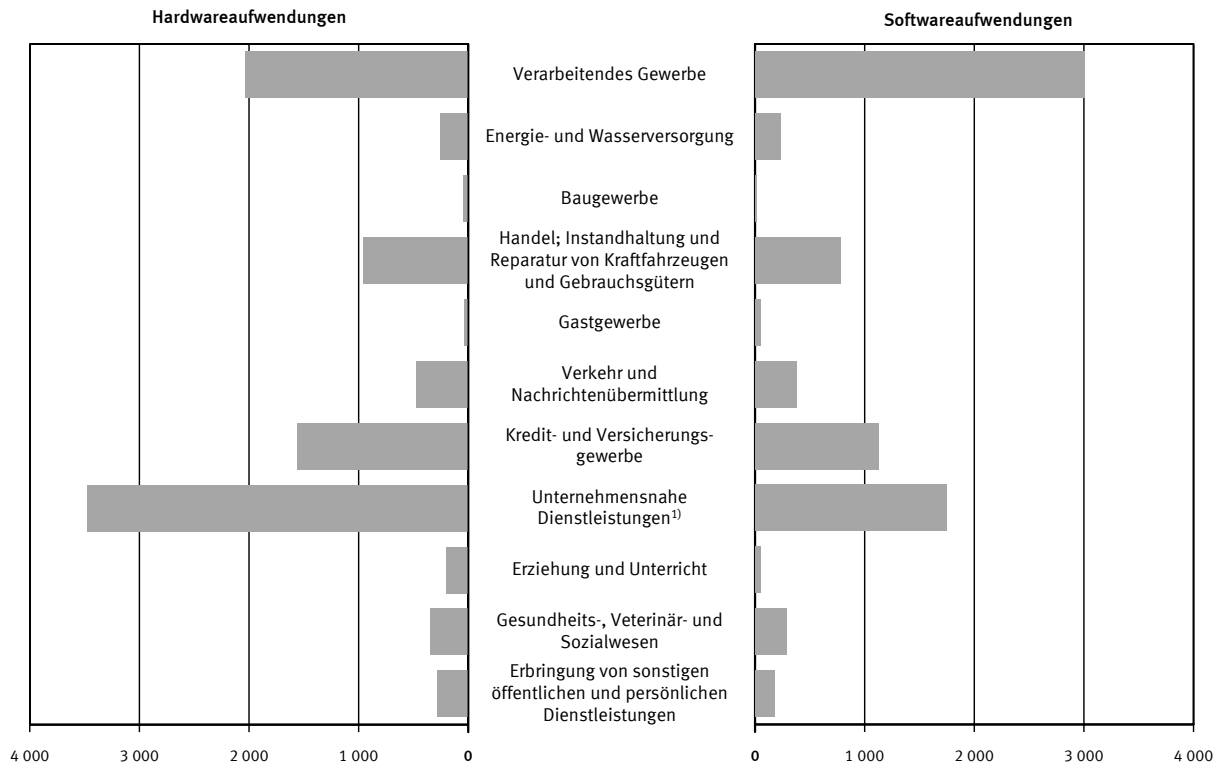


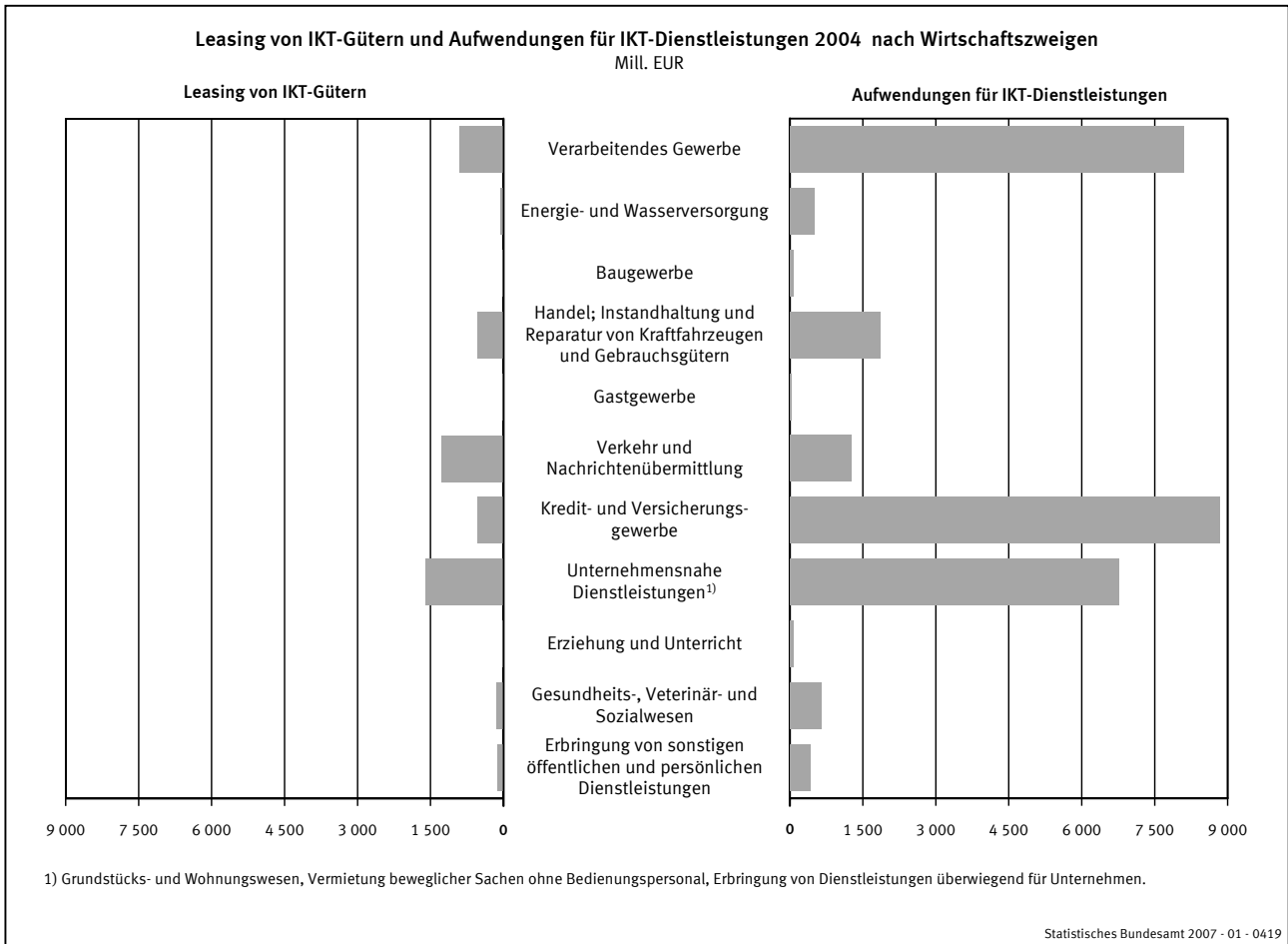
Schaubild 4

Aufwendungen und Investitionen in Hard- und Software 2004 nach Wirtschaftszweigen
Mill. EUR



1) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

Schaubild 5



9,7 Mill. Euro wurden für Hardware, 1,0 Mill. Euro für Telekommunikationsgüter und 1,2 Mill. Euro für sonstige IKT-Güter ausgegeben.

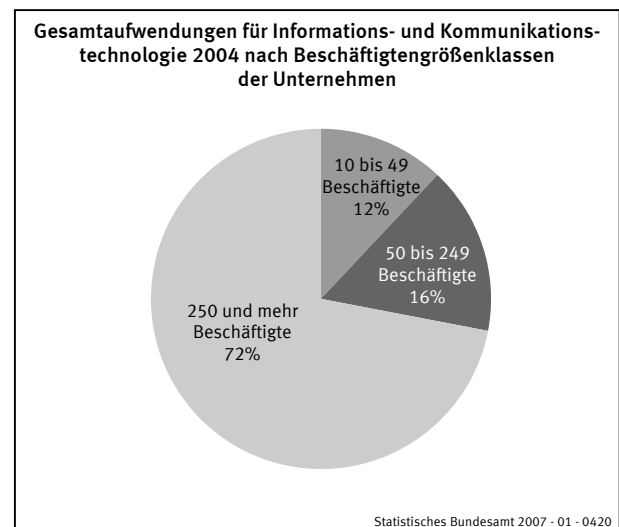
Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie die Anbieter von unternehmensnahen Dienstleistungen (einschließlich Datenverarbeitungsdiensten) waren mit 27 bzw. 26 % der Gesamtausgaben für den Erwerb von IKT-Gütern und -Dienstleistungen in Deutschland die bedeutendsten Nachfrager von Informations- und Kommunikationstechnologie, gefolgt von den Kreditinstituten und Versicherungen (23 %). Die Unternehmen des Handels (8 %) sowie des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung (7 %) hatten ebenfalls einen wesentlichen Anteil an den IKT-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft.

Wie Schaubild 4 zeigt, wendeten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (NACE-Abschnitt D) und der unternehmensnahen Dienstleistungen (NACE-Abschnitt K) am meisten für Informations- und Kommunikationstechnologie auf. In diesen Bereichen waren auch die Investitionen am höchsten. Während das Verarbeitende Gewerbe dazu tendierte, mehr für Software aufzuwenden, wurden im Bereich unternehmensnahe Dienstleistungen mehr Aufwendungen für Hardware getätigt. Auch der Sektor Kredit- und Versicherungsgewerbe (NACE-Abschnitt J) spielte eine große Rolle: Hier fielen die höchsten Ausgaben für IKT-Dienstleistungen

an. Im Verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen lagen die Aufwendungen für IKT-Dienstleistungen ebenfalls hoch.

Der öffentliche Sektor, in der Erhebung durch die NACE-Abschnitte M, N und O vertreten, hatte mit 3,1 Mrd. Euro

Schaubild 6



einen Anteil von 5,8% an den gesamten Aufwendungen für IKT in Deutschland. Der öffentliche Sektor spielt somit gesamtwirtschaftlich gesehen eine geringe Rolle beim Einsatz von IKT.

Differenziert nach Beschäftigtengrößenklassen der Unternehmen wurde der mit 72% bedeutendste Anteil der Aufwendungen von Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten getätigt. Kleine und mittlere Unternehmen trugen zu 12 bzw. 16% zu den Gesamtaufwendungen bei.

Strategien beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien

Da Informations- und Kommunikationstechnologie oft in hoch innovativen Bereichen eingesetzt wird, ist es von Bedeutung, Informationen über Einsatzgebiete und erwartete Effekte des IKT-Einsatzes zu erfragen, um hieraus spezifische Aussagen über die Auswirkungen des IKT-Einsatzes auf die Produktivität ableiten zu können. So lassen sich zusätzliche Informationen zu den in diesem Zusammenhang weniger aussagekräftigen Angaben aus dem betrieblichen Rechnungswesen gewinnen.

Der Fragenblock „Einschätzungen der IT-Experten“ gliedert sich in die vier Abschnitte „Einsatzfelder“, „Erfolgsfaktoren“, „Unternehmensbereiche“ und „Open-Source-Software-Einsatz“, die im Folgenden genauer betrachtet werden. Dabei wurden nur Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten einbezogen, da große Einheiten eher Strategien zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie entwickeln und diese auch entsprechend formulieren. Dieser Sachverhalt beeinflusst das Antwortverhalten deutlich,

sodass weitergehende Analysen über Einsatzstrategien von Informations- und Kommunikationstechnologie nur für die größeren Unternehmen möglich sind.

Einsatzfelder

Informations- und Kommunikationstechnologien lassen sich im betrieblichen Kontext für eine Vielzahl von Zwecken einsetzen. Zunächst wurde deshalb erfragt, in welchem Feld das höchste Nutzenpotenzial für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien gesehen wird, um so Anhaltspunkte zu gewinnen, wo die wesentlichen IKT-Einsatzfelder liegen.

Die Befragten wurden gebeten anzukreuzen, welche IKT-Einsatzfelder am meisten zur Produktivitätssteigerung in ihrem Unternehmen beitragen. Neben einer freien Eingabemöglichkeit standen folgende Antworten zur Auswahl:

- Prozessoptimierung
- Erschließung neuer Vertriebswege
- Angebot neuer Produkte und Dienstleistungen
- Auslagerung von Dienstleistungen
- Optimierung der Logistik
- Optimierung der Informationsverteilung

Mehrfachnennungen waren möglich.

Meistgenanntes Einsatzfeld war die Prozessoptimierung, rund 80% der Befragten wählten diese Antwortmöglichkeit. 60% der Befragten sahen die Informationsverteilung und -aufbereitung innerhalb der Organisation als produktives

Schaubild 7

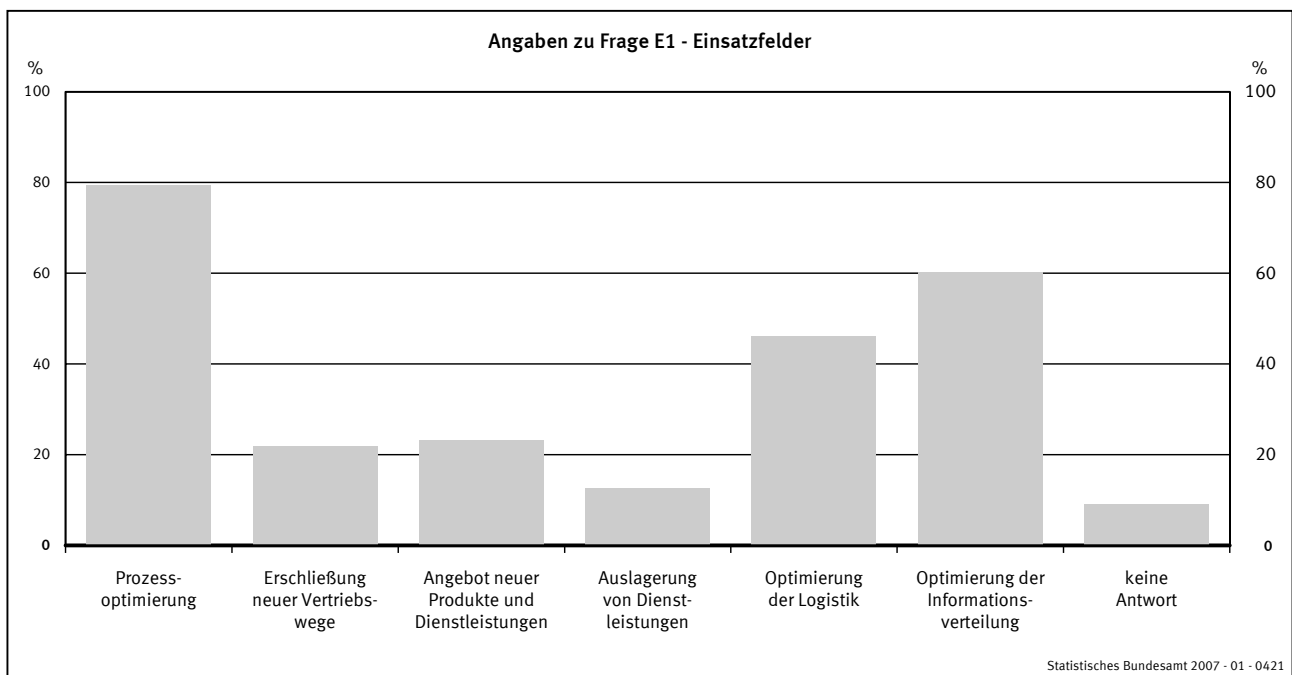
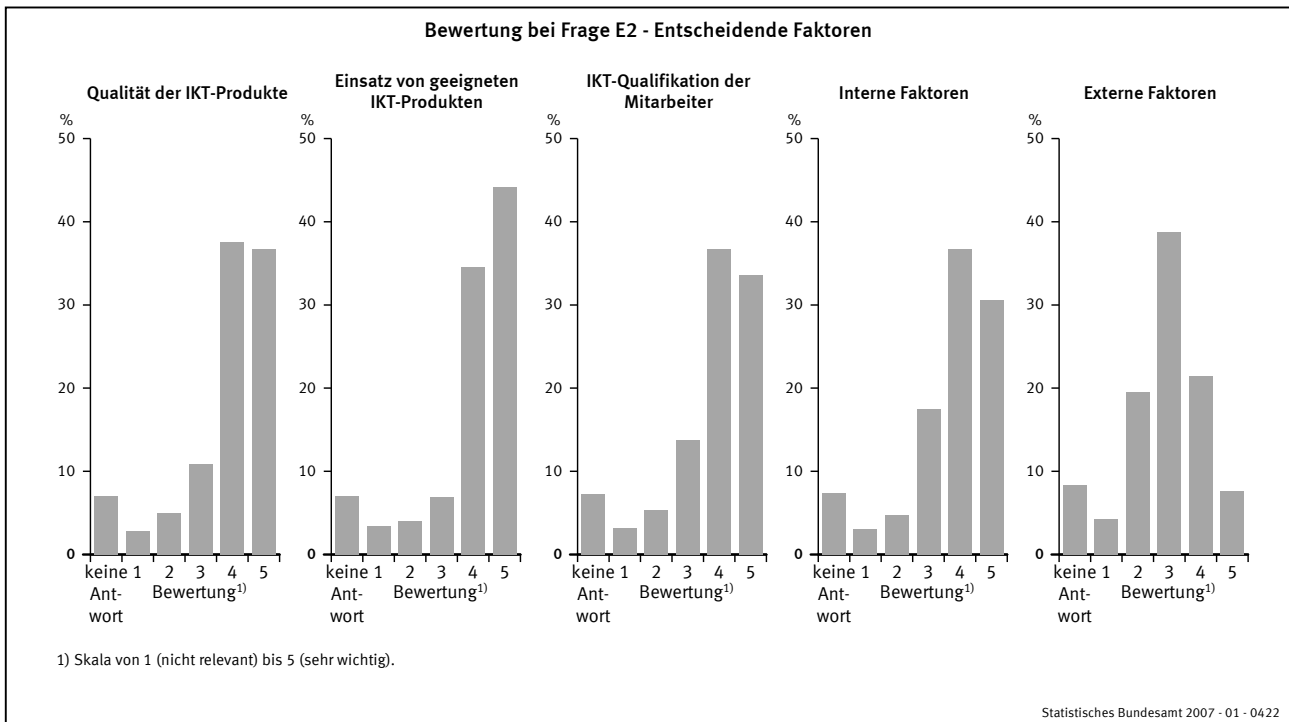


Schaubild 8



Einsatzfeld der Informations- und Kommunikationstechnologie an. Der Bereich Optimierung der Logistik wurde von 46% als produktivitätssteigerndes Einsatzgebiet gewertet. 22% nannten die Erschließung neuer Vertriebswege und 23% die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen. Nur 12% der Befragten nannten die Auslagerung von Dienstleistungen.

Erfolgsfaktoren

Um Informations- und Kommunikationstechnologie erfolgreich einsetzen zu können, müssen bestimmte Rahmenbedingungen in der jeweiligen Organisation erfüllt sein. Auf die Frage E2, welche Faktoren entscheidend für den produktivitätssteigernden IKT-Einsatz sind, standen neben der freien Antwortmöglichkeit folgende Punkte zur Bewertung:

- Qualität der IKT-Produkte
- Einsatz von geeigneten IKT-Produkten
- IKT-Qualifikation der Mitarbeiter
- Interne Faktoren (Organisationsstruktur, interne Abläufe, usw.)
- Externe Faktoren (Marktsituation, gesetzliche Regelungen)

Die einzelnen Faktoren konnten jeweils auf einer Skala von 1 (nicht relevant) bis 5 (sehr wichtig) bewertet werden. Bis auf die externen Faktoren hatten alle anderen genannten Punkte die meisten Nennungen im Bereich wichtig bis sehr wichtig zu verzeichnen. Mit einer Durchschnittsbewertung von 4,2 wurde der „Einsatz von geeigneten IT-Produkten“ als wichtigster Faktor angesehen, gefolgt von der „Qualität

der IKT-Produkte“ mit 4,1. „Externe Faktoren“ bekamen mit 3,1 die niedrigste Durchschnittsbewertung.

Unternehmensbereiche

Da Informations- und Kommunikationstechnologie für sehr unterschiedliche betriebliche Zwecke eingesetzt werden kann, ist es wichtig zu klären, in welchem Unternehmensbereich von den IT-Experten das größte Potenzial für die Produktivitätssteigerung gesehen wird.

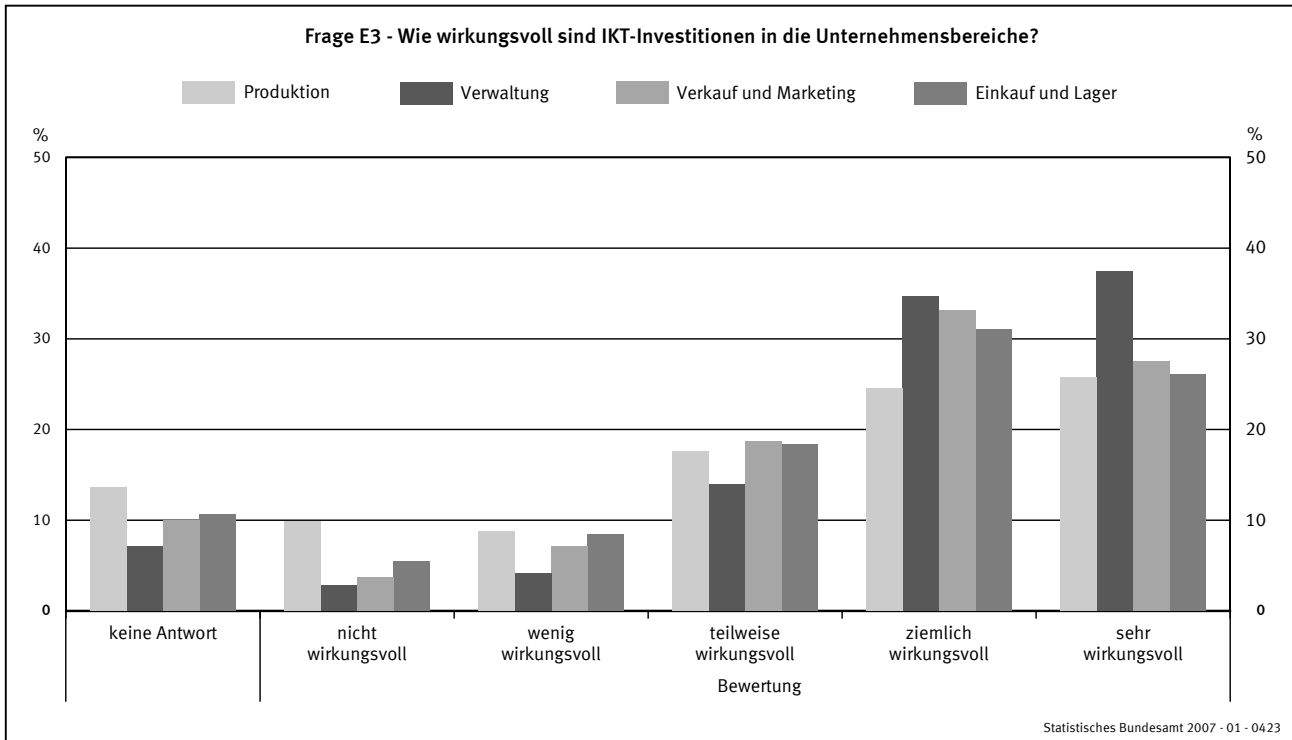
Zur Beantwortung der Frage E3, in welchen Unternehmensbereichen Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie am wirkungsvollsten sind, waren als Antwortmöglichkeiten die Bereiche

- Produktion
- Verwaltung
- Verkauf und Marketing
- Einkauf und Lager

vorgegeben. Die einzelnen Bereiche konnten von 1 (nicht wirkungsvoll) bis 5 (sehr wirkungsvoll) bewertet werden.

Alle vier Unternehmensbereiche wurden von den Befragten als positive Einsatzbereiche für Informations- und Kommunikationstechnologie genannt, wobei der Unternehmensbereich Verwaltung mit 4,1 im Schnitt am höchsten eingeschätzt wurde. Dies deckt sich mit der Beobachtung aus der Frage „Einsatzstrategien“, nach der Unternehmen zum Zeitpunkt der Erhebung eher interne Abläufe durch Informations- und Kommunikationstechnologie unterstützten als

Schaubild 9



Prozesse mit externen Partnern. Die geringe Bedeutung des Unternehmensbereichs Produktion (Durchschnittsbewertung 3,6) ist auch darauf zurückzuführen, dass in einigen wichtigen Wirtschaftsbereichen eine Produktion im klassischen Sinne nicht stattfindet.

Einsatz von Open-Source-Software

Dem Einsatz von Open-Source-Software wird ein besonders günstiger Einfluss auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zugeschrieben. Art und Umfang des Einsatzes von Open-Source-Software sind deshalb ein relevanter Punkt bei der Betrachtung von IKT-Einsatz und Produktivität und waren somit Bestandteil des Fragenprogramms.

Die Frage nach dem Einsatz von Open-Source-Software⁸⁾ (OSS) wurde nach der Dreischicht-Architektur⁹⁾ (Three tier software architecture) gegliedert. Die Befragten sollten jeweils angeben, ob quelltextoffene Software im Bereich

- System und Datenhaltung
- Applikationen und Geschäftslogik
- Präsentation und Zugang

eingesetzt wird.

Bei der Häufigkeit des Einsatzes von Open-Source-Software gab es kaum Unterschiede zwischen den Branchen. Im Mit-

tel verwendeten 22% der befragten Unternehmen und Einrichtungen OSS. Eine Ausnahme stellte der Bildungsbereich dar, hier gaben rund 50% der Befragten an, OSS zu verwenden. Größere Unternehmen und Einrichtungen setzen eher Open-Source-Software ein als kleine: 18% der Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten, 25% der Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und 40% der Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten gaben an, OSS einzusetzen.

Unter den Antwortenden mit mehr als 100 Beschäftigten wandten 28% Open-Source-Software für System und Datenhaltung, 21% für Serverapplikationen und Geschäftslogik und 14% für Präsentation und Zugang an.

Als Software im Bereich System und Datenhaltung wurden MySQL und Linux am häufigsten genannt. Einige Anwender nutzen FreeBSD und/oder PostgreSQL. Weitere quelltextoffene System- oder Datenbankprojekte spielen kaum eine Rolle. Im Bereich Geschäftslogik und Serverapplikationen wurden hauptsächlich Apache, JBoss und/oder Jakarta TomCat genannt. Im Bereich der Präsentations- und Zugangssysteme wurde am häufigsten der Internetbrowser Firefox genannt. Einige Unternehmen setzen auch OpenOffice und GIMP ein.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass im Vergleich zur Vielzahl von Open-Source-Projekten die Open-Source-Software-Landschaft der befragten Unternehmen weniger vielfältig ist.

8) Open-Source-Software wird gemeinhin wie folgt abgegrenzt: Die Software (d. h. der Quelltext) liegt in einer für den Menschen lesbaren und verständlichen Form vor. Die Software darf beliebig kopiert, verbreitet und genutzt werden. Die Software darf verändert und in der veränderten Form weitergegeben werden (zitiert nach Wikipedia).

9) Die Dreischicht-Architektur ist eine Client-Server-Architektur, die softwareseitig drei Schichten hat. Im Unterschied zur zweischichtigen Architektur existiert bei der dreischichtigen Architektur noch eine zusätzliche Schicht, die Logikschicht, die Prozessmanagement und Geschäftslogik bereitstellt.

Der Schwerpunkt der Erhebung lag auf der Untersuchung der methodischen Machbarkeit, sodass qualitative Einschränkungen bei den Ergebnissen hingenommen werden müssen. Dennoch erscheinen die Ergebnisse plausibel.

Fazit

Die im Projekt „Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie“ erhobenen Informationen zeigen, dass ein Großteil der Aufwendungen für den Erwerb von IKT-Gütern und -Dienstleistungen in Deutschland für IKT-Dienstleistungen getätigt wird. Besonders die Unternehmen der Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen und Kreditwesen und Versicherungen haben bedeutende Anteile an den IKT-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Verteilung der Aufwendungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen nach Arten der IKT-Güter und -Dienstleistungen: Der relativ hohe Anteil von Käufen von IKT-Dienstleistungen im Finanz- und Versicherungswesen lässt den Schluss zu, dass in diesem Wirtschaftsbereich die kundenspezifische Anpassung bestehender oder handelsüblicher Systeme wichtiger ist als in anderen Branchen.

Der relativ große Anteil des Wirtschaftszweigs „Unternehmensnahe Dienstleistungen“ an den Hardwareaufwendungen kann darauf zurückgeführt werden, dass in diesem Bereich Anbieter von IKT-Diensten geführt werden. Sowohl als Softwareentwickler als auch als Anbieter von Datenverarbeitungsdiensten ist man gezwungen, das immer noch hohe Innovationstempo im Hardwarebereich mitzugehen, um erfolgreich zu sein. Im Gegensatz hierzu liegt das Schwergewicht der Aufwendungen im Verarbeitenden Gewerbe im Bereich Software. Hier scheinen die Prioritäten nicht auf einer Ausweitung von Rechenkapazitäten zu liegen, sondern auf der effizienten Nutzung bestehender Systeme. Dies weist darauf hin, dass im Verarbeitenden Gewerbe keine infrastrukturellen Defizite zu finden sind.

Die Auswertungen nach Beschäftigtengrößenklassen der Unternehmen zeigen, dass größere Einheiten sowohl absolut als auch im Durchschnitt mehr für Informations- und Kommunikationstechnologie aufwenden. Die Einschätzungen der IT-Experten zeigen zusätzlich, dass größere Einheiten eher in der Lage sind, Strategien zum IKT-Einsatz zu formulieren.

Die Einschätzungen der Experten aus Einheiten mit mehr als hundert Beschäftigten ergaben ein differenziertes Bild. Bei diesem Fragenblock wurden zunächst alle Antworten ausgewertet, danach wurden die Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, Unternehmensnahe Dienstleistungen sowie Finanzwesen und Versicherungen gesondert betrachtet, da hier jeweils die höchsten Ausgaben getätigt worden sind.

Als wichtigstes Einsatzfeld wurde in allen Wirtschaftsbereichen die Prozessoptimierung genannt. Dies lässt darauf schließen, dass mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in erster Linie die internen Abläufe einer Organisation unterstützt werden sollen. Diese These

wird zusätzlich dadurch gestützt, dass die Optimierung der Informationsverteilung in der Organisation am zweithäufigsten genannt wurde. Die „Erschließung neuer Vertriebswege“, als ein auf die Beziehungen von Organisation und Umfeld gerichtetes Einsatzfeld, wird nur im Wirtschaftsbe- reich Finanzwesen häufig genannt.

Insgesamt hatte der Wirtschaftsbereich „Finanzwesen und Versicherungen“ eher niedrige Antwortausfallraten. Die Faktoren für den produktivitätssteigernden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie wurden hier besonders positiv eingeschätzt und viele Einsatzfelder als erfolgversprechend gewertet. Dies weist darauf hin, dass im Finanzsektor weiterhin große Erwartungen an den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie geknüpft werden. Dies gilt sowohl für die Optimierung der Abläufe in den Organisationen als auch für die Verbesserung der Beziehungen zu Kunden und Partnern.

Eine weitere Besonderheit tritt im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe auf. Hier wird der Optimierung der Logistik besonders viel produktivitätssteigerndes Potenzial beigemessen. Man kann davon ausgehen, dass dieses Potenzial durch neue Technologien auf diesem Gebiet ausgeschöpft werden kann. Neben den erwarteten Effekten aus der Automatisierung der Verwaltungsabläufe, wie sie sich aus der Einschätzung der Einsatzfelder Prozessoptimierung und Verbesserung der Informationsverteilung ableiten lassen, ist die Logistik somit ein weiteres Feld, in dem mit Aktivitäten zu rechnen ist.

Die Analyse der Experteneinschätzungen nach der Höhe der IKT-Aufwendungen für alle antwortenden Einheiten zeigte, dass Einheiten mit höheren Aufwendungen die einzelnen Faktoren durchweg positiver werten und auch häufiger in der Lage sind, Einsatzstrategien zu formulieren.

Insgesamt zeigt sich ein schlüssiges Bild. Große Unternehmen geben mehr für Informations- und Kommunikationstechnologie aus und sind eher in der Lage, Strategien für den IKT-Einsatz zu formulieren. Man kann deshalb davon ausgehen, dass Potenziale für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie hier erkannt und auch genutzt werden. Für kleine und mittelständische Unternehmen gilt das nicht in gleichem Umfang. Haupteinsatzgebiet ist die Optimierung interner Abläufe. Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie zur Verbesserung der Beziehungen zu Kunden und Partnern scheint zum Zeitpunkt der Erhebung zweitrangig gewesen zu sein.

Ausblick

Die mit der Erhebung „Aufwendungen für und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie“ gesammelten Informationen und Erfahrungen erlauben einen Überblick über die Investitionen und Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie in Deutschland und geben wertvolle Hinweise für künftige Erhebungen in diesem Bereich. Zurzeit fließen die methodischen Ergebnisse in die laufenden Projekte zur Entwicklung der Statistik der Informationsgesellschaft ein. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Gewerbeanzeigen 2006 – Gründungen und Schließungen

Die Gewerbeanzeigenstatistik weist alle An- und Abmeldungen von gewerblichen Unternehmen und Betrieben nach. Sie beruht auf der in der Gewerbeordnung festgelegten Pflicht, dass jeder Beginn und jede Beendigung einer selbstständigen gewerblichen Tätigkeit der zuständigen Meldebehörde anzuzeigen ist. Diese Pflicht beschränkt sich jedoch nicht nur auf das Anzeigen von Neugründungen oder Schließungen, sondern gilt auch bei Standortverlagerungen, Rechtsform- und Besitzwechseln sowie bei anderen Veränderungen in der Gewerbeausübung. Sowohl Haupt- als auch Zweigniederlassungen müssen melden. Die statistische Auswertung der Gewerbeummeldungen, die vor allem bei Änderungen der wirtschaftlichen Tätigkeit fällig sind, wurde aufgrund des ersten Mittelstandsentlastungsgesetzes¹⁾ im September 2006 eingestellt.

Im Jahr 2006 wurden bei den zuständigen Gewerbeämtern 882 000 Gewerbeanmeldungen und 710 000 Gewerbeabmeldungen eingereicht. Damit verringerte sich die Zahl der Gewerbeanmeldungen gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %, während die Zahl der Gewerbeabmeldungen um 0,3 % zugenommen hat.

Bei der Mehrzahl der Anmeldungen (84 %) gaben die Gewerbetreibenden an, eine Existenz gründen zu wollen. Bei 80 % der Abmeldungen wurde die vollständige Einstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit mitgeteilt.

Von den 738 000 Anmeldungen, bei denen als Anlass eine Neugründung angezeigt wurde, dürfte nur gut ein Fünftel der neuen Betriebe eine größere wirtschaftliche Bedeutung besitzen, 5,2 % weniger als im Vorjahr. Bei den übrigen

Gründungsvorhaben dürfte es sich vor allem um Kleinunternehmen handeln sowie um Betriebe, die im Nebenerwerb geführt werden. Die Zahl der Gründungen von Nebenerwerbsbetrieben hat 2006 um 3,5 % zugenommen. Dagegen ist die Zahl der Gründungen der übrigen Kleinbetriebe um 5 % zurückgegangen. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit den geänderten Maßnahmen bei der Gründungsförderung ab August 2006 zu sehen.

Von den 567 000 Betrieben, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit vollständig eingestellt haben, besaßen 128 000 eine größere wirtschaftliche Bedeutung. Damit wurden 5 % weniger größere Betriebe aufgegeben als im Vorjahr. Dagegen stieg die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe, die aufgegeben wurden, um fast 17 % auf 102 000.

Vorbemerkung

Die Gewerbeanzeige dient primär dem Zweck, der zuständigen Behörde einen Überblick über die in ihrem Bezirk vorhandenen Gewerbebetriebe zu verschaffen. Zusätzlich erhalten mit Hilfe von Kopien der Gewerbeanzeigen auch andere Institutionen, wie zum Beispiel die Finanzämter, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und die Statistischen Ämter der Länder, Angaben über Gewerbetreibende, um ihre steuerlichen, kammerbezogenen und statistischen Aufgaben erfüllen zu können.

Die Gewerbeanzeige dient also in erster Linie der Gewerbeüberwachung, erst danach statistischen Zwecken, ohne allerdings die Gewerbetreibenden zusätzlich zu belasten.

1) Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970).

Die von den Gewerbetreibenden erfragten Angaben orientieren sich demzufolge an den Interessen der Kommunen und weniger an statistischen Belangen. Trotz dieser Einschränkungen erlaubt die Gewerbeanzeigenstatistik, die Dynamik von Gründungsprozessen einzuschätzen und die Folgen von geänderten Rahmenbedingungen statistisch zu belegen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Dabei sind die Angaben in der Gewerbeanzeige nur eine Momentaufnahme: Sie reflektieren den Zustand eines neu gegründeten Unternehmens bei der Anzeigenerstellung. Inwieweit das angemeldete Unternehmen überhaupt wirtschaftlich aktiv wird oder ob es sich nur um eine Absichtserklärung handelt, ist zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar, ebenso nicht, welche wirtschaftliche Bedeutung der Gründung zukommt. Um die tatsächlichen wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem Gründungsgeschehen insbesondere für den Arbeitsmarkt zu ermessen, müsste die weitere wirtschaftliche Entwicklung des neuen Unternehmens zumindest über einen gewissen Zeitraum verfolgt werden. Wegen der Vielzahl von Gewerbemeldungen vermag die amtliche Statistik dies jedoch nicht zu leisten.

Diese Einschränkungen treffen theoretisch bei den Abmeldungen nicht zu. Die Praxis zeigt aber, dass viele Gewerbebetriebe es versäumen, ihre Gewerbebehörde darüber zu unterrichten, dass die wirtschaftliche Tätigkeit beendet wurde. Zwischenzeitlich gehen die Gewerbeämter immer mehr dazu über, Abmeldungen „von Amts wegen“ vorzunehmen, insbesondere seit die Finanzbehörden gehalten sind, bei Erlöschen der Steuernummer das Gewerbeamt zu informieren. Auch die Zahl der bei Geschäftsaufgabe beschäftigten Arbeitnehmer spiegelt den eigentlichen Arbeitsplatzabbau nicht richtig wider, da die Belegschaft oft schon früher reduziert worden ist oder bei Erstattung der Abmeldung – also zu einem relativ späten Zeitpunkt – gar keine Beschäftigten mehr vorhanden waren.

Die Gewerbeanzeigenstatistik liefert als einzige Statistik ein umfassendes und aktuelles Bild über Unternehmensfluktuationen. Dabei berücksichtigt sie nicht nur die Veränderungen bei den Unternehmen, die einen Registereintrag benötigen, sondern auch die Vielzahl von Kleinründungen und -schließungen. Trotz der aufgeführten Einschränkungen wird nicht nur die Gesamtheit der gewerblichen Marktein- und -austritte nachgewiesen, sondern auch ein Überblick vermittelt, in welchen Wirtschaftsbereichen die Veränderungen stattfinden und welches Geschlecht und welche Staatsangehörigkeit die Gewerbetreibenden besitzen. Die Freien Berufe und die Urproduktion, wie zum Beispiel die Land- und Forstwirtschaft, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen, sind nicht in diese Statistik einbezogen.

Gründungen und Schließungen 2006

Die deutschen Gewerbeämter haben 2006 insgesamt 882 000 Gewerbeanmeldungen entgegengenommen, von denen 738 000 als Neugründung deklariert waren. Diese hohe Zahl an Gründungen sollte allerdings nicht zu der Annahme verleiten, dass damit eine gewaltige wirtschaftliche Dynamik entfaltet worden ist und viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Bei rund 576 000 dieser

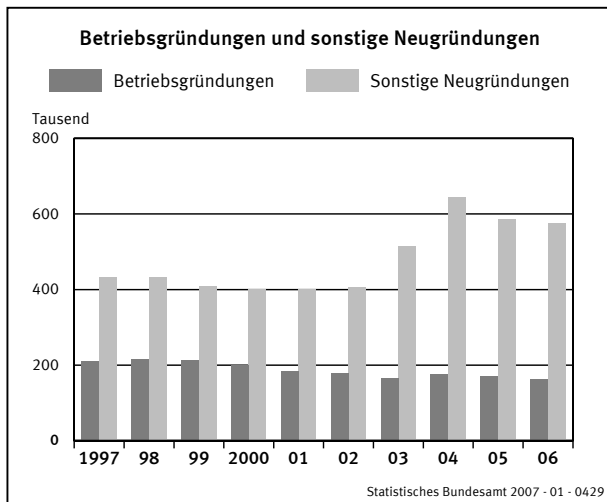
Tabelle 1: Entwicklung der Gewerbeanzeigen

Jahr	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeummeldungen ¹⁾	Gewerbeabmeldungen	Meldungen von Automaten-aufstellern und des Reise-gewerbes	Gesamtzahl der Meldungen
Früheres Bundesgebiet ²⁾					
1996	646 431	129 053	536 606	13 014	1 325 104
1997	669 004	137 665	568 006	13 336	1 388 011
1998	675 720	141 393	579 261	11 278	1 407 652
1999	653 383	141 899	590 863	9 932	1 396 077
2000	637 722	140 393	549 812	8 859	1 336 786
2001	616 421	135 957	533 754	9 057	1 295 189
2002	617 439	141 086	540 808	8 512	1 307 845
2003	687 813	143 299	555 507	11 505	1 398 124
2004	810 445	163 489	576 568	12 154	1 562 656
2005	762 409	179 781	600 074	10 801	1 553 065
2006	756 415	.	605 450	8 843	1 370 708
Neue Länder					
1996	133 582	40 951	111 283	5 273	291 089
1997	133 931	40 730	113 858	4 327	292 846
1998	135 657	43 425	116 953	3 788	299 823
1999	127 552	43 431	115 900	3 448	290 331
2000	117 450	40 739	112 931	3 068	274 188
2001	112 557	36 762	111 407	2 599	263 325
2002	105 894	36 624	104 882	2 175	249 575
2003	122 893	35 201	97 616	2 205	257 915
2004	150 088	40 120	101 078	2 310	293 596
2005	132 735	46 161	108 179	2 430	289 505
2006	125 376	.	104 731	2 062	232 169
Deutschland					
1996	780 013	170 004	647 889	18 287	1 616 193
1997	802 935	178 395	681 864	17 663	1 680 857
1998	811 377	184 818	696 214	15 066	1 707 475
1999	780 935	185 330	706 763	13 380	1 686 408
2000	755 172	181 132	662 743	11 927	1 610 974
2001	728 978	172 719	645 161	11 656	1 558 514
2002	723 333	177 710	645 690	10 687	1 557 420
2003	810 706	178 500	653 123	13 710	1 656 039
2004	960 533	203 609	677 646	14 464	1 856 252
2005	895 144	225 942	708 253	13 231	1 842 570
2006	881 791	.	710 181	10 905	1 602 877

1) Gewerbeummeldungen werden ab 2006 nicht mehr statistisch ausgewertet. – 2) Einschl. Berlin-Ost.

Fälle handelte es sich um Gründungen von kleinen Betrieben, die als Einzelunternehmen firmierten und zum Zeitpunkt der Anmeldung kein Personal beschäftigten. Knapp 40 % dieser Gründungen von kleineren Betrieben sollten zudem im Nebenerwerb geführt werden, also zusätzlich zu einer Erwerbstätigkeit. In welchen Fällen eine Geschäftstätigkeit erst gar nicht aufgenommen wurde, lässt sich nicht ermitteln. Ebenso wenig lässt sich feststellen, in wie vielen Fällen es sich um Scheingründungen gehandelt hat. Die Zuwanderungsbeschränkungen für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) haben nach Beobachtungen der Kammern und Verbände dazu geführt, dass diese Personen nicht mehr als Arbeitnehmer in Erscheinung treten, sondern als Selbstständige. Für diese gelten die Zuwanderungsbeschränkungen nicht. Zudem ist mit der Änderung der Handwerksordnung 2004 bei vielen Handwerken die Meisterpflicht entfallen und es genügt, ein Gewerbe anzumelden, um in diesen Berufen zu arbeiten. Diese Selbstständigen sind dann nicht als Arbeitnehmer, sondern beispielsweise als Subunternehmer auf

Schaubild 1



deutschen Baustellen tätig. Während der Zustrom ausländischer Gewerbetreibender (siehe Tabelle 8), insbesondere aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, unvermindert anhält, ist die Zahl der Gründungen von Kleinbetrieben, sofern sie nicht dem Nebenerwerb dienen, durch deutsche Gewerbetreibende um 9 % zurückgegangen. Diese Entwicklung steht zum einen im Zusammenhang mit den Änderungen der Fördermaßnahmen für Gründungen durch die Bundesagentur für Arbeit. Zum 1. August 2006 wurden der Existenzgründungszuschuss (Ich-AG), der 2003 eingeführt worden war, und das Überbrückungsgeld, das es schon seit 1986 gab,

durch den sogenannten Gründungszuschuss abgelöst. An diesen sind strengere Bedingungen geknüpft. Zum anderen geht seit 2006 die Zahl der Arbeitslosen deutlich zurück. Viele Gründungen erfolgten früher mangels Perspektiven auf einen Arbeitsplatz aus der Arbeitslosigkeit heraus. Trotzdem liegt die Zahl der Gründungen kleiner Betriebe mit 576 000 immer noch auf hohem Niveau (siehe Tabelle 2), verglichen mit den Verhältnissen vor 2003, als jährlich etwa 400 000 derartiger Gründungen gemeldet wurden. Viele Gründer sehen inzwischen eine Chance, ihr Einkommen durch einen selbstständigen Nebenerwerb aufzubessern. Die Gründungen von Nebenerwerbsbetrieben haben seit 2003, als diese zum ersten Mal gesondert erfragt worden sind, kontinuierlich zugenommen, zuletzt 2006 – entgegen dem allgemeinen Trend – um 3,5 %.

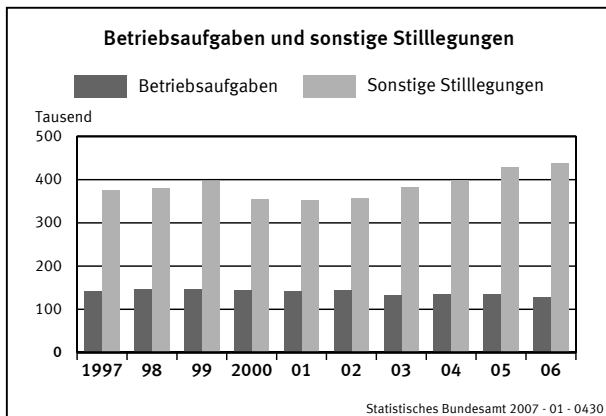
Nur bei 162 000 von allen als Gründung deklarierten Anmeldungen wird eine größere wirtschaftliche Bedeutung vermutet. Kriterien dafür sind die Wahl der Rechtsform einer Personengesellschaft oder Körperschaft (Kapitalgesellschaft, Genossenschaft, Verein). Bei Einzelunternehmen wird eine größere Bedeutung erwartet, wenn sie in das Handelsregister oder die Handwerksrolle als zulassungspflichtiges Handwerk eingetragen sind oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigen. Zu diesen Gründungen, in den Tabellen als Betriebsgründungen bezeichnet, zählte auch die Einrichtung von Zweigniederlassungen und unselbstständigen Zweigstellen, weil diese meistens von einem größeren Unternehmen ausgehen und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu erwarten ist.

Tabelle 2: Gewerbeanmeldungen¹⁾ seit 1996

Jahr	Gewerbeanmeldungen insgesamt	Neuerichtungen					Zuzüge	Übernahmen			
		Betriebsgründung		sonstige Neugründung		Umwandlung		insgesamt	Rechtsformwechsel	Gesellschaftereintritt	Erbfolge, Kauf, Pacht
		zusammen	dar.: Hauptniederlassung	zusammen	dar.: Nebenerwerb						
Anzahl											
1996	780013	217 210	165 370	411 962	.	.	24 307	126 534	.	.	.
1997	802 935	210 091	158 418	432 505	.	.	30 701	129 638	.	.	.
1998	811 377	215 207	163 425	432 587	.	.	33 038	130 545	.	.	.
1999	780 935	213 305	161 233	409 779	.	.	32 796	125 055	.	.	.
2000	755 172	199 994	148 887	400 701	.	.	36 730	117 747	.	.	.
2001	728 978	184 025	137 002	399 871	.	.	37 717	107 365	.	.	.
2002	723 333	177 635	132 674	405 193	.	.	37 209	103 296	.	.	.
2003 ²⁾	810 706	164 885	118 846	513 554	149 017	3 763	50 159	78 345	12 703	4 020	61 622
2004	960 533	175 964	123 724	643 556	209 968	4 109	58 984	77 920	14 385	4 950	58 585
2005	895 144	170 827	112 617	585 208	218 450	3 808	63 514	71 787	15 012	3 974	52 801
2006	881 791	162 008	105 831	576 148	226 194	4 454	69 478	69 703	14 680	4 564	50 459
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
1997	+2,9	-3,3	-4,2	+5,0	.	.	+26,3	+2,5	.	.	.
1998	+1,1	+2,4	+3,2	+0,0	.	.	+7,6	+0,7	.	.	.
1999	-3,8	-0,9	-1,3	-5,3	.	.	-0,7	-4,2	.	.	.
2000	-3,3	-6,2	-7,7	-2,2	.	.	+12,0	-5,8	.	.	.
2001	-3,5	-8,0	-8,0	-0,2	.	.	+2,7	-8,8	.	.	.
2002	-0,8	-3,5	-3,2	+1,3	.	.	-1,3	-3,8	.	.	.
2003 ²⁾	+12,1	-7,2	-10,4	+26,7	X	X	X	X	X	X	X
2004	+18,5	+6,7	+4,1	+25,3	+40,9	+9,2	+17,6	-0,5	+13,2	+23,1	-4,9
2005	-6,8	-2,9	-9,0	-9,1	+4,0	-7,3	+7,7	-7,9	+4,4	-19,7	-9,9
2006	-1,5	-5,2	-6,0	-1,5	+3,5	+17,0	+9,4	-2,9	-2,2	+14,8	-4,4

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Ergebnisse der Gliederungspositionen wegen Änderungen in der Erhebungsmethode mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Schaubild 2



Trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung ist im Jahr 2006 die Zahl der bedeutsamen Gründungen um 5,2% zurückgegangen. Diese Entwicklung ist schon seit mehreren Jahren zu beobachten. Nur im Jahr 2004 kam es zu einem Anstieg der Zahl der bedeutsamen Gründungen, der jedoch mit der damaligen EU-Erweiterung in Verbindung stehen dürfte. Die damals von den ins Land strömenden Handwerkern angemeldeten Gewerbe wurden dem Handwerk zugerechnet und damit als bedeutsame Gründung eingestuft. Erst nachdem 2005 klargestellt wurde, dass nur ein zulassungspflichtiges Handwerk, bei dem der Meistertitel Pflicht ist, in die Handwerksrolle einzutragen ist, wurde diese Bedingung beim Ausfertigen der Gewerbeanzeigen berücksichtigt.

Von den 567 000 Unternehmen und Betrieben, die 2006 ihre Tätigkeit vollständig eingestellt haben, kam 128 000 eine größere wirtschaftliche Bedeutung zu. Bei den übrigen 439 000 Stilllegungen muss – nach den gleichen Kriterien wie bei der Anmeldung – von einer geringeren wirtschaftlichen Bedeutung ausgegangen werden. Dazu zählen auch 102 000 Aufgaben von Nebenerwerbsbetrieben. Damit haben im Vergleich zum Vorjahr 5% weniger größere Betriebe ihre Pforten geschlossen. Dagegen haben die Abmeldungen von Nebenerwerbsbetrieben, die in den letzten Jahren immer zahlreicher angemeldet worden sind, um fast 17% zugenommen. Von den übrigen Kleinbetrieben schieden 2% weniger aus dem Markt aus als im Vorjahr. Diese Entwicklung bestätigt den Trend der Insolvenzzahlen. Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2006 zurückgegangen ist, mussten deutlich mehr ehemals selbstständig Tätige den Gang zum Insolvenzgericht antreten.

Weitere Anlässe für eine Gewerbemeldung

Die Gewerbemeldungen geben nicht nur Aufschluss über Neugründungen und Stilllegungen, sie gewähren auch Einblicke in die Veränderungen der Unternehmensformen und -verbindungen sowie über Standortwechsel und Änderung der Besitzverhältnisse:

- Umwandlungen erfolgen nach dem Umwandlungsgesetz²⁾ durch Verschmelzung oder Teilung von Unternehm-

Tabelle 3: Gewerbeabmeldungen¹⁾ seit 1996

Jahr	Gewerbeabmeldungen insgesamt	Aufgaben					Fortzüge	Übergaben			
		Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegung		Umwandlung		insgesamt	Rechtsformwechsel	Gesellschafteraustritt	Erbfolge, Verkauf, Verpachtung
		zusammen	dar.: Hauptniederlassung	zusammen	dar.: Nebenwerb						
Anzahl											
1996	647 889	132 403	92 430	369 496	.	.	37 635	108 355	.	.	.
1997	681 864	141 129	98 797	376 036	.	.	46 208	118 491	.	.	.
1998	696 214	147 352	103 521	380 493	.	.	48 093	120 276	.	.	.
1999	706 763	146 148	104 368	395 524	.	.	48 276	116 815	.	.	.
2000	662 743	143 901	102 043	355 738	.	.	51 881	111 223	.	.	.
2001	645 161	142 022	101 128	351 267	.	.	51 034	100 838	.	.	.
2002	645 690	144 270	102 234	356 970	.	.	49 739	94 711	.	.	.
2003 ²⁾	653 123	132 687	94 007	383 380	54 636	5 963	58 966	72 127	15 152	9 042	47 933
2004	677 646	133 766	93 577	398 782	77 771	6 551	66 447	72 100	15 962	9 884	46 254
2005	708 253	134 956	92 459	429 880	87 435	6 267	70 150	67 000	16 988	8 847	41 165
2006	710 181	128 229	88 059	439 210	101 869	5 944	72 574	64 224	16 388	8 767	39 069
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
1997	+5,2	+6,6	+6,9	+1,8	.	.	+22,8	+9,4	.	.	.
1998	+2,1	+4,4	+4,8	+1,2	.	.	+4,1	+1,5	.	.	.
1999	+1,5	-0,8	+0,8	+4,0	.	.	+0,4	-2,9	.	.	.
2000	-6,2	-1,5	-2,2	-10,1	.	.	+7,5	-4,8	.	.	.
2001	-2,7	-1,3	-0,9	-1,3	.	.	-1,6	-9,3	.	.	.
2002	+0,1	+1,6	+1,1	+1,6	.	.	-2,5	-6,1	.	.	.
2003 ²⁾	+1,2	-8,0	-8,0	+7,4	X	X	X	X	X	X	X
2004	+3,8	+0,8	-0,5	+4,0	+42,3	+9,9	+12,7	-0,0	+5,3	+9,3	-3,5
2005	+4,5	+0,9	-1,2	+7,8	+12,4	-4,3	+5,6	-7,1	+6,4	-10,5	-11,0
2006	+0,3	-5,0	-4,8	+2,2	+16,5	-5,2	+3,5	-4,1	-3,5	-0,9	-5,1

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Ergebnisse der Gliederungspositionen wegen Änderungen in der Erhebungsmethode mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

2) UmwG vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3210), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes vom 19. April 2007 (BGBl. I S. 542).

Schaubild 3

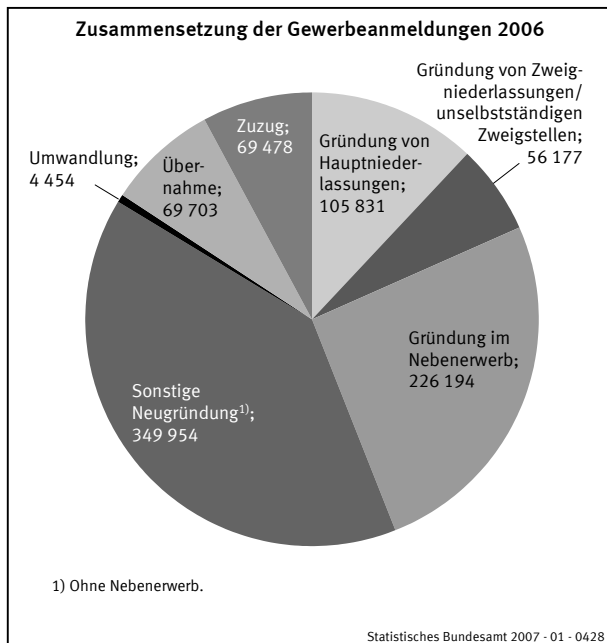
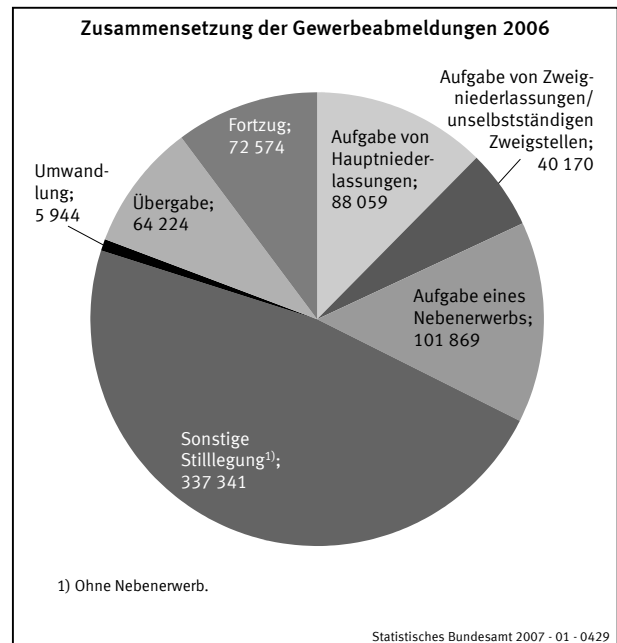


Schaubild 4



men. Verschmelzung ist die Vereinigung von zwei oder mehr Unternehmen zu einem, beispielsweise zweier Einzelunternehmen zu einer Personengesellschaft. Von Spaltung spricht man, wenn ein als Einheit bestehendes Unternehmen in zwei oder mehr Unternehmen entflochten wird. Das Umwandlungsgesetz unterscheidet dabei zwischen Aufspaltung, Abspaltung und Ausgliederung. Dabei haben sich die nicht länger bestehenden Rechtsträger abzumelden und die neuen anzumelden. Die Zahl von nur 4 454 angemeldeten Umwandlungen ist relativ gering. Die wirtschaftliche Bedeutung, die diesen neu entstandenen Unternehmen zukommt, kann aber durchaus von größerer Dimension sein.

- Im Jahr 2006 wurden 72 000 Gewerbe mit der Angabe abgemeldet, in einem anderen Meldebezirk neu beginnen zu wollen. Tatsächlich haben sich aber nur 69 000 Betriebe neu angemeldet und dabei angegeben, dass sie zuvor schon in einem anderen Meldebezirk tätig gewesen waren. Inwieweit Unternehmen aus dem Ausland zugezogen oder Unternehmen ins Ausland verlagert wurden, wird statistisch nicht erfasst. Ein Umzug innerhalb eines Meldebezirkes muss mit Hilfe einer Gewerbeummeldung angezeigt werden. Da diese – wie einleitend bemerkt – jedoch seit September 2006 nicht mehr statistisch ausgewertet werden, lässt sich die Gesamtzahl der Standortverlagerungen von Unternehmen nicht mehr ermitteln.
- Bei einem Rechtsformwechsel, beispielsweise wenn ein Einzelkaufmann seinen Haftungsstatus ändern will und eine Einmann-GmbH gründet, ist die alte Rechtsform abzumelden und die neue anzumelden. 2006 wurde in 16 000 Fällen die alte Rechtsform ab- und in 15 000 Fällen eine neue angemeldet.
- Entsprechende Anzeigepflichten gelten auch bei einem Wechsel der Gesellschafter von Personengesellschaften.

2006 haben etwa 9 000 Gesellschafter ihren Austritt aus dem Unternehmen erklärt, nur halb so viele sind wieder eingetreten.

- Als Übernahme bzw. Übergabe gelten auch Kauf bzw. Verkauf, Pacht bzw. Verpachtung von Betrieben und Unternehmen sowie Eintritt der Erbfolge. Im vergangenen Jahr wurden 39 000 Übergaben angezeigt, jedoch nur 50 000 Übernahmen. Die Differenz dürfte auf nicht der Gewerbeordnung entsprechendes Meldeverhalten zurückzuführen sein, denn die Betriebe sind gehalten, in solchen Fällen jeweils eine Ab- und eine Anmeldung zu erstatten.

In Publikationen, die auf die Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik zurückgreifen, werden oftmals die Zahlen der Gründungen und Stilllegungen saldiert und daraus wird auf eine Erhöhung des Unternehmensbestandes geschlossen. Der Saldo ist seit der erstmaligen Durchführung dieser Statistik immer positiv gewesen. Allein seit 1996 hätte sich der Unternehmensbestand demnach um 1,5 Mill. Unternehmen erhöht. Dass derartige Darstellungen nicht der Realität entsprechen, ist naheliegend, denn tendenziell werden die Gründungen über- und die Abmeldungen untererfasst.

An- und Abmeldungen nach Wirtschaftszweigen

Zu den meldepflichtigen Tatbeständen gehört auch die genaue Beschreibung der ausgeübten oder künftig ausübenden Tätigkeit. Diese Angaben dienen auch dazu zu prüfen, ob das ausgeübte Gewerbe einer Erlaubnis bedarf, sowie die Kammerzugehörigkeit zu ermitteln. In der Statistik werden die Beschreibungen dazu genutzt, die Branchen mit der größten Unternehmensfluktuation zu identifizieren. Insbesondere in der Gründungsphase bereitet es

Tabelle 4: Gewerbeanmeldungen¹⁾ 2006 nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Wirtschaftszweig Rechtsform	Gewerbeanmeldungen						Gewerbeabmeldungen					
	insgesamt	Betriebsgründung	sonstige Neugründung	Umwandlung	Zuzug	Übernahme ²⁾	insgesamt	Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung	Umwandlung	Fortzug	Übergabe ³⁾
nach Wirtschaftszweigen												
Land- und Forstwirtschaft	14 669	1 344	11 660	15	1 100	550	9 671	1 014	6 920	31	1 092	614
Verarbeitendes Gewerbe	33 677	9 608	16 437	447	3 631	3 554	29 797	8 222	13 359	621	3 856	3 739
Baugewerbe	93 328	19 820	61 479	206	8 042	3 781	67 432	12 690	42 348	277	7 577	4 540
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	235 301	48 195	147 198	1 588	16 965	21 355	221 897	45 215	134 190	2 011	18 711	21 770
Gastgewerbe	65 415	13 827	26 038	114	683	24 753	66 044	14 482	33 608	377	850	16 727
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37 753	8 409	23 206	426	3 106	2 606	34 547	7 061	21 170	404	3 212	2 700
Kredit- und Versicherungsgewerbe ...	44 709	3 591	34 492	342	5 278	1 006	39 725	2 949	29 787	262	5 868	859
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	222 627	39 040	153 731	1 004	23 076	5 776	161 403	25 414	104 258	1 513	23 243	6 975
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen .	97 521	13 196	72 828	213	6 112	5 172	65 778	8 995	44 737	339	6 536	5 171
Übrige Wirtschaftszweige	36 791	4 978	29 079	99	1 485	1 150	13 887	2 187	8 833	109	1 629	1 129
nach Rechtsformen												
Einzelunternehmen	720 687	58 458	563 353	400	51 640	46 836	578 231	48 875	433 575	1 220	54 718	39 843
OHG, KG	4 727	2 649	230	92	327	1 429	5 232	2 919	111	120	428	1 654
GmbH & Co. KG	20 105	13 628	363	702	1 796	3 616	10 832	6 493	76	558	1 657	2 048
Gesellschaft bürgerlichen Rechts	40 515	21 031	9 965	88	2 046	7 385	38 060	18 332	4 655	168	2 248	12 657
GmbH	77 530	53 049	1 477	2 445	12 596	7 963	67 490	44 862	576	3 302	12 387	6 363
Private Company Limited by Shares ..	8 643	7 286	426	17	457	457	3 166	2 406	103	15	459	183
AG	4 538	2 724	-	313	386	1 114	3 327	1 865	-	233	394	835
Sonstige Rechtsformen	5 046	3 183	334	397	230	903	3 843	2 477	114	328	283	641
Insgesamt ...	881 791	162 008	576 148	4 454	69 478	69 703	710 181	128 229	439 210	5 944	72 574	64 224

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Z.B. Erbe, Kauf, Pacht, Rechtsformänderung. – 3) Z.B. Erbfolge, Verkauf, Verpachtung, Rechtsformänderung.

den Gewerbetreibenden oft Schwierigkeiten, sich auf eine Tätigkeit festzulegen, da sie noch unschlüssig sind, in welcher Branche sie die größte Wertschöpfung erzielen können. Zudem sind die Angaben nicht immer sehr präzise, sodass die Meldungen nur nach dem 2-stelligen Schlüssel der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) den Wirtschaftsabteilungen zugeordnet werden können. Die meisten Anmeldungen (36 %) stammten von Betrieben, die Dienstleistungen ausüben wollten. Ein weiteres Viertel meldete eine Tätigkeit im Handel an. Von den Abmeldungen stammten jedoch nur 32 % von einem Dienstleistungsunternehmen, ein fast ebenso hoher Anteil (31 %) entfiel auf Handelsbetriebe. Der Anteil der Anmeldungen aus der Baubranche war mit 11 % etwas höher als der der Abmeldungen (9 %). Die verbesserte Lage der Bauwirtschaft dürfte nach wie vor eine hohe Anziehungskraft auf ausländische Gewerbetreibende ausüben. Während in allen anderen Branchen mehr Betriebe an- als abgemeldet wurden, kam es im Gastgewerbe zu mehr Ab- als Anmeldungen.

Unterscheidet man die Gründungen nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, lassen im Verarbeitenden Gewerbe 37 % der Gründungen darauf schließen, dass sie aufgrund ihrer Rechtsform und Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Dynamik entwickeln werden. In den meisten übrigen Branchen kommt etwa einem Viertel der Gründungen diese Bedeutung zu. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe liegt dieser Anteil bei nur knapp 10 %. Bei den meisten Gründungen in dieser Branche dürfte es sich um selbstständige Vermittler und Makler von Bank- und Versicherungsgeschäften handeln, die ohne Personal auskommen. Wechsel der Standorte finden vor allem im Verarbeitenden Gewerbe

statt, im Gastgewerbe gibt es kaum Verlagerungen. Die Übernahme eines Betriebs durch Kauf oder Pacht ist im Gastgewerbe am häufigsten Anlass für die Anzeige.

Rechtsform der Unternehmen

Die bei der Gründung gewählte Rechtsform ist das wichtigste Kriterium für die Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines neuen Unternehmens. Da die Firmierung als Personengesellschaft oder als Körperschaft größere organisatorische und finanzielle Anstrengungen erfordert, ist in diesen Fällen die Annahme berechtigt, dass ein bedeutsameres ökonomisches Vorhaben geplant ist. Auch wenn ein Einzelunternehmen ins Handelsregister eingetragen ist oder ein Meistertitel zugrunde liegt, darf dies angenommen werden. Sofern bei der Gründung eines Einzelunternehmens diese Kriterien nicht zutreffen und auch keine Rückschlüsse auf zusätzliche Arbeitsplätze vorliegen, ist anzunehmen, dass sich die wirtschaftliche Entfaltung zumindest in der Gründungsphase in Grenzen halten wird. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass diese „Klein Gründungen“ später größere wirtschaftliche Aktivitäten entwickeln können. Über 80 % der An- und Abmeldungen stammten von Einzelunternehmen. Nur bei 8 % dieser Meldungen traf zumindest eines der zuvor genannten Kriterien zu, sodass von einer bedeutsameren Gründung ausgegangen werden kann. Rund 9 % aller Anzeigen entfielen auf GmbHs. Am nächst häufigsten waren die Anzeigen von Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, von denen 41 000 an- und 38 000 abgemeldet wurden (jeweils rd. 5 % der Meldungen). Die Anzeigen, die eine andere Rechtsform betreffen, spielten zahlenmäßig eine eher untergeordnete Rolle.

Tabelle 5: Gewerbean- und -abmeldungen¹⁾ 2006 nach der Größe des Betriebes

Betriebe mit ... bis ... Arbeitnehmern/-nehmerinnen	Gewerbeanmeldungen					Gewerbeabmeldungen				
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Betriebsgründung	Umwandlung	Zuzug	Übernahme		Betriebsaufgabe	Umwandlung	Fortzug	Übergabe
0	767 524	94 953	2 379	57 729	42 819	620 818	73 418	3 955	63 191	44 952
1	40 466	24 698	177	4 251	7 188	33 185	21 649	274	3 555	5 287
2 – 4	46 766	27 977	597	4 073	12 124	36 390	22 799	596	3 252	8 496
5 – 9	14 893	8 081	379	1 710	4 463	10 912	6 001	378	1 269	3 110
10 – 19	6 543	3 575	274	906	1 730	4 960	2 613	236	719	1 352
20 – 49	3 586	1 842	272	539	905	2 595	1 236	261	394	690
50 – 99	1 149	563	177	155	250	768	352	124	115	174
100 und mehr	864	319	199	115	224	553	161	120	79	163
Insgesamt ...	881 791	162 008	4 454	69 478	69 703	710 181	128 229	5 944	72 574	64 224

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Dies gilt auch für die erst seit 2003 in Deutschland zugelassenen Private Companies Limited by Shares (Ltd), von denen 2006 etwa 8 600 angemeldet und bereits 3 200 wieder abgemeldet wurden.

Bei Einzelunternehmen war der Umzug nur in 7 % der Fälle Auslöser der Anmeldung. Bei den GmbHs wurde dieser Anlass bei gut 16 % der Anmeldungen genannt.

Für ein Viertel aller 400 Anmeldungen von Genossenschaften war der Anlass die Umwandlung in diese Rechtsform. Auch bei den Aktiengesellschaften ist die Umwandlung mit 7 % noch relativ häufig der Grund der Anmeldung. Bei allen übrigen Rechtsformen haben die Umwandlungen einen wesentlich geringeren Anteil an den Gründen für eine Gewerbeanmeldung.

Größe der gemeldeten Betriebe

Einziges Kriterium für die Einschätzung der Größe der gemeldeten Betriebe ist die Zahl der zum Zeitpunkt der An- bzw. Abmeldung beschäftigten Personen. Diese Angabe besitzt jedoch, wie schon eingangs beschrieben, nur eine eingeschränkte Aussagekraft und kann daher nur Tendenzen aufzeigen.

Bei 87 % aller Anmeldungen wurde angegeben, dass zum Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme keine Person außer dem Inhaber beschäftigt sei. Nicht auszuschließen ist aber, dass dieser Anteil zu hoch ist, da die verantwortlichen Gewerbetreibenden sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht schlüssig waren, wie viele Arbeitnehmer sie in Kürze einstellen wollen und aus Unsicherheit keine Angaben gemacht haben. Auch bei den abgemeldeten Betrieben war ein ebenso hoher Anteil ohne Mitarbeiter.

Selbst bei den Betriebsgründungen, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform, Register- oder Handwerksrolleneintragung eine große wirtschaftliche Bedeutung vermutet wird, kamen 59 % der Unternehmen ohne Belegschaft aus. Bei 10 % der angemeldeten Unternehmen waren ein bis vier Personen beschäftigt. Bei den substanzielleren Betriebsgründungen besaß ein Drittel der Unternehmen mindestens vier Beschäftigte. Anmeldungen, bei denen mehr als 100

Beschäftigte gemeldet wurden, gab es im Jahr 2006 nur selten. Gründungsmeldungen in dieser Größenordnung betreffen meistens Zweigniederlassungen.

Tätige Personen bei Geschäftsaufnahme bzw. -aufgabe

Bei den 162 000 Betriebsgründungen des Jahres 2006 sollten nach Geschäftsaufnahme rund 453 000 Personen neu beschäftigt werden, davon 312 000 als Vollzeitkräfte und 141 000 als Teilzeitkräfte. Sofern diese Vorhaben auch umgesetzt wurden, wäre dies gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der durch Betriebsgründungen neu geschaffenen Vollzeit Arbeitsplätze um 3,3 % und der Teilzeitarbeitsplätze um fast 10 %. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete ein Plus von 20 % beim Entstehen neuer Vollzeitstellen. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Handel (135 000) und im Dienstleistungssektor (120 000). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Handel überwiegend Zweigniederlassungen bzw. unselbstständige Zweigstellen gegründet wurden und die neuen Stellen zu 44 % Teilzeitarbeitsplätze waren. Im Gastgewerbe wurden die neuen Arbeitsplätze sogar überwiegend mit Teilzeitkräften besetzt. Der Anteil neuer Vollzeit Arbeitsplätze an allen neu geschaffenen Arbeitsplätzen ist im Verarbeitenden Gewerbe am höchsten.

Je Betriebsgründung wurden im Jahr 2006 in Deutschland etwa drei neue Arbeitsplätze geschaffen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist dieser Durchschnitt mit acht neuen Stellen am höchsten. Im Baugewerbe dagegen bedeutet eine Neugründung im Durchschnitt gerade eine neue Stelle. Es ist davon auszugehen, dass im Baugewerbe mehr Ein-Personen-Betriebe arbeiten, die keine Belegschaft haben. Diese Gründungen gehen häufig, wie erwähnt, auf Staatsbürger zurück, die aus den Beitrittsländern der EU stammen.

Die Zahl der durch Neugründungen entstandenen Vollzeit Arbeitsplätze ist um 50 % höher als die Zahl der Arbeitsplätze, die durch Betriebsaufgaben weggefallen sind. Die Zahl der neuen Teilzeitstellen ist sogar mehr als doppelt so hoch wie die der weggefallenen.

Tabelle 6: Beschäftigte 2006 bei Betriebsgründungen und -aufgaben

Wirtschaftszweig Rechtsform	Betriebsgründungen insgesamt	Beschäftigte bei Betriebsgründungen ¹⁾		Betriebsaufgaben insgesamt	Beschäftigte bei Betriebsaufgaben ²⁾	
		Vollzeit	Teilzeit		Vollzeit	Teilzeit
Insgesamt	162 008	311 695	141 367	128 229	179 736	63 900
		nach Wirtschaftszweigen				
Land- und Forstwirtschaft	1 344	1 808	597	1 014	1 767	331
Verarbeitendes Gewerbe	9 608	72 673	6 222	8 222	31 162	3 509
Baugewerbe	19 820	22 613	3 079	12 690	27 434	2 473
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	48 195	75 902	58 995	45 215	44 121	23 173
Gastgewerbe	13 827	17 555	19 439	14 482	16 049	14 783
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	8 409	23 126	7 308	7 061	14 919	3 531
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 591	6 762	1 333	2 949	3 189	896
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	39 040	57 366	21 546	25 414	28 541	9 299
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	13 196	23 774	17 808	8 995	9 204	4 905
Übrige Wirtschaftszweige	4 978	10 116	5 040	2 187	3 350	1 000
		nach Rechtsformen				
Einzelunternehmen, eingetragen	2 971	2 863	1 880	6 239	4 466	2 047
Einzelunternehmen, nicht eingetragen ..	55 487	50 207	51 073	42 636	48 292	34 583
Personengesellschaften	37 850	66 957	41 728	28 159	27 817	7 741
dar.: KG	1 335	1 778	700	1 388	2 362	379
OHG	1 314	1 670	1 340	1 531	1 611	687
GmbH & Co. KG	13 628	34 343	15 467	6 493	18 332	3 926
GbR	21 031	24 588	23 769	18 332	4 051	2 417
GmbH	53 049	169 179	41 579	44 862	84 377	16 967
Private Company Limited by Shares	7 286	4 505	1 989	2 406	2 130	568
AG	2 724	11 691	1 888	1 865	8 435	1 206
Sonstige Rechtsformen	2 641	6 293	1 230	2 062	4 219	788

1) Beschäftigte bei Betriebsgründungen und bei Nebenerwerbsbetrieben. – 2) Beschäftigte bei Betriebsaufgaben und bei Nebenerwerbsbetrieben.

Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden

Bei allen Veränderungen in der Gewerbeausübung muss jeder Gesellschafter einer Personengesellschaft eine eigene Anzeige erstatten. Bei mehrfachen Meldungen solcher Personen mit dem gleichen Sachverhalt werden diese statistisch zusammengefasst, um beim Gründungsgeschehen Mehrfachzählungen zu vermeiden. Für Kapitalgesellschaften werden Angaben über die gesetzlichen Vertreter gefordert. Zusammen mit den Daten über die Einzelunternehmen lassen sich daraus die Gründungen und Schließungen nach dem Geschlecht bzw. der Staatsangehörigkeit der verantwortlichen Personen differenzieren. Die Zahl der Gewerbetreibenden ist entsprechend höher als die Zahl der Gründungen bzw. Schließungen. Von den rund 806 000 Personen, die sich maßgeblich an einer Gründung beteiligten, waren

31 % Frauen. Bei wirtschaftlich bedeutsamen Gründungen (Betriebsgründungen), lag der Frauenanteil unter 20 %. Bei Gründungen von Kleinbetrieben waren Frauen dagegen zu 35 % und bei Nebenerwerbsbetrieben sogar zu 40 % beteiligt. Bei den Aufgaben bzw. Stilllegungen von Betrieben entsprach der Frauenanteil bei den Gewerbetreibenden ziemlich genau dem bei den Gründungen.

Von den Personen, die 2006 eine Gründung angezeigt haben, waren 83 % deutsche Staatsbürger. Weitere 10 % gehörten einem anderen Land der EU an. Von diesen 78 000 Gründern besaßen knapp 60 % die polnische Staatsbürgerschaft. Während vor der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 die meisten ausländischen Gründer und Gründerinnen türkischer Nationalität waren, wurden deren Gründerzahlen 2006 durch polnische Gewerbetreibende um mehr als das Doppelte übertroffen.

Tabelle 7: Anzeigepflichtige Personen 2006 bei Gründungen und Aufgaben von Betrieben¹⁾

Gewerbetreibende ²⁾	Neugründungen					Vollständige Aufgaben				
	insgesamt	Betriebsgründungen		sonstige Neugründungen		insgesamt	Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegungen	
		insgesamt	dar.: Hauptniederlassung	insgesamt	dar.: Nebenwerb		insgesamt	dar.: Hauptniederlassung	insgesamt	dar.: Nebenwerb
Frauen	248 093	40 367	29 098	207 726	94 502	188 698	33 166	25 284	155 532	43 090
Männer	557 589	177 322	115 935	380 267	143 537	422 147	133 748	90 145	288 399	63 500
Insgesamt ...	805 682	217 689	145 033	587 993	238 039	610 845	166 914	115 429	443 931	106 590

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Anzeigepflichtige Personen, die eine Neugründung oder eine vollständige Aufgabe angezeigt haben.

Tabelle 8: Anzeigepflichtige Personen bei Neugründungen und vollständigen Aufgaben 2006 nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Neugründungen			Vollständige Aufgaben		
	insgesamt	Betriebsgründungen	sonstige Neugründungen	insgesamt	Betriebsaufgaben	sonstige Stilllegungen
Insgesamt	805 682	217 689	587 993	610 845	166 914	443 931
darunter:						
Deutsch	669 182	181 643	487 539	516 694	142 922	373 772
Europäische Union ¹⁾	78 264	20 773	57 491	45 604	11 102	34 502
darunter:						
Britisch	1 587	683	904	1 303	487	816
Französisch	1 491	574	917	1 099	374	725
Griechisch	3 745	969	2 776	3 981	949	3 032
Italienisch	7 142	2 081	5 061	6 848	1 868	4 980
Niederländisch	3 291	1 814	1 477	2 171	1 067	1 104
Österreichisch	3 296	1 313	1 983	2 756	1 005	1 751
Polnisch	46 640	10 355	36 285	20 611	3 722	16 889
Spanisch	1 017	253	764	774	163	611
Kroatisch	2 631	574	2 057	1 941	457	1 484
Türkisch	21 476	5 131	16 345	19 409	4 188	15 221
Afrikanische Staatsangehörigkeiten	2 817	387	2 430	2 144	338	1 806
Amerikanische Staatsangehörigkeiten	2 752	879	1 873	1 778	544	1 234
Asiatische Staatsangehörigkeiten	11 738	3 271	8 467	9 299	2 547	6 752
Australien und Ozeanien	160	63	97	103	42	61

1) Ohne Deutschland.

Gründeten Deutsche einen neuen Betrieb, so besaßen 27 % dieser Betriebe eine große wirtschaftliche Bedeutung. Dagegen beabsichtigten nur 22 % der polnischen Staatsbürger, einen größeren Betrieb aufnehmen zu wollen.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Personen, die eine Aufgabe ihres Betriebes anzeigten, ist der Anteil der polnischen Mitbürger mit nur 3 % deutlich geringer als ihr Anteil bei der Gründung von Betrieben (6%). Daraus könnte geschlossen werden, dass die Gründer aus Polen weiterhin ständig am deutschen Markt vertreten sind, sei es als Selbstständige oder Scheinselbstständige. Möglicherweise wurde es aber versäumt, nach einer Betriebsaufgabe und Rückkehr in die Heimat den angemeldeten Betrieb wieder abzumelden.

Gründe für die Aufgabe eines Betriebs

Eine Beurteilung der Marktaustritte ließe sich vor allem anhand der bei Abmeldung anzugebenden Gründe für die Schließung vornehmen. Bedauerlicherweise fehlen bei 40 %

aller Abmeldungen diese Hinweise, sodass eine genaue Analyse nicht möglich ist.

Bei den 334 000 Abmeldungen, bei denen ein Grund genannt wurde, wurde der Betrieb in 26 % der Fälle wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten oder mangelnder Rentabilität aufgegeben. Bei weiteren 16 % waren der Auslöser für die Einstellung der Tätigkeit persönliche oder familiäre Gründe. In 11 % der Fälle wurden die Betriebe „von Amts wegen“ abgemeldet, das heißt die Gewerbeämter brachten in Erfahrung, dass die selbstständige Tätigkeit schon längere Zeit beendet war. Die Zahl der Fälle, in denen die Insolvenz der Firma als Abmeldegrund angegeben wurde, erscheint mit 13 000 oder 4 % erheblich zu niedrig. Angesichts von über 30 000 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2006 ist zu vermuten, dass in vielen Fällen der Insolvenzantrag erst nach der Abmeldung des Betriebs gestellt worden ist oder die insolventen Unternehmen es versäumt haben, ihrer Anzeigepflicht nachzukommen. Dieser Sachverhalt gilt auch für die Aufgabe größerer Betriebe. Bei knapp 19 000 Abmeldungen (6 %) wurde mitgeteilt, dass die selbstständige Tätigkeit nie ausgeübt worden sei. Für diese Fälle dürfte es eine hohe Dunkelziffer geben.

Tabelle 9: Ursache der Aufgaben von Betrieben¹⁾ im Jahr 2006

Ursache der Abmeldung	Vollständige Aufgaben insgesamt	Betriebsaufgaben			Sonstige Stilllegungen	
		insgesamt	Hauptniederlassungen	Zweigniederlassungen/ unselbstständige Zweigstellen	insgesamt	dar.: Nebenerwerb
Wirtschaftliche Schwierigkeiten	87 890	15 726	10 924	4 802	72 164	17 690
Insolvenzverfahren	13 384	9 448	7 852	1 596	3 936	384
Von Amts wegen	37 924	12 887	9 931	2 956	25 037	1 751
Persönliche/familiäre Gründe	54 069	8 234	6 754	1 480	45 835	12 015
Betrieb wurde nie ausgeübt	18 558	1 959	1 384	575	16 599	6 060
Sonstige Gründe	121 841	30 961	19 503	11 458	90 880	19 740
Keine Angabe	233 773	49 014	31 711	17 303	184 759	44 229
Insgesamt ...	567 439	128 229	88 059	40 170	439 210	101 869

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Tabelle 10: Gewerbean- und -abmeldungen¹⁾ 2006 nach Ländern

Land	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		
		Neugründungen	Zuzüge	Übernahmen		vollständige Aufgaben	Fortzüge	Übergaben
Baden-Württemberg	109 218	88 438	10 338	10 011	90 411	69 269	11 186	8 405
Bayern	146 463	119 725	15 023	10 903	113 657	86 173	15 672	11 021
Berlin	45 762	40 860	1 064	3 600	32 773	27 890	1 189	3 448
Brandenburg	25 499	20 781	2 611	1 933	21 279	16 834	2 288	1 954
Bremen	6 625	5 831	221	483	5 596	4 848	270	357
Hamburg	21 955	19 097	757	1 960	14 785	12 420	755	1 454
Hessen	76 700	63 394	7 264	5 759	62 492	49 333	7 486	5 320
Mecklenburg-Vorpommern	15 465	13 444	972	974	13 359	11 388	1 024	888
Niedersachsen	76 736	63 874	5 875	6 540	60 435	47 644	6 122	6 191
Nordrhein-Westfalen	186 413	158 235	12 500	14 860	156 128	128 036	13 236	13 941
Rheinland-Pfalz	44 480	37 297	3 551	3 465	35 490	28 481	3 770	3 087
Saarland	9 216	7 906	610	681	7 867	6 581	660	590
Sachsen	43 736	37 853	2 851	2 721	35 256	29 433	3 105	2 350
Sachsen-Anhalt	19 908	17 475	1 006	1 284	17 464	15 182	1 176	997
Schleswig-Holstein	32 847	26 287	3 557	2 846	25 816	19 975	3 130	2 501
Thüringen	20 768	17 659	1 278	1 683	17 373	13 952	1 505	1 720
Deutschland ...	881 791	738 156	69 478	69 703	710 181	567 439	72 574	64 224

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Gründungen nach Bundesländern

Die Entwicklung der Neugründungen ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich verlaufen. In der Mehrzahl der Länder kam es entsprechend dem Bundestrend zu einer Abnahme der Gründungen, am stärksten fiel diese in Mecklenburg-Vorpommern mit 11,5 % aus. In vier Bundesländern wurden 2006 sogar mehr Gründungen verzeichnet als im Vorjahr, am stärksten haben die Gründungen in Berlin mit 4,6 % zugenommen.

Eindeutige Rückschlüsse auf die Wirtschaftsdynamik eines Landes lassen sich aus den in Tabelle 10 aufgeführten Angaben nicht ziehen. Einerseits könnte vermutet werden, dass der Rückgang der Gründungen auf ein Nachlassen der Wirtschaftskraft schließen lässt. Aber es ist auch nicht auszuschließen, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit dazu beiträgt, dass weniger Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit unternehmen, weil sie wieder Arbeit gefunden haben. Zudem muss auch davon ausgegangen werden, dass die schon bestehenden Unternehmen ihre wirtschaftliche Tätigkeit ausweiten, ohne dass damit zwingend Neugründungen verbunden sind. Auch eine Relativierung der Gründungszahlen anhand der Einwohnerzahlen der einzelnen Bundesländer bestätigt die Einschätzung, dass niedrige Gründungsquoten nicht gleichbedeutend sein müssen mit geringem Wirtschaftspotenzial. [u](#)

Dipl.-Ing. Kristina Walter

Eisenbahnverkehr 2006 – Rekordjahr für Güter- und Personenverkehr

Im Jahr 2006 wurden im Eisenbahnverkehr 346,1 Mill. Tonnen (t) Güter von 30 Großunternehmen transportiert, die den überwiegenden Teil des Eisenbahngüterverkehrs durchführen. Die Transportmenge nahm damit im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 % zu. Die Transportleistung der Unternehmen erreichte mit 107,0 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) erstmalig einen Wert oberhalb der 100-Milliarden-Tonnenkilometer-Marke (+ 12,1 %).

Am Personenverkehr mit Eisenbahnen in Deutschland beteiligten sich 2006 insgesamt 55 Unternehmen. Von diesen Unternehmen wurden in Fernverkehrszügen insgesamt 120 Mill. Personen befördert (+ 0,9 %). Mit einer Zunahme um 2,3 % stieg die personenkilometrische Leistung im Inland auf 34,5 Mrd. Personenkilometer (Pkm). Der Eisenbahnpersonennahverkehr kam auf eine Zahl von 2 092 Mill. Beförderungsfällen (+ 4,0 %), dabei wurde eine Beförderungsleistung von 43,3 Mrd. Pkm erbracht (+ 5,0 %).

1 Überblick

2006 war ein herausragendes Jahr für den Schienenverkehr; im Güterverkehr wurden bezogen auf die Transportleistung so viele Güter wie nie zuvor transportiert. Insgesamt wurden 346,1 Mill. t Güter über deutsche Schienenwege befördert. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Zunahme um 9,1 %. Die Transportleistung als Produkt aus Transportmenge und zurückgelegter Entfernung erreichte mit 107,0 Mrd. tkm ihren höchsten Wert seit Einführung der Eisenbahnstatistik. Da Güter auch über längere Strecken als im Vorjahr transportiert wurden, lag hier die Zunahme sogar bei 12,1 %.

Alle vier Hauptverkehrsbeziehungen konnten absolute Zunahmen für sich verbuchen: Die Transportmenge des Binnenverkehrs stieg um 8,0 %, grenzüberschreitender Versand und Empfang nahmen um 13,3 bzw. 9,8 % zu. Der Durchgangsverkehr verzeichnete eine Zunahme von 7,6 %. Bezogen auf die Anteile an der gesamten Beförderungsmenge nahmen die grenzüberschreitenden Verkehre zu Lasten der Binnenverkehre zu.

Im Personenverkehr benutzten Fahrgäste Züge insgesamt 2,2 Mrd. Mal, 3,8 % öfter als im Vorjahr. 120 Mill. Mal waren Personen im Fernverkehr unterwegs. Im Nahverkehr reisten Fahrgäste, u. a. beispielsweise mit S-Bahnen, insgesamt 2,1 Mrd. Mal.

Im Personenverkehr wurde eine Verkehrsleistung von 77,8 Mrd. Pkm erbracht. Da im Fernverkehr weitaus längere Entfernungen zurückgelegt werden als im Nahverkehr, lag die Beförderungsleistung, also das Produkt aus beförderten Personen und zurückgelegter Entfernung, im Fernverkehr bei 34,5 Mrd. Pkm (+ 2,3 %). Im Nahverkehr belief sich die Beförderungsleistung auf 43,3 Mrd. Pkm (+ 5,0 %).

2 Güterverkehr: historischer Spitzenwert von 107 Mrd. Tonnenkilometern

2.1 Entwicklungen insgesamt

Die 30 Großunternehmen des Eisenbahnverkehrs transportierten 2006 insgesamt 346 Mill. t Güter auf dem deutschen

Methodik der Eisenbahnstatistik

Der Berichtskreis der Eisenbahnstatistik ist funktional abgegrenzt, das heißt es melden alle Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs, die Eisenbahnverkehr als Haupt-, Neben- oder Hilfstätigkeit betreiben. Zur monatlichen Güterverkehrsstatistik meldeten 2006 insgesamt 30 Unternehmen, diese Unternehmen hatten eine Transportleistung von jeweils mehr als 10 Mill. Tonnenkilometern im gesamten Schienengüterverkehr bzw. 1 Mill. Tonnenkilometer im kombinierten Verkehr auf der Schiene. Hinzu kommen etwa 50 kleinere Unternehmen, die zu ihrem Gütertransport jährlich befragt werden. Ergebnisse des Güterverkehrs werden monatlich bzw. jährlich in der Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 2 „Eisenbahnverkehr“ des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.

Monatlich werden die transportierte Menge in Tonnen (t) und die dabei erbrachte Transportleistung in Tonnenkilometern (tkm) erfragt. Tonnenkilometer sind das Produkt aus der transportierten Menge in Tonnen und der dabei zurückgelegten Entfernung. Sie stellen die Gesamtleistung präzise und umfassend dar.

Für die Statistik des Personenfernverkehrs, die zentral vom Statistischen Bundesamt aufbereitet wird, wurden 2006 insgesamt vier Unternehmen befragt. Diese Befragung findet vierteljährlich und jährlich statt. Grundsätzlich werden hier sämtliche Unternehmen erfasst, die Fahrgastbeförderungen im Fernverkehr anbieten. Im Eisenbahn-Nahverkehr (Erhebungsmodus: dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder) hingegen rekrutiert sich der Berichtsfirmenkreis aus Unternehmen, deren Aufkommen den Schwellenwert von 250000 Fahrgästen pro Jahr überschreitet; die so abgegrenzte Erhebung umfasst derzeit 51 berichtspflichtige Unternehmen.

Erkenntnisse zur Verflechtung des Schienenpersonenverkehrs und zur Auslastung des deutschen Schienennetzes bieten zwei neue fünfjährige Statistiken, die erstmals für das Berichtsjahr 2005 durchgeführt wurden. Ergebnisse dazu wird ein Beitrag zum Thema „Regionale Daten des Schienenverkehrs“ in dieser Zeitschrift enthalten, der in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht wird. Angaben zur Schieneninfrastruktur und zu Kapazitäten (Fahrzeuge usw.) werden auch im fünfjährigen Turnus erfragt, erstmals für das Berichtsjahr 2005. Die Schieneninfrastruktur wird zudem jährlich fortgeschrieben. Die Veröffentlichung dieser Ergebnisse erfolgt in der Fachserie 8, Reihe 2.1 „Betriebsdaten des Schienenverkehrs“.

Schienennetz. Mit einer Zunahme um 9,1 % im Vergleich zum Vorjahr erreichte die Transportmenge ihren höchsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre. Zurückzuführen ist dieser Zuwachs vor allem auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung sowie auf das aufgrund der Witterungsbedingungen reduzierte Transportangebot der Binnenschifffahrt im ersten Quartal 2006, das zur Verlagerung von Schiffstransporten auf die Schiene führte. Höhere Werte für das Transportvolumen wurden bislang nur Anfang der 1990er-Jahre registriert. Die Ursache dafür waren damals die großen Mengen an fossilen Brennstoffen, die kurz nach der deutschen Vereinigung insbesondere in den neuen Bundesländern noch transportiert wurden.

Ihren bisher höchsten Wert verzeichnete 2006 die Transportleistung mit 107 Mrd. tkm. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist die Transportleistung damit um über 50 % gestiegen, allein im letzten Jahr betrug die Zunahme 12,1 %.

Auch für die durchschnittlich zurückgelegte Transportweite konnte ein herausragendes Ergebnis beobachtet wer-

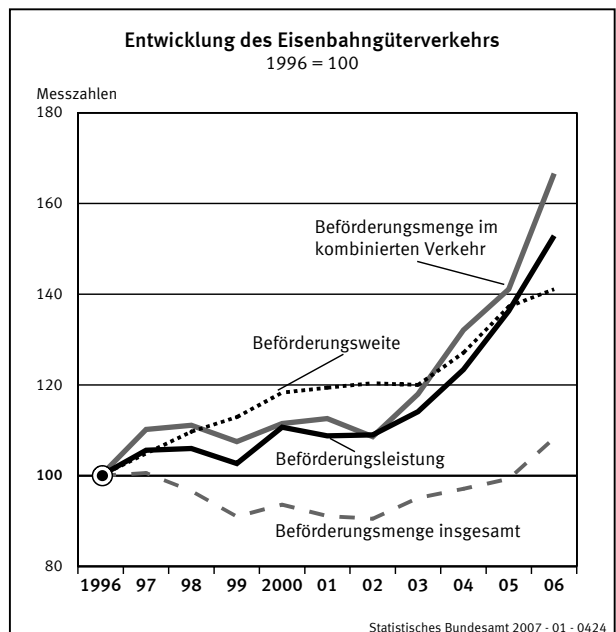
Tabelle 1: Eisenbahnverkehr 2006

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	Veränderung 2006 gegenüber 2005 in %
Güterverkehr				
Beförderungsmenge ..	Mill. t	317,3	346,1	+9,1
Binnenverkehr	Mill. t	201,7	217,9	+8,0
Versand in das Ausland	Mill. t	48,2	54,6	+13,3
Empfang aus dem Ausland	Mill. t	51,1	56,1	+9,8
Durchgangsverkehr .	Mill. t	16,2	17,5	+7,6
Beförderungsleistung .	Mrd. tkm	95,4	107,0	+12,1
Binnenverkehr	Mrd. tkm	44,4	50,5	+13,8
Versand in das Ausland	Mrd. tkm	20,9	23,8	+14,2
Empfang aus dem Ausland	Mrd. tkm	19,2	21,2	+10,3
Durchgangsverkehr .	Mrd. tkm	10,9	11,5	+4,9
Personenverkehr				
Beförderte Personen insgesamt	Mill.	2 131	2 212	+3,8
Fernverkehr ¹⁾	Mill.	119	120	+0,9
Nahverkehr	Mill.	2 012	2 092	+4,0
Beförderungsleistung insgesamt	Mill. Pkm	74 946	77 803	+3,8
Fernverkehr	Mill. Pkm	33 695	34 487	+2,3
Nahverkehr ¹⁾	Mill. Pkm	41 251	43 316	+5,0

1) Ergebnisse der Vierteljahreserhebung.

den: Während die durchschnittliche Transportweite je Tonne 1996 auf der Schiene noch 219 Kilometer betrug, erhöhte sie sich 2006 auf 309 Kilometer. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nur die Beförderungsweite auf deutschem Territorium betrachtet wird. Die Transportweite variierte dabei zwischen wenigen Metern und maximal 1 217 Kilometern (beispielsweise auf der Relation Italien – Schweden).

Schaubild 1



2.2 Grenzüberschreitende Verkehre gewannen an Bedeutung

Durch stärkere europäische Handelsbeziehungen und durch liberalisierte Netzzugänge, die auch ausländischen Eisenbahnunternehmen die Möglichkeit eröffnet haben, in Deutschland Transportdienstleistungen anzubieten, ist in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der mit Auslandsbezug erbrachten Beförderungsleistungen nahezu kontinuierlich gestiegen.

So betrug im Jahr 1996 bei einer Gesamttonnage von 319,5 Mill. t der Anteil der grenzüberschreitenden Verkehre (Versand in das Ausland, Empfang aus dem Ausland sowie Durchgangsverkehr) 26,3%. Im Jahr 2006 (Gesamttonnage: 346,1 Mill. t) hatte sich dieser Anteil auf 37,0% erhöht: Während der Binnenverkehr in diesem Zeitraum um 7,5% auf 217,9 Mill. t zurückging, wiesen die Auslandsverkehre beträchtliche Zuwachsraten auf: Der Versand in das Ausland (54,6 Mill. t) stieg um 61,6%, der Empfang aus dem Ausland (56,1 Mill. t) um 36,3% und der Transitverkehr (17,5 Mill. t) um 93,9%.

Noch stärker ausgeprägt hat der Anteil des Binnenverkehrs an der tonnenkilometrischen Leistung abgenommen: Bei der Erbringung der Beförderungsleistungen werden im Binnenverkehr kürzere Transportweiten als bei Verkehren mit Auslandsbezug zurückgelegt. Ein stärkeres Anwachsen der Transportleistung im Vergleich zur Transportmenge bei den grenzüberschreitenden Verkehren und beim Durchgangsverkehr ist also auf die größeren Transportweiten zurückzuführen. Die Beförderungsentfernungen werden im Aus-

landsverkehr nur bis zur bzw. von der Grenze des deutschen Schienennetzes erfasst.

Im Jahr 1996 belief sich die gesamte Transportleistung auf 70,0 Mrd. tkm, der Binnenverkehr (38,0 Mrd. tkm) hatte daran einen Anteil von 54,3%. Im Jahr 2006 (Gesamtvolumen: 107,0 Mrd. tkm) war dieser Anteil auf 47,2% der gesamten tonnenkilometrischen Leistung zurückgegangen (siehe Schaubild 2).

2.3 Der Transport von höherwertigen Gütern wird immer wichtiger

Im Dekadenvergleich konnten Produktkategorien höherwertiger Güter ihre Anteile an den Beförderungsvolumina steigern (siehe Schaubild 3 auf der folgenden Seite). Bei der Tonnage ging der Anteil von Massengütern wie den festen mineralischen Brennstoffen (2006: 51,3 Mill. t) von 22% (1996) auf 15% im Jahr 2006 zurück; die höherwertigen Güter wie „andere Halb- und Fertigerzeugnisse“ und „besondere Transportgüter“ (2006: insgesamt 81,2 Mill. t) erhöhten ihren Anteilswert von 15 auf 24%. Im Vergleich der Beförderungsleistung hatten feste mineralische Brennstoffe (2006: 7,7 Mrd. tkm) 2006 noch einen Anteil von 7% (1996: 10%), der Anteil der anderen Halb- und Fertigerzeugnisse und besonderen Transportgüter (2006: 39,1 Mrd. tkm) stieg indessen von 31 auf 37%.

Im Vorjahresvergleich (siehe Tabelle 2) ist hervorzuheben, dass – abgesehen von chemischen Erzeugnissen – alle Güterabteilungen Mengenzuwächse erreichten. Der Anstieg des Gesamtvolumens (346,1 Mill. t) um 9,1% wird besonders

Schaubild 2

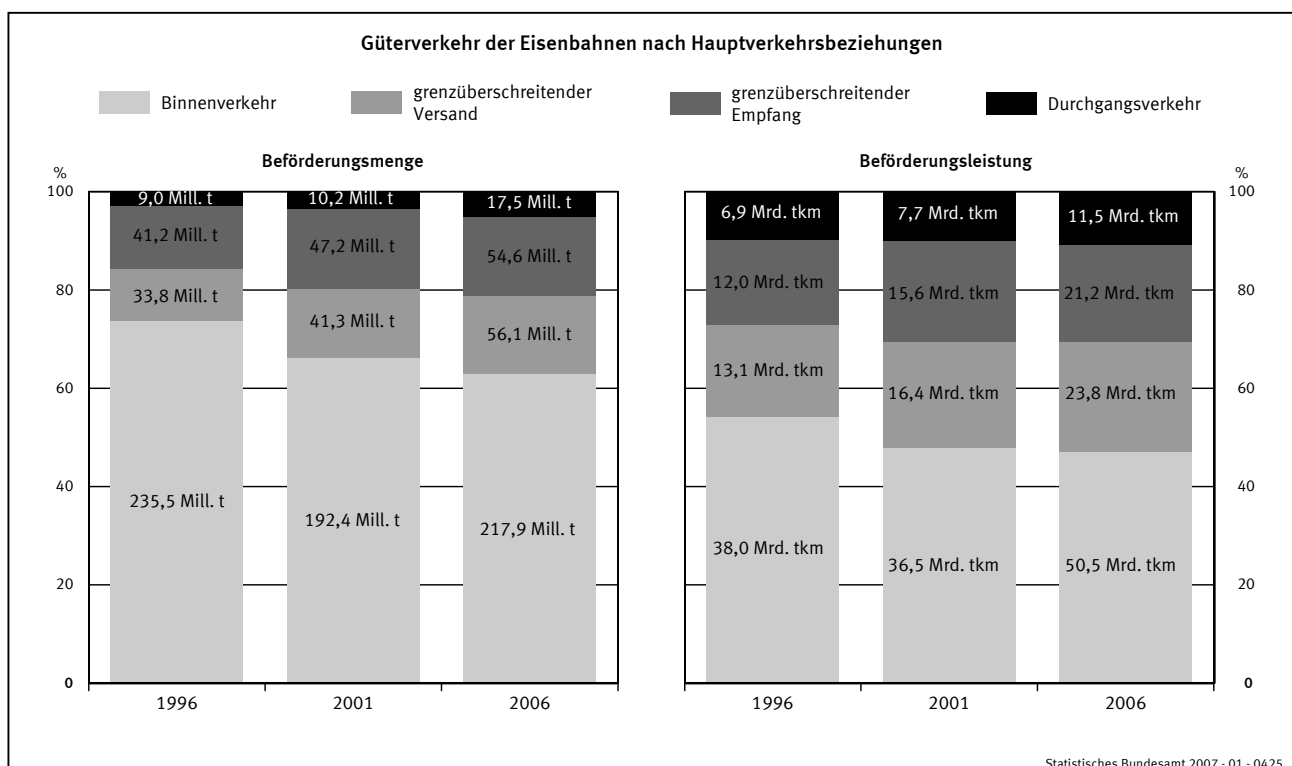
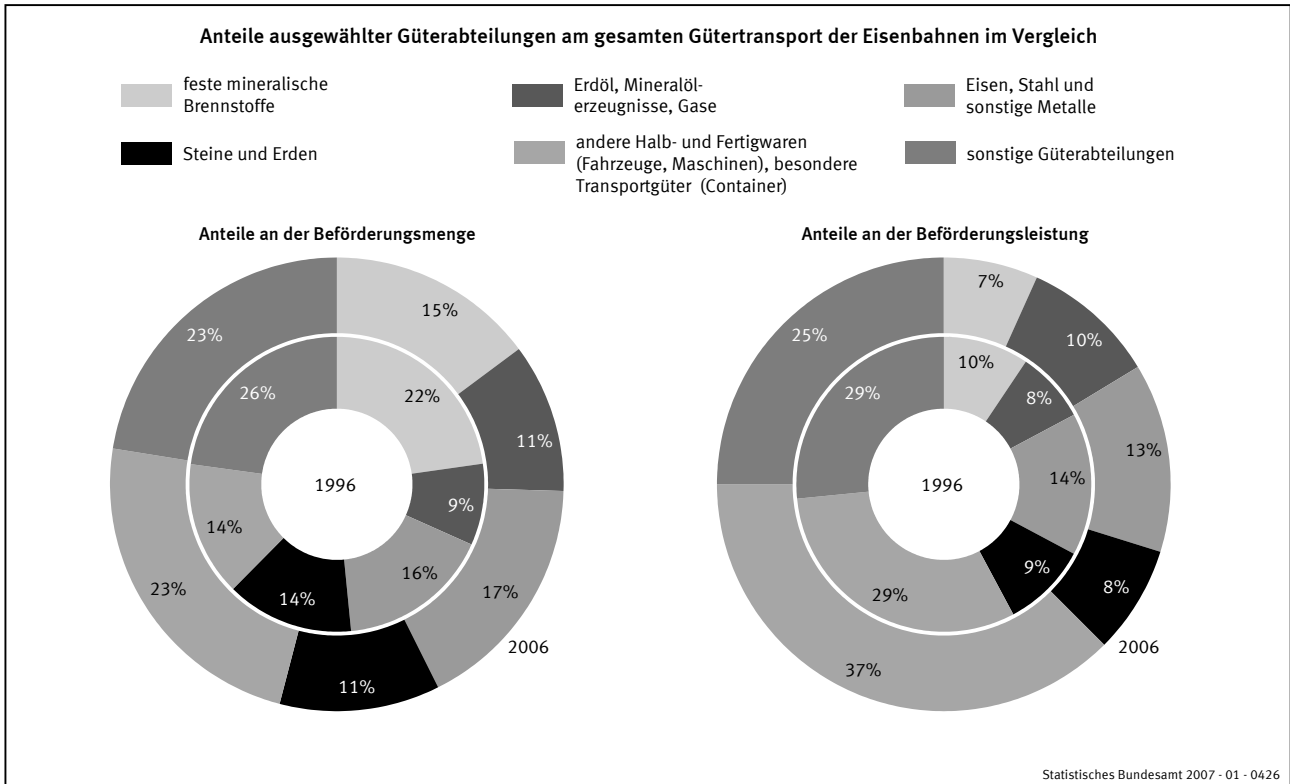


Schaubild 3



getragen von der Zunahme der beiden volumenstärksten Güterabteilungen Eisen, Stahl und NE-Metalle (59,4 Mill. t, +16,6%) sowie besondere Transportgüter (58,6 Mill. t, +15,6%), die u. a. den größten Teil des kombinierten Verkehrs umfassen. Die chemischen Erzeugnisse (24,9 Mill. t) verfehlten das Vorjahresergebnis um 3,8%.

Bei den tonnenkilometrischen Leistungen erzielten bei einem Gesamtergebnis von 107,0 Mrd. tkm (+12,1%) sämt-

liche Güterabteilungen im Vorjahresvergleich Zuwächse. Die Position „besondere Transportgüter“, bei der – in Tonnenkilometern gemessen – die größte Verkehrsleistung erbracht wird, stieg um 12,2% auf 28,1 Mrd. tkm; wie erwähnt enthält dieser Bereich den kombinierten Verkehr, in dem die durchschnittliche Transportentfernung größer ist als im konventionellen Güterverkehr.

Ebenfalls zweistellig stiegen die Transportleistungen unter anderem bei Eisen, Stahl und NE-Metallen (14,4 Mrd. tkm; +22,1%); für die quantitativ ebenfalls bedeutenden Güterabteilungen „andere Halb- und Fertigerzeugnisse“ (11,0 Mrd. tkm) sowie „Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse und Gase“ (10,7 Mrd. tkm) konnten Steigerungsraten von 7,2 bzw. 6,9% erreicht werden. Der im Jahr 2006 realisierte Wachstumsschub wird auch daran deutlich, dass für sechs der in Tabelle 2 aufgeführten Güterabteilungen zweistellige Zuwachsraten erzielt wurden, diese Güterabteilungen hatten 2006 einen Anteil von 61,6% an der gesamten tonnenkilometrischen Leistung.

Tabelle 2: Frachtpflichtiger Wagenladungsverkehr der Eisenbahnen nach Güterabteilungen im Jahr 2006

Güterabteilungen	Beförderungsmenge		Beförderungsleistung	
	1 000 t	Veränderung gegenüber 2005 in %	Mill. tkm	Veränderung gegenüber 2005 in %
Insgesamt	346 118	+9,1	107 008	+12,1
Landwirtschaftliche Erzeugnisse ..	10 694	+26,6	5 110	+27,1
Andere Nahrungsmittel	2 979	+16,9	1 514	+17,5
Feste mineralische Brennstoffe ..	51 312	+3,6	7 700	+8,1
Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Gase	36 833	+2,8	10 716	+6,9
Erze, Metallabfälle	31 463	+9,5	8 301	+15,4
Eisen, Stahl und NE-Metalle	59 388	+16,6	14 400	+22,1
Steine und Erden	39 584	+9,3	8 459	+14,5
Düngemittel	7 725	+3,3	2 234	+7,0
Chemische Erzeugnisse	24 929	-3,8	9 503	+3,1
Andere Halb- und Fertigerzeugnisse	22 566	+7,8	10 959	+7,2
Besondere Transportgüter	58 645	+15,6	28 111	+12,2

2.4 Kombiniertes Verkehr: anhaltender Wachstumsmotor

Insgesamt wurden im Jahr 2006 im kombinierten Verkehr 60,7 Mill. t transportiert. Dabei wurde eine Leistung von 29,6 Mrd. tkm erbracht. Dies ist der bisher höchste Wert für den kombinierten Verkehr auf Schienen. Die Transportmenge des kombinierten Verkehrs hat damit um 18,1% im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, die Transportleistung

Tabelle 3: Container- und Huckepackverkehr¹⁾ auf der Schiene im Jahr 2006

Transportart Behälterart	Insgesamt	Davon im			
		Binnenverkehr	Versand in das Ausland	Empfang aus dem Ausland	Durchgangsverkehr
TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) ²⁾ in 1 000					
Container/Wechselbehälter					
insgesamt	4 833	2 247	989	991	606
bis 20 Fuß	607	571	14	22	0
20 bis 25 Fuß	1 458	439	396	392	232
25 bis 30 Fuß	327	88	104	89	46
30 bis 40 Fuß	2 441	1 149	475	489	328
Anzahl der beförderten Einheiten in 1 000					
Kraftfahrzeuge insgesamt	304	41	121	121	20
Sattelzuganhänger	212	41	76	75	20
Lkw/Sattelzug	92	0	46	46	0
Beförderte Menge in 1 000 t					
Container/Wechselbehälter					
insgesamt	51 898	21 409	13 051	9 674	7 764
bis 20 Fuß	8 578	8 004	193	381	0
20 bis 25 Fuß	20 184	4 307	7 165	4 770	3 943
25 bis 30 Fuß	5 080	1 262	1 950	1 089	779
30 bis 40 Fuß	18 056	7 837	3 744	3 433	3 042
Kraftfahrzeuge insgesamt	8 808	1 075	3 623	3 562	548
Sattelzuganhänger	5 770	1 075	2 135	2 011	547
Lkw/Sattelzug	3 038	0	1 487	1 550	1
Verkehrsleistung in Mrd. tkm					
Container/Wechselbehälter					
insgesamt	25,99	10,41	6,06	4,95	4,58
bis 20 Fuß	3,97	3,55	0,11	0,31	0,00
20 bis 25 Fuß	10,24	2,34	3,28	2,30	2,32
25 bis 30 Fuß	2,18	0,56	0,74	0,40	0,47
30 bis 40 Fuß	9,61	3,95	1,93	1,94	1,79
Kraftfahrzeuge insgesamt	3,64	0,67	1,37	1,25	0,35
Sattelzuganhänger	3,46	0,67	1,28	1,16	0,35
Lkw/Sattelzug	0,19	-	0,09	0,09	0,00

1) Beladene und unbeladene Einheiten. – 2) Maßeinheit: Ein Fuß entspricht 30,48 cm.

stieg um 14,9%. Kombiniertes Verkehr blieb damit ein wesentlicher Wachstumsmotor im Eisenbahngüterverkehr und trug zu 17,5% zum Gesamtergebnis der Tonnage bzw. zu 27,7% zum Gesamtergebnis der Transportleistung bei.

Unbegleiteter und begleiteter kombinierter Verkehr entwickelten sich unterschiedlich: Der Transport von Containern und Wechselbehältern umfasste 85% des kombinierten Verkehrs und belief sich auf 51,9 Mill. t. Von 2005 auf 2006 ist die Tonnage um 12,7% gestiegen. Der unbegleitete Fahrzeugverkehr, der mit 5,8 Mill. t einen Anteil von 10% am kombinierten Verkehr hatte, nahm um 37,8% zu. Der begleitete kombinierte Verkehr (Rollende Landstraße), der im Vorjahr mit sehr großen Rückgängen zu kämpfen hatte, konnte im Jahr 2006 mit 3,0 Mill. t (+162,2%) wieder kräftig zulegen. Sein Anteil an der gesamten Tonnage des kombinierten Verkehrs betrug 2006 5%.

Kombiniertes Verkehr fand 2006 häufig als Seehafenhinterlandverkehr statt. 44% aller transportierten Güter in Containern und Wechselbehältern wurden aus den Seehäfen Hamburg, Bremerhaven, Cuxhaven, Emden, Wilhelmshaven, Lübeck und Rostock versendet. Umgekehrt hatten 37% aller Container und Wechselbehälter ihr Ziel in den genannten Seehäfen.

2.5 Schienengüterverkehre im verkehrsträgerübergreifenden und internationalen Vergleich

Schienengüterverkehr wuchs im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern überdurchschnittlich

Im Jahr 2006 konnten alle Verkehrsträger Zunahmen der Transportmenge verbuchen, jedoch zeigte der Schienengüterverkehr mit +9,1% ein besonders dynamisches Wachstum. Deutsche Lastkraftwagen transportierten 2006 mit 2 919 Mill. t 5,6% mehr Güter als im Vorjahr.¹⁾ Die Binnenschifffahrt verzeichnete mit 243,5 Mill. t eine Zunahme der Transportmenge von 2,8%. Im Seeverkehr lag die Transportmenge 2006 bei 299,2 Mill. t und damit 6,5% über dem Vorjahreswert.

Die Betrachtung der Transportleistung unterstreicht den Boom des Schienengüterverkehrs noch stärker: Während der Straßengüterverkehr ein Plus von 6,4% erreichen konnte und die Binnenschifffahrt sogar einen Rückgang der Transportleistung von 0,2% hinnehmen musste, lag der Leistungszuwachs im Schienengüterverkehr bei 12,1%.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt und Bundesamt für Güterverkehr, Kurzbericht Dezember 2006 (<http://www.kba.de>).

Der Modal Split, der die Aufteilung der Verkehrsleistung auf die einzelnen Verkehrsträger beschreibt, stellte sich wie folgt dar: Der Anteil des Schienengüterverkehrs ist seit 2002 im Aufschwung und belief sich im Jahr 2006 auf 17,3 %. Der Anteil des Straßengüterverkehrs erreichte 69,7 %. Auf die Binnenschifffahrt und den Rohrfernleitungsverkehr entfielen 10,7 bzw. 2,7 %. Für den Straßengüterverkehr wurden für die Berechnung des Modal Splits auch ausländische Kraftfahrzeuge berücksichtigt.

Deutschland wichtigstes europäisches Land im Schienengüterverkehr

Auf Schienenwegen in der Europäischen Union (EU) wurde 2006 eine Güterverkehrsleistung von insgesamt 395 Mrd. tkm erbracht. Im Vergleich zum Vorjahr war das eine Zunahme

von 0,8%; auf Deutschland entfielen von diesem Gesamtvolumen allein 107 Mrd. tkm. Ein Viertel des Schienengüterverkehrs in der EU findet demnach in Deutschland statt, dessen Anteile 2004 an der Fläche der EU-25 9 % und an der Bevölkerung 18 % betragen.²⁾

Zu den fünf bei der Güterbeförderung auf Schienen führenden Mitgliedstaaten der EU zählten nach Deutschland Polen (44,3 Mrd. tkm), Frankreich (40,9 Mrd. tkm), das Vereinigte Königreich (23,1 Mrd. tkm) und Schweden (22,0 Mrd. tkm). In den genannten Ländern entwickelte sich der Schienengüterverkehr ebenfalls positiv, jedoch nur mit Wachstumsraten zwischen 0,5 und 2,0 %. Der größte Rückgang der Güterverkehrsleistung wurde in Lettland beobachtet (-14,9%), das mit 16,8 Mrd. tkm an achter Stelle im europäischen Schienengüterverkehr steht.

3 Personenverkehr: insgesamt 2,2 Mrd. Fahrten im Schienenverkehr 2006³⁾

Im Jahr 2006 erreichten die im Personennah- und -fernverkehr tätigen Bahnen ein Aufkommen von 2,2 Mrd. Beförderungsfällen (+3,8% gegenüber 2005); bei der Beförderungsleistung, den Personenkilometern (Pkm), wurde ein Plus von ebenfalls 3,8% auf 77,8 Mrd. Pkm erreicht.

Als Abgrenzungskriterium zwischen Fern- und Nahverkehr gilt bei der statistischen Erfassung nicht die Kilometerdistanz je Zugfahrt, sondern ein produktbezogenes Erhebungskonzept: Differenziert wird dabei nach Zuggattungen – nach der Aufteilung der Deutschen Bahn AG zum Beispiel ICE (Intercity-Express) für den Fernverkehr und RE (Regionalexpress) für den Nahverkehr.

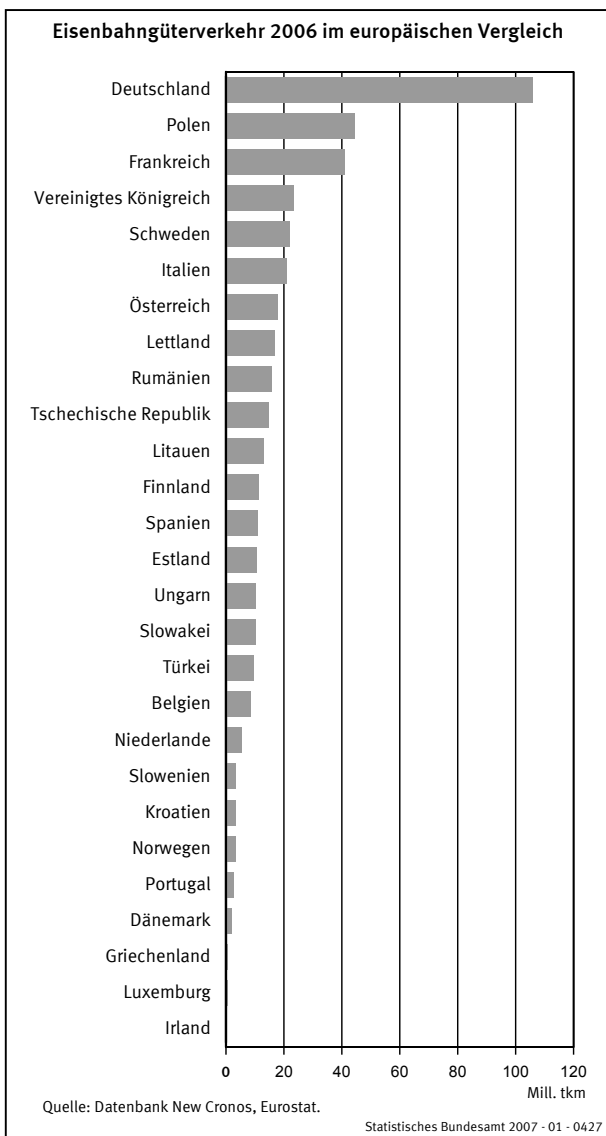
Mit einem Anteil von etwa 94% bei der Zahl der Fahrgäste ist der Nahverkehr gegenüber dem Fernverkehr die dominierende Größe im Eisenbahnpersonenverkehr.

Durch die mit Abstand größeren Reiseweiten im Fernverkehr ergibt sich bei der Beförderungsleistung eine eher ausgeglichene Struktur: Die gesamte Verkehrsleistung (77,8 Mrd. Pkm) wird zu 44% (34,5 Mrd. Pkm) durch den Fernverkehr und zu 56% (43,3 Mrd. Pkm) durch den Nahverkehr erbracht.

Die Betrachtung des Passagieraufkommens im Fernverkehr nach Quartalen zeigt nur leichte Schwankungen. Im ersten Vierteljahr 2006 wurden mit 27,6 Mill. Passagieren 0,5% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum befördert. Im zweiten Quartal kam es mit 30,5 Mill. Beförderungsfällen und +4,7% zum höchsten Quartalsanstieg im Jahr 2006. Im dritten und vierten Quartal wurden 31,0 Mill. (+1,9%) bzw. 30,9 Mill. Personen (-3,2%) befördert.

Die Quartalaufteilung im Nahverkehr 2006 zeigte für das erste Quartal mit 515,3 Mill. Beförderungsfällen den höchst-

Schaubild 4



2) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Statistisches Jahrbuch für das Ausland 2006“, S. 24.

3) Siehe auch Reim, U./Reichel, B.: „Öffentlicher Personennahverkehr mit Bussen und Bahnen 2005“ in WiSta 6/2007, S. 584 ff., besonders Kapitel 7.

ten Zuwachs (+ 6,6 % gegenüber dem Vorjahresvierteljahr). Im zweiten Quartal wurden 512,1 Mill. Personen befördert (+ 3,9 %). Nur leichte Schwankungen zum Vorjahreszeitraum wurden im dritten Quartal beobachtet (520,9 Mill., + 0,1 %), im vierten Quartal belief sich die Zahl der beförderten Personen auf 543,5 Mill. (+ 5,5 %).

Sowohl im Fern- als auch im Nahverkehr ist das Fahrgastaufkommen damit über das Jahr annähernd gleich verteilt.

Auswirkungen der Fußball-Weltmeisterschaft, die überwiegend im zweiten Quartal 2006 zusätzliche Nachfrageimpulse verursacht hat, zeigten sich im Eisenbahnpersonenfernverkehr besonders stark bei der Betrachtung der Verkehrsleistung: Mit einem Zuwachs von 8,0 % auf 9,0 Mrd. Pkm wurde hier der höchste Quartalszuwachs seit 1995 erzielt.

4 Neue Statistiken des Eisenbahnverkehrs

4.1 Auslastung des Schienennetzes 2005: Je Streckenabschnitt des Schienennetzes fuhr alle 17 Minuten ein Zug

Eine neue fünfjährige Erhebung zeigte die Belastung der insgesamt 2876 Streckenabschnitte des deutschen Schienennetzes im Jahr 2005. Dabei wurde das insgesamt 38 200 Kilometer lange Schienennetz in Abschnitte unterteilt, deren Länge (Luftlinie) zwischen 20 Metern (um große Knotenpunkte) und 68 Kilometern (zwischen Fulda und Kassel-Wilhelmshöhe) variiert und die mehrere parallele Gleise umfassen können. Durchschnittlich fahren auf diesen Streckenabschnitten 30 800 Züge im Jahr, daraus errechnet sich die oben aufgeführte Fahrfrequenz von fast vier Zügen je Stunde und Streckenabschnitt.

Das deutsche Schienennetz wird in erster Linie vom Personenverkehr genutzt. Insgesamt fuhren 89 Mill. Züge im Jahr 2005 auf den einzelnen Netzabschnitten, 69 Mill. davon waren Personenzüge (in Ballungsräumen vor allem S-Bahnen). Der Güterverkehr frequentierte das deutsche Schienennetz mit insgesamt 18 Mill. Fahrten auf den Netzabschnitten.

4.2 Regionale Verflechtung des Schienenpersonenverkehrs

Eine weitere neue, ebenfalls alle fünf Jahre durchzuführende Statistik brachte neue Erkenntnisse zur Verflechtung des Schienenpersonenverkehrs. So waren zwischen Berlin und Brandenburg Personen insgesamt 17,9 Mill. Mal im Jahr 2005 unterwegs. Zwischen Hessen und Baden-Württemberg wurden 11,2 Mill. Fahrten mit der Eisenbahn gezählt. Den höchsten Binnenverkehr besaß Berlin mit 368,4 Mill. Fahrten, gefolgt von Bayern mit 288,4 Mill. Fahrten. Innerhalb Baden-Württembergs fuhren Fahrgäste insgesamt 259,6 Mill. Mal mit der Bahn.

Grenzüberschreitend waren Fahrgäste insgesamt 4,1 Mill. Mal zwischen der Schweiz und Deutschland unterwegs, von und nach Österreich fuhren 2,8 Mill. Fahrgäste. Der Schienenpersonenverkehr zwischen Deutschland und den Niederlanden sowie zwischen Deutschland und Frankreich belief sich auf je 1,5 Mill. Fahrgäste.

Beide fünfjährige Statistiken werden in einem Aufsatz zum Thema „Regionale Ergebnisse des Schienenverkehrs“ im Herbst 2007 in dieser Zeitschrift ausführlicher vorgestellt.

5 Bahnbetriebsunfälle im Jahr 2005

Im Jahr 2005 ereigneten sich insgesamt 569 Bahnbetriebsunfälle (+ 0,9 % gegenüber 2004) auf dem von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs betriebenen Netz, bei denen Personenschaden registriert wurde. Dabei wurden 157 Personen (- 6,0 %) getötet und 740 (- 2,4 %) verletzt.⁴⁾ Die Zahl der Unfälle ist damit erstmals seit der deutschen Vereinigung wieder angestiegen, jedoch erreichten die Zahlen der getöteten Personen und der Verletzten ihre niedrigsten Stände seit der deutschen Vereinigung.

Eisenbahnunfälle, an denen überwiegend nur Eisenbahnfahrzeuge beteiligt waren, forderten bei insgesamt 78 Entgleisungen, Zusammenstößen oder Aufprallen auf Gegenstände im Jahr 2005 insgesamt einen Toten und 156 Verletzte. Mit 106 Getöteten wurden mehr als zwei Drittel aller Todesopfer in der Kategorie der sogenannten persönlichen Unfälle von Reisenden, Bahnbediensteten und Bahnfremden registriert; bei 295 Unfällen dieser Kategorie wurden zudem 232 Verletzte gezählt. Zu einer Kollision mit Wegbenutzern auf höhengleichen Bahnübergängen kam es in 182 Fällen; dabei starben 50 Menschen und 337 wurden verletzt. [u](#)

⁴⁾ Todesfälle durch Selbsttötung sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Dipl.-Volkswirt Uwe Reim, Dipl.-Verwaltungswirt Bernd Reichel

Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2005

Seit dem Berichtsjahr 2004 werden die Statistiken des öffentlichen Personenverkehrs mit Bussen und Bahnen nach einem neuen Konzept durchgeführt. Mit den Ergebnissen für das Berichtsjahr 2005 können in diesem Beitrag nun erstmals nach Einführung der neu konzipierten Statistik Vorjahresvergleiche dargestellt werden.

Insgesamt wurde der öffentliche Personenverkehr mit Bussen und Bahnen in Deutschland im Jahr 2005 von Fahrgästen 10,6 Mrd. Mal in Anspruch genommen, 1,2% öfter als im Vorjahr. Im Linienverkehr fuhren 10,5 Mrd. und damit rund 99% aller Fahrgäste. Davon nutzten 10,4 Mrd. Fahrgäste (+1,2%) den Nahverkehr mit Eisenbahnen, Straßenbahnen und Omnibussen und 125 Mill. Fahrgäste den Fernverkehr mit Eisenbahnen und Omnibussen (+1,2%). Im Durchschnitt legte jeder Einwohner Deutschlands etwa 1 165 km im Liniennahverkehr und rund 430 km im Linienfernverkehr zurück. Im Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen, zu dem vor allem der Reiseverkehr zählt, fuhren 98 Mill. Fahrgäste (+0,3%).

1 Methodik

Das statistische Berichtssystem im öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen wurde mit der Novellierung des Verkehrsstatistikgesetzes (VerkStatG)¹⁾ ab dem Berichtsjahr 2004 grundlegend neu gestaltet. Mit den Ergebnissen für das Berichtsjahr 2005 können in diesem Beitrag nun erstmals nach Einführung der neu konzipierten Statistik Vorjahresvergleiche dargestellt werden.

Das Berichtssystem besteht aus den Erhebungen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr einerseits und denen im Schienenfernverkehr andererseits. Wie bei den Verkehrsstatistiken anderer Verkehrsträger werden Unternehmen, die entsprechende Verkehre betreiben, in die Statistik einbezogen, auch wenn sie den jeweiligen Verkehr nicht als Haupttätigkeit betreiben. Der Statistik liegt somit eine funktionale Betrachtung zugrunde. Methodisch sind die Statistiken in beiden Bereichen aufeinander abgestimmt und damit vergleichbar. Unterschiede in Art und Durchführung der Verkehre machen jedoch getrennte Erhebungen notwendig.

Das Erhebungssystem im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr gliedert sich in eine vierteljährliche, jährliche und fünfjährliche Erhebung. Einbezogen werden Unternehmen, die Personennahverkehr mit Eisenbahnen oder Straßenbahnen (einschl. Hoch-, U-, Stadt-, Schwebbahnen und ähnlicher Bahnen, aber ohne Berg- und Seilbahnen) oder Personennah- oder Personenfernverkehr mit Omnibussen (Kraftomnibusse und Obusse) betreiben. Nicht berücksichtigt wird der Verkehr mit Taxis oder mit Mietwagen. Der Erhebungsbereich und die Fragenprogramme sind dabei im Sinne einer Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen in Abhängigkeit von der Größe der Unternehmen unterschiedlich abgegrenzt. So findet die fünfjährliche Erhebung als Vollerhebung bei allen Unternehmen statt, während die jährliche Erhebung als repräsentative Stichprobenerhebung mit verkürztem Merkmalskatalog

1) Gesetz über die Statistik der See- und Binnenschifffahrt, des Güterkraftverkehrs, des Luftverkehrs sowie des Schienenverkehrs und des gewerblichen Straßen-Personenverkehrs (Verkehrsstatistikgesetz – VerkStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004 (BGBl. I S. 318).

durchgeführt wird.²⁾ Vierteljährlich werden ausschließlich Unternehmen mit mindestens 250 000 Fahrgästen pro Jahr befragt.

Im Schienenfernverkehr gliedert sich das Erhebungssystem ebenfalls in vierteljährlich, jährlich und fünfjährlich zu erhebende Tatbestände. Hier werden alle Unternehmen erfasst, die Schienen-Personenfernverkehr im Inland betreiben.³⁾

Der Schwerpunkt der folgenden Darstellung liegt auf der Präsentation der detaillierten Ergebnisse der jährlichen Erhebungen für das Berichtsjahr 2005 (Kapitel 2 bis 6). Aktuellere Ergebnisse liefern die Vierteljahreserhebungen, allerdings nur in geringer Gliederungstiefe. Eckdaten der größeren Unternehmen für das Berichtsjahr 2006 runden die Darstellung daher ab (Kapitel 7).

2 Ergebnisüberblick

Im Jahr 2005 hat sich der öffentliche Personenverkehr mit Bussen und Bahnen in Deutschland positiv entwickelt. Er wurde von rund 10,6 Mrd. Fahrgästen genutzt; das waren 1,2% mehr Fahrgäste als im Vorjahr (siehe Tabelle 1). Sie fuhren im Nahverkehr durchschnittlich 9 Kilometer und im Fernverkehr durchschnittlich 308 Kilometer weit. Die Beförderungsleistung – als Produkt aus den beförderten Personen und der Fahrtweite – lag damit bei 158,3 Mrd. Personenkilometern (Pkm), was einer Zunahme von 1,7% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Tabelle 1: Fahrgäste und Beförderungsleistung 2005

Verkehrsart	Fahrgäste	Veränderung gegenüber 2004	Beförderungsleistung	Veränderung gegenüber 2004
	Mill.	%	Mill. Pkm ¹⁾	%
Busse und Bahnen insgesamt	10 616	+1,2	158 306	+1,7
Linienverkehr	10 517	+1,2	131 550	+2,6
Nahverkehr	10 392	+1,2	95 995	+2,7
Fernverkehr	125	+1,2	35 555	+2,4
mit Eisenbahnen	119	+2,9	33 695	+4,0
mit Omnibussen	6	-22,9	1 860	-19,9
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen	98	+0,3	26 755	-2,5

1) Personenkilometer.

Der öffentliche Personenverkehr kann grundsätzlich nach der Art der Verkehre in Linien- und Gelegenheitsverkehr und nach den Entfernungszonen in Nah- und Fernverkehr untergliedert werden.⁴⁾

Im Linienverkehr wurden 10,5 Mrd. (+1,2%) und damit rund 99% aller Fahrgäste befördert. Davon nutzten 10,4 Mrd. Fahrgäste (+1,2%) den Nahverkehr mit Eisenbahnen, Straßenbahnen und Omnibussen (Anteil an der Gesamtzahl der

Fahrgäste: 97,9%) und 125 Mill. Fahrgäste den Fernverkehr mit Eisenbahnen und Omnibussen (1,2%). Von der Beförderungsleistung im Linienverkehr von 132 Mrd. Pkm, die gegenüber 2004 um 2,6% zunahm, entfiel dagegen aufgrund der höheren Fahrtweiten ein wesentlich größerer Anteil auf den Fernverkehr: Im Liniennahverkehr wurden 96 Mrd. Pkm (Anteil an der gesamten Beförderungsleistung: 60,6%) und im Linienfernverkehr 36 Mrd. Pkm (22,5%) erbracht.

Auf den Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen, zu dem vor allem der Reiseverkehr zählt, entfiel knapp jede hundertste Fahrt. Mit 98 Mill. Fahrgästen lag die Zahl der Reisenden um 0,3% höher als im Vorjahr. Aufgrund der auch hier höheren Reiseweiten trug der Gelegenheitsverkehr mit 27 Mrd. Pkm 16,9% zur gesamten Beförderungsleistung bei.

3 Liniennahverkehr

Linienverkehr ist eine zwischen bestimmten Ausgangs- und Endpunkten eingerichtete regelmäßige Verkehrsverbindung, auf der Fahrgäste an bestimmten Haltestellen ein- und aussteigen können.

Dabei zählen zum Nahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen diejenigen Linienverkehre, die dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen. Im Zweifelsfall gilt die Fahrgastbeförderung als Nahverkehr, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt. Bei den Eisenbahnen zählt der Verkehr, der von bestimmten Zuggattungen (z. B. S-Bahn, Regionalbahn) abgewickelt wird, zum Nahverkehr.

Die Zahl der Fahrgäste spiegelt in der Verkehrsstatistik die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Als beförderte Person oder Beförderungsfall im Linienverkehr gilt im Rahmen des Unternehmensfahrtkonzepts eine entgeltlich oder unentgeltlich (z. B. Freifahrer) durchgeführte und nicht unterbrochene Fahrt eines Fahrgastes auf dem Netz eines Verkehrsunternehmens, unabhängig davon, ob ein oder mehrere vom Unternehmen betriebene Verkehrsmittel benutzt wurden. Die Zahl der je Unternehmen beförderten Personen wird zu der Zahl der von allen Verkehrsunternehmen beförderten Personen kumuliert. Die Umsteiger, welche bei einer Fahrt die Fahrzeuge verschiedener Verkehrsunternehmen benutzen, werden dabei von jedem Unternehmen und somit mehrfach gezählt. Die Zahl der beförderten Personen wird von den Unternehmen in der Regel anhand der verkauften Fahrscheine ermittelt. Bei Zeitfahrausweisen und unentgeltlichen Beförderungen wird die Zahl der Fahrten mit Hilfe von Informationen aus Verkehrserhebungen zur Fahrtenhäufigkeit geschätzt.

2) Ergebnisse zu den nur fünfjährlich im Rahmen der Vollerhebung (zuletzt für das Berichtsjahr 2004) erfragten Strukturdaten (Fahrzeugbestand, Platzkapazität und Beschäftigte) enthält der letztjährige Aufsatz in dieser Zeitschrift; siehe Reim, U./Reichel, B.: „Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2004“ in WiSta 4/2006, S. 360 ff.

3) Für weitere Informationen zu den genannten Erhebungen siehe auch Bierau, D./Reim, U.: „Novellierung des Verkehrstatistikgesetzes“ in WiSta 3/2004, S. 259 ff.

4) Zu den Abgrenzungen im Einzelnen siehe die folgenden Kapitel.

Im Jahr 2005 waren im Liniennahverkehr 2749 Unternehmen als Beförderer aktiv, 3,5% weniger als im Vorjahr. Sie beförderten zusammen 10,4 Mrd. Fahrgäste (+1,2%). Die Fahrgäste fuhren im Durchschnitt je Fahrt 9,2 km weit, sodass die Beförderungsleistung 96,0 Mrd. Pkm (+2,7%) betrug. Die Fahrzeuge der Unternehmen erbrachten jedoch mit knapp 3,5 Mrd. km eine um 2,1% geringere Fahrleistung als im Vorjahr (siehe Tabelle 2).

Da Fahrgäste im Verlauf einer Fahrt zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln eines Unternehmens umsteigen können, wird in der Erhebung auch die Zahl der Fahrgäste in den einzelnen Verkehrsmitteln (Eisenbahn, Straßenbahn, Omnibus) erfragt. In den Fällen, in denen ein Unternehmen in der Personenbeförderung verschiedene Verkehrsmittel einsetzt, ist die Gesamtzahl der Fahrgäste nach dem Unternehmensfahrtkonzept und nach dem Verkehrsmittelfahrtkonzept unterschiedlich. Denn ein Fahrgast, der in ein anderes Verkehrsmittel desselben Unternehmens umsteigt, wird nach dem Verkehrsmittelfahrtkonzept bei jedem Verkehrsmittel gezählt, nach dem Unternehmensfahrtkonzept hingegen nur einmal.⁵⁾ Das Verkehrsmittelfahrtkonzept ermöglicht somit getrennte Ergebnisse für jedes Verkehrsmittel (Eisenbahn, Straßenbahn, Omnibus), das Unternehmensfahrtkonzept liefert Angaben für ein Unternehmen insgesamt.⁶⁾

Nach Verkehrsmitteln wurden im Liniennahverkehr im Jahr 2005 in Omnibussen 5,5 Mrd. Fahrgäste registriert (-0,5% gegenüber dem Vorjahr), auf Straßenbahnen entfielen

3,5 Mrd. Fahrgäste (+2,0%) und auf Eisenbahnen 2,0 Mrd. Passagiere (+2,4%). Die kürzesten Strecken wurden mit Straßenbahnen zurückgelegt. Hier ging eine durchschnittliche Fahrt über 4,4 km, die Länge einer durchschnittlichen Omnibusfahrt betrug 7,0 km, die einer durchschnittlichen Eisenbahnfahrt im Nahverkehr 20,8 km. Die unterschiedlichen Reiseweiten erklären sich dadurch, dass Straßenbahnen, zu denen auch Stadtbahnen, Hochbahnen, U-Bahnen, Schwebbahnen sowie ähnliche Nahverkehrsbahnen zählen, vor allem im Stadt- und Vorortverkehr eingesetzt werden, während Busse zum Teil und Eisenbahnen hauptsächlich im Regionalverkehr genutzt werden.

Obwohl die meisten Fahrgäste mit Bussen, die wenigsten mit Eisenbahnen unterwegs waren, wurde die höchste Beförderungsleistung aufgrund der höheren Reiseweite mit 42,1 Mrd. Pkm von den Eisenbahnen erbracht; gegenüber 2004 war dies eine Steigerung um 4,1%. Mit Omnibussen wurden 38,4 Mrd. Pkm (+0,9%) und mit Straßenbahnen 15,5 Mrd. Pkm (+3,3%) zurückgelegt. Damit entfielen auf Busse die Hälfte aller Beförderungsfälle bei Verkehrsmittelfahrten, auf Straßenbahnen knapp ein Drittel (32%) und auf den Eisenbahnnahverkehr etwas mehr als ein Sechstel (18%). Hinsichtlich der Beförderungsleistung dagegen erbrachten die Eisenbahnen 44% der Gesamtbeförderungsleistung im Liniennahverkehr, die Busse lagen bei 40% und die Straßenbahnen bei 16% (siehe Schaubild 1).

Insgesamt legten die Fahrzeuge im Liniennahverkehr 3,5 Mrd. Bus- bzw. Zugkilometer zurück, das waren 2,1% weni-

Tabelle 2: Verkehrsleistungen und Einnahmen im Liniennahverkehr 2005 nach Verkehrsmitteln und Eigentumsverhältnissen

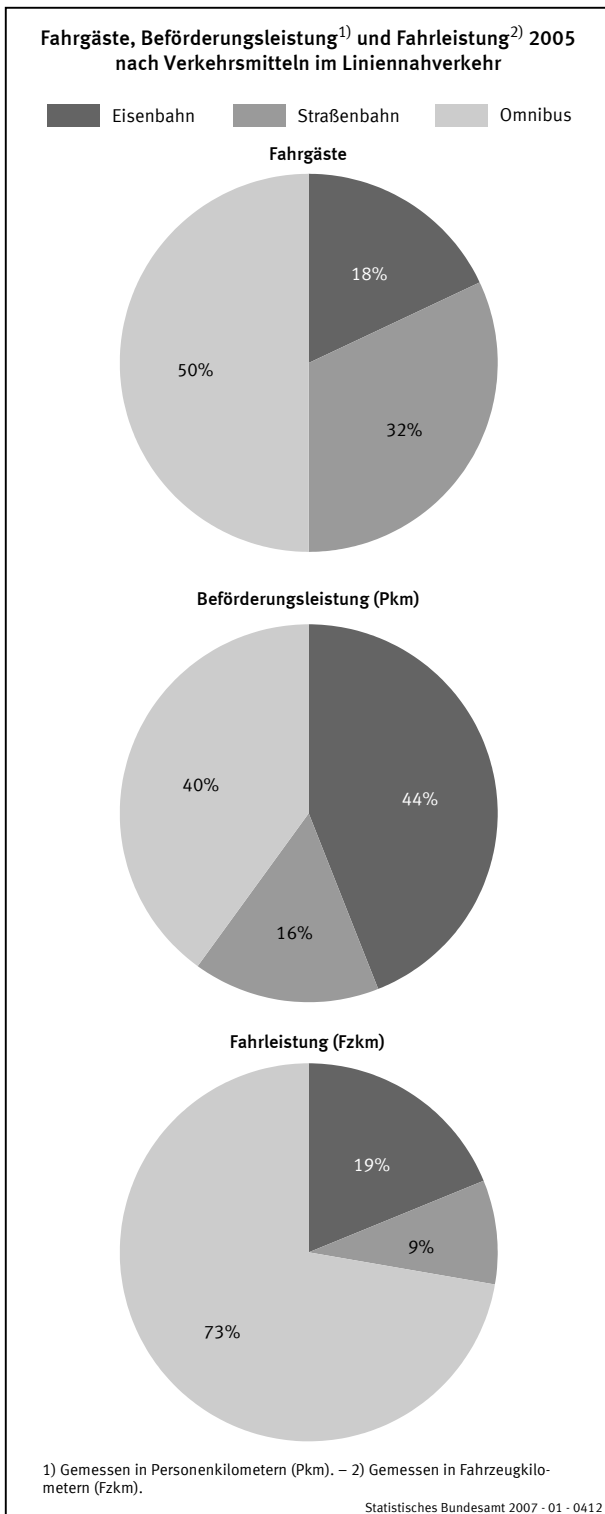
Gegenstand der Nachweisung	Unternehmen ¹⁾	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung	Beförderungseinnahmen
	Anzahl	Mill.	Mill. Pkm ²⁾	Mill. Fzkm ³⁾	Mill. EUR
Liniennahverkehr insgesamt	2749	10392	95995	3464	9722
Verkehrsmittelfahrten ⁴⁾					
mit Eisenbahnen	66	2023	42149	645	.
mit Straßenbahnen	62	3499	15485	297	.
mit Omnibussen	2690	5492	38361	2522	.
dar.: Ausbildungsverkehr	2612	3649	.	.	2664
Eigentumsverhältnisse					
Öffentliche Unternehmen	406	9113	80810	2636	8149
Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	81	574	5457	273	506
Private Unternehmen	2262	705	9728	555	1067
	Veränderung gegenüber 2004 in %				
Liniennahverkehr insgesamt	-3,5	+1,2	+2,7	-2,1	+4,3
Verkehrsmittelfahrten ⁴⁾					
mit Eisenbahnen	-8,3	+2,4	+4,1	+0,2	X
mit Straßenbahnen	-3,1	+2,0	+3,3	+0,7	X
mit Omnibussen	-3,3	-0,5	+0,9	-3,0	X
dar.: Ausbildungsverkehr	-1,8	+4,8	.	.	+4,6
Eigentumsverhältnisse					
Öffentliche Unternehmen	+0,7	+1,3	+2,1	-1,4	+3,5
Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	+8,0	+9,3	+26,9	+5,5	+15,4
Private Unternehmen	-4,6	-5,5	-3,5	-8,5	+5,6

1) Anzahl der Unternehmen nach Verkehrsmitteln: Mehrfachangaben möglich. – 2) Personenkilometer. – 3) Fahrzeugkilometer. – 4) Durch Einbeziehung der Umsteiger (ein Fahrgast benutzt während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens) ist die addierte Fahrgastzahl nach Verkehrsmitteln höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr insgesamt.

5) Benutzt beispielsweise eine Person, um ein Fahrtziel zu erreichen, zunächst einen Bus, danach eine Straßenbahn und zum Schluss einen anderen Bus des gleichen Unternehmens, so wird diese einmal beim Verkehrsmittel Bus und einmal beim Verkehrsmittel Straßenbahn gezählt. Das ergibt zwei Fahrgäste nach dem Verkehrsmittelfahrtkonzept und einen Fahrgast nach dem Unternehmensfahrtkonzept.

6) Die unterschiedlichen Konzepte wirken sich nur bei der Zahl der Fahrgäste aus, bei den Beförderungsleistungen addieren sich die über die verschiedenen Verkehrsmittel summierten Beförderungsleistungen dagegen zu den Beförderungsleistungen des Unternehmens, da die Personenkilometer über die erfasste Fahrtweite die unterschiedlichen Fahrten vergleichbar machen. Denn die zurückgelegten Personenkilometer bleiben in der Summe gleich, gleichgültig ob sie sich auf eine Fahrt mit einem oder mit mehreren Verkehrsmitteln beziehen.

Schaubild 1



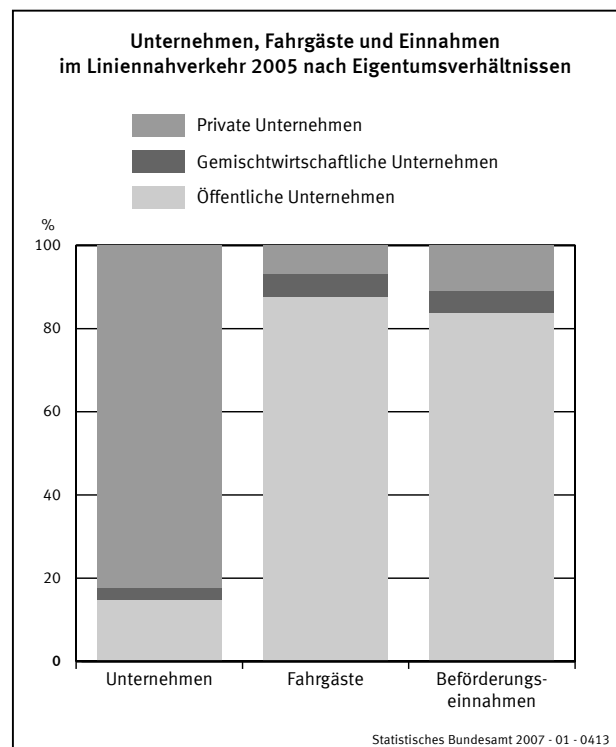
ger als im Jahr 2004. Mit 2,5 Mrd. Buskilometern entfielen knapp drei Viertel der Fahrleistung (73 %) auf Busse, Eisen-

bahnen erbrachten 19% der gesamten Fahrleistung und Straßenbahnen 8,6%.

Betrachtet man nur die größten Unternehmen mit jeweils 100 Mill. und mehr Fahrgästen im Jahr, so handelt es sich um 20 Unternehmen. Von diesen Unternehmen wurde über die Hälfte aller Fahrgäste befördert (Unternehmensfahrtkonzept). Speziell im Eisenbahnbereich sind die fahrgaststärksten Unternehmen auch für die Gesamtergebnisse entscheidend verantwortlich: Sie beförderten 88% der Fahrgäste und erbrachten 86% der Beförderungsleistung im Eisenbahnnahverkehr. Auch im Straßenbahnverkehr bestimmten die größten Unternehmen das Gesamtergebnis. Hier entfielen jeweils rund 75% der Fahrgäste und der Beförderungsleistung auf diese Unternehmen. Am Busverkehr hatten die größten Unternehmen dagegen nur Anteile von 26% (Fahrgäste) bzw. 13% (Beförderungsleistung). Der deutlich geringere Anteil bei der Beförderungsleistung erklärt sich hier dadurch, dass der Busverkehr häufig Zubringerverkehr zu den unternehmenseigenen Straßenbahnen ist und somit nur über relativ kurze Strecken erfolgt. Den Busverkehr dominieren dagegen Unternehmen mit 10 Mill. bis unter 50 Mill. Fahrgästen. Auf diese entfielen 41% der Fahrgäste und 43% der Beförderungsleistung.

Für die im Liniennahverkehr erbrachten Verkehrsleistungen erzielten die Unternehmen direkte Beförderungseinnahmen⁷⁾ von 9,7 Mrd. Euro. Die Zunahme der direkten Beför-

Schaubild 2



7) Hierzu zählen alle Einnahmen (ohne Umsatzsteuer) im Schienen- und Liniennahverkehr und Einnahmen aus dem freigestellten Omnibusverkehr (z. B. freigestellter Schülerverkehr). Grundsätzlich sind dabei alle Zahlungseingänge mit direktem Bezug zur Personenbeförderung einbezogen, unabhängig davon, wer die Zahlungen leistete. Dies sind insbesondere Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen sowie Bestellerentgelte und Abgeltungszahlungen für die Beförderung von Schülerinnen, Schülern, Studierenden und anderen Auszubildenden, Schwerbehinderten und anderen begünstigten Personengruppen.

derungseinnahmen gegenüber dem Vorjahr von 4,3% lag deutlich über der Zunahme der Zahl der Fahrgäste und der Beförderungsleistung. Je Beförderungsfall wurden im Jahr 2005 durchschnittliche Einnahmen von 0,94 Euro, je Personenkilometer von 0,10 Euro erzielt.

Die überwiegende Mehrzahl der im Liniennahverkehr tätigen Unternehmen sind private Unternehmen (82%). Im Hinblick auf die Verkehrsleistungen und die Beförderungseinnahmen kommt dagegen den öffentlichen Unternehmen (15%) die Hauptbedeutung zu: 88% aller Fahrgäste nutzten öffentliche Unternehmen, auf diese entfielen 84% der Einnahmen. Die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen spielen nur eine untergeordnete Rolle (siehe Schaubild 2).

3.1 Ausbildungsverkehr

Der Ausbildungsverkehr hat insgesamt eine große Bedeutung für den Personenverkehr mit Bussen und Bahnen. Er setzt sich aus drei Positionen zusammen, nämlich aus den Fahrten mit speziellen Zeitfahrausweisen im allgemeinen Liniennahverkehr, aus den zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählenden Schülerfahrten sowie aus dem freigestellten Schülerverkehr.⁸⁾

2005 unternahmen Schüler, Schülerinnen, Studierende und Auszubildende 3,6 Mrd. Unternehmensfahrten im Nahverkehr, das war ein Zuwachs von 4,8% gegenüber dem Vorjahr. Mit Zeitfahrausweisen des allgemeinen Linienverkehrs, die ausschließlich für Personen in Ausbildung gelten und die neben den reinen Ausbildungsfahrten – je nach Tarifgestaltung – auch für den Freizeitverkehr eingesetzt werden können, wurden 3,5 Mrd. Fahrten unternommen. Im Jahr 2005 entfielen somit auf diese Fahrausweisart 95% aller Fahrten im Ausbildungsverkehr.

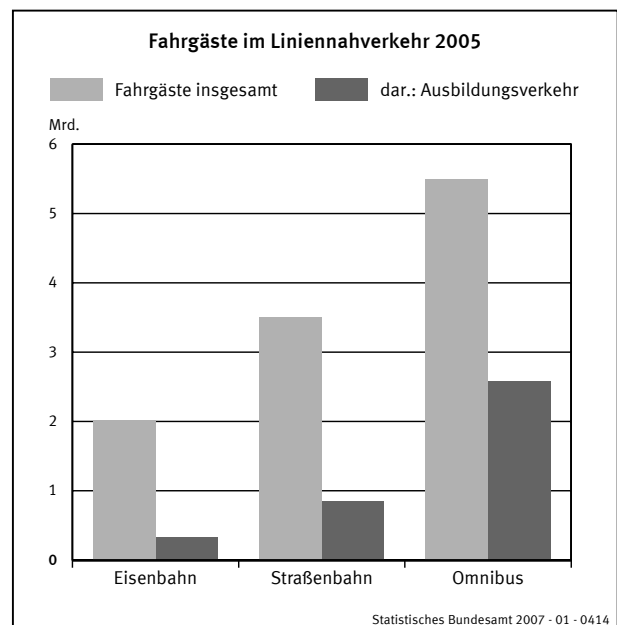
Im freigestellten Schülerverkehr zum und vom Unterricht, für den die Schulträger die Beförderungskosten übernehmen, wurden Schülerinnen und Schüler 163 Mill. Mal befördert, das entspricht einem Anteil am Ausbildungsverkehr von 4,5%. Die speziell angebotenen entgeltlichen Schülerfahrten hatten mit 33 Mill. Fahrten und einem Anteil von 0,9% am gesamten Ausbildungsverkehr nur eine untergeordnete Bedeutung.

Nach Verkehrsmitteln untergliedert wurden die meisten Fahrten zur Schule, Universität oder zur Ausbildung mit Omnibussen durchgeführt. Im Ausbildungsverkehr entfielen 68% der Fahrten auf den Busverkehr, 23% auf den Straßenbahnverkehr und 9% auf den Eisenbahnnahverkehr. Insgesamt beförderten 2 612 Unternehmen (-1,8% gegenüber dem Vorjahr) Fahrgäste im Ausbildungsverkehr, und zwar 1 402 Unternehmen auf Zeitfahrausweisen, 1 843 Unternehmen im freigestellten Schülerverkehr und 317 Unternehmen bei den speziellen Schülerfahrten. Dabei waren Unternehmen auch in mehr als einer dieser Ausbildungsverkehrsarten aktiv. Aus Ausbildungsbeförderungen erwirtschafteten die Unternehmen direkte Beförderungseinnahmen von 2,7 Mrd. Euro (+4,6%). Dies entspricht mehr als einem

Viertel (27%) ihrer gesamten Beförderungseinnahmen. Die durchschnittlichen Einnahmen je Fahrgast im Ausbildungsverkehr lagen bei 0,73 Euro.

Insgesamt entfiel mehr als ein Drittel (35%) aller Unternehmensfahrten im Liniennahverkehr auf den Ausbildungsverkehr. Nach Verkehrsmitteln untergliedert zeigen sich aber große Unterschiede: 2,6 Mrd. von 5,5 Mrd. und damit 47% der Omnibusfahrgäste fuhren im Ausbildungsverkehr, bei Straßenbahnen lag der Anteil des Ausbildungsverkehrs an der Gesamtzahl der Straßenbahnfahrgäste bei 24%. Den niedrigsten Anteil des Ausbildungsverkehrs verbuchten mit 17% die Eisenbahnen: Hier wurden 337 Mill. Schüler, Studierende und andere Auszubildende bei einer Gesamtzahl von 2,0 Mrd. Fahrgästen befördert (siehe Schaubild 3).

Schaubild 3



3.2 Regionale Daten

Für die regionale Zuordnung von Verkehrsleistungen zum Ort der tatsächlichen Leistungserbringung melden die Unternehmen für den Liniennahverkehr die Beförderungsleistung (Pkm) nach dem Land der Leistungserbringung sowie die erbrachten Fahrleistungen (Fahrzeugkilometer – Fzkm) nach Kreisen. Alle fünf Jahre (in den Jahren mit Totalerhebungen, z. B. Berichtsjahr 2004) liegen diese Informationen von allen Unternehmen vor; in den dazwischen liegenden Jahren (z. B. Berichtsjahr 2005) werden zur Entlastung der kleineren Unternehmen nur die größeren Unternehmen mit mindestens 250 000 Fahrgästen im Jahr dazu befragt.

3.2.1 Beförderungsleistungen

Insgesamt erzielten die größeren Unternehmen in Deutschland im Jahr 2005 eine Beförderungsleistung von 93,3 Mrd.

⁸⁾ Nicht enthalten in den Angaben sind die Fahrten von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden, die keine speziellen Fahrausweise des Ausbildungsverkehrs benutzen.

Tabelle 3: Beförderungsleistungen im Liniennahverkehr 2005 nach Verkehrsmitteln und dem Land der Leistungserbringung¹⁾

Land	Ins-gesamt	Davon Beförderungsleistungen im Verkehr mit		
		Eisenbahnen	Straßenbahnen	Omnibussen
Mill. Personenkilometer				
Deutschland	93 262	42 133	15 485	35 644
Baden-Württemberg	11 774	5 460	1 629	4 685
Bayern	15 153	7 848	2 399	4 906
Berlin	7 894	3 824	2 725	1 345
Brandenburg	3 646	2 379	142	1 124
Bremen	722	181	286	255
Hamburg	3 721	1 852	1 001	868
Hessen	6 067	3 566	681	1 820
Mecklenburg-Vorpommern	1 596	693	196	707
Niedersachsen	6 841	2 623	623	3 595
Nordrhein-Westfalen	19 645	7 623	3 325	8 698
Rheinland-Pfalz	3 682	1 535	155	1 992
Saarland	845	224	49	572
Sachsen	4 028	1 160	1 294	1 574
Sachsen-Anhalt	2 421	887	589	945
Schleswig-Holstein	3 281	1 459	54	1 768
Thüringen	1 946	820	336	790
Modal-Split-Anteile in %				
Deutschland	100	45,2	16,6	38,2
Baden-Württemberg	100	46,4	13,8	39,8
Bayern	100	51,8	15,8	32,4
Berlin	100	48,4	34,5	17,0
Brandenburg	100	65,2	3,9	30,8
Bremen	100	25,1	39,6	35,3
Hamburg	100	49,8	26,9	23,3
Hessen	100	58,8	11,2	30,0
Mecklenburg-Vorpommern	100	43,4	12,3	44,3
Niedersachsen	100	38,3	9,1	52,6
Nordrhein-Westfalen	100	38,8	16,9	44,3
Rheinland-Pfalz	100	41,7	4,2	54,1
Saarland	100	26,5	5,8	67,7
Sachsen	100	28,8	32,1	39,1
Sachsen-Anhalt	100	36,6	24,3	39,0
Schleswig-Holstein	100	44,5	1,6	53,9
Thüringen	100	42,1	17,3	40,6

1) Unternehmen, die im Jahr der Totalerhebung (2004) mindestens 250 000 Fahrgäste befördert haben.

Pkm. Dabei wurden die meisten Personenkilometer in den drei bevölkerungsreichsten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zurückgelegt, zusammen kamen sie auf die Hälfte aller Personenkilometer, während in den drei Bundesländern mit den geringsten Einwohnerzahlen (Bremen, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern) diese Leistungsgröße mit zusammen 3,4% am niedrigsten war (siehe Tabelle 3). Bezieht man die geleisteten Personenkilometer auf die Bevölkerungszahl, so legte im Durchschnitt jeder Einwohner Deutschlands im Jahr 2005 etwa 1 130 km im Liniennahverkehr mit größeren Unternehmen zurück.⁹⁾ Besonders intensiv wurde das Nahverkehrsangebot der größeren Unternehmen dabei in den Stadtstaaten Berlin mit rund 2 330 km und Hamburg mit rund 2 130 km je Einwohner genutzt. Die wenigsten Personenkilometer je Einwohner ergaben sich für die Länder Saarland (800), Thüringen (830) und Niedersachsen (860). Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Stadtstaaten auch davon profitieren, dass Pendler aus den umliegenden Bundesländern den Liniennahverkehr innerhalb der Stadtgebiete nutzen.

9) Bezogen auf alle Unternehmen waren es 1 165 km.

In der Untergliederung nach Verkehrsmitteln wurden im Eisenbahnverkehr und im Busverkehr die meisten Personenkilometer ebenfalls in den genannten bevölkerungsreichsten Bundesländern erbracht. Beim Straßenbahnverkehr dagegen liegt Berlin mit seinem gut ausgebauten U-Bahn- und Straßenbahnnetz hinter Nordrhein-Westfalen auf Rang zwei.

Der Modal Split, das heißt die Anteile der einzelnen Verkehrsträger am Gesamtverkehr, der in der Regel anhand der Beförderungsleistungen berechnet wird (da diese das Verkehrsgeschehen am umfassendsten abbilden), zeigt für Deutschland für die größeren Unternehmen insgesamt ähnlich hohe Anteile für den Liniennahverkehr der Eisenbahnen (45%) und der Omnibusse (38%), während mit Straßenbahnen nur 17% der Beförderungsleistung erbracht wurden.

Nach Bundesländern untergliedert ist dagegen die Eisenbahn in Brandenburg (65%) und Hessen (59%) das führende Verkehrsmittel, während in Sachsen (29%), im Saarland (27%) und in Bremen (25%) nur relativ geringe Anteile der Beförderungsleistung von Eisenbahnen erbracht werden. Busverkehre dominieren im Saarland (68%), in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein (jeweils 54%), haben aber in den Stadtstaaten Berlin (17%) und Hamburg (23%) nur relativ geringe Modal Split-Anteile an der in diesen Ländern erbrachten Beförderungsleistung. Hier leisten Busse insbesondere Zubringerdienste zu den gut ausgebauten S- und U-Bahnnetzen, sodass mit Bussen im Vergleich häufig nur geringe Entfernungen zurückgelegt werden. Sehr unterschiedliche Anteile in den einzelnen Bundesländern haben die Straßenbahnen (einschl. Hoch-, U-, Stadt-, Schwebebahnen und ähnlicher Bahnen). Wesentlich höhere Anteile als im Bundesdurchschnitt (17%) entfallen auf Straßenbahnen in Bremen (40%), Berlin (35%) und Sachsen (32%); praktisch unbedeutend ist dieses Verkehrsmittel dagegen in Schleswig-Holstein (1,6%), wo Hamburger Straßenbahnunternehmen das Umland mit bedienen.

3.2.2 Fahrleistungen

Insgesamt wurden in Deutschland von den größeren Unternehmen 3 274 Mill. Zug- und Buskilometer im Liniennahverkehr zur Erbringung der Verkehrsleistungen zurückgelegt. Wie bei den Beförderungsleistungen entfielen die meisten Fahrzeugkilometer auf die bevölkerungsreichsten Bundesländer Nordrhein-Westfalen (20% aller Fahrzeugkilometer), Bayern (14%) und Baden-Württemberg (12%), während für die gemessen an der Bevölkerungszahl kleinsten Bundesländer auch die geringsten Anteile an den insgesamt zurückgelegten Fahrzeugkilometern registriert wurden: In Bremen wurden 0,9% aller Fahrzeugkilometer zurückgelegt, im Saarland 1,4% und in Mecklenburg-Vorpommern 2,4% (siehe Tabelle 4). Auch bezogen auf die einzelnen Verkehrsmittel sind die drei größten Länder bei den Eisenbahnen und den Bussen jeweils führend; lediglich bei den Fahrleistungen der Straßenbahnen belegt Berlin hinter Nordrhein-Westfalen den zweiten Platz, gefolgt von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen.

Tabelle 4: Fahrleistungen im Liniennahverkehr 2005 nach Verkehrsmitteln und dem Land der Leistungserbringung¹⁾

Land	Ins- gesamt	Davon Fahrleistungen im Verkehr mit		
		Eisen- bahnen	Straßen- bahnen	Omnibus- sen
	Mill. Fahrzeug- kilometer	Mill. Zugkilometer	Mill. Bus- kilometer	
Deutschland	3273,6	643,8	294,8	2335,0
Baden-Württemberg	400,1	84,9	30,5	284,7
Bayern	449,2	102,9	30,1	316,2
Berlin	168,9	35,1	41,2	92,6
Brandenburg	123,1	36,5	6,3	80,3
Bremen	29,9	2,5	7,3	20,0
Hamburg	94,0	13,0	10,3	70,7
Hessen	219,2	46,7	20,2	152,3
Mecklenburg-Vorpommern ..	79,6	16,2	4,9	58,5
Niedersachsen	314,2	53,2	15,8	245,2
Nordrhein-Westfalen	652,5	100,7	69,1	482,7
Rheinland-Pfalz	158,5	32,6	3,5	122,4
Saarland	44,7	6,3	1,6	36,8
Sachsen	189,0	34,4	29,7	124,9
Sachsen-Anhalt	120,3	28,1	14,4	77,8
Schleswig-Holstein	115,7	22,6	0,5	92,6
Thüringen	114,8	27,9	9,5	77,3
Modal-Split-Anteile in %				
Deutschland	100	19,7	9,0	71,3
Baden-Württemberg	100	21,2	7,6	71,2
Bayern	100	22,9	6,7	70,4
Berlin	100	20,8	24,4	54,8
Brandenburg	100	29,7	5,1	65,2
Bremen	100	8,4	24,5	67,1
Hamburg	100	13,8	11,0	75,2
Hessen	100	21,3	9,2	69,5
Mecklenburg-Vorpommern ..	100	20,4	6,1	73,5
Niedersachsen	100	16,9	5,0	78,0
Nordrhein-Westfalen	100	15,4	10,6	74,0
Rheinland-Pfalz	100	20,6	2,2	77,2
Saarland	100	14,1	3,6	82,3
Sachsen	100	18,2	15,7	66,1
Sachsen-Anhalt	100	23,4	12,0	64,7
Schleswig-Holstein	100	19,5	0,5	80,0
Thüringen	100	24,3	8,3	67,3

1) Unternehmen, die im Jahr der Totalerhebung (2004) mindestens 250 000 Fahrgäste befördert haben.

Nach Kreisen bzw. kreisfreien Städten wurden die meisten Fahrzeugkilometer (Fzkm) in den nicht weiter administrativ nach Kreisen untergliederten Stadtstaaten Berlin (169 Mill. Fzkm) und Hamburg (94 Mill. Fzkm) erbracht. Danach folgten die Region Hannover (59 Mill. Fzkm), die Stadt München (54 Mill. Fzkm) und die Stadt Köln (43 Mill. Fzkm).

4 Fernverkehr mit Omnibussen

Der Linienfernverkehr mit Omnibussen ist in der Regel Überlandlinienverkehr. Im Unterschied zum Liniennahverkehr zählen zum Linienfernverkehr im Zweifelsfall Verkehre, bei denen in der Mehrzahl der Beförderungsfälle die gesamte Reiseweite 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde übersteigt.

Zum Gelegenheitsfernverkehr zählen Ausflugsfahrten und Mietomnibusverkehre, wenn die Reiseweite 50 km übersteigt, sowie alle Ferientzielreisen.

Ausflugsfahrten sind Fahrten, die der Verkehrsunternehmer nach einem bestimmten, von ihm aufgestellten Plan und zu einem für alle Teilnehmer gleichen und gemeinsam verfolgten Ausflugszweck anbietet und ausführt. Mietomnibusverkehr ist die Beförderung von Personen mit Omnibussen, die im Ganzen angemietet werden und mit denen der Unternehmer Fahrten durchführt, deren Zweck, Ziel und Ablauf der Mieter bestimmt. Unter Ferientzielreisen werden Reisen zu Erholungsaufenthalten verstanden, die der Verkehrsunternehmer zu einem Gesamtgelt für Hin- und Rückfahrt sowie Unterkunft mit oder ohne Verpflegung anbietet und ausführt.

Insgesamt waren im Jahr 2005 im Gelegenheitsfernverkehr mit Omnibussen 4 150 Unternehmen und im Linienfernverkehr mit Omnibussen 109 Unternehmen aktiv. Da 67 Unternehmen in beiden Verkehrsarten Passagiere beförderten, wurden insgesamt 4 192 Unternehmen mit Omnibusfernverkehren registriert (siehe Tabelle 5).

Die Unternehmen beförderten 79,7 Mill. Reisende im Fernverkehr (-0,9% gegenüber 2004), davon 6,3 Mill. Fahrgäste (7,9%) im Linienfernverkehr und 73,4 Mill. Fahrgäste (92%) im Gelegenheitsfernverkehr. Von diesen Fahrgästen des Gelegenheitsfernverkehrs nutzten mit 55,1 Mill. Fahrgästen drei Viertel den Verkehr mit Mietomnibussen, weitere 22% reisten bei Ausflugsfahrten und 3% bei Ferientzielreisen.

Insgesamt wurde im Omnibusfernverkehr eine Beförderungsleistung von 27,3 Mrd. Pkm erbracht (-5,2%), wovon 1,9 Mrd. Pkm (6,8%) im Linienfernverkehr und 25,5 Mrd. Pkm (93%) im Gelegenheitsfernverkehr zu verzeichnen waren. Bei den Fahrleistungen in Buskilometern entfielen Anteile von 8% auf den Linienfernverkehr und von 92% auf den Gelegenheitsfernverkehr. Die durchschnittliche Reiseweite betrug im Linienfernverkehr 294 km, im Gelegenheitsfernverkehr 347 km.

Rund vier Fünftel aller Passagiere (81%) reisten im Jahr 2005 im Inlandsverkehr; Linienfernverkehr und Gelegenheitsfernverkehr unterscheiden sich hier nicht wesentlich. Inlandsverkehr ist der Verkehr, bei dem Start- und Zielpunkt der Reise innerhalb Deutschlands liegen und die Reise ausschließlich in Deutschland verläuft. Lediglich knapp ein Fünftel aller Reisen in beiden Verkehrsarten entfiel auf den grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr, bei dem Start- und/oder Zielpunkt bzw. wichtige Haltepunkte im Ausland liegen.¹⁰⁾ Bei den Beförderungsleistungen dagegen wirken sich die stark unterschiedlichen Reiseweiten in den einzelnen Verkehrsarten und Hauptverkehrsverbindungen aus. Beim Linienfernverkehr entfielen 21% der Beförderungsleistung auf den Inlandsverkehr, 79% auf den grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr. Im Gelegenheitsfernverkehr wurden dagegen rund 70% der Beförderungsleistung im Inlandsverkehr und nur 30% im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr erbracht.

10) Eine Fahrt von Hamburg nach München ist somit dem Inlandsverkehr, eine Fahrt von Hamburg nach Wien oder von Warschau nach Berlin ist dagegen vollständig (also einschl. der im Inland erbrachten Personenkilometer) dem grenzüberschreitenden Verkehr zuzurechnen.

Tabelle 5: Unternehmen und Verkehrsleistungen im Fernverkehr mit Omnibussen 2005

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Insgesamt	Linienfernverkehr	Gelegenheitsfernverkehr
Unternehmen	Anzahl	4 192	109	4 150
Fahrgäste insgesamt	Mill.	80	6	73
nach der Hauptverkehrsbeziehung				
im Inlandsverkehr	Mill.	64	5	59
im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr	Mill.	15	1	14
nach der Verkehrsart				
bei Mietomnibusverkehren	Mill.	55	X	55
bei Ausflugsfahrten (einschl. Städtereisen)	Mill.	16	X	16
bei Ferienzielreisen (Pendel)	Mill.	2	X	2
Beförderungsleistung insgesamt	Mill. Pkm ¹⁾	27 329	1 860	25 469
im Inlandsverkehr	Mill. Pkm ¹⁾	18 179	388	17 791
im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr	Mill. Pkm ¹⁾	9 150	1 471	7 679
Fahrleistung insgesamt	Mill. Bus-km	892	68	824
auf inländischem Gebiet	Mill. Bus-km	612	34	578
auf ausländischem Gebiet	Mill. Bus-km	280	34	246
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
Unternehmen	%	+ 1,0	- 18,7	+ 1,3
Fahrgäste insgesamt	%	- 0,9	- 22,9	+ 1,6
nach der Hauptverkehrsbeziehung				
im Inlandsverkehr	%	- 1,6	- 24,1	+ 1,0
im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr	%	+ 2,2	- 18,0	+ 4,7
nach der Verkehrsart				
bei Mietomnibusverkehren	%	- 0,1	X	- 0,1
bei Ausflugsfahrten (einschl. Städtereisen)	%	+ 9,1	X	+ 9,1
bei Ferienzielreisen (Pendel)	%	- 5,3	X	- 5,3
Beförderungsleistung insgesamt	%	- 5,2	- 19,9	- 3,9
im Inlandsverkehr	%	- 3,2	- 29,1	- 2,4
im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr	%	- 8,8	- 17,0	- 7,0
Fahrleistung insgesamt	%	- 4,1	- 18,6	- 2,7
auf inländischem Gebiet	%	- 4,2	- 14,6	- 3,5
auf ausländischem Gebiet	%	- 4,0	- 22,3	- 0,7

1) Personenkilometer.

Die Fahrleistung betrug im Fernverkehr mit Omnibussen 892 Mill. Buskilometer; mit 612 Mill. km wurden davon rund 69 % auf deutschen und mit 280 Mill. km 31 % auf ausländischen Straßen zurückgelegt.

Der Fernverkehr mit Omnibussen wird von Unternehmen in privatem Eigentum bestimmt. Von den 4 192 Unternehmen sind 4 038 den privaten Unternehmen (96 %) zuzuordnen, lediglich 120 sind in öffentlicher Hand und 34 zählen zu den gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. Im Gegensatz zum Liniennahverkehr, bei dem zwar auch die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen (84 %) zu den privaten Unternehmen gehört, die Verkehrsleistungen aber vor allem von den großen öffentlichen Unternehmen erbracht werden (siehe Schaubild 2), entfallen im Fernverkehr auch die Verkehrsleistungen hauptsächlich auf private Unternehmen.

Private Unternehmen beförderten 82 % der Fahrgäste im Fernverkehr mit Omnibussen und erbrachten jeweils rund 95 % der Beförderungsleistung und der Fahrzeugkilometer. Vor allem die Verkehre mit dem Ausland sind eine Domäne der privaten Unternehmen: 98 % der Fahrgäste und der Beförderungsleistung im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr entfielen auf private Unternehmen.

Omnibusfernverkehr wird überwiegend von kleineren Unternehmen durchgeführt: 86 % der Unternehmen beförderten im Jahr 2005 weniger als 250 000 Fahrgäste. Während im

Liniennahverkehr aber wenige Großunternehmen die Verkehrsleistungen dominieren, entfielen im Fernverkehr auch 70 % der Beförderungsleistung und 73 % der Fahrleistung im Fernverkehr mit Omnibussen auf die kleineren Unternehmen.

5 Fernverkehr mit Eisenbahnen

Die Eisenbahnunternehmen beförderten im Jahr 2005 insgesamt 118,9 Mill. Reisende im Fernverkehr, 2,9 % mehr als im Jahr 2004. Diese legten dabei 33,7 Mrd. Personenkilometer (+ 4,0 %) zurück. Die Eisenbahnen erzielten eine Fahrleistung von 150,7 Mill. Zugkilometern und ein Beförderungsangebot von 77,9 Mrd. Platzkilometern im Fernverkehr.

Von den Fahrgästen reisten 109,6 Mill. Personen und damit 92 % zwischen deutschen Bahnhöfen, die übrigen 9,1 Mill. Personen (8 %) dagegen grenzüberschreitend. Hauptreise-länder waren die Schweiz mit 2,9 Mill. und Österreich mit 1,8 Mill. Ein- und Aussteigern. Von den Beförderungsleistungen auf deutschem Boden wurden 90 % im Inlandsverkehr sowie 10 % im grenzüberschreitenden Verkehr und im Transitverkehr erbracht. Die mittlere Reiseweite betrug 284 km. Bei einem Vergleich mit der mittleren Reiseweite im Omnibusverkehr ist zu beachten, dass im Eisenbahnfernverkehr die Entfernungen nur bis zur Grenze Deutschlands gemessen werden können, während im Reiseverkehr mit Omnibussen die gesamten Beförderungsleistungen im In- und Ausland in die Auswertung eingehen.

6 Gelegenheitsverkehr

In Deutschland gab es im Jahr 2005 insgesamt 4 636 Unternehmen (0,5 % mehr als im Vorjahr), die im Gelegenheitsverkehr – der nur mit Omnibussen durchgeführt wird – Personen beförderten. Davon waren – gegebenenfalls neben zusätzlichen Tätigkeiten im Linienverkehr – im Gelegenheitsverkehr 487 Unternehmen ausschließlich im Nahsektor¹¹⁾ und 2 909 Unternehmen ausschließlich im Fernbereich aktiv; 1 240 Unternehmen beförderten im Gelegenheitsverkehr Fahrgäste sowohl im Nah- als auch im Fernverkehr.

Durchschnittlich nutzte jeder der rund 82,4 Mill. Einwohner Deutschlands im Jahr 2005 den Gelegenheitsverkehr 1,2-mal. Insgesamt wurden im Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen 98,4 Mill. Passagiere befördert (+0,3 % gegenüber dem Vorjahr), davon 25,0 Mill. im Gelegenheitsnahverkehr (–3,5 %) und 73,4 Mill. im Gelegenheitsfernverkehr (+1,6 %). Dabei wurde eine Beförderungsleistung von 26,8 Mrd. Pkm (–2,5 %) erbracht, bei Fahrleistungen der Busse von 881 Mill. Fahrzeugkilometern (–3,9 %).

7 Eckdaten für den Linienverkehr 2006

Im Rahmen der Quartalsstatistik liegen von den rund 940 größeren Unternehmen, die im Jahr der Totalerhebung (2004) mindestens 250 000 Fahrgäste befördert haben, bereits vorläufige Ergebnisse zu den Fahrgästen und zu den Beförderungsleistungen im Liniennahverkehr und im Linienfernverkehr mit Omnibussen für das Berichtsjahr 2006 vor. Angaben zum Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen werden von den Unternehmen dagegen nur in der Jahresstatistik, jedoch nicht unterjährlich erhoben.

Im Jahr 2006 entwickelte sich der Liniennahverkehr der größeren Unternehmen positiv. Ursachen hierfür waren unter anderem der strenge Winter, der die Fahrgastzahlen im ersten Vierteljahr 2006 steigen ließ, sowie die Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer. Insgesamt wurden bei Unternehmensfahrten im Liniennahverkehr 10,2 Mrd. Personen befördert, 1,8 % mehr als im Jahr 2005. Vor allem die schienegebundenen Verkehrsmittel wurden im Jahr 2006 im Liniennahverkehr häufiger zu Fahrten genutzt als im Jahr 2005. So wuchsen die Fahrgastzahlen bei den Eisenbahnen (einschl. S-Bahnen) um 4,0 % auf 2,1 Mrd. Fahrgäste und bei den Straßenbahnen (einschl. Stadtbahnen, U-Bahnen, Schwebbahnen) um 1,8 % auf 3,5 Mrd. Fahrgäste. Im Liniennahverkehr mit Bussen stieg die Fahrgastzahl ebenfalls an (auf 5,3 Mrd. Fahrgäste), der Zuwachs fiel mit 0,8 % jedoch geringer aus als im Schienennahverkehr.¹²⁾

Die Beförderungsleistung im Liniennahverkehr stieg im Jahr 2006 um 3,2 % auf 94,5 Mrd. Personenkilometer. Aufgrund der höheren Fahrtweiten wurden die meisten davon mit Eisenbahnen zurückgelegt, nämlich 43,3 Mrd. Pkm

(+5,0 %). Geringere Zuwächse verzeichneten der Omnibusverkehr (+2,0 % auf 35,7 Mrd. Pkm) und der Straßenbahnverkehr (+1,5 % auf 15,5 Mrd. Pkm).

Zurück gingen die Fahrgastzahlen im Jahr 2006 im Linienfernverkehr mit Omnibussen. Dieser verzeichnete 4,7 Mill. Reisende (–12 %) bei einer Beförderungsleistung von 1,2 Mrd. Pkm (–20 %). Zu diesen Rückgängen dürfte auch die zunehmende Konkurrenz durch die sogenannten Low Cost Carrier im Luftverkehr beigetragen haben.

Dagegen war auch im Fernverkehr die Schiene der Wachstumsträger. Fernreisende benutzten 120 Mill. Mal die Eisenbahn, das waren 0,9 % mehr Fahrten als im Jahr 2005. Die Beförderungsleistung wuchs hier um 2,3 % auf 34,5 Mrd. Pkm. [u](#)

11) Zum Gelegenheitsnahverkehr mit Omnibussen zählen Stadtrundfahrten, Ausflugsfahrten und Mietomnibusverkehre gemäß §§ 48 und 49 Personenbeförderungsgesetz, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle die Reiseweite 50 km nicht übersteigt.

12) Zu den Unterschieden zwischen dem Unternehmensfahrtkonzept und dem Verkehrsmittelfahrtkonzept siehe Kapitel 2.

Dr. Margot Münnich

Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärs Haushalten

Untersuchungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Die folgenden Untersuchungen basieren auf den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003. Um Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, wurden ausgewählte Daten der EVS 1998 mit betrachtet.

Im Jahr 2003 gab es in Deutschland rund 38,1 Mill. Haushalte¹⁾. Mehr als ein Drittel davon, nämlich 12,8 Mill.²⁾ waren Haushalte von Pensionären und Rentnern. Zu diesen sozialen Gruppen zählen in der EVS Haushalte dann, wenn der größte Anteil des Einkommens auf Pensionen infolge eigener früherer Tätigkeit des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin als Beamter/Beamtin beruht bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung herrührt, die als Anspruch des/der abhängig Beschäftigten während des Erwerbslebens erworben wurden.

Pensionäre und Rentner wohnen überwiegend allein oder zu zweit. Fast 6,3 Mill. leben in Einpersonen- und gut 11,7 Mill. in nahezu 5,9 Mill. Zweipersonenhaushalten (siehe die Tabellen 1 und 9). Wegen der starken Konzentration der Rentner- und Pensionärshaushalte auf diese beiden Haushaltsgrößen wird im Folgenden lediglich für die Ein- und Zweipersonenhaushalte untersucht, wie hoch die Einkommen sind, wie sich diese zusammensetzen und wofür Pensionäre und Rentner ihr Geld ausgeben. In einem gesonderten Aufsatz in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift sollen dann die Vermögensverhältnisse dieser beiden Haushaltsgruppen betrachtet werden.

Einkommen von Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten

Das Haushaltsnettoeinkommen der mehr als 5,8 Mill. Einpersonenrentnerhaushalte in Deutschland betrug 2003 durchschnittlich 1 476 Euro monatlich. Verglichen mit 1998 waren das rund 125 Euro mehr (siehe Tabelle 1). Der relative Zuwachs belief sich auf 9,3%, das war nur noch gut die Hälfte der in der Vorperiode (1993 bis 1998) erzielten Progression.³⁾ Die Einkommenszuwächse flachten im Zeitverlauf 1998 bis 2003 beträchtlich ab. Allerdings konnten Einpersonenrentnerhaushalte insgesamt noch einen geringfügigen Realeinkommenszuwachs verbuchen, da die Verbraucherpreise im selben Zeitraum mit +6,6% vergleichsweise moderater gestiegen sind.

Im Jahr 2003 hatten Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet ein Nettoeinkommen von durchschnittlich 1 548 Euro. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreichten sie mit 1 198 Euro gut 77% davon. Innerhalb der letzten fünf Jahre näherten sich die Einkommen zwischen West und Ost leicht an. Der Einkommensvorsprung westdeutscher Einpersonenrentnerhaushalte betrug 2003 aber immer noch 350 Euro.

Die wichtigsten Einkommensquellen für Rentnerinnen und Rentner sind öffentliche und nichtöffentliche Transferzahlungen. Zu den öffentlichen Transferzahlungen zählen ver-

1) Siehe Kott, K.: „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“ in WiSta 12/2005, S. 1309 ff.

2) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Heft 4 „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“, S. 28 ff.

3) Siehe Münnich, M.: „Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten“ in WiSta 7/2001, S. 546 ff.

Tabelle 1: Budgets der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1998			2003		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Einpersonenrentnerhaushalte						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	4 429	3 262	1 167	4 259	3 339	920
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	5 345	4 171	1 168	5 839	4 641	1 199
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	24	26	11	32	37	12
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	218	263	58	220	258	73
darunter:						
aus Vermietung und Verpachtung	44	55	(8)	45	54	(7)
Mietwert der Eigentümerwohnung	128	155	34	127	150	40
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 196	1 231	1 071	1 324	1 355	1 203
darunter:						
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ..	719	687	829	833	796	978
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	222	235	182	209	222	160
Bruttorenten aus Zusatzversicherungen und berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen ..	92	118	/	102	128	(5)
Werks- und Betriebsrenten	34	42	/	41	52	/
Wohngeld	6	5	/	6	6	7
Haushaltsbruttoeinkommen	1 438	1 521	1 140	1 576	1 650	1 289
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	9	11	/	8	9	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	78	78	80	93	93	91
Haushaltsnettoeinkommen	1 350	1 432	1 060	1 476	1 548	1 198
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	14	15	9	18	21	9
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 365	1 447	1 069	1 494	1 569	1 206
Private Konsumausgaben	1 186	1 247	964	1 270	1 325	1 058
Übrige Ausgaben ³⁾	134	148	71	139	161	56
dar.: Versicherungsbeiträge	40	46	19	48	55	24
Ersparnis	43	52	34	85	83	92
Zweipersonenrentnerhaushalte						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 408	5 156	2 252	6 704	5 008	1 696
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 448	3 398	1 042	4 983	3 774	1 209
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	90	100	64	113	126	73
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	474	565	177	504	591	231
darunter:						
aus Vermietung und Verpachtung	80	102	13	102	129	15
Mietwert der Eigentümerwohnung	308	366	118	311	362	153
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 824	1 832	1 789	2 085	2 078	2 108
darunter:						
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ..	1 426	1 366	1 625	1 625	1 531	1 919
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	17	19	(12)	17	15	(20)
Bruttorenten aus Zusatzversicherungen und berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen ..	66	86	/	120	157	(6)
Werks- und Betriebsrenten	105	136	2	127	167	(4)
Wohngeld	2	2	/	(2)	(2)	/
Haushaltsbruttoeinkommen	2 388	2 498	2 029	2 702	2 795	2 411
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	14	17	2	16	20	(2)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	122	119	133	156	154	164
Haushaltsnettoeinkommen	2 253	2 361	1 894	2 530	2 621	2 246
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	46	48	36	41	48	21
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 299	2 409	1 930	2 571	2 669	2 267
Private Konsumausgaben	1 986	2 079	1 683	2 202	2 284	1 947
Übrige Ausgaben ³⁾	227	250	126	237	256	178
dar.: Versicherungsbeiträge	81	91	50	94	102	67
Ersparnis	86	80	120	132	129	142

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung vermindert um Unterhaltskosten für selbst genutzte Immobilien. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

schiedene Rentenarten wie die Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung, Bruttorenten der gesetzlichen Unfallversicherung sowie landwirtschaftlicher Alterskassen und berufsständischer Versorgungswerke, Bruttopen-sionen, Bezüge aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, Wohn- und Pflegegeld und die Sozialhilfe. Die nichtöffentlichen Transferzahlungen umfassen Werks- und

Betriebsrenten, Leistungen privater Versicherungen sowie Unterstützungen, die Privatpersonen erbrachten.

Einpersonenrentnerhaushalte leben fast ausschließlich von Transferleistungen. Die entscheidende Säule für die Alters-einkommen sind die Renten der gesetzlichen Rentenversi-cherung. Jegliche Änderung im Leistungsniveau der gesetz-

lichen Rentenversicherung beeinflusst demzufolge unmittelbar den individuellen Lebensstandard von Rentnerinnen und Rentnern in Deutschland. Die Bruttorenten aus eigenem Anspruch und für Hinterbliebene betragen 2003 im Schnitt 1 042 Euro (1998: 941 Euro). Gegenüber 1998 nahmen sie um 10,7% zu. Das Wachstum wäre höher ausgefallen, wenn sich die Hinterbliebenenrenten nicht von durchschnittlich 222 Euro im Jahr 1998 auf 209 Euro im Jahr 2003 verringert hätten.⁴⁾

Zweipersonenrentnerhaushalte erhielten eine durchschnittliche Bruttorente der gesetzlichen Rentenversicherung von 1 642 Euro, das waren 13,8% mehr als 1998. Auch für diese Haushalte waren Renten der gesetzlichen Rentenversicherung die dominierende Einkommensart. Ihr Anteil am Bruttoeinkommen betrug im Jahr 2003 60,8%, nach 60,4% im Jahr 1998. Dieser Trend war auch bei den Einpersonentrentnerhaushalten zu beobachten. Hier machten die Bruttorenten anteilig 66,1% am Bruttoeinkommen im Jahr 2003 und 65,4% im Jahr 1998 aus.

für die überwiegende Zahl der Rentnerhaushalte hinsichtlich der zweiten und dritten Säule nur partiell verwirklicht. Lediglich 9,1% des Bruttoeinkommens rührten 2003 bei den Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten aus Werks- und Betriebsrenten sowie aus Zusatzversorgungen des öffentlichen Dienstes und weiteren Rentenarten, wie landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen oder berufsständischen Versorgungswerken (im Folgenden als übrige Renten bezeichnet) her. Von den befragten Einpersonentrentnerhaushalten gab nur rund jeder sechste an, Werks- und Betriebsrenten zu erhalten, bei den Zweipersonenhaushalten war es immerhin gut jeder dritte.⁵⁾

14% der Bruttoeinkommen resultierten im Jahr 2003 bei den Einpersonentrentnerhaushalten in Deutschland aus Vermögen. Mit durchschnittlich 220 Euro blieben die Einnahmen aus Vermögen 2003 verglichen mit 1998 (218 Euro) in der Höhe nahezu unverändert. Aus den Einzeldaten der EVS geht hervor, dass fast die Hälfte der Einpersonentrentnerhaushalte nicht auf diese Einnahmequelle zurückgreifen konnte.

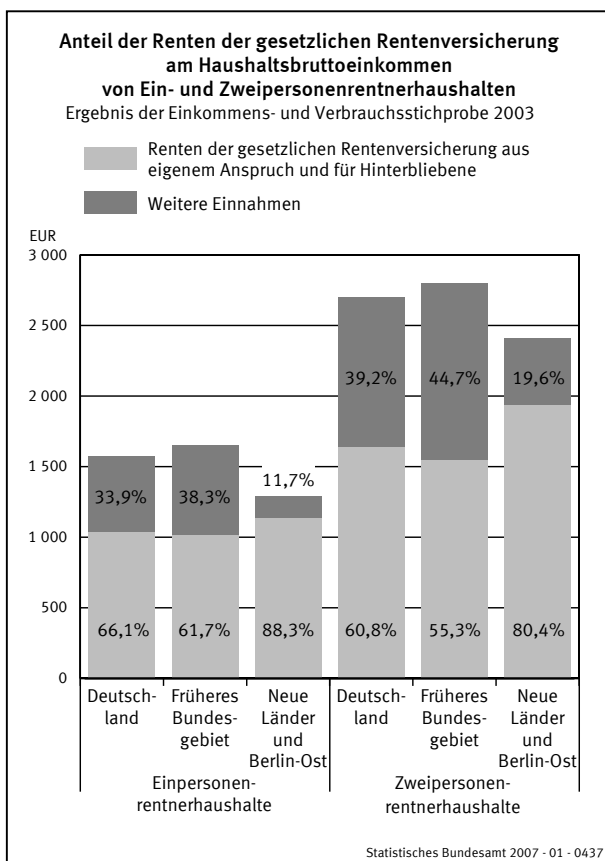
In den fünf Jahren zwischen 1998 und 2003 entwickelte sich der Anteil der Einnahmen aus Vermögen am Bruttoeinkommen sowohl bei Einpersonentrentnerhaushalten als auch bei Zweipersonentrentnerhaushalten rückläufig (von 15,2 auf 14,0% bzw. von 19,8 auf 18,7%).

Im Jahr 2003 konnten die Zweipersonentrentnerhaushalte ihre Budgets im Schnitt um 504 Euro (im früheren Bundesgebiet um 591 Euro) durch Einnahmen aus Vermögen aufbessern. Unter den befragten Haushalten befanden sich rund 20%, die wegen fehlender Geld- und/oder Immobilienanlagen keine Einnahmen hatten. Dies verwundert nicht, da die Privatvermögen in Deutschland sehr ungleichmäßig verteilt sind. „Die unteren 50 Prozent der Haushalte verfügen über etwas weniger als 4 Prozent des gesamten Nettovermögens... Auf das oberste Zehntel entfallen allein knapp 47 Prozent des gesamten Nettovermögens.“⁶⁾

Die den Rentnerhaushalten im Jahr 2003 zugeflossenen finanziellen Unterstützungen durch andere private Haushalte betragen durchschnittlich 68 Euro je Haushalt und Monat. Da jeder fünfte Einpersonenhaushalt derartige finanzielle Zuwendungen erhielt, waren das für die Betroffenen immerhin Durchschnittsbeträge von fast 335 Euro. Auch 15,3% der Zweipersonentrentnerhaushalte erhielten derartige Zuschüsse.

Nach wie vor unterscheiden sich die Alterseinkünfte der Einpersonentrentnerhaushalte zwischen West und Ost nicht nur in ihrer Höhe, sondern auch erheblich in ihrer Zusammensetzung. Nur zehn aller befragten Haushalte dieses Typs in den neuen Ländern und Berlin-Ost bezogen Werks- bzw. Betriebsrenten. Diese Einnahmen waren auch 2003 statistisch nicht signifikant. Im früheren Bundesgebiet betragen die Einnahmen aus Werks- bzw. Betriebsrenten im Schnitt

Schaubild 1



Das „Drei-Säulen-Modell“ der Altersvorsorge – bestehend aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und zusätzlich der eigenen privaten Vorsorge – ist bislang

4) Ob diese Entwicklung auf einem höheren Anteil allein lebender Rentner beruht, soll bei den geschlechtsspezifischen Betrachtungen untersucht werden. Im Jahr 1998 lebten in gut 81% der Einpersonentrentnerhaushalte Frauen und in fast 19% Männer; 2003 lag der Frauenanteil bei 79,5%, der der Männer bei 20,5%.
 5) Nach Angaben von Infratest Sozialforschung „verfügt Ende März 2003 ca. 57% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Privatwirtschaft über eine betriebliche Altersversorgung, gegenüber 29% im April 2001“. Damit hätten künftig „über 10,3 Mill. Arbeitnehmer“ Anspruch auf eine Werks- oder Betriebsrente. „Hinzu kommen ca. 4,9 Mill. Beschäftigte im öffentlichen Dienst.“ Siehe VDR (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger) Info: „Teure Umwandlung“, Ausgabe 1, Februar 2004, S. 7.
 6) Deutscher Bundestag (Hrsg.): „Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht“, BT-Drucksache 15/5015, S. 55.

52 Euro. Allerdings kam diese Einkommensart lediglich bei 22,3 % der Einpersonenrentnerhaushalte vor. Die Zahlbeträge der übrigen Renten und Pensionen beliefen sich im Westen 2003 auf durchschnittlich 128 Euro. Eine Zusatzrente des öffentlichen Dienstes aus eigenem Anspruch erhielt fast jeder vierte befragte Einpersonenrentnerhaushalt im früheren Bundesgebiet. Die Betroffenen erzielten daraus Einnahmen von durchschnittlich rund 250 Euro monatlich. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war nur jeder vierundzwanzigste Haushalt mit rund 73 Euro begünstigt (zu den Gründen siehe weiter unten). Weit auseinander fielen zwischen West und Ost auch die Einnahmen aus Vermögen. Während westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte im Schnitt 258 Euro aus dieser Einkommensart erhielten, waren es bei entsprechenden Haushalten im Osten 73 Euro. Da im früheren Bundesgebiet fast 45 % der Einpersonenrentnerhaushalte 2003 keine Einnahmen aus Vermögen hatten, konnten Haushalte mit finanziellen Rücklagen und Immobilienvermögen ihre Einkommen im Schnitt monatlich um 466 Euro aufbessern, für die neuen Länder und Berlin-Ost lauteten die entsprechenden Werte 57,5 % bzw. 172 Euro. Wie Schaubild 1 zeigt, besteht bei der jetzigen Rentnergeneration im Osten das Haushaltsbruttoeinkommen zu vier Fünfteln aus der lohn- und beitragsbezogenen Rente aus eigener ehemaliger Erwerbstätigkeit bzw. der daraus abgeleiteten Hinterbliebenenrente. Im Jahr 2003 erhielten Einpersonenrentnerhaushalte im Osten im Schnitt eine Bruttorente der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch von monatlich 978 Euro (1998: 829 Euro). Im Westen fielen diese Beträge deutlich geringer aus, sie betrugen 796 Euro (1998: 687 Euro). Die Unterschiede scheinen unplausibel, denn die aktuellen Rentenwerte, die der Gesetzgeber festlegt, zeichnen ein diametrales Bild.

Aktueller Rentenwert in EUR

	West	Ost
1. Juli 1998	24,36	20,90
1. Juli 2003	26,13	22,97

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger: "Rentenversicherung in Zeitreihen", Ausgabe 2006, S. 6 176.

Obgleich für einen Entgeltpunkt an Rentnerinnen und Rentner aus dem Osten 3,16 Euro weniger gezahlt werden, sind die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung⁷⁾ im Osten höher als im Westen. Maßgeblich dafür sind folgende Tatbestände:

- Rund 88 % der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung der ehemaligen DDR standen im Beruf oder bereiteten sich auf eine Berufstätigkeit vor. Mütter mit Kindern konnten nach Ablauf des sogenannten Wochenurlaubs und einer bezahlten Freistellung zur Betreuung ihres Kindes bis zu dessen zwölften Lebensmonat (ab dem dritten Kind bis zum achtzehnten Lebensmonat) infolge des flächendeckenden Angebots an Kinderkrippen und Kindergärten wieder ganztägig oder Teilzeit arbeiten. Die

hohe Erwerbsquote begründete für viel mehr Frauen in der ehemaligen DDR als im früheren Bundesgebiet einen eigenen Rentenanspruch.

- In der ehemaligen DDR hatten Männer und Frauen keine durch Arbeitslosigkeit unterbrochenen Erwerbsbiographien. Das spiegelt sich bei der jetzigen Rentnergeneration in der Zahl der Versicherungsjahre wider. Laut Angaben des Verbandes der Rentenversicherer hatten Bezieher von Renten wegen Alters oder verminderter Erwerbstätigkeit aus dem Osten am 31. Dezember 2003 im Schnitt 45,17 Versicherungsjahre aufzuweisen, bei Rentenbeziehern im Westen waren es 40,09 Jahre. Bei Frauen waren die Abstände weitaus stärker ausgeprägt. Rentnerinnen aus dem Osten konnten 2003 auf 36,49 Versicherungsjahre zurückblicken, Rentnerinnen aus dem Westen auf 26,20 Jahre.⁸⁾
- Die Berufsgruppenstruktur bei den Bestandsrentnern unterscheidet sich auch 13 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch stark voneinander. Da es in der ehemaligen DDR kein Berufsbeamtentum gab, zählten u. a. Akademiker/-innen, Lehrer/-innen, Mitarbeiter/-innen in Ministerien und Kommunen zu den Arbeitern und Angestellten. Beiträge zur Rentenversicherung wurden über den Arbeitgeber in die dem Deutschen Gewerkschaftsbund unterstehende Sozialversicherung als Abzug vom Bruttogehalt abgeführt. Der vorgenannte Personenkreis zahlte in der Regel noch Beiträge zur freiwilligen zusätzlichen Altersversorgung – abhängig von der Gehaltshöhe – in Sondersversorgungssysteme ein. Die inzwischen aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen erhalten seit der deutschen Vereinigung ausschließlich Renten der gesetzlichen Rentenversicherung. Da die Einkommen dieses Personenkreises über dem Durchschnitt lagen, ergeben sich höhere Rentenzahlbeträge. Die zusätzlichen Zahlungen in die Zusatz- und Sondersversorgungssysteme wurden ab Oktober 1990 nicht mehr vollständig, sondern lediglich bis zur Höhe der in der gesetzlichen Rentenversicherung festgelegten Beitragsbemessungsgrenze rentenwirksam.⁹⁾ Unter den Bestandsrentnern Ost befinden sich darüber hinaus Vertreter jener Berufsgruppen, die im früheren Bundesgebiet Leistungen aus berufsständischen Sondersversorgungungen empfangen. Die Auswirkungen dieser im Rentenbestand vertretenen Berufsgruppen spiegeln sich in gewissem Umfang in den in der vorgenannten Statistik des Verbandes der Rentenversicherer dargestellten Entgeltpunkten je Versicherungsjahr wider. Frauen in den neuen Ländern und dem Ostteil Berlins erreichten 0,8233 Entgeltpunkte je Versicherungsjahr, Frauen aus dem früheren Bundesgebiet 0,7721. Die Werte für die Männer waren in der Höhe nahezu gleich (Wohnort West: 1,0665; Wohnort Ost: 1,06552).

Im Gegensatz zu den Renten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenen Ansprüchen waren die für Hinterbliebene gezahlten Beträge bei den Einpersonenrentner-

7) Die Bruttorente der gesetzlichen Rentenversicherung ist das Produkt der aus dem Versicherungsverlauf ermittelten persönlichen Entgeltpunkte multipliziert mit dem aktuellen Rentenwert. Bei früherem Rentenbeginn oder bei Rente wegen Erwerbsminderung sind weitere Faktoren zu berücksichtigen. Der Rentenwert wurde seit 2003 nicht mehr erhöht.

8) Deutsche Rentenversicherung Bund: „Rentenversicherung in Zeitreihen“, Oktober 2006, Bd. 22, S. 176 ff.

9) Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund „Rentenversicherung in Zeitreihen“, Oktober 2006, Bd. 22, S. 107, bezogen 2003 fast 300 000 Rentnerinnen und Rentner „Leistungen aus der ehemaligen Sondersversorgung“. Die durchschnittlichen Zahlbeträge von 371 Euro brutto sind für die Betroffenen Teil der gesetzlichen Rentenversicherung.

haushalten im früheren Bundesgebiet höher als die, die Haushalte im Osten erhielten. Im Zeitverlauf 1998 bis 2003 verringerten sich sowohl in West als auch in Ost die Hinterbliebenenrenten. Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet verbuchten 2003 im Schnitt 222 Euro aus dieser Einkommensart (1998: 235 Euro), in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 160 Euro (1998: 182 Euro).

Das Nettoeinkommen der Zweipersonenrentnerhaushalte in Deutschland betrug im Jahr 2003 durchschnittlich 2 530 Euro je Monat, das waren 12,3% bzw. 277 Euro mehr als 1998. Die Einkommensabstände zwischen West und Ost verringerten sich von 467 Euro (1998) auf 375 Euro im Jahr 2003. Westdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte hatten – wie Tabelle 1 zeigt – noch deutlich höhere Einnahmen aus Vermögen (591 Euro), aus Werks- und Betriebsrenten (167 Euro) sowie bei den übrigen Renten und Pensionen (157 Euro) als ostdeutsche. Deren durchschnittliche Einnahmen aus Vermögen beliefen sich auf 231 Euro. Unbedeutend waren die Einnahmen aus Werks- und Betriebsrenten (4 Euro) und aus allen übrigen Rentenarten und Pensionen. Dagegen hatten Zweipersonenrentnerhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Jahr 2003 höhere Renten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch (im Durchschnitt betrug diese je Monat 1 919 Euro) als Haushalte im früheren Bundesgebiet (1 531 Euro). Frauen der jetzigen Rentnergeneration im Westen waren – wie oben ausgeführt – oftmals gar nicht erwerbstätig oder arbeiteten häufiger Teilzeit als Frauen im Osten. Dadurch haben diese Frauen in der Regel niedrige rentenrechtlich relevante Zeiten¹⁰⁾, ihr Beitrag zum Familieneinkommen ist im Allgemeinen kleiner als der des Partners. Aus den Einzeldaten der EVS wurde ermittelt, dass die Bruttorente der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch der in den Zweipersonenrentnerhaushalten lebenden Frauen – soweit sie nicht selbst Haupteinkommensbezieherinnen waren – im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 265 Euro je Monat betrug, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 575 Euro. Für die jeweils Betroffenen lagen die Beträge im Schnitt etwas höher, nämlich bei 286 Euro im Westen und bei 653 Euro im Osten.

Die Pflichtbeiträge, die Rentnerinnen und Rentner zur Sozialversicherung zu leisten hatten, erhöhten sich zwischen 1998 und 2003 beträchtlich. Zweipersonenrentnerhaushalten in Deutschland wurden im Durchschnitt monatlich 156 Euro (1998: 122 Euro) von der Bruttorente abgezogen, das waren fast 28% mehr als 1998. Die Abzüge der Einpersonenrentnerhaushalte beliefen sich auf 93 Euro (1998: 78 Euro), das entsprach einer Steigerung um 19,2% gegenüber 1998.¹¹⁾

Nach wie vor Einkommensunterschiede zwischen allein lebenden Rentnerinnen und Rentnern

Allein lebende Rentnerinnen in Deutschland hatten ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1 435 Euro je Monat im Jahr 2003 (siehe Tabelle 2), das waren 130 Euro mehr als 1998 bzw. eine Steigerung um 10% für den betrachteten Zeitraum. Allein lebenden Rentnern in Deutschland standen mit 1 633 Euro im Schnitt fast 200 Euro mehr zur Verfügung als den Rentnerinnen. Allerdings wuchs das Haushaltsnettoeinkommen verglichen mit 1998 absolut (85 Euro) und relativ (5,5%) langsamer als bei den Rentnerinnen. Angelpunkt der Einkommensdisparitäten ist die unterschiedliche Höhe der Bruttorenten aus eigener früherer Erwerbstätigkeit. Diese betragen im Schnitt 1 070 Euro bei den Männern und 772 Euro bei den Frauen. Wie bereits ausgeführt, rühren die Unterschiede aus der Dauer der Erwerbstätigkeit her. Hinzu kommt, dass Rentnerinnen in der Zeit ihrer Berufstätigkeit oft in Branchen (z. B. Friseurhandwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe, Gebäudereinigungshandwerk, Floristik oder im Garten- und Landschaftsbau) mit tariflichen Niedriglöhnen gearbeitet haben. Sie haben auch seltener mittlere bzw. gehobene Leitungspositionen eingenommen. Spitzenpositionen in größeren Unternehmen befanden und befinden sich auch heute noch überwiegend in der Hand von Männern. Im Lebenszyklus werden in der Regel Niedrigeinkommensbezieherinnen zu Kleinrentenbezieherinnen. Verwitwete Frauen sind in dieser Lage zumindest teilweise durch Inanspruchnahme von Hinterbliebenenrente besser gestellt.¹²⁾ Tabelle 2 zeigt, dass 2003 in die Budgets der Rentnerinnen in Deutschland im Schnitt monatlich 253 Euro (1998: 264 Euro) durch die Hinterbliebenenrente der gesetzlichen Rentenversicherung eingingen. Fast 40% der befragten Haushalte gaben an, eine solche Rente zu erhalten (1998: 44%), das heißt die Betroffenen konnten je Monat über rund 637 Euro zusätzliche Einnahmen zu ihrer eigenen Rente verfügen. Anfang 2002 wurde das Rentenrecht für Hinterbliebenenrenten, vor allem für Witwen- und Witwerrenten sowie die Anrechnung von eigenem Einkommen der Hinterbliebenen, neu geregelt, die Bedingungen für die kleine und große Witwenrente verändert. Es wäre gesondert zu untersuchen, ob der in der EVS ausgewiesene Rückgang der Hinterbliebenenrenten im Zeitvergleich darauf zurückzuführen ist. Möglicherweise kann diese Entwicklung aus einer geringeren Rente aus eigenem Anspruch der verstorbenen Person herrühren¹³⁾, da laut Rentenstatistik zum einen immer mehr Neurentner mit zunehmenden Abschlagsmonaten in den Rentenbestand hineinwachsen. Im Jahr 2003 ging bereits

10) Nach derzeit geltendem Recht können künftige Rentnerinnen bzw. auch Rentner damit rechnen, dass ihnen die Erziehungszeit eines Kindes nicht nur für die ersten zwölf Monate nach dessen Geburt rentenrechtlich anerkannt wird. „Für Geburten ab dem 01.01.1992 werden der oder dem Erziehenden drei Jahre nach Geburt des Kindes als Erziehungszeit angerechnet. Erziehungszeiten sind Beitragszeiten, für welche Beiträge als gezahlt gelten.“ Siehe Fußnote 8, S. 224 ff.

11) Rentnerinnen und Rentner waren zum 1. Juli 2003 in 478 Krankenkassen mit 39 verschiedenen Beitragssätzen versichert. „Von den 20 Millionen pflichtversicherten Rentnern waren 48% (10,3 Mill.) bei einer Allgemeinen Ortskrankenkasse, 28% bei einer Ersatzkasse (6 Mill.) und fast 13% (2,7 Mill.) bei einer Betriebskrankenkasse versichert. Die Beitragssätze reichten von 10,2% bis zum Spitzensatz von 15,7%. Am häufigsten waren Rentner mit einem Beitragssatz von 14,9% versichert.“ Siehe VDR Info Nr. 3/2003 vom 15. August 2003, S. 3.

12) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales führt in der Kurzfassung „Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2005 gem. § 154 Abs. 2 SGB VI (Alterssicherungsbericht 2005)“ dazu auf S. 14 aus: „Verheirateten Frauen in den alten Ländern gelingt es, die niedrigen eigenen Alterssicherungsleistungen im Ehekontext durch die Alterssicherungsleistungen der Ehemänner und durch zusätzliche Einkünfte weitgehend auszugleichen. Witwen erreichen durch Kumulation von Hinterbliebenenleistungen und zusätzlichen Einkünften ein Absicherungs-niveau, welches sogar über dem Durchschnitt aller alleinstehenden Frauen liegt. Ledige Frauen realisieren in den alten Ländern relativ hohe, in den neuen Ländern jedoch niedrige Gesamteinkommen.“

13) Die kleine Witwenrente beträgt 25%, die große 55% der Rente, auf die der Ehemann zum Todeszeitpunkt Anspruch gehabt hätte; dies gilt für alle nach dem 31. Dezember 2001 geschlossenen Ehen, in denen beide Partner nach dem 1. Januar 1962 geboren sind. Vor der Reform belief sich der Satz bei der großen Witwenrente auf 60%. Die Absenkung wird allerdings bei denen kompensiert, die Kinder erzogen haben. Eine große Witwen-/Witwerrente wird gewährt, wenn der hinterbliebene Ehegatte das 45. Lebensjahr vollendet hat, erwerbsgemindert ist oder ein Kind unter 18 Jahren erzieht bzw. für ein behindertes Kind sorgt. Hinterbliebene, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, erhalten die niedrigere kleine Witwen-/Witwerrente.

Tabelle 2: Budgets der Einpersonenrentnerhaushalte¹⁾ nach dem Geschlecht
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1998			2003		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Allein lebende Rentnerinnen						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 503	2 538	965	3 298	2 526	772
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 347	3 348	998	4 641	3 615	1 026
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	19	21	(11)	28	32	13
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	197	243	55	209	249	70
darunter:						
aus Vermietung und Verpachtung	38	49	/	42	52	/
Mietwert der Eigentümerwohnung	116	144	31	121	145	37
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 174	1 214	1 040	1 296	1 328	1 183
darunter:						
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ..	662	623	785	772	723	944
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	264	284	200	253	274	178
Bruttorenten aus Zusatzversicherungen und berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen ..	103	133	/	111	140	(5)
Werks- und Betriebsrenten	27	34	/	29	37	/
Wohngeld	7	5	11	6	6	7
Haushaltsbruttoeinkommen	1 391	1 479	1 106	1 533	1 609	1 266
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	9	11	/	6	8	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	77	77	78	91	92	90
Haushaltsnettoeinkommen	1 305	1 391	1 028	1 435	1 509	1 176
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	11	11	8	18	21	9
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 316	1 402	1 035	1 453	1 530	1 184
Private Konsumausgaben	1 161	1 225	950	1 241	1 295	1 050
Übrige Ausgaben ³⁾	122	139	69	115	135	45
dar.: Versicherungsbeiträge	38	44	18	44	50	21
Ersparnis	34	39	16	97	100	89
Allein lebende Rentner						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	926	724	202	961	813	148
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	998	823	170	1 198	1 025	173
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(40)	(43)	/	46	(52)	-
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	308	346	(82)	264	294	(90)
darunter:						
aus Vermietung und Verpachtung	69	78	/	54	62	/
Mietwert der Eigentümerwohnung	179	203	(52)	151	167	(54)
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 290	1 300	1 253	1 434	1 453	1 321
darunter:						
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ..	967	944	1 090	1 070	1 052	1 177
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	41	(33)	(73)	38	(36)	(53)
Bruttorenten aus Zusatzversicherungen und berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen ..	44	53	-	43	50	/
Werks- und Betriebsrenten	64	77	/	91	106	/
Wohngeld	(6)	(6)	/	(8)	(8)	/
Haushaltsbruttoeinkommen	1 639	1 690	1 344	1 744	1 798	1 426
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	(10)	(11)	/	(13)	(15)	-
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	81	79	93	98	98	99
Haushaltsnettoeinkommen	1 548	1 600	1 251	1 633	1 685	1 327
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(29)	(30)	(13)	19	21	(8)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 576	1 630	1 264	1 653	1 706	1 336
Private Konsumausgaben	1 300	1 337	1 043	1 385	1 432	1 107
Übrige Ausgaben ³⁾	189	189	83	233	251	122
dar.: Versicherungsbeiträge	51	54	25	67	71	42
Ersparnis	87	104	138	35	23	107

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung vermindert um Unterhaltskosten für selbst genutzte Immobilien. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

fast die Hälfte der Neurentner mit Abschlägen in Rente.¹⁴⁾ Zum anderen wurden 2003 in Deutschland 18 523 kleine Witwenrenten (1998: 23 165) und 5 042 493 große Witwenrenten (1998: 5 176 870) gezahlt. Sie splitteten sich auf in

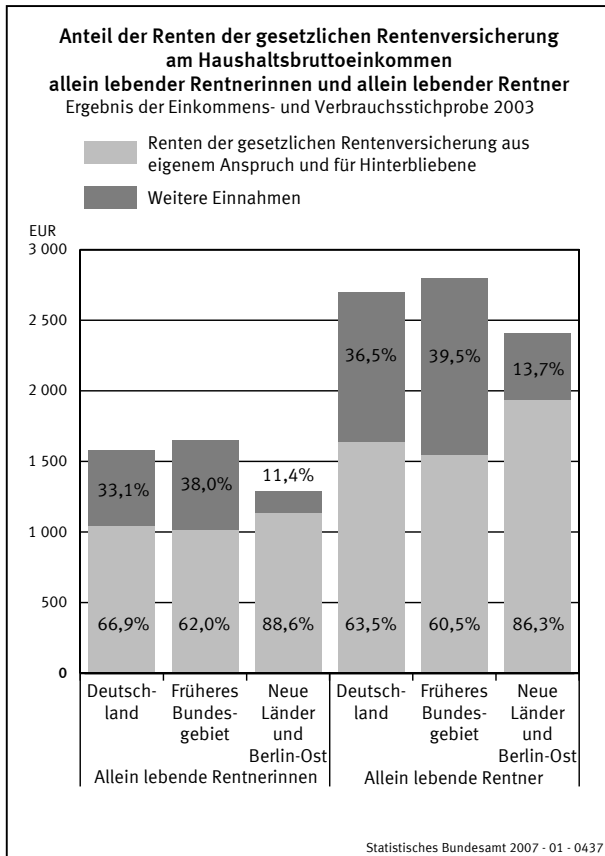
14 454 kleine Witwenrenten (1998: 18 823) in den alten und 4 069 in den neuen Bundesländern (1998: 4 342) und rund 4,1 Mill. große Witwenrenten (1998: rund 4,2 Mill.) im Westen und 951 000 (1998: 987 000) im Osten.¹⁵⁾ Gegen-

14) Siehe Ruland, F.: „Aktuelle Ergebnisse zu den Wirkungen der bisherigen Rentenreformen auf den Übergang von der Erwerbs- in die Ruhestandsphase“ in DRV Schriften, Bd. 57, Januar 2005, S. 39 ff.

15) Siehe Fußnote 8, S. 121 ff.

über 1998 ist also die Zahl der Anspruchsberechtigten gesunken. Wenn Witwen- und Witwerrenten auch nicht ausschließlich an Ruheständler gezahlt werden, so ist doch zu vermuten, dass vorrangig Rentnerhaushalte von der oben genannten Entwicklungstendenz betroffen waren. Das gilt auch für Männer, die seltener Hinterbliebenenrente erhielten. Im Jahr 2003 sind rund 423 000 große und rund 2 500 kleine Witwerrenten gezahlt worden.

Schaubild 2



Auch für allein lebende Rentnerinnen und Rentner bildeten die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung 2003 die zentrale Säule der Alterssicherung. Allerdings fallen die Einnahmen aus weiteren Einkommensquellen zwischen den Geschlechtern teilweise sehr verschieden aus. So bezogen allein lebende Rentner in Deutschland 2003 im Schnitt monatlich 91 Euro Werks- und Betriebsrenten, Rentnerinnen dagegen nur 29 Euro. Aus Zusatzversorgungen und Pensionen nahmen allein lebende Rentnerinnen im Jahr 2003 insgesamt 111 Euro monatlich ein, allein lebende Rentner 43 Euro. Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen aus Vermögen betragen 2003 bei den Männern 264 Euro, 1998 lagen sie etwas höher (308 Euro). Frauen hatten mit 209 Euro im Jahr 2003 geringere Vermögenseinnahmen als Männer; im Zeitverlauf sind ihre Einnahmen aus Vermögen leicht angestiegen (1998: 197 Euro). 48 % der befragten allein lebenden Rentnerinnen gaben 2003 an, keine Einnahmen aus Vermögen zu haben, bei den Rentnern waren es 45,8 %.

In der Ost-West-Gliederung betrachtet belief sich das Haushaltsnettoeinkommen allein lebender Frauen im früheren Bundesgebiet im Jahr 2003 auf 1 509 Euro, allein lebende Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost hatten mit 1 176 Euro 333 Euro weniger zur Verfügung. Die Schere bei den Gesamteinkommen hat sich im Zeitverlauf etwas verringert. Für die einzelnen in der Tabelle 2 dargestellten Einkommensarten gelten sinngemäß die für die Einpersonrentnerhaushalte insgesamt getroffenen Aussagen. Nachdem die Rentenanpassung im Jahr 2003 mit 0,60 vom Hundert – für West und Ost in der Höhe gleich – an der Inflationsrate ausgerichtet worden war, fielen die Rentenanpassungen 2001 und 2002 für die neuen Länder etwas vorteilhafter aus. Durch das Abschmelzen der in der Rente enthaltenen Auffüllbeträge/Rentenzuschläge erhielten allerdings nicht alle ostdeutschen Rentnempfänger/-innen im betrachteten Zeitraum höhere Zahlbeträge. Das betraf vor allem Bezieher geringer Renten. Im Jahr 2003 gab es immer noch gut 478 000 Rentnerinnen und Rentner mit einem durchschnittlichen Auffüllbetrag von 89 Euro. Erst dann, wenn der individuelle Auffüllbetrag den Wert Null erreicht, können die Betroffenen wieder auf einen tatsächlichen Zuwachs in der Geldbörse hoffen.

Allein lebende Rentner hatten im Jahr 2003 in West und Ost rund 12 % höhere Haushaltsnettoeinkommen als Rentnerinnen. Diese betragen im früheren Bundesgebiet 1 685 Euro (1998: 1 600 Euro) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1 327 Euro (1998: 1 251 Euro). Der Einkommensabstand zwischen West und Ost hat sich im Zeitverlauf leicht vergrößert. Allein lebende Rentner in den neuen Ländern und Berlin-Ost erhielten 2003 im Schnitt 1 177 Euro (1998: 1 090 Euro) Bruttorente der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch, solche im früheren Bundesgebiet 1 052 Euro (1998: 944 Euro). Erstmals war bei dieser Einkommensart der Zuwachs im Westen (11,4 %) größer als im Osten (8 %). Schon 50-Jährige, die arbeitslos werden, finden häufig nur schwer erneut eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit. Infolge fehlender Chancen am Arbeitsmarkt gingen deshalb in dem hier betrachteten Zeitraum Männer, aber auch Frauen, zunehmend vor dem 65. Lebensjahr in Rente. Im Osten war dieser Anteil – korrespondierend mit der Höhe der Arbeitslosenquote – höher als im Westen. Die Betroffenen in Ost und West mussten erhebliche Rentenabschläge hinnehmen, wer wegen Arbeitslosigkeit Altersrente mit 60 Jahren in Anspruch nahm, zum Beispiel einen Abschlagssatz von 18 %. Ruland bezifferte den durchschnittlichen Betrag der Rentenminderung auf 173 Euro.¹⁶⁾

Zur Einkommensentwicklung allein lebender Rentnerinnen und allein lebender Rentner nach Altersgruppen

Die Haushaltsnettoeinkommen allein lebender Rentnerinnen und allein lebender Rentner in Deutschland variierten 2003 zwischen den gebildeten fünf Altersgruppen beträchtlich (siehe Tabelle 3). Bei Männern waren die Disparitäten

16) Siehe Fußnote 14, S. 40 ff.

Tabelle 3: Budgets allein lebender Rentnerinnen und Rentner in Deutschland¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Alter von ... bis unter ... Jahren				
	unter 60	60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 und älter
Allein lebende Rentnerinnen					
Erfasste Haushalte (Anzahl)	249	587	858	597	1 007
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	255	502	725	1 117	2 043
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(45)	(53)	(40)	(42)	(9)
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	(127)	198	237	215	208
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung	/	(40)	(47)	(47)	(40)
Mietwert der Eigentümerwohnung	(88)	130	131	126	117
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 087	1 263	1 347	1 332	1 292
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ...	819	910	860	782	695
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	(33)	93	205	269	328
Bruttorenten aus Zusatzversorgungen und Bruttopensionen ³⁾	(53)	106	128	109	113
Werks- und Betriebsrenten	/	(28)	25	38	27
Wohngeld	(16)	(6)	(6)	(5)	(5)
Haushaltsbruttoeinkommen	1 260	1 514	1 624	1 589	1 509
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	/	(8)	(7)	(8)	(5)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	73	90	95	96	90
Haushaltsnettoeinkommen	1 184	1 416	1 521	1 485	1 414
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(23)	19	31	15	14
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 207	1 435	1 552	1 500	1 428
Private Konsumausgaben	1 143	1 347	1 389	1 286	1 149
Übrige Ausgaben ⁴⁾	26	69	93	105	151
darunter:					
Kraftfahrzeugsteuer	(4)	(4)	6	(6)	(3)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	/	/	(8)	/	/
Versicherungsprämien und -beiträge	44	48	46	47	40
darunter:					
Private Krankenversicherung	/	/	(5)	/	/
Kfz-Versicherung	(13)	15	13	14	9
Hausrat- und Personenhaftpflichtversicherung	11	12	11	12	13
Ersparnis	38	19	70	110	127
Allein lebende Rentner					
Erfasste Haushalte (Anzahl)	157	168	222	167	247
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	185	137	192	275	409
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(53)	(116)	(65)	(36)	/
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	(119)	(319)	322	(257)	289
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung	/	(86)	(105)	/	(42)
Mietwert der Eigentümerwohnung	(74)	(182)	162	(152)	169
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 040	1 398	1 443	1 451	1 607
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ...	845	1 056	1 069	1 138	1 132
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	/	/	(29)	(35)	(67)
Bruttorenten aus Zusatzversorgungen und Bruttopensionen ³⁾	/	(75)	(71)	(79)	(76)
Werks- und Betriebsrenten	/	(91)	(100)	(98)	(113)
Wohngeld	(18)	/	/	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	1 212	1 833	1 830	1 744	1 916
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	/	/	/	/	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	74	96	98	107	105
Haushaltsnettoeinkommen	1 138	1 702	1 725	1 633	1 791
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(14)	(19)	(47)	(15)	(12)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 152	1 721	1 773	1 647	1 803
Private Konsumausgaben	1 044	1 484	1 531	1 434	1 404
Übrige Ausgaben ⁴⁾	57	228	211	270	299
darunter:					
Kraftfahrzeugsteuer	/	(12)	(12)	(9)	(14)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	/	/	/	/	/
Versicherungsprämien und -beiträge	43	74	81	60	74
darunter:					
Private Krankenversicherung	/	/	/	/	/
Kfz-Versicherung	(16)	(24)	(33)	(26)	(21)
Hausrat- und Personenhaftpflichtversicherung	(9)	(11)	(14)	(11)	(11)
Ersparnis	51	9	31	-57	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt selbst genutzter Immobilien. – 3) Bruttopensionen aus eigenem Anspruch und für Hinterbliebene, Bruttorenten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes aus eigenem Anspruch und für Hinterbliebene, Bruttorenten berufsständischer Versorgungswerke, landwirtschaftlicher Alterskassen, Landabgabereuten. – 4) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

mit durchschnittlich 653 Euro weniger Haushaltsnettoeinkommen bei den unter 60-Jährigen verglichen mit den 75-Jährigen und Älteren am stärksten ausgeprägt. Maßgeblich wurde dieser Unterschied von drei Einkommensarten beeinflusst: den Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung, den Werks- und Betriebsrenten sowie den Einnahmen aus Vermögen. Während im Jahr 2003 die 75-Jährigen und Älteren im Schnitt Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch in Höhe von 1 132 Euro erhielten, bekamen unter 60-Jährige lediglich 845 Euro. Die individuelle Rentenhöhe wird bekanntlich durch die Anzahl der Versicherungsjahre und die Entgeltpunkte bestimmt. Diese verringerten sich bei den Rentenzugängen im Osten stetig von 1,024 (1998) auf 1,001 (2003), im Westen – mit einer Unterbrechung im Jahr 2001 – von 1,048 (1998) auf 1,030 (2003). Bei Neuzugängen von Männern aus dem früheren Bundesgebiet verkürzten sich außerdem die Versicherungsjahre von 40 Jahren (1998) auf 39,5 Jahre 2003.¹⁷⁾ Die niedrigen Renteneinkünfte der unter 60-Jährigen sind also offensichtlich Folge der veränderten Erwerbsbiographien durch längere Phasen der Arbeitslosigkeit sowie fehlende Beschäftigungsangebote für ältere Arbeitnehmer. In gewissem Umfang spiegeln die geringeren Rentenansprüche auch die reduzierten Ausbildungszeiten bzw. die Bewertung der ersten Berufsjahre¹⁸⁾ wider.

Junge Rentner hatten darüber hinaus im Jahr 2003 keine relevanten Einnahmen aus Werks- und Betriebsrenten, die in den folgenden Altersgruppen (ab 60 Jahren und älter) immerhin monatlich zwischen 91 Euro und 113 Euro betragen. Unter 60-jährige allein lebende Rentner wiesen auch die geringsten Einnahmen aus Vermögen auf. Fast 24 % der befragten Haushalte dieser Altersgruppe empfangen Wohngeld.

Frauen, die zwischen 1933 und 1938 geboren wurden und ihre Ausbildung in den 1960er-Jahren begonnen oder abgeschlossen haben, kamen im Jahr 2003 auf das höchste Haushaltsnettoeinkommen aller Alterskohorten allein lebender Rentnerinnen. Die durchschnittlich höchsten Rentenzahlbeträge fanden sich allerdings mit 910 Euro bei den 60- bis 65-jährigen Rentnerinnen. Allein lebende Rentnerinnen in Deutschland, welche 65 bis unter 70 Jahre alt waren, verfügten im Schnitt über ein Haushaltsnettoeinkommen von 1 521 Euro, darunter 860 Euro Rente aufgrund eigener früherer Erwerbstätigkeit. Fast 37 % der Befragten dieser Altersgruppe bezogen Witwenrenten. Mit zunehmendem Lebensalter stieg der Anteil der Rentnerinnen, die diese Rentenart erhielten. Ebenso wuchs der durchschnittliche Zahlbetrag der Hinterbliebenenrente und erreichte mit 328 Euro in der Altersgruppe 75 Jahre und älter den höchsten Betrag; gut jeder zweite Haushalt dieser Altersgruppe bezog Witwenrente. Dagegen konnten Rentnerinnen, die unter 60 Jahre alt waren, im Jahr 2003 lediglich auf 33 Euro

Witwenrente je Monat zurückgreifen. Das deutet darauf hin, dass sich in dieser Gruppe überwiegend ledige Frauen finden. Sie werden auch mit zunehmendem Alter nur mit ihrer eigenen Rente rechnen können. Weitere Einkommensarten werfen nur geringe Beträge ab: Die Einnahmen aus Vermögen betragen in diesen Haushalten im Schnitt 127 Euro. Lediglich 40 % der Befragten gaben an, solche Einnahmen zu erzielen. Bei allen anderen Altersgruppen schwankten die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen aus Vermögen zwischen 198 Euro und 237 Euro, die jeweils gut der Hälfte dieser Haushalte zugute kamen.

In den Anhangtabellen 1 und 2 sind die Einkommensverhältnisse nach Altersgruppen für die beiden Gebietsstände abgebildet. Wegen des geringen Stichprobenumfangs war kein Nachweis für allein lebende Rentner möglich, die in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu Hause sind. Die unter 60-jährigen Rentner im früheren Bundesgebiet hatten ebenso wie die allein lebenden Rentnerinnen dieser Altersgruppe in West und Ost die niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen. Diese betragen im Jahr 2003 im Schnitt 1 184 Euro, 1 220 Euro bzw. 1 036 Euro monatlich. Wird bedacht, dass diese Mittelwerte bei Normalverteilung implizieren, dass die Hälfte der Haushalte mit weniger Einkommen auskommen muss, zeichnen sich hier eventuell neue Potenziale für Altersarmut ab.¹⁹⁾

Zur Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Konsum in Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten

In den Ausgabenstrukturen reflektiert sich das Konsumverhalten von allein oder in Haushaltsgemeinschaften zusammenlebenden Personen. Dieses ist das Resultat einer Vielzahl objektiver und subjektiver Einflussfaktoren. Höhe und Struktur des privaten Konsums werden primär bestimmt durch die Höhe des Einkommens. Weitere Einflussfaktoren sind die Haushaltsgröße, das Alter bzw. die Phase des Lebenszyklus, der Bildungsstand und Gesundheitsstatus der im Haushalt lebenden Personen, spezielle anerzogene oder erworbene Gewohnheiten, klimatische und andere Umweltbedingungen. Haushalte, deren Gründungsphase – wie bei Rentnerinnen und Rentnern – weit zurückliegt, schaffen langlebige Gebrauchsgüter wie Möbel, Teppiche, Gefrier- oder Kühlschränke, Waschmaschinen, Fahrräder, aber auch kleinere Haushaltsgegenstände zumeist nur noch dann an, wenn die bisherige Ausstattung verschlissen ist. Einpersonrentnerhaushalte verbrauchten 86 % ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens im Jahr 2003 für Käufe von Waren und Dienstleistungen, das waren 1 270 Euro (1998: 1 186 Euro). Mit 7 % Wachstum lagen diese Ausgaben nur geringfügig höher als fünf Jahre zuvor. Wird

17) Siehe Fußnote 8, S. 73 ff.

18) Siehe Gesetz zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz – WFG) vom 25. September 1996 (BGBl. I S. 1461) und Gesetz zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (Beitragsentlastungsgesetz – BeitrEntlG) vom 1. November 1996 (BGBl. I S. 1631).

19) Nachdem bereits ab 1992 infolge des Wechsels der Rentenanpassung von der Brutto- auf die Nettolohnentwicklung das Rentenniveau gemindert wurde, kam es zu Rentenkürzungen, weil Rentnerinnen und Rentner ab dem 1. April 2004 die Beiträge zur Pflegeversicherung voll selbst zu tragen hatten und sie ab dem 1. Juli 2005 einen zusätzlichen Beitrag zur Krankenversicherung zahlen mussten. Durch die „Modifizierung der Rentenanpassung 2005 durch Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors, der das Verhältnis von Leistungsbeziehern und versicherungspflichtig Beschäftigten berücksichtigt, und Orientierung der Rentendynamik an der beitragspflichtigen Bruttolohn- und Gehaltssumme“ wird im bereits zitierten Rentenversicherungsbericht (S. 3) prognostiziert, dass das „Rentenniveau vor Steuern (2003: rund 53 %) – für die Jahre 2020 (46 %) bzw. 2030 (43 %)“ betragen soll.

Tabelle 4: Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Konsum in Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten¹⁾ in Deutschland
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Einpersonenrentnerhaushalte				Zweipersonenrentnerhaushalte			
	1998		2003		1998		2003	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)	4 429		4 259		7 408		6 704	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	5 345		5 839		4 448		4 983	
Durchschnitt je Haushalt und Monat								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	152	12,8	168	13,2	294	14,8	324	14,7
Nahrungsmittel	140	11,0	.	.	263	11,9
alkoholfreie Getränke	12	0,9	.	.	22	1,0
alkoholische Getränke	10	0,8	.	.	29	1,3
Tabakwaren	6	0,5	.	.	10	0,5
Bekleidung und Schuhe	59	5,0	56	4,4	101	5,1	101	4,6
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	479	40,4	509	40,1	694	34,9	731	33,2
darunter:								
Wohnungsmiete	370	31,2	388	30,6	518	26,1	519	23,6
Energie	73	6,2	90	7,1	103	5,2	133	6,0
Innenausstattung	79	6,7	69	5,4	148	7,5	130	5,9
Gesundheitspflege	52	4,4	53	4,2	78	3,9	91	4,1
Verkehr	73	6,2	97	7,6	221	11,1	271	12,3
darunter:								
Kraftstoffe und Schmiermittel	13	1,1	20	1,5	44	2,2	64	2,9
Fremde Verkehrsdienstleistungen	24	2,0	23	1,8	21	1,1	21	1,0
Nachrichtenübermittlung	36	3,0	37	2,9	42	2,1	48	2,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	148	12,5	159	12,5	234	11,8	292	13,2
darunter:								
Freizeit und Kulturdienstleistungen	35	3,0	42	3,3	50	2,5	62	2,8
Zeitungen, Zeitschriften	15	1,3	16	1,3	21	1,1	23	1,1
Bücher	8	0,7	9	0,7	8	0,4	11	0,5
Pauschalreisen	50	4,2	43	3,4	81	4,1	105	4,8
Bildungswesen	2	0,2	3	0,2	2	0,1	4	0,2
Beherbungs- und Gaststättendienstleistungen	45	3,8	51	4,0	94	4,7	110	5,0
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	37	3,1	42	3,3	71	3,6	84	3,8
Andere Waren und Dienstleistungen	62	5,2	71	5,6	79	4,0	101	4,6
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	18	1,5	22	1,8	24	1,2	29	1,3
Private Konsumausgaben	1 186	100	1 270	100	1 986	100	2 202	100
Nachrichtlich:								
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnettoeinkommen	X	87,9	X	86,0	X	88,1	X	87,0

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

die Verbraucherpreissteigerung von 6,6% in diesem Zeitraum berücksichtigt, so zeigen die Daten eigentlich eine Stagnation des privaten Konsums. Im letzten Jahrzehnt waren die Aufwendungen für das Wohnen, bestehend aus tatsächlichen und unterstellten Mietzahlungen, Kosten für die regelmäßige Instandhaltung und Reparaturen der Wohnungen sowie Energiekosten (wie Strom, Gas, Fernwärme, flüssige und feste Brennstoffe), der größte Ausgabenposten im Budget der Haushalte, mit wachsender Tendenz. Im Jahr 2003 gaben Einpersonenrentnerhaushalte in Deutschland dafür im Schnitt 509 Euro monatlich aus, das waren gut 40% der Ausgaben für den privaten Konsum (siehe Tabelle 4). Mit Abstand folgten die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in Höhe von 168 Euro bzw. 13,2% der Ausgaben für den privaten Konsum. Der Trend zur Freizeitgesellschaft spiegelt sich in den gestiegenen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wider. Dafür verwendeten die vorgenannten Haushalte 2003 im Schnitt 159 Euro monatlich bzw. 12,5% der Ausgaben für den privaten Konsum. Als wiederkehrender Posten finden sich darunter die Rundfunkgebühren für ein Radio- und ein Fernsehgerät, die mittlerweile für drei Monate die Höhe von 51,09 Euro erreicht haben.

Für die Innenausstattung²⁰⁾ gaben Einpersonenrentnerhaushalte 2003 weniger Geld aus als 1998. Das Gleiche traf für Pauschalreisen und Kleidung zu. Für weitere sechs Gütergruppen erhöhten sich die Ausgaben in diesem Zeitraum nur wenig. Das betraf die Wohnungsmieten (2003: 388 Euro, 1998: 370 Euro) sowie Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Die Ausgaben für Energie stiegen dagegen im betrachteten Zeitraum um 23%. Dafür hatten die vorgenannten Haushalte 1998 noch 73 Euro ausgegeben, im Jahr 2003 waren es 90 Euro. Neuen Konsumtrends folgen Einpersonenrentnerhaushalte, wenn überhaupt, nur stark zurückhaltend und zeitlich verzögert. So fragten sie Geräte der modernen Kommunikations- und Informationstechnologien nur in geringem Umfang nach. Zum 1. Januar 2003 besaß im Westen nur jeder vierte allein lebende Rentner und nur jede siebte Rentnerin einen Personalcomputer. Im Osten war der Ausstattungsgrad noch niedriger. Während nahezu jeder Einpersonenrentnerhaushalt ein stationäres Telefon installiert hatte, fanden sich Anfang 2003 in 100 Haushalten allein lebender Rentner lediglich rund 40 mobile Telefone/Handys; bei den allein lebenden Rentnerinnen waren es gerade 22. Bei der gegebenen Höhe des Einkommens müssen viele Einpersonenrentnerhaushalte

20) Dazu gehören u. a. Möbel, Heimtextilien, Bodenbeläge und Teppiche, Kühl- und Gefrierschränke, Geschirrspül- und Waschmaschinen, Wäschetrockner und andere große und kleine elektrische Haushaltsgeräte, Glaswaren, Geschirr, Bestecke und weitere Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten sowie Reinigungs- und Pflegemittel für die Haushaltsführung.

beim Kauf von Konsumgütern offensichtlich andere Prioritäten setzen. Es scheinen allerdings auch Berührungspunkte bei neuen technischen Konsumgütern vorhanden zu sein, die durch deren nicht immer auf Ältere ausgerichtete Eigenschaften und komplizierte Gebrauchsanleitungen verstärkt werden. Einpersonentnerhaushalte zehrten den in den letzten fünf Jahren erzielten Einkommenszuwachs zu zwei Dritteln für den privaten Konsum auf.

Zweipersonentnerhaushalte in Deutschland verwendeten im Jahr 2003 2 202 Euro für den privaten Konsum, das waren 87 % ihres Haushaltsnettoeinkommens (1998: 88 %). 78 % des in der Berichtsperiode erzielten Einkommenszuwachses setzten sie für Käufe von Konsumgütern und Dienstleistungen ein. Durch gemeinsames Wirtschaften sind die Pro-Kopf-Ausgaben für den privaten Konsum besonders bei den fixen Positionen Wohnungsmieten, Energie, Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, aber auch bei Käufen von Nahrungsmitteln, Presseerzeugnissen und Büchern bei den Zweipersonentnerhaushalten geringer als bei den Haushalten von allein Lebenden. Selbst der sparsamste Umgang allein Lebender mit Geld kann diesen Vorteil des Zusammenlebens in Gemeinschaften für die Haushaltskasse nicht aufheben. Die Ausgaben für den privaten Konsum der Zweipersonentnerhaushalte betragen 2003 im Schnitt 2 202 Euro (1998: 1 986 Euro), das waren 216 Euro bzw. 10,9 % mehr als 1998. Die Wohnungsmieten, mit 519 Euro der größte monatliche Ausgabeposten, blieben verglichen mit 1998 in der Höhe nahezu unverändert. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben für den privaten Konsum sank von 26,1 % (1998) auf 23,6 % im Jahr 2003. Offensichtlich wechselten Rentnerpaare nur selten ihre Wohnung, womit sie der bei einer Neuanmietung möglichen Mieterhöhung entgingen. Ausgabensteigerungen im Zeitverlauf von mehr als 50 Euro je Monat waren bei den Ausgaben für den Individualverkehr sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur zu beobachten. Die Verkehrsausgaben machten 2003 bereits 12,3 % der privaten Konsumausgaben aus. Sie betragen im Schnitt 271 Euro monatlich. Diese Höhe verwundert nicht, da auf je 100 Paarhaushalte von Rentnern in Deutschland 95 Autos kamen. Allein lebende Rentnerinnen und Rentner nannten dagegen nur 38 Personenkraftwagen je 100 Haushalte ihr Eigen. Für die Freizeit gaben Zweipersonentnerhaushalte 13,2 % (darunter für Pauschalreisen fast 5 %) des privaten Verbrauchs aus, das waren 292 Euro (105 Euro). Allerdings konnte (oder wollte) nur jeder dritte Zweipersonentnerhaushalt Geld für Pauschalreisen verwenden. Bemerkenswert sind die gegenüber Einpersonentnerhaushalten deutlich niedrigeren Ausgaben für fremde Verkehrsdienstleistungen. Dies ist sicher eine Folge des weitaus höheren Motorisierungsgrades von Zweipersonentnerhaushalten. Anhangtabelle 3 vermittelt einen Einblick in die Strukturen des privaten Konsums von Ein- und Zweipersonentnerhaushalten sowie in deren Ausgaben nach Gebietsständen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen:

- Ostdeutsche Rentnerhaushalte gaben im Jahr 2003 bei einem relativ ausgeglichenen Preisniveau zwischen West und Ost für den Kauf von Konsumgütern und Dienstleistungen weniger Geld aus als westdeutsche Haushalte.

Einpersonentnerhaushalte setzten im früheren Bundesgebiet monatlich im Schnitt 1 325 Euro für den privaten Konsum ein, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1 058 Euro, das waren 267 Euro weniger. Bei den Zweipersonentnerhaushalten betragen die Ausgaben im Westen 2 284 Euro, im Osten 1 947 Euro, also 337 Euro pro Monat weniger. Die geringere Ausgabenhöhe ist zum einen determiniert durch die niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen. Ostdeutsche Einpersonentnerhaushalte verwendeten mit 88,3 % einen größeren Teil ihres Haushaltsnettoeinkommens für den privaten Konsum als westdeutsche Haushalte (85,6 %), ohne das gleiche Konsumniveau zu realisieren. Bei Zweipersonentnerhaushalten waren die Anteile mit rund 87 % in Ost und West fast ausgeglichen.

- Zum anderen gaben – vor allem bedingt durch den höheren Anteil von Wohneigentum und größere Wohnflächen, teilweise gepaart mit höherem Komfort – westdeutsche Einpersonentnerhaushalte im Schnitt 111 Euro mehr für Wohnungsmieten aus als ostdeutsche. Bei den Zweipersonentnerhaushalten betrug diese Differenz 150 Euro. Gegenüber 1998 sind die Ausgaben für Wohnungsmieten in den neuen Ländern und Berlin-Ost außergewöhnlich stark angestiegen: bei den Einpersonentnerhaushalten um 15,4 %, bei den Zweipersonentnerhaushalten um 11,9 %. Welche Faktoren hierfür eine Rolle spielen – ein eingeschränktes Angebot preiswerter kleinerer Wohnungen oder die Verteuerung der Nebenkosten, wäre gesondert zu untersuchen.
- Für Strom- und andere Energierechnungen mussten Rentnerhaushalte – ebenso wie alle übrigen Haushalte – im Jahr 2003 tief in die Tasche greifen. Die gute Ausstattung der Haushalte mit Geräten zum Kochen, Backen, Kühlen und Waschen, aber auch die Nutzung neuer technischer Geräte wie Plasma-Bildschirmen, die ein Mehrfaches an Strom als herkömmliche Fernsehgeräte beanspruchen, treiben die Energieausgaben der privaten Haushalte in die Höhe. Zweipersonentnerhaushalte gaben für Energie in West und Ost fast 30 % mehr aus als 1998. Sowohl bei den Ein- als auch bei den Zweipersonentnerhaushalten sind die absolut gezahlten Beträge im früheren Bundesgebiet deutlich höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Preispolitik der verschiedenen regionalen Energieanbieter mag ein Grund für diese Entwicklung sein. Ein weiterer Einflussfaktor scheint der unterschiedliche Ausstattungsgrad mit technischen Konsumgütern wie Wäschetrocknern, Geschirrspülmaschinen oder Mikrowellengeräten zu sein, die in westdeutschen Rentnerhaushalten häufiger anzutreffen waren als in ostdeutschen.
- Für Beherbergungsdienstleistungen und für Essen außer Haus sowie für den Individualverkehr gaben – wie schon bei früheren Erhebungen festgestellt – Ein- und Zweipersonentnerhaushalte im Westen mehr Geld aus als im Osten. Während sich zum Beispiel in 100 Einpersonentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet 42 Pkw fanden, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost weniger als die Hälfte, nämlich 20 Pkw. Dagegen wurde

Tabelle 5: Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Konsum der Einpersonenrentnerhaushalte¹⁾ nach dem Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Allein lebende Rentnerinnen						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 298		2 526		772	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 641		3 615		1 026	
Durchschnitt je Haushalt und Monat						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	165	13,3	168	12,9	155	14,7
Nahrungsmittel	141	11,3	143	11,0	133	12,6
alkoholfreie Getränke	12	0,9	12	0,9	11	1,0
alkoholische Getränke	8	0,7	8	0,6	7	0,7
Tabakwaren	4	0,3	4	0,3	(4)	(0,4)
Bekleidung und Schuhe	60	4,8	62	4,8	53	5,0
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	507	40,8	539	41,6	394	37,5
darunter:						
Wohnungsmiete	387	31,2	411	31,7	302	28,8
Energie	90	7,2	95	7,3	71	6,8
Innenausstattung	68	5,5	71	5,5	58	5,5
Gesundheitspflege	52	4,2	56	4,3	40	3,8
Verkehr	76	6,2	81	6,2	60	5,7
darunter:						
Kraftstoffe und Schmiermittel	15	1,2	17	1,3	8	0,7
Fremde Verkehrsdienstleistungen	24	1,9	22	1,7	29	2,7
Nachrichtenübermittlung	36	2,9	36	2,8	34	3,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	158	12,7	157	12,1	159	15,2
darunter:						
Freizeit und Kulturdienstleistungen	41	3,3	42	3,2	39	3,7
Zeitungen, Zeitschriften	16	1,3	16	1,2	15	1,4
Bücher	9	0,7	8	0,6	10	1,0
Pauschalreisen	46	3,7	44	3,4	51	4,9
Bildungswesen	3	0,2	3	0,3	(2)	(0,1)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	44	3,5	47	3,6	33	3,2
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	36	2,9	39	3,0	27	2,5
Andere Waren und Dienstleistungen	72	5,8	74	5,7	63	6,0
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	25	2,0	26	2,0	23	2,2
Private Konsumausgaben	1 241	100	1 295	100	1 050	100
Nachrichtlich:						
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnetto- einkommen	X	86,5	X	85,8	X	89,3
Allein lebende Rentner						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	961		813		148	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	1 198		1 025		173	
Durchschnitt je Haushalt und Monat						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	178	12,9	181	12,6	165	15,0
Nahrungsmittel	136	9,8	139	9,7	122	11,0
alkoholfreie Getränke	14	1,0	14	1,0	12	1,0
alkoholische Getränke	16	1,2	16	1,1	18	1,7
Tabakwaren	13	0,9	12	0,9	(14)	(1,2)
Bekleidung und Schuhe	39	2,8	41	2,8	33	3,0
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	518	37,4	543	37,9	367	33,1
darunter:						
Wohnungsmiete	395	28,5	413	28,8	288	26,0
Energie	90	6,5	93	6,5	67	6,1
Innenausstattung	69	5,0	72	5,0	53	4,8
Gesundheitspflege	55	4,0	55	3,9	55	4,9
Verkehr	177	12,8	186	13,0	120	10,8
darunter:						
Kraftstoffe und Schmiermittel	37	2,7	38	2,6	(33)	(2,9)
Fremde Verkehrsdienstleistungen	19	1,3	19	1,3	(17)	(1,5)
Nachrichtenübermittlung	40	2,9	41	2,9	33	3,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	163	11,8	160	11,2	178	16,1
darunter:						
Freizeit und Kulturdienstleistungen	47	3,4	48	3,3	41	3,7
Zeitungen, Zeitschriften	18	1,3	17	1,2	21	1,9
Bücher	10	0,7	9	0,7	(12)	(1,1)
Pauschalreisen	35	2,5	32	2,2	(53)	(4,8)
Bildungswesen	(2)	(0,2)	(2)	(0,2)	/	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	77	5,5	80	5,6	57	5,2
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	66	4,8	69	4,9	45	4,1
Andere Waren und Dienstleistungen	66	4,8	70	4,9	44	4,0
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	11	0,8	11	0,8	10	0,9
Private Konsumausgaben	1 385	100	1 432	100	1 107	100
Nachrichtlich:						
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnetto- einkommen	X	84,8	X	85,0	X	83,4

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

im Osten ein etwas größerer Betrag für die Inanspruchnahme fremder Verkehrsdienstleistungen eingesetzt.

- Wie schon bei früheren Erhebungen waren auch 2003 die Ausgaben der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte im Osten für Freizeit, Unterhaltung und Kultur höher als die der entsprechenden Haushalte im Westen. Der Anteil dieser Gütergruppe am privaten Konsum lag im Osten um gut 3 bis 5 Prozentpunkte über dem vergleichbarer Haushaltstypen im Westen.
- Die Ausgaben für die Gesundheitspflege sind gegenüber 1998 bei den Zweipersonenrentnerhaushalten im Osten um gut 21 %, bei denen im Westen um 16 % gestiegen. Die Beträge – auch bei den Einpersonentnerhaushalten – waren aber noch relativ gering, sicher eine Folge der zu diesem Zeitpunkt geltenden Sozial- und Überforderungsklauseln. Praxisgebühren mussten noch nicht entrichtet werden. Die innerhalb des privaten Konsums ausgewiesenen Ausgaben für die Gesundheitspflege umfassen jedoch nur einen Teil der für die Rentnerhaushalte anfallenden Kosten. Hinzugerechnet werden müssen eigentlich noch die Zahlungen für die Krankenversicherung.

Der private Konsum allein lebender Rentnerinnen in Deutschland betrug 2003 im Schnitt monatlich 1 241 Euro. Dafür setzten sie 86,5 % ihres Haushaltsnettoeinkommens ein. Allein lebende Rentner verwendeten von ihrem Einkommen nicht ganz 85 % für den privaten Konsum. Trotzdem waren ihre Konsumausgaben mit 1 385 Euro um 144 Euro höher als die der Rentnerinnen. Bestimmte Ausgaben unterlagen – wie Tabelle 5 zeigt – keinen statistisch erkennbaren geschlechtsspezifischen Einflüssen. Für Wohnungsmieten, Energie, Innenausstattung, Gesundheit, Bildung und Freizeit waren die Aufwendungen im Jahr 2003 im Schnitt sowohl bei weiblichen als auch männlichen Haupteinkommensbeziehern nahezu gleich hoch. Bei allen anderen Gütergruppen unterschieden sich die Ausgaben dagegen recht deutlich. Allein lebende Rentner verwendeten einen größeren Teil ihres Einkommens für den Unterhalt und die Nutzung von Automobilen, Krafträdern und Fahrrädern. Für Kraftstoffe, Schmiermittel, Ersatzteile, Zubehör, für die Wartung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Kraft- und Fahrrädern sowie für Garagen- und Stellplatzmieten gaben allein lebende Rentner in Deutschland durchschnittlich je Monat 91 Euro aus, Rentnerinnen 39 Euro. Darin dokumentiert sich der kausale Zusammenhang zur Ausstattung mit Pkw. 57,2 % der allein lebenden Rentner besaßen im Januar 2003 mindestens ein Auto, bei den Rentnerinnen waren es 32,3 %. Rentner aßen des Weiteren öfter außer Haus, in Restaurants, Cafés, Bistros. Für Verpflegungsdienstleistungen zahlten sie im Durchschnitt 66 Euro, allein lebende Rentnerinnen 36 Euro. Unter den allein lebenden Rentnern müssen sich auch mehr bzw. stärkere Raucher befinden. Für Käufe von Tabakwaren gaben sie durchschnittlich 13 Euro aus, Rentnerinnen 4 Euro. Da Männer ihre Mahlzeiten öfter außer Haus einnahmen als Frauen, ist es folgerichtig, dass letztere etwas mehr Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln einsetzten. Der Wunsch, modische Kleidung zu tragen, scheint bei älteren Frauen – ausgenommen den Hochbetagten – häufiger zu Käufen zu führen als bei Män-

nern. Trotz niedrigerer Einkommen gaben allein lebende Rentnerinnen im Durchschnitt 60 Euro für Bekleidung und Schuhe aus, Rentner lediglich 39 Euro. Ebenfalls mehr Geld als Männer verwendeten Frauen für den Besuch von Friseur- und Kosmetiksalons sowie für die Inanspruchnahme weiterer Dienstleistungen zur Körperpflege. Rentner gaben im Schnitt monatlich 11 Euro aus, Rentnerinnen 25 Euro. Allein lebende Rentnerinnen machten auch öfter als Rentner Gebrauch von Komplettangeboten der Reiseveranstalter. Allerdings gaben nur 27 % der befragten allein lebenden Rentnerinnen dafür Geld aus.

Private Konsumausgaben nach Altersgruppen der Einpersonentnerhaushalte

Tabelle 6 gibt einen Überblick über Höhe und Struktur des privaten Konsums allein lebender Rentnerinnen und Rentner nach Altersgruppen in Deutschland. Die höchsten privaten Konsumausgaben tätigten im Jahr 2003 Rentnerinnen und Rentner, die der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen angehörten. Diese beliefen sich bei den allein lebenden Rentnerinnen auf durchschnittlich 1 389 Euro, bei den allein lebenden Rentnern auf 1 531 Euro. Die niedrigsten Ausgaben für den privaten Konsum fanden sich – ebenfalls sowohl bei Männern als auch bei Frauen – in der Altersgruppe der unter 60-Jährigen. Diese Rentner gaben im Jahr 2003 im Schnitt 1 044 Euro aus, die Rentnerinnen 1 143 Euro. Allein lebende Rentnerinnen, die 75 Jahre und älter waren, gaben 2003 mit 1 149 Euro fast genauso viel für den privaten Konsum aus wie die unter 60-Jährigen. Die Ursachen dafür scheinen sehr unterschiedlich zu sein. Jüngere Rentnerinnen und Rentner können, wenn sie sich nicht verschulden wollen, nicht mehr kaufen. Die allein lebenden Rentnerinnen unter 60 Jahren verwendeten für den privaten Konsum im Schnitt bereits 96,5 % ihres Haushaltsnettoeinkommens, das heißt sie lebten bereits über ihre finanziellen Verhältnisse, wenn bedacht wird, dass außer dem privaten Konsum auch noch sonstige Ausgaben, zum Beispiel für Versicherungen, anfallen. Dagegen setzten die über 75-jährigen Rentnerinnen lediglich 81,3 % ihres Einkommens für den privaten Konsum ein. Die für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgegebenen Beträge streuten – je nach Altersgruppe – zwischen 173 Euro und 156 Euro bei den allein lebenden Rentnerinnen und zwischen 192 Euro und 158 Euro bei den Rentnern. Die niedrigsten Werte fanden sich bei beiden Geschlechtern in der Altersgruppe 75 Jahre und älter. Ob sich dieser Trend aus einem mit zunehmendem Alter sinkenden Kalorienbedarf ableiten lässt, ist aus den Daten der EVS nicht zu erkennen. Die Ergebnisse der neuen Nationalen Verzehrstudie könnten dazu Erkenntnisse bringen. Es fällt auf, dass 75-jährige und ältere allein lebende Rentnerinnen – bezogen auf alle Altersgruppen – die niedrigsten Ausgaben für den Bereich Verkehr hatten sowie nur geringe Beträge für Bekleidung, die Ausstattung und Verschönerung ihres Heims sowie für Pauschalreisen verwendeten. Diese veränderte Bedürfnisstruktur deutet auf geringere Aktivitäten, eingeschränkte Mobilität, möglicherweise auch auf gesundheitliche Probleme hin; Wünsche nach Veränderungen oder nach Neuem scheinen seltener das Tages-

Tabelle 6: Höhe und Struktur des privaten Konsums allein lebender Rentnerinnen und Rentner¹⁾ in Deutschland
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Alter von ... bis unter ... Jahren									
	unter 60		60 – 65		65 – 70		70 – 75		75 und älter	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Allein lebende Rentnerinnen										
Erfasste Haushalte (Anzahl)	249		587		858		597		1 007	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	255		502		725		1 117		2 043	
Durchschnitt je Haushalt und Monat										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	173	15,1	175	13,0	173	12,4	169	13,2	156	13,6
Nahrungsmittel	133	11,7	145	10,7	147	10,6	145	11,3	135	11,8
alkoholfreie Getränke	14	1,2	13	0,9	11	0,8	12	0,9	11	1,0
alkoholische Getränke	8	0,7	11	0,8	10	0,7	8	0,6	7	0,6
Tabakwaren	(18)	(1,6)	(7)	(0,5)	5	0,3	(3)	(0,3)	(3)	(0,2)
Bekleidung und Schuhe	52	4,6	72	5,4	76	5,5	65	5,0	50	4,4
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	452	39,5	518	38,5	533	38,3	516	40,2	497	43,2
darunter:										
Wohnungsmiete	345	30,2	387	28,7	405	29,1	394	30,7	381	33,2
Energie	86	7,5	90	6,7	91	6,6	90	7,0	90	7,8
Innenausstattung	75	6,5	88	6,5	97	7,0	65	5,1	55	4,7
Gesundheitspflege	44	3,9	44	3,3	56	4,0	55	4,3	53	4,6
Verkehr	80	7,0	112	8,3	108	7,8	89	6,9	49	4,2
darunter:										
Kraftstoffe und Schmiermittel	22	1,9	26	1,9	23	1,6	17	1,3	8	0,7
Fremde Verkehrsdienstleistungen	17	1,5	24	1,8	27	1,9	27	2,1	21	1,9
Nachrichtenübermittlung	48	4,2	40	3,0	37	2,7	35	2,7	33	2,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	128	11,2	180	13,3	180	13,0	169	13,2	141	12,3
darunter:										
Freizeit und Kulturdienstleistungen	32	2,8	45	3,4	46	3,3	43	3,3	39	3,4
Zeitungen, Zeitschriften	11	0,9	14	1,0	14	1,0	16	1,3	17	1,5
Bücher	10	0,9	10	0,8	10	0,7	10	0,7	7	0,6
Pauschalreisen	(20)	(1,8)	54	4,0	60	4,3	52	4,0	38	3,3
Bildungswesen	(3)	(0,2)	4	0,3	4	0,3	(4)	(0,3)	2	0,2
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	34	3,0	44	3,3	48	3,4	48	3,7	41	3,6
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	28	2,5	33	2,5	38	2,7	38	3,0	36	3,1
Andere Waren und Dienstleistungen	55	4,8	70	5,2	78	5,6	70	5,5	73	6,4
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	12	1,0	22	1,6	24	1,7	26	2,1	28	2,4
Private Konsumausgaben	1 143	100	1 347	100	1 389	100	1 286	100	1 149	100
Nachrichtlich:										
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnettoeinkommen	X	96,5	X	95,1	X	91,3	X	86,6	X	81,3
Allein lebende Rentner										
Erfasste Haushalte (Anzahl)	157		168		222		167		247	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	185		137		192		275		409	
Durchschnitt je Haushalt und Monat										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	183	17,5	188	12,7	192	12,5	191	13,3	158	11,3
Nahrungsmittel	122	11,7	138	9,3	149	9,7	150	10,5	127	9,0
alkoholfreie Getränke	17	1,7	16	1,0	13	0,8	13	0,9	12	0,8
alkoholische Getränke	(15)	(1,4)	21	1,4	17	1,1	14	1,0	15	1,1
Tabakwaren	(29)	(2,8)	(14)	(1,0)	(13)	(0,8)	(13)	(0,9)	(4)	(0,3)
Bekleidung und Schuhe	33	3,2	44	2,9	45	2,9	44	3,0	35	2,5
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	407	39,0	531	35,8	532	34,8	519	36,2	555	39,6
darunter:										
Wohnungsmiete	314	30,1	400	27,0	390	25,5	402	28,0	426	30,3
Energie	79	7,6	98	6,6	88	5,7	90	6,3	92	6,5
Innenausstattung	46	4,4	63	4,2	60	3,9	78	5,5	81	5,7
Gesundheitspflege	(46)	(4,4)	57	3,9	57	3,7	54	3,7	59	4,2
Verkehr	86	8,3	239	16,1	275	18,0	172	12,0	153	10,9
darunter:										
Kraftstoffe und Schmiermittel	(28)	(2,7)	49	3,3	49	3,2	36	2,5	32	2,3
Fremde Verkehrsdienstleistungen	(13)	(1,2)	(12)	(0,8)	21	1,4	(24)	(1,6)	19	1,3
Nachrichtenübermittlung	44	4,3	43	2,9	39	2,5	43	3,0	36	2,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	98	9,4	174	11,8	161	10,5	199	13,9	165	11,8
darunter:										
Freizeit und Kulturdienstleistungen	30	2,9	48	3,3	48	3,1	52	3,6	50	3,5
Zeitungen, Zeitschriften	11	1,0	17	1,1	17	1,1	22	1,5	19	1,3
Bücher	(8)	(0,8)	(10)	(0,6)	12	0,8	(12)	(0,9)	8	0,6
Pauschalreisen	/	/	(38)	(2,6)	(30)	(1,9)	(43)	(3,0)	(42)	(3,0)
Bildungswesen	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	49	4,7	74	5,0	92	6,0	78	5,5	81	5,8
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	41	3,9	65	4,4	78	5,1	66	4,6	71	5,1
Andere Waren und Dienstleistungen	50	4,8	64	4,3	76	5,0	55	3,8	78	5,5
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	7	0,6	10	0,7	12	0,8	12	0,8	12	0,8
Private Konsumausgaben	1 044	100	1 484	100	1 531	100	1 434	100	1 404	100
Nachrichtlich:										
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnettoeinkommen	X	91,7	X	87,2	X	88,8	X	87,8	X	78,4

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

geschehen zu bestimmen. Bei den 75-jährigen und älteren allein lebenden Rentnern waren diese Tendenzen noch nicht so ausgeprägt.

Verteilung von Einkommen, Ausgaben und Ersparnis bei Rentnerhaushalten nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens²¹⁾

Aus Tabelle 7 ist zu entnehmen, dass die Einkommensspanne zwischen dem ersten und dem zehnten Dezil bei den Einpersonrentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet 2003 verglichen mit 1998 größer geworden ist. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte in der ersten Dezilgruppe betrug 2003 im Schnitt 682 Euro. Haushalte der zehnten Dezilgruppe konnten auf 3 607 Euro zurückgreifen. Sie hatten damit 5,3-mal so viel Geld in ihrer Haushaltskasse wie die Haushalte der ersten Dezilgruppe; 1998 waren es 5,0-mal so viel. Verglichen mit 1998 stiegen die Nettoeinkommen der Haushalte der ersten Dezilgruppe um 9,5 % bzw. 59 Euro, die der zehnten um 15,8 % bzw.

491 Euro. Daraus zu schließen, dass diejenigen, die Einkommenszuwächse am nötigsten hätten, die geringste Steigerung erhielten, ist nur teilweise richtig. Die Zuwachsraten können nämlich nur bedingt etwas über die Veränderung der Einkommenssituation stets der gleichen Haushalte im Zeitverlauf aussagen, da neue Rentnerjahrgänge in die Erhebung einbezogen worden sind. Die Einkommensunterschiede fußen zum einen darauf, dass Haushalte in der zehnten Dezilgruppe höhere Renten erhielten. Zum anderen erzielten sie aufgrund ihres Immobilienbesitzes auch Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie fiktive Einnahmen, die für die eigene Nutzung von Einfamilienhäusern bzw. Eigentumswohnungen errechnet worden sind. Hinzu kommen nicht unbedeutende Zinserträge aus Geldvermögen.²²⁾ Einpersonrentnerhaushalte der zehnten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet wiesen im Erhebungsjahr 2003 eine monatliche Ersparnis von 705 Euro auf. Dieser Betrag war größer als das Nettoeinkommen von Einpersonrentnerhaushalten der ersten Dezilgruppe, das 682 Euro betrug. Ausdruck der Ungleichverteilung der Einkommen ist ferner der Tatbestand, dass das in Tabelle 1 ausgewiesene durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen von Einpersonrentnerhaushalten im

Tabelle 7: Einkommen, Ausgaben und Ersparnis in Einpersonrentnerhaushalten¹⁾ nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

... Dezilgruppe	Hochgerechnete Haushalte		Haushaltsnettoeinkommen		Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen		Private Konsumausgaben		Übrige Ausgaben ²⁾		Ersparnis	
	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003
	1 000											
	Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR											
	Früheres Bundesgebiet											
1.	417	460	623	682	628	688	640	726	36	-6	-31	-32
2.	419	467	800	855	808	862	840	880	57	25	-55	-44
3.	417	462	934	1 003	940	1 012	914	945	77	33	-17	34
4.	419	462	1 068	1 124	1 074	1 137	1 014	1 075	81	56	3	6
5.	413	466	1 190	1 250	1 200	1 296	1 141	1 198	159	77	-85	20
6.	418	462	1 328	1 396	1 348	1 406	1 181	1 315	154	147	31	-56
7.	419	467	1 512	1 579	1 525	1 596	1 361	1 449	182	168	2	-21
8.	416	462	1 722	1 800	1 731	1 814	1 466	1 549	210	192	78	72
9.	416	466	2 030	2 169	2 061	2 218	1 681	1 837	280	239	138	141
10.	418	465	3 116	3 607	3 155	3 646	2 228	2 267	453	674	459	705
Insgesamt	4 171	4 641	1 432	1 548	1 447	1 569	1 247	1 325	169	161	52	83
10./1. Dezil	X	X	5,0	5,3	5,0	5,3	3,5	3,1	12,5	X	X	X
	Neue Länder und Berlin-Ost											
1.	(117)	(119)	(567)	(664)	(567)	(670)	(555)	(678)	(25)	(-11)	(-2)	(3)
2.	117	(118)	687	(778)	693	(784)	677	(772)	42	(31)	4	(-18)
3.	(118)	(122)	(781)	(867)	(783)	(874)	(737)	(874)	(55)	(29)	(19)	(-29)
4.	(117)	(119)	(885)	(980)	(891)	(995)	(856)	(954)	(45)	(42)	(20)	(0)
5.	118	(120)	970	(1 102)	976	(1 105)	903	(974)	82	(87)	6	(44)
6.	116	(120)	1 054	(1 202)	1 058	(1 211)	1 030	(1 060)	91	(63)	4	(88)
7.	116	(119)	1 153	(1 281)	1 169	(1 287)	1 082	(1 054)	116	(108)	-23	(125)
8.	117	119	1 256	1 417	1 267	1 421	1 119	1 196	114	139	65	87
9.	117	122	1 409	1 582	1 420	1 592	1 172	1 352	235	195	33	(45)
10.	116	120	1 847	2 092	1 868	2 110	1 510	1 663	198	-124	213	571
Insgesamt	1 168	1 199	1 060	1 198	1 069	1 206	964	1 058	100	56	34	92
10./1. Dezil	X	X	3,3	3,2	3,3	3,1	2,7	2,5	7,9	X	X	X

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

21) Für die folgenden Betrachtungen sind zunächst die in der EVS vertretenen Ein- und Zweipersonrentnerhaushalte in West und Ost in aufsteigender Reihenfolge nach der Höhe ihres Haushaltsnettoeinkommens sortiert worden. Anschließend wurden zehn gleich große Gruppen (Dezile) gebildet und das jeweilige höchste Haushaltsnettoeinkommen als Obergrenze der entsprechenden Gruppe festgelegt. Für jedes Dezil wurden arithmetische Mittelwerte für Einkommen, den privaten Konsum insgesamt und nach Gütergruppen sowie für die übrigen Ausgaben und die Ersparnis berechnet. Da es in der Praxis vorkommt, dass Haushalte mit gleichem Haushaltsnettoeinkommen in zwei unterschiedliche der gebildeten 10 %-Gruppen der Haushalte fallen können, wurden diese einheitlich in die jeweils niedrigere Gruppe eingeordnet. So erklären sich auch Abweichungen in der Zahl der ausgewiesenen hochgerechneten Haushalte. Die zehnte Dezilgruppe ist in ihrer Obergrenze durch den bei der EVS definierten Abschneidewert abgesteckt. Dieser war 1998 auf 17 895 Euro bzw. 2003 auf 18 000 Euro festgesetzt worden.

22) Darauf wird in einem gesonderten Aufsatz in dieser Zeitschrift eingegangen werden.

früheren Bundesgebiet (1 548 Euro) von mehr als 60 % der Haushalte, das sind etwa 2,8 Mill. Haushalte, nicht erreicht worden ist. Einkommensdisparitäten finden sich auch bei den Einpersonenrentnerhaushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Diese sind jedoch weitaus geringer als im früheren Bundesgebiet und haben sich im betrachteten Zeitraum (1998 bis 2003) nicht weiter vertieft.²³⁾ Einpersonenrentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe mussten im Jahr 2003 im Osten mit 664 Euro auskommen, die oberste Gruppe konnte über den 3,2-fachen Betrag, nämlich 2 092 Euro, verfügen. Die geringere Ungleichverteilung der Einkommen reflektiert sich unter anderem darin, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur gut 50 % der Haushalte Nettoeinkommen hatten, die unter dem arithmetischen Mittelwert von 1 198 Euro lagen. Das waren rund 600 000 Einpersonenrentnerhaushalte.

Für die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnen, Bekleidung und Gesundheitspflege setzten Einpersonenrentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet im Jahr 2003 monatlich 541 Euro ein (siehe Anhangtabelle 8). Damit waren bereits 79,3 % des Haushaltsnettoeinkommens gebunden. 1998 waren es erst 77,3 % gewesen. Bei den Haushalten der zweiten Dezilgruppe lagen diese Werte bei 602 Euro bzw. 70,4 %. Dieser Sachverhalt engt die Handlungsspielräume bei der Gestaltung der weiteren Ausgaben der betroffenen Haushalte stark ein. Allein lebende Rentnerinnen und Rentner der untersten Dezilgruppe im Osten setzten monatlich 487 Euro für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ein, womit 73,3 % des Nettoeinkommens aufgezehrt waren (1998: 70,8 %). Wie in einem später erscheinenden Beitrag in dieser Zeitschrift noch gezeigt wird, gehörten viele Einpersonenrentnerhaushalte der unteren Dezilgruppen während der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit offensichtlich zu den Niedrigeinkommensbeziehern. Damit waren ihre Möglichkeiten, Rücklagen für das Alter zu bilden, stark begrenzt. Die in Tabelle 7 und der Anhangtabelle 8 ausgewiesenen Indikatoren für Einpersonenrentnerhaushalte in den unteren Dezilgruppen deuten darauf hin, dass diese Haushalte am allgemeinen Wohlstandsniveau in Deutschland nur partiell teilhaben. Es verwundert deshalb nicht, dass Einpersonenrentnerhaushalte der untersten Dezilgruppen sich in der Regel „Extras“ nicht leisten können. Schon Reparaturkosten für einen defekten Kühlschrank werden zu einer außergewöhnlichen Belastung.

Gutsituierte Rentnerinnen und Rentner der zehnten Dezilgruppe gaben im Jahr 2003 für die Grundbedürfnisse Ernährung, Kleidung, Wohnung und Gesundheitspflege im früheren Bundesgebiet 1 305 Euro und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 898 Euro monatlich aus. Das waren lediglich 36,2 bzw. 42,9 % ihres Haushaltsnettoeinkommens. Diese Haushalte verwendeten im Westen monatlich 2 267 Euro für den privaten Konsum, also gut dreimal so viel wie Haushalte der ersten Dezilgruppe. Im Osten waren es 1 663 Euro bzw. 2,5-mal so viel wie beim gleichen Haushaltstyp der untersten Dezilgruppe. Bei den Ausgaben für Ernährung und Nach-

richtenübermittlung wurden die geringsten Unterschiede zwischen der obersten und der untersten Dezilgruppe in West und Ost sichtbar. Einpersonenrentnerhaushalte der zehnten Dezilgruppe im Westen gaben 201 Euro (Osten: 188 Euro) aus, das heißt 1,4- bzw. 1,5-mal so viel wie Haushalte der ersten Dezilgruppe. Für Nachrichtenübermittlung lag das Verhältnis beim 1,7- bzw. 1,8-Fachen. Bei diesen und weiteren Gütergruppen schöpfen Einpersonenrentnerhaushalte der oberen Dezilgruppen ihre finanziellen Spielräume für den privaten Konsum lediglich partiell aus, wahrscheinlich aufgrund langjähriger Gewohnheiten, die eine gewisse Konstanz beim Kaufverhalten mit sich bringen. Wer beispielsweise in jungen Jahren wegen der Versorgung und Ausbildung der Kinder oder der Rückzahlungsverpflichtungen nach dem Kauf eines Eigenheimes an den täglichen Ausgaben sparen musste, wird sein Ausgabeverhalten im Alter in der Regel nicht grundlegend ändern.

Einpersonenrentnerhaushalte im obersten Einkommensbereich nutzten ihre finanziellen Spielräume aber durchaus, um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, die Alltagsarbeit zu reduzieren oder die Lebensführung bequemer zu gestalten. So gaben Einpersonenrentnerhaushalte der zehnten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet monatlich 227 Euro für Verkehr, 282 Euro für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, 149 Euro für Innenausstattung und 103 Euro für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen aus. Auch setzten sie mehr Geld für die gesundheitliche Prävention (117 Euro) ein. Anzunehmen ist, dass die gutsituierten Haushalte hohe Eigenanteile für Arznei-, Hilfs- und Heilmittel hatten: Die für diese Gütergruppen eingesetzten Beträge waren rund fünfmal, bei den Verkehrsausgaben fast neunmal so hoch wie bei Haushalten der untersten Dezilgruppe.

Auch bei den ostdeutschen Einpersonenrentnerhaushalten differierten die Ausgaben für bestimmte Gütergruppen bzw. Dienstleistungen zwischen der untersten und obersten Dezilgruppe erheblich: So wurden für Verkehrsausgaben einerseits 15 Euro, andererseits 179 Euro, das ist fast der zwölfwache Betrag, eingesetzt. Beträchtliche Unterschiede zeigten sich auch bei den Freizeitausgaben (erste Dezilgruppe: 70 Euro, zehnte Dezilgruppe 266 Euro), den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (16 bzw. 59 Euro) und der Innenausstattung (27 bzw. 95 Euro) sowie bei der Gesundheitspflege (14 bzw. 75 Euro). Einpersonenrentnerhaushalte im Osten hatten durchgängig bis zur fünften Dezilgruppe keine statistisch relevanten Ausgaben für Pauschalreisen. Selbst bei den Haushalten der obersten Dezilgruppen gab nur jeder dritte Befragte im Westen an, Geld für Pauschalreisen auszugeben, das waren für die Betroffenen gut 280 Euro. Im Osten setzten 40 % der Einpersonenrentnerhaushalte der zehnten Dezilgruppe rund 260 Euro für Pauschalreisen ein. Die Betragshöhe lässt vermuten, dass sich darunter neben selbst finanzierten Kuraufenthalten und mehrwöchigen Erholungsreisen auch eine erhebliche Zahl von Kurzreisen, wie Tages- und Halbtags-Exkursionen, sogenannte Kaffeefahrten, befinden. Rentner verfügen zwar nach Beendigung ihres Erwerbslebens

23) Schon von einem Rückgang zu sprechen, erscheint nicht angemessen, da sich an der EVS 2003 nur wenige Berliner Haushalte beteiligt haben. Rentner aus dem Ostteil der Stadt haben durchschnittlich höhere Rentenbezüge als solche in den übrigen Gebieten der ehemaligen DDR. Die Zahlbeträge betragen 2003 im Schnitt 816 Euro insgesamt, wegen Alters 919 Euro. Siehe Fußnote 8, S. 109 ff.

über zeitliche Ressourcen zum Reisen, oft mangelt es ihnen jedoch an den finanziellen Voraussetzungen oder an der Mobilität.

Die vorstehend getroffene Aussage zum Reiseverhalten gilt auch dann, wenn die Befragungsdaten für die rund 5 Mill. Zweipersonenrentnerhaushalte einbezogen werden. An dieser Stelle sei vorweggenommen, dass gut ein Drittel der Haushalte der zehnten Dezilgruppe im Westen und jeder zweite dieser Haushalte im Osten Geld für Pauschalreisen ausgaben, für die Betroffenen waren das im Jahr 2003 rund 480 Euro im früheren Bundesgebiet und fast 425 Euro in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Auch Individualreisen, zu denen aus der EVS lediglich mittelbare Angaben vorliegen, ändern das gezeichnete Bild kaum.

Ebenso wie bei den Einpersonentnerhaushalten nahmen im betrachteten Zeitraum auch bei den Zweipersonentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet die Unterschiede zwischen dem Einkommen der ersten und der zehnten Dezilgruppe weiter zu. Zweipersonentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe hatten im Jahr 2003 im Westen mit 1 145 Euro Nettoeinkommen nur unwesentlich mehr als 1998 (1 123 Euro). Das Wachstum von 2% lag weit unter dem Preisanstieg in diesem Zeitraum von 6,6%. Damit mussten Haushalte der untersten Dezilgruppe Realeinkommensverluste von rund 4% hinnehmen. Auf 16% belief sich dagegen der Zuwachs der Haushaltsnettoeinkommen bei den Zweipersonentnerhaushalten der obersten Dezilgruppe. Wie aus Tabelle 8 zu ersehen, betrug deren

Nettoeinkommen 5 532 Euro (1998: 4 771 Euro). Diese Haushalte nahmen 4,8-mal so viel ein wie diejenigen der ersten Dezilgruppe. 1998 waren es erst gut 4,2-mal so viel gewesen. Auch im Osten vergrößerte sich zwischen 1998 und 2003 die Ungleichverteilung der Einkommen. Das im früheren Bundesgebiet festgestellte hohe Maß wurde allerdings noch nicht erreicht. Zweipersonentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe kamen 2003 in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf ein Haushaltsnettoeinkommen von 1 221 Euro (1998: 1 110 Euro), die der zehnten Dezilgruppe auf 3 710 Euro (1998: 2 993 Euro). Die Wachstumsrate im betrachteten Zeitabschnitt betrug bei den niedrigen Einkommen 10%, bei den hohen Einkommen jedoch 24%.

Die Ausgaben zur Befriedigung der Grundbedürfnisse betragen bei den Zweipersonentnerhaushalten in der untersten Dezilgruppe im Westen 854 Euro, im Osten 781 Euro. Durch diese Ausgaben wurden 74,6 bzw. 64% des Haushaltsnettoeinkommens gebunden (siehe Anhangtabelle 9). Zweipersonentnerhaushalte der obersten Dezilgruppe im Westen setzten 2003 monatlich 1 960 Euro ein, um ihre Grundbedürfnisse (Wohnen, Ernährung, Bekleidung und Gesundheit) zu befriedigen, die entsprechenden Haushalte im Osten 1 361 Euro. Das war das 2,3-fache bzw. 1,7-fache der Summe, die Zweipersonentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe dafür verwendeten. Gut situierte Haushalte im früheren Bundesgebiet gaben – verglichen mit den Haushalten der ersten Dezilgruppe – mehr als das 10-fache für Pauschalreisen und jeweils rund das 6-fache für die Innenausstattung, für Übernachtungen in Hotels und anderen

Tabelle 8: Einkommen, Ausgaben und Ersparnis in Zweipersonentnerhaushalten¹⁾ nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

... Dezilgruppe	Hochgerechnete Haushalte		Haushaltsnettoeinkommen		Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen		Private Konsumausgaben		Übrige Ausgaben ²⁾		Ersparnis	
	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003
	1 000		Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR									
Früheres Bundesgebiet												
1.	342	377	1 123	1 145	1 147	1 173	1 207	1 242	96	66	-118	-134
2.	338	377	1 450	1 556	1 454	1 603	1 393	1 600	124	75	-1	-73
3.	340	376	1 666	1 806	1 686	1 834	1 667	1 772	165	114	-81	-52
4.	340	378	1 856	2 036	1 882	2 059	1 771	1 870	180	124	-43	65
5.	340	378	2 032	2 268	2 077	2 288	1 917	2 082	205	182	-16	25
6.	339	376	2 233	2 479	2 263	2 529	2 104	2 349	210	202	-6	-22
7.	339	377	2 470	2 733	2 503	2 815	2 154	2 479	301	290	79	45
8.	340	378	2 775	3 066	2 887	3 100	2 443	2 634	315	236	156	231
9.	339	376	3 238	3 575	3 336	3 666	2 703	3 027	502	401	180	238
10.	340	379	4 771	5 532	4 853	5 607	3 434	3 779	766	863	649	965
Insgesamt	3 397	3 774	2 361	2 621	2 409	2 669	2 079	2 284	286	256	80	129
10./1. Dezil	X	X	4,2	4,8	4,2	4,8	2,8	3,0	8,0	13,1	X	X
Neue Länder und Berlin-Ost												
1.	(104)	(119)	(1 110)	(1 221)	(1 118)	(1 229)	(1 209)	(1 236)	(81)	(52)	(-134)	(-60)
2.	105	122	1 385	1 544	1 398	1 554	1 318	1 513	101	81	28	-39
3.	106	121	1 538	1 782	1 556	1 809	1 447	1 753	106	128	65	-73
4.	102	120	1 665	1 973	1 692	1 982	1 398	1 784	175	118	180	80
5.	105	121	1 788	2 118	1 818	2 132	1 726	1 982	163	125	-16	24
6.	104	121	1 901	2 250	1 955	2 280	1 801	1 938	172	128	37	215
7.	104	121	2 016	2 409	2 070	2 420	1 818	2 128	181	222	82	70
8.	105	121	2 166	2 588	2 209	2 604	1 859	2 237	166	236	209	131
9.	104	121	2 384	2 858	2 420	2 896	2 002	2 334	208	313	221	249
10.	104	121	2 993	3 710	3 068	3 756	2 255	2 557	302	376	535	824
Insgesamt	1 043	1 209	1 894	2 246	1 930	2 267	1 683	1 947	165	178	120	142
10./1. Dezil	X	X	2,7	3,0	2,7	3,1	1,9	2,1	3,7	7,2	X	X

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

Unterkünften sowie für Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, Kantinen, Imbissständen usw. aus. Hinzu kamen noch 13-mal so hohe übrige Ausgaben (u. a. freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung, Kraftfahrzeugsteuer, Geldgeschenke, Unterhaltszahlungen), die monatlich mehr als 860 Euro ausmachten. Die Höhe dieser Ausgaben ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass in der betreffenden Dezilgruppe überwiegend Rentnenempfänger vertreten waren, die freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung zahlten. Etwas moderater gestalteten sich diese Verhältnisse bei den ostdeutschen Haushalten.

Trotz der weiten Streuung der Nettoeinkommen kann aufgrund der vorliegenden Daten der EVS 2003 davon ausgegangen werden, dass die Mehrzahl der Zweipersonenrentnerhaushalte über eine solide finanzielle Grundlage verfügt, um die nötigen Ausgaben für die Lebensführung bestreiten zu können, wenn nicht außergewöhnliche Lebensumstände, etwa durch komplizierte chronische Krankheiten oder dauerhafte Pflegefälle, eintreten. Die Haushaltsnettoeinkommen von Zweipersonenrentnerhaushalten waren – sicher auch infolge der früheren Berufstätigkeit vieler Frauen – in der Regel bis in die sechste Dezilgruppe im Westen 1,8-mal und im Osten teilweise doppelt so hoch wie die von Einpersonrentnerhaushalten in den entsprechenden Dezilgruppen. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass durch das gemeinsame Wohnen und Wirtschaften die Haushaltsführung effizienter ist als bei Einpersonenhaushalten. Bei der insgesamt guten wirtschaftlichen Lage der Mehrzahl der Zweipersonenrentnerhaushalte darf nicht unerwähnt bleiben, dass Rentnerinnen und Rentner, die in Haushalten der ersten bis dritten Dezilgruppe leben, weder im Westen noch im Osten imstande waren, eine ausgeglichene Bilanz zwischen ihren monatlichen Einnahmen und Ausgaben (privater Konsum plus übrige Ausgaben) herzustellen, obgleich sie im zwei- bzw. teilweise dreistelligen Bereich entsparten. Im Westen galt das auch noch für Haushalte der sechsten Dezilgruppe. Insgesamt betroffen waren gut 1,5 Mill. Zweipersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet und rund 360 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Anhangtabelle 10 enthält die nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens ermittelten geschlechtsspezifischen Daten zum privaten Konsum in Deutschland. Die noch immer bestehenden Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West werden bei dieser Darstellung verwischt. Für die Untersuchung von Übereinstimmungen und Abweichungen des privaten Konsums von allein lebenden Rentnerinnen und Rentnern nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens musste trotzdem diese Herangehensweise gewählt werden. Im Jahr 2003 waren nur 148 Haushalte allein lebender Rentner aus den neuen Ländern und Berlin-Ost in der Stichprobe vertreten. Damit verbieten sich wegen hoher statistischer Unsicherheiten Dezilbetrachtungen getrennt nach Gebietsständen. Selbst bei den Daten für Deutschland ist eine vorsichtige Interpretation geboten,

da lediglich 961 allein lebende Rentner an der EVS 2003 teilgenommen haben.

Wie Anhangtabelle 6 zeigt, waren 2003 bei den allein lebenden Rentnern extreme Einkommensunterschiede festzustellen. Rentner der ersten Dezilgruppe kamen auf ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 648 Euro, für die zehnte Gruppe betrug es 4 223 Euro, also 6,5-mal so viel. Allein lebende Rentner der untersten Dezilgruppe hatten ein geringeres Nettoeinkommen als Rentnerinnen der gleichen Dezilgruppe. Bei den Haushalten der zweiten Dezilgruppe fanden sich keine geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. Ab der dritten Dezilgruppe stiegen dann die Haushaltsnettoeinkommen allein lebender Rentner schneller als die der Rentnerinnen. Ob die Spreizung der Nettoeinkommen bei den allein lebenden Männern bis zur folgenden Erhebungsperiode weiter zunehmen wird, bleibt abzuwarten, da gegenwärtig zwei gegenläufige Tendenzen auf die Entwicklung einwirken. Zum einen kann sich der Anteil der Niedrigrentenbezieher vergrößern, wenn sich die Arbeitsmarktbedingungen für Ältere nicht grundlegend verbessern. Haben diese keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz, so sind sie gezwungen, in den Ruhestand zu treten, bei teilweise erheblichen Abschlägen von der Rentenhöhe. Zum anderen ergeben sich Auswirkungen aus dem im Juni 2004 verabschiedeten Alterseinkünftegesetz²⁴). Dieses sieht vor, dass Renten ab dem Jahr 2005 versteuert werden. Ob tatsächlich Steuern zu zahlen sind, hängt von den persönlichen Verhältnissen ab. Schätzungsweise blieben im Jahr 2005 drei Viertel aller Rentnerhaushalte steuerfrei. Die Besteuerung der Alterseinkünfte von Rentnerinnen und Rentnern mit hohen Renten wird langfristig jedoch zu einem Rückgang des Netto-Gesamtversorgungsniveaus führen. Demgegenüber soll dies bei Geringverdienenden langfristig ansteigen.²⁵)

Der Anhangtabelle 6 ist zu entnehmen, dass 60 % der Haushalte von allein lebenden Rentnerinnen in Deutschland das durchschnittliche Nettoeinkommen von 1 435 Euro nicht erreichten. Bei den allein lebenden Rentnern betrug dieses im Jahr 2003 1 633 Euro und 70 % der Haushalte konnten nicht darauf zurückgreifen. Allein lebende Rentner wiesen bis zur siebten Dezilgruppe – mit Ausnahme der fünften Dezilgruppe – negative Ersparnisse zwischen 23 Euro und 314 Euro auf. Entsparen kann nicht von vornherein als negativer Vorgang gewertet werden, vor allem dann nicht, wenn in der Phase der Erwerbstätigkeit Geld zurückgelegt worden war, um im Alter für die Wechselfälle des Lebens gerüstet zu sein und zu verhindern, dass der gewohnte Lebensstandard infolge der niedrigeren Alterseinkünfte einschneidend sinkt. Bedenklich stimmen die in der Anhangtabelle 6 ausgewiesenen Zahlen aber insofern, als vorwiegend die Niedrigeinkommensbezieher entsparten. Im Kontext mit der vorgesehenen Analyse der Geldvermögensverteilung wird zu untersuchen sein, inwieweit die vorgenannten Haushaltsgruppen ihre Ersparnisse möglicherweise bereits aufgebraucht haben.

24) Gesetz zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz – AltEinkG) vom 9. Juli 2004 (BGBl. I S. 1427). Statt der bisherigen Ertragsanteile werden bei den Bestandsrentnern im Jahr 2005 zunächst 50 % der Bruttorente als steuerpflichtiges Einkommen angesetzt. Hinzu kommen wie bisher weitere Einkünfte (Betriebsrente, Miete, Zinsen usw.). Der einmal ermittelte hälftige steuerpflichtige Rentenbetrag bleibt für den Steuerpflichtigen für alle Jahre als Euro-Betrag konstant und wächst mit eventuellen Rentenanpassungen nicht mit. Für Neurentner steigt der steuerpflichtige Anteil bis 2020 in 2 %-Schritten bis auf 80 % und von 2021 bis 2040 in 1 %-Schritten bis auf 100 %. Im Gegenzug werden Erwerbstätige steuerlich entlastet. Im Jahr 2005 können 60 % der Beträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zusammen) und zu bestimmten weiteren Altersvorsorgesystemen von der Einkommensteuer freigestellt werden, allerdings nur bis zu einem Höchstbetrag von 12 000 Euro. Dieser von der Einkommensteuer abziehbare Anteil steigt in den Folgejahren jeweils um 2 Prozentpunkte und endet schließlich im Jahr 2025 bei 100 %, höchstens jedoch 20 000 Euro. Siehe Mitteilungen der BfA Nr.2/2004 vom 30. Juli 2004, Blatt 7 ff.

25) Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): „Alterssicherungsbericht 2005“, Kurzfassung S. 19 ff.

Allein lebende Rentnerinnen in Deutschland gaben im Jahr 2003 zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse (Ernährung, Wohnen, Bekleidung, Gesundheitspflege) in der ersten Dezilgruppe monatlich 526 Euro und in der zehnten 1 256 Euro aus, das waren 77 % bzw. 40,1 % ihres Haushaltsnettoeinkommens (siehe Anhangtabelle 10). Bei den allein lebenden Rentnern lagen diese Werte bei 502 Euro bzw. 1 290 Euro, das entsprach Anteilen am Haushaltsnettoeinkommen von 77,5 bzw. 30,5%. Männer und Frauen der unteren Dezilgruppen lebten – ausgehend von den Marktpreisen für Wohnraum – offensichtlich nicht nur in kleinen Wohnungen, sondern auch in weniger komfortablen²⁶⁾. Die Höhe der Ausgaben für Energie lässt vermuten, dass allein lebende Rentner seltener Waschmaschinen benutzen, weniger heizen bzw. nicht so oft warme Mahlzeiten zubereiten wie Rentnerinnen. Insgesamt ist festzustellen, dass die relativen Unterschiede der Ausgaben zwischen erster und zehnter Dezilgruppe bei den Verkehrsausgaben am größten sind. Allein lebende Rentner der obersten Dezilgruppe setzten hierfür den 8,7-fachen Betrag ein, den Haushalte der ersten Dezilgruppe verausgabten, bei Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättenwesens waren es 8,2-mal, bei anderen Waren und Dienstleistungen war es mehr als siebenmal so viel. Bei rund dem Fünffachen bewegten sich die Ausgaben für Innenausstattung, Gesundheitspflege, Bekleidung und Schuhe sowie Freizeit. Etwas moderater blieben die Ausgabenunterschiede zwischen der ersten und der zehnten Dezilgruppe – abgesehen von den Verkehrsausgaben – bei den allein lebenden Rentnerinnen. Die deutlich höheren Konsumausgaben der obersten Dezilgruppe sind nicht nur ein Spiegelbild der größeren finanziellen Reserven, über die gutsituierte Haushalte auch als allein Lebende verfügen. Tabelle 7 ist zu entnehmen, dass Einpersonrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet bis zur siebten Dezilgruppe – ausgenommen die dritte – mehr für den Kauf von Gütern und Leistungen sowie für „Übriges“ ausgaben, als ihnen als Nettoeinkommen zur Verfügung stand; das betraf rund 2,3 Mill. Haushalte. Dazu kamen fast 500 000 Haushalte aus den neuen Ländern und Berlin-Ost, auf die das ebenfalls zutraf. Nun mag eingewendet werden, allein Lebende gingen zu großzügig mit dem Geld um. Dieses Argument wird einerseits dadurch entkräftet, dass Haushalte, die Buch führen, im Allgemeinen ihr Ausgabeverhalten stetig kontrollieren und nicht unbedingt notwendige Käufe vermeiden. Andererseits belegt die Höhe und Struktur der Ausgaben, dass das Konsumniveau bereits relativ niedrig ist und sich bei den vorgenannten Haushalten nur in Ausnahmefällen weiter reduzieren lässt. Weil die Renten letztmalig 2003 erhöht wurden, die Kosten für die Lebenshaltung aber zwischenzeitlich stiegen, dürfte sich die materielle Lage dieser Haushalte weiter verschlechtern haben. Da das Rentenniveau allmählich, für die Neuzugänge teilweise drastisch verringert wurde und immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit längeren Phasen der Arbeitslosigkeit in den Ruhestand gehen, was sich in spürbar geringeren Rentensprüchen niederschlägt, ist nicht auszuschließen, dass es neben Kinderarmut in Deutschland künftig auch Altersarmut geben wird.

Einkommensverhältnisse von Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten

Im Gegensatz zu den fast 9,8 Mill. Rentnerhaushalten umfasste die Gruppe der Pensionärshaushalte in Deutschland 2003 lediglich 1 450 000 Haushalte. Darunter befanden sich 885 000 Zwei- und 412 000 Einpersonenhaushalte. Verglichen mit 1998 ist die Zahl der allein lebenden Pensionäre kräftig gestiegen. Das Fehlen des Berufsbeamtentums in der ehemaligen DDR sowie die restriktive Verbeamtungspolitik nach der deutschen Vereinigung führten dazu, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur vereinzelt Pensionärshaushalte anzutreffen sind. An der EVS 2003 hatten – trotz gezielter Werbeaktionen der Statistischen Landesämter – lediglich zwei Ein- und zwanzig Zweipersonenpensionärshaushalte aus den neuen Ländern und Berlin-Ost teilgenommen, woraus sich keine statistisch verwertbaren Ergebnisse ableiten lassen. Im Folgenden werden deshalb ausschließlich Einkommenslage, Einkommensverteilung und Verbrauchsniveau von Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten im früheren Bundesgebiet betrachtet.

Allein lebende Pensionempfänger und -empfängerinnen hatten im Jahr 2003 ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von monatlich 3 125 Euro (siehe Tabelle 9). Gegenüber 1998 waren das 5,9 % mehr. Der Zuwachs war geringer als der Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Zeitraum in Höhe von 6,6%. Die Hauptsäule der Alterseinkommen für die Einpersonpensionärshaushalte bildeten die Bruttopensionen. Ihr Anteil am Bruttoeinkommen machte 66,1 % (1998: 68,4 %) aus. Die Bruttopensionen erhöhten sich um 0,4 %, von durchschnittlich 2 334 Euro im Jahr 1998 auf 2 343 Euro im Jahr 2003. Fast 14 % des Bruttoeinkommens entstanden durch Einnahmen aus Vermögen, das waren 492 Euro. Während der Mietwert der Eigentümerwohnung mit 277 Euro nahezu unverändert blieb, stiegen die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von 88 Euro (1998) auf 138 Euro (2003). Aus der gesetzlichen Rentenversicherung und den übrigen Rentenquellen flossen den Haushalten im Schnitt monatlich 183 Euro zu.

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen allein lebender Pensionäre war 2003 im Schnitt mit 3 125 Euro gut doppelt so hoch wie das der Einpersonrentnerhaushalte (1 650 Euro). Die höheren Alterseinkommen der Pensionäre liegen einerseits in der anderen Konstruktion des Alterssicherungssystems, andererseits aber auch darin begründet, dass Beamte – bedingt durch die zum Teil höhere Qualifikation – ein höheres Arbeitseinkommen erzielen als Arbeiter und Angestellte. Die Beamtenversorgung basiert auf der Dauer der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit und der Besoldungsstufe des zuletzt innegehabten Amtes. Nach 40 ruhegehaltstfähigen Dienstjahren erreicht ein Beamter oder eine Beamtin eine Höchstpension von 75 % der letzten Besoldung (nach dem neuen Versorgungsrecht werden es künftig 71,13 % sein). Darüber hinaus erhielten ehemalige Beamte und Richter bis 2003 neben den zwölf monatlichen Auszahlungen ihrer Versorgungsbezüge noch zusätzlich eine Son-

²⁶⁾ Wie im Aufsatz über die Vermögensverhältnisse von Rentner- und Pensionärshaushalten zu sehen sein wird, der in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift erscheinen wird, verfügen Haushalte der unteren Dezilgruppen kaum über Wohneigentum.

Tabelle 9: Budgets der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte¹⁾
 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
 Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	1998	2003	
Einpersonnenpensionärshaushalte			
Erfasste Haushalte (Anzahl)	428	466	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	263	411	
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR			
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(44)	(50)	
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	477	492	
darunter:			
aus Vermietung und Verpachtung	(88)	(138)	
Mietwert der Eigentümerwohnung	279	277	
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	2744	3 002	
darunter:			
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch	} 2 334	2 263	
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene			(80)
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung und aus Zusatzversorgungen, berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen			198
Werks- und Betriebsrenten	/	/	
Wohngeld	-	-	
Haushaltsbruttoeinkommen	3 413	3 544	
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	439	395	
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	23	24	
Haushaltsnettoeinkommen	2 951	3 125	
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(35)	20	
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 986	3 145	
Private Konsumausgaben	2 303	2 338	
Übrige Ausgaben ³⁾	509	559	
dar.: Versicherungsbeiträge	213	233	
Ersparnis	174	249	
Zweipersonnenpensionärshaushalte			
Erfasste Haushalte (Anzahl)	1 734	1 727	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	756	878	
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR			
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	185	217	
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	659	713	
darunter:			
aus Vermietung und Verpachtung	105	140	
Mietwert der Eigentümerwohnung	433	450	
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	3 020	3 657	
darunter:			
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch	} 2 386	2 605	
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene			/
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung und aus Zusatzversorgungen, berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen			383
Werks- und Betriebsrenten	(15)	21	
Wohngeld	-	/	
Haushaltsbruttoeinkommen	4 072	4 588	
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	296	302	
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	62	75	
Haushaltsnettoeinkommen	3 714	4 211	
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	62	72	
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 776	4 283	
Private Konsumausgaben	2 950	3 277	
Übrige Ausgaben ³⁾	596	663	
dar.: Versicherungsbeiträge	271	336	
Ersparnis	230	343	

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung vermindert um Unterhaltskosten für selbst genutzte Immobilien. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

derzahlung. Ab dem Jahr 2004 ist diese für Bundesbeamte und -beamtinnen auf 4,17 % der jährlichen Versorgungsbezüge festgeschrieben.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass noch Beiträge für die private Kranken- und Pflegeversicherung zu zahlen sind. Die Höhe der Pensionen der gegenwärtigen Alterskohorten führte bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im

Jahr 2003 zu einem auffallenden Ergebnis: Während Einpersonnenrentnerhaushalte – wie schon bei vorangegangenen Erhebungen – bei weitem nicht das Einkommensniveau der Haushalte von allein lebenden Erwerbstätigen erreichten, hatten Einpersonnenpensionärshaushalte im Jahr 2003 ein höheres Nettoeinkommen als Einpersonnenbeamtenhaushalte. Im Schnitt kamen Erstere auf 3 125 Euro, Letztere auf 2 739 Euro. In der EVS findet sich zu diesem Tatbe-

stand, dass Ruheständler ein höheres Einkommen erzielten als aktive Beamte, keine schlüssige Erklärung. Möglicherweise war unter den aktiven Beamten der Anteil derjenigen Beamten, die sich im Eingangsamt befanden, relativ hoch. Auch die finanziellen Rücklagen waren noch gering: So hatten allein lebende Beamte und Beamtinnen durchschnittlich rund 180 Euro weniger Vermögenseinnahmen als Ruheständler.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Nettoeinkommen zwischen Pensionsempfängerinnen und -empfängern waren im Jahr 2003 marginal, mit 3 088 Euro (1998: 2 945 Euro) lagen die Nettoeinkommen der Pensionäre um 2,6% über denen der allein lebenden Pensionärinnen (2003: 3 169 Euro, 1998: 2 957 Euro, siehe Tabelle 10).

Zweipersonenpensionärshaushalte erzielten im Jahr 2003 ein Nettoeinkommen von 4 211 Euro. Verglichen mit dem

Tabelle 10: Budgets der Einpersonnenpensionärshaushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	1998	2003
Allein lebende Pensionärinnen		
Erfasste Haushalte (Anzahl)	220	234
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	134	219
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR		
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	/	/
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	447	452
darunter:		
aus Vermietung und Verpachtung	(65)	(101)
Mietwert der Eigentümerwohnung	257	282
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	2 946	2 993
darunter:		
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch	} 2 321	2 135
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene		
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung und aus Zusatzversorgungen, berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen	(225)	(211)
Werks- und Betriebsrenten	/	/
Wohngeld	-	/
Haushaltsbruttoeinkommen	3 419	3 483
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	451	372
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	23	24
Haushaltsnettoeinkommen	2 945	3 088
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(8)	(9)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 990	3 097
Private Konsumausgaben	2 412	2 388
Übrige Ausgaben ³⁾	428	455
dar.: Versicherungsbeiträge	226	227
Ersparnis	149	253
Allein lebende Pensionäre		
Erfasste Haushalte (Anzahl)	208	232
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	130	192
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR		
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(24)	(64)
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	508	538
darunter:		
aus Vermietung und Verpachtung	(113)	(180)
Mietwert der Eigentümerwohnung	302	272
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	2 836	3 012
darunter:		
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch	} 2 347	2 411
Bruttopensionen der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene		
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung und aus Zusatzversorgungen, berufsständischen Versorgungswerken, landwirtschaftlichen Alterskassen und Pensionen	(163)	(150)
Werks- und Betriebsrenten	/	/
Wohngeld	-	/
Haushaltsbruttoeinkommen	3 407	3 615
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	426	422
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	24	24
Haushaltsnettoeinkommen	2 957	3 169
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	/	(32)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 983	3 201
Private Konsumausgaben	2 190	2 279
Übrige Ausgaben ³⁾	593	678
dar.: Versicherungsbeiträge	199	239
Ersparnis	200	243

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung vermindert um Unterhaltskosten für selbst genutzte Immobilien. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

Jahr 1998 waren das 13,4% mehr. Die Zuwächse ergaben sich durch höhere Bruttopensionen (1998: 2386 Euro, 2003: 2605 Euro) und höhere Vermögenseinnahmen der in der Stichprobe vertretenen Haushalte (siehe Tabelle 9). Außerdem erhielten diese Haushalte noch 414 Euro Rente der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. aus betrieblichen und anderen Zusatzversorgungssystemen. Das Pro-Kopf-Einkommen der Paarhaushalte lag um fast ein Drittel unter dem der Einpersonnenpensionärshaushalte; bei den Rentnern im früheren Bundesgebiet hatten Paarhaushalte pro Kopf etwa 15% weniger Einkommen als Haushalte von allein Lebenden. Pensionäre scheinen demnach während ihrer aktiven Laufbahn öfter alleinige Verdiener im Haushalt gewesen zu sein. Die Haushaltsnettoeinkommen von Zweipersonnenpensionärshaushalten lagen 2003 um knapp 1600 Euro pro Monat höher als die von Zweipersonnenrentnerhaushalten.

Beim Vergleich der Haushaltsnettoeinkommen dieser beiden sozialen Gruppen muss allerdings noch die unterschiedliche Verbuchung der Beiträge zur Krankenversicherung beachtet werden. Bei Rentnern, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind, werden die gezahlten Beiträge von der Bruttorente abgezogen. Bei Pensionsempfängern und -empfängerinnen, die in der Regel privat versichert sind, werden die gezahlten Krankenversicherungsbeiträge – ebenso wie bei den freiwillig versicherten Rentnern – selbst entrichtet und bei den übrigen Aus-

gaben verbucht. Die dafür verausgabten Beträge (je nach Haushaltsgröße 177 Euro bzw. 261 Euro bei Pensionären und 12 Euro bzw. 25 Euro bei Rentnern) müssten von den Haushaltsnettoeinkommen abgezogen werden. Berücksichtigt werden muss ferner, dass die Rückerstattungen privater Krankenkassen bzw. die Beihilfen des öffentlichen Dienstes für Behandlungskosten, Arznei- und Hilfsmittel die Einkommen der Pensionäre erhöhen. Durchschnittlich beliefen sich die Einnahmen aus Beihilfen des öffentlichen Dienstes für alle Pensionärshaushalte auf 212 Euro (für die von Zahlungen betroffenen waren es 588 Euro).

Die Einkommensposition der allein lebenden Pensionsempfänger und -empfängerinnen erlaubte es ihnen, auch im Alter noch im Schnitt monatlich 249 Euro zu sparen. Bei den Zweipersonnenpensionärshaushalten betrug die durchschnittliche Ersparnis 343 Euro pro Monat.

Höhe und Struktur des privaten Konsums in Ein- und Zweipersonnenpensionärshaushalten

Im Jahr 2003 gaben Einpersonnenpensionärshaushalte im Schnitt monatlich 2338 Euro (1998: 2303 Euro) und Zweipersonnenpensionärshaushalte 3277 Euro (1998: 2950 Euro) für den privaten Konsum aus (siehe Tabelle 11). Das

Tabelle 11: Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Konsum der Ein- und Zweipersonnenpensionärshaushalte¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einpersonnenpensionärshaushalte		Zweipersonnenpensionärshaushalte	
	EUR	%	EUR	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)	466		1727	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	411		878	
Durchschnitt je Haushalt und Monat				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	209	8,9	363	11,1
Nahrungsmittel	161	6,9	290	8,8
alkoholfreie Getränke	15	0,6	25	0,8
alkoholische Getränke	22	0,9	38	1,2
Tabakwaren	(11)	(0,5)	10	0,3
Bekleidung und Schuhe	81	3,5	144	4,4
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	755	32,3	910	27,8
darunter:				
Wohnungsmiete	528	22,6	636	19,4
Energie	127	5,4	150	4,6
Innenausstattung	138	5,9	200	6,1
Gesundheitspflege	368	15,7	498	15,2
Verkehr	203	8,7	407	12,4
darunter:				
Kraftstoffe und Schmiermittel	50	2,1	83	2,5
Fremde Verkehrsdienstleistungen	32	1,4	36	1,1
Nachrichtenübermittlung	53	2,3	60	1,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	270	11,6	382	11,7
darunter:				
Freizeit und Kulturdienstleistungen	71	3,0	81	2,5
Zeitungen, Zeitschriften	24	1,0	29	0,9
Bücher	24	1,0	17	0,5
Pauschalreisen	61	2,6	125	3,8
Bildungswesen	(8)	(0,4)	7	0,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	125	5,4	175	5,3
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	94	4,0	128	3,9
Andere Waren und Dienstleistungen	126	5,4	131	4,0
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	26	1,1	36	1,1
Private Konsumausgaben	2338	100	3277	100
Nachrichtlich:				
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnettoeinkommen	X	74,8	X	77,8

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

waren 1,5 bzw. 11,1% mehr als 1998. Unter Beachtung der Verbraucherpreisentwicklung in diesem Zeitraum in Höhe von 6,6% nahmen Konsum und Inanspruchnahme von Dienstleistungen bei den Zweipersonenpensionärshaushalten real zu, bei den Einpersonnenpensionärshaushalten dagegen ab. Für das Wohnen verwendeten allein lebende Pensionempfänger/-innen 755 Euro, Paare 910 Euro; für die Gesundheitspflege 368 Euro bzw. 498 Euro. Das waren jeweils die beiden größten Ausgabeposten dieser Haushalte. Die weiteren Plätze waren bei den beiden Haushaltsgruppen von unterschiedlichen Gütergruppen belegt: Allein Lebende gaben im Jahr 2003 im Schnitt monatlich 270 Euro für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus. Danach folgten bei ihnen die Ausgaben für Ernährung (209 Euro) und Verkehr (203 Euro). Diese Reihenfolge unterscheidet sich kausal von der bei Zweipersonenpensionärshaushalten wegen des Ausstattungsbestands an Autos. Die Angaben der Einführungsinterviews der EVS zeigen, dass am 1. Januar 2003 in je 100 Haushalten allein lebender Pensionäre im früheren Bundesgebiet 72, bei den Pensionärinnen 64, bei den Paaren jedoch 107 Personenkraftwagen vorhanden waren. Da Autos nicht nur hohe Anschaffungskosten, sondern auch erhebliche Folgekosten verursachen, erklärt sich, weshalb die Verkehrsausgaben bei Zweipersonenpensionärshaushalten mit 407 Euro den drittgrößten Ausgabeposten dar-

stellen. Erst danach folgten mit 382 Euro je Monat die Aufwendungen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur und mit 363 Euro die für Ernährung. Für die Befriedigung der Grundbedürfnisse Ernährung, Kleidung, Wohnung und Gesundheitspflege setzten Einpersonnenpensionärshaushalte im Schnitt 1 413 Euro, Zweipersonenpensionärshaushalte 1 915 Euro ein. In beiden Gruppen wurde dafür weniger als die Hälfte des Nettoeinkommens gebunden.

Wie Tabelle 12 zeigt, verwendeten allein lebende Pensionärinnen im Jahr 2003 – bei etwas geringerem Nettoeinkommen (3 088 Euro) – mit 2 388 Euro gut 100 Euro mehr für den privaten Konsum als Pensionäre mit 2 279 Euro. In der Ausgabenstruktur zeigten sich Unterschiede bei den Gütergruppen Bekleidung und Schuhe, Gesundheitspflege, Wohnungsmieten, Dienstleistungen für Körperpflege einerseits und Freizeit, Unterhaltung und Kultur andererseits. Für die ersten vier Posten gaben Pensionärinnen mehr aus als Pensionäre; bei dem zuletzt genannten war es umgekehrt.

Angesichts der überdurchschnittlich hohen Alterseinkünfte der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte verwundert es nicht, wenn sie im Jahr 2003 rund 1 000 Euro pro Monat mehr für den privaten Konsum ausgaben als Rentnerhaushalte. Ein Vergleich der Daten aus Tabelle 11 mit denen der Anhangtabelle 3 zeigt, dass Pensionsempfänger und -emp-

Tabelle 12: Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Konsum der Einpersonnenpensionärshaushalte¹⁾ nach dem Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Allein Lebende			
	Pensionärinnen		Pensionäre	
	EUR	%	EUR	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)	234		232	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	219		192	
Durchschnitt je Haushalt und Monat				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	198	8,3	221	9,7
Nahrungsmittel	163	6,8	160	7,0
alkoholfreie Getränke	13	0,6	16	0,7
alkoholische Getränke	12	0,5	33	1,5
Tabakwaren	(10)	(0,4)	(12)	(0,5)
Bekleidung und Schuhe	97	4,1	63	2,8
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	777	32,5	731	32,1
darunter:				
Wohnungsmiete	545	22,8	509	22,3
Energie	127	5,3	127	5,6
Innenausstattung	138	5,8	138	6,1
Gesundheitspflege	429	18,0	299	13,1
Verkehr	191	8,0	217	9,5
darunter:				
Kraftstoffe und Schmiermittel	41	1,7	61	2,7
Fremde Verkehrsdienstleistungen	34	1,4	29	1,3
Nachrichtenübermittlung	51	2,1	55	2,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	264	11,1	277	12,2
darunter:				
Freizeit und Kulturdienstleistungen	70	2,9	71	3,1
Zeitungen, Zeitschriften	22	0,9	26	1,2
Bücher	25	1,1	22	1,0
Pauschalreisen	(60)	(2,5)	(63)	(2,8)
Bildungswesen	(13)	(0,5)	(3)	(0,1)
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	100	4,2	154	6,8
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	69	2,9	122	5,3
Andere Waren und Dienstleistungen	130	5,5	121	5,3
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	36	1,5	15	0,7
Private Konsumausgaben	2 388	100	2 279	100
Nachrichtlich:				
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnettoeinkommen	X	77,3	X	71,9

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

fängerinnen, gleich, ob sie allein oder zu zweit leben, im Jahr 2003 für Käufe bei allen Gütergruppen höhere Beträge einsetzten als Rentner und Rentnerinnen der gleichen Haushaltsgröße. Deutliche Unterschiede wurden bei den Ausgaben für Wohnen, Verkehr, Freizeit, Unterhaltung und Kulturdienstleistungen sowie Gesundheitspflege²⁷⁾ sichtbar. Allein für die Befriedigung der Grundbedürfnisse verwendeten Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte den 1,7- bzw. 1,5-fachen Betrag dessen, was Rentner getätigt hatten. Das waren pro Monat rund 600 Euro mehr, wobei allerdings auch hier wieder die höheren Gesundheitsausgaben der Pensionempfänger und -empfängerinnen hineinspielen.

Verteilung von Einkommen, Ausgaben und Ersparnis bei Pensionärshaushalten nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens im früheren Bundesgebiet

Die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen streuten bei den Einpersonnenpensionärshaushalten²⁸⁾ zwischen 1 398 Euro (1998: 1 450 Euro) in der untersten Dezilgruppe

und 6 704 Euro (1998: 5 615 Euro) in der obersten (siehe Tabelle 13). Die Einkommensdisparitäten nahmen im betrachteten Zeitraum beträchtlich zu. Während die Nettoeinkommen der allein lebenden Pensionempfänger/-innen der ersten Dezilgruppe im Jahr 2003 niedriger waren als 1998 (52 Euro bzw. 3,6%), stiegen diese in der zehnten Gruppe um über 100 Euro bzw. um 19%. Auch beim privaten Konsum war dieser Verlauf zu beobachten. Gaben Einpersonnenpensionärshaushalte der untersten Dezilgruppe 1998 dafür noch 1 277 Euro aus, so waren es 2003 gut 100 Euro weniger, nämlich 1 170 Euro. Dagegen stiegen die Konsumausgaben bei den Haushalten der obersten Dezilgruppe von 3 603 Euro im Jahr 1998 auf 4 688 Euro im Jahr 2003. Diese Haushalte gaben viermal so viel für den privaten Konsum aus wie Einpersonnenpensionärshaushalte der ersten Dezilgruppe. Fünf Jahre zuvor war dieser Unterschied moderater. Die relativ größten Unterschiede gab es bei den Ausgaben für Innenausstattung und für Gesundheitspflege. Für die erste Gütergruppe verwendeten Haushalte der ersten Dezilgruppe monatlich 27 Euro, die der zehnten Gruppe 352 Euro; bei der Gesundheitspflege lagen die Ausgaben bei 109 Euro bzw. bei 1 265 Euro (siehe Anhangtabelle 11). Auch bei den Ausgaben für Verkehr waren die Unterschiede beträchtlich.

Tabelle 13: Einkommen, Ausgaben und Ersparnis in Pensionärshaushalten¹⁾ nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
Früheres Bundesgebiet

... Dezilgruppe	Hochgerechnete Haushalte		Haushaltsnettoeinkommen		Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen		Private Konsumausgaben		Übrige Ausgaben ²⁾		Ersparnis	
	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003
	1 000		Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR									
Einpersonnenpensionärshaushalte												
1.	27	40	1 450	(1 398)	1 451	(1 414)	1 277	(1 170)	224	(241)	- 50	(3)
2.	26	40	1 836	(1 872)	1 856	(1 879)	1 737	(1 567)	116	(217)	4	(96)
3.	26	42	2 077	(2 140)	2 084	(2 145)	1 736	(1 552)	339	(329)	9	(265)
4.	26	41	2 349	(2 431)	2 412	(2 436)	2 306	(1 869)	439	(566)	- 334	(1)
5.	26	41	2 670	(2 651)	2 679	(2 692)	2 277	(2 112)	752	(351)	- 350	(229)
6.	27	41	2 911	(2 903)	2 996	(2 929)	2 320	(2 346)	467	(492)	208	(91)
7.	26	42	3 131	(3 227)	3 209	(3 253)	2 679	(2 615)	351	(680)	180	(- 42)
8.	26	40	3 498	(3 627)	3 526	(3 657)	2 521	(2 539)	720	(904)	286	(213)
9.	27	42	4 035	(4 236)	4 042	(4 244)	2 615	(2 878)	629	(674)	797	(692)
10.	26	41	5 615	(6 704)	5 674	(6 738)	3 603	(4 688)	1 071	(1 125)	1 001	(925)
Insgesamt	263	410	2 951	3 125	2 986	3 145	2 303	2 338	510	559	174	249
10./1. Dezil	X	X	3,9	4,8	3,9	4,8	2,8	4,0	4,8	4,7	X	X
Zweipersonnenpensionärshaushalte												
1.	76	86	1 887	2 183	1 932	2 203	1 880	2 107	201	260	- 149	- 164
2.	76	89	2 321	2 737	2 330	2 850	2 080	2 344	328	350	- 78	156
3.	75	88	2 670	3 082	2 715	3 113	2 382	2 647	338	481	- 5	- 15
4.	76	88	2 992	3 392	3 085	3 474	2 590	2 853	395	519	100	102
5.	75	88	3 278	3 722	3 359	3 810	2 639	3 275	492	479	228	55
6.	75	88	3 617	4 031	3 645	4 120	2 884	3 286	621	623	140	212
7.	76	88	3 953	4 399	4 011	4 509	2 943	3 609	738	679	330	221
8.	75	88	4 413	4 872	4 462	4 945	3 307	3 635	726	809	429	502
9.	41	88	4 875	5 661	4 923	5 707	3 640	4 200	968	1 014	314	493
10.	110	88	6 428	8 007	6 558	8 079	4 684	4 801	1 097	1 418	776	1 860
Insgesamt	756	878	3 714	4 211	3 776	4 283	2 950	3 277	596	663	230	343
10./1. Dezil	X	X	3,4	3,7	3,4	3,7	2,5	2,3	5,5	5,5	X	X

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

27) Hierbei ist zu beachten, dass Pensionäre ihre Gesundheitsausgaben vorfinanzieren und dies die privaten Konsumausgaben erhöht. Zu einem späteren Zeitpunkt werden ihnen die Ausgaben insgesamt oder teilweise durch die Versicherungsunternehmen und die Beihilfen erstattet.

28) Aufgrund des relativ geringen Stichprobenumfangs bei den Einpersonnenpensionärshaushalten sollten die nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens aufbereiteten Daten mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Die absoluten Aufwendungen für das Wohnen nahmen mit steigender Dezilgruppe – ausgenommen der fünften – der Einpersonnenpensionärshaushalte stark zu. Einpersonnenpensionärshaushalte der untersten Dezilgruppe setzten dafür 434 Euro pro Monat ein, bei Haushalten der obersten Dezilgruppe waren es 1 167 Euro. Wie Tabelle 13 zeigt, streuten des Weiteren die übrigen Ausgaben und die Ersparnis zwischen den Einpersonnenpensionärshaushalten erheblich. Während Haushalte der untersten Dezilgruppe im Schnitt monatlich 3 Euro zurücklegten, betrug die Ersparnis der Haushalte der zehnten Dezilgruppe 925 Euro.

Auch bei den Zweipersonnenpensionärshaushalten nahmen die Einkommensdisparitäten im betrachteten Zeitraum weiter zu. Die Streuung war allerdings moderater als bei den allein lebenden Pensionsempfängern und -empfängerinnen. Ungeachtet des weiteren Auseinanderdriftens der Haushaltsnettoeinkommen zwischen den Ein- und Zweipersonnenpensionärshaushalten der obersten und untersten Dezilgruppe konnten sich auch im Jahr 2003 Pensionärshaushalte in den unteren Dezilgruppen gut versorgen und größere Anschaffungen tätigen. Das hohe Wohlstandsniveau dieser Haushalte wird besonders sichtbar, wenn deren Ausgaben für den privaten Konsum mit denen der Rentnerhaushalte verglichen werden.

Ausblick

Die Lebenssituation der Rentner- und Pensionärshaushalte in Deutschland ist nicht umfassend durch die Zusammensetzung der Einkommen und Einnahmen sowie die Struktur der privaten Konsumausgaben beschrieben. Zur Abrundung werden deshalb in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift die Vermögensverhältnisse dieser beiden Haushaltsgruppen betrachtet. [uu](#)

Anhangtabelle 1: Budgets allein lebender Rentnerinnen¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Alter von ... bis unter ... Jahren				
	unter 60	60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 und älter
Früheres Bundesgebiet					
Erfasste Haushalte (Anzahl)	195	414	623	445	849
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	204	357	554	808	1 692
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(50)	(64)	(46)	(53)	(10)
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	(142)	243	275	272	243
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung	/	(55)	(58)	(64)	47
Mietwert der Eigentümerwohnung	(97)	159	157	159	138
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 105	1 345	1 377	1 383	1 308
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ...	824	901	820	707	649
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	/	(98)	206	309	347
Bruttorenten aus Zusatzversorgungen und Bruttopensionen ³⁾	(64)	(146)	166	147	136
Werks- und Betriebsrenten	/	(39)	33	52	32
Wohngeld	(15)	/	(7)	/	(5)
H a u s h a l t s b r u t t o e i n k o m m e n	1 297	1 653	1 698	1 707	1 560
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	/	(11)	(9)	(11)	(6)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	72	94	94	97	90
H a u s h a l t s n e t t o e i n k o m m e n	1 220	1 548	1 595	1 599	1 464
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(26)	23	33	(19)	17
A u s g a b e f ä h i g e E i n k o m m e n u n d E i n n a h m e n	1 246	1 571	1 628	1 618	1 481
Private Konsumausgaben	1 181	1 457	1 456	1 355	1 193
Übrige Ausgaben ⁴⁾	32	70	156	121	162
darunter:					
Kraftfahrzeugsteuer	/	(5)	(7)	(8)	(4)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	/	/	(11)	/	/
Versicherungsprämien und -beiträge	47	54	52	57	46
darunter:					
Private Krankenversicherung	/	/	(7)	/	/
Kfz-Versicherung	(14)	19	15	17	11
Hausrat- und Personenhaftpflichtversicherung	(11)	11	11	14	14
Ersparnis	33	44	16	143	127
Neue Länder und Berlin-Ost					
Erfasste Haushalte (Anzahl)	(54)	173	235	152	158
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	(50)	145	171	309	350
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	/	(23)	(18)	/	/
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	/	(88)	114	(67)	(43)
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung	/	/	/	/	/
Mietwert der Eigentümerwohnung	/	(61)	(46)	(41)	/
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	(1 018)	1 062	1 249	1 199	1 212
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ...	(801)	930	990	978	917
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	/	(80)	(200)	(164)	(238)
Bruttorenten aus Zusatzversorgungen und Bruttopensionen ³⁾	/	/	/	/	-
Werks- und Betriebsrenten	-	/	/	/	/
Wohngeld	/	(8)	/	/	/
H a u s h a l t s b r u t t o e i n k o m m e n	(1 110)	1 173	1 381	1 279	1 260
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	/	/	/	-	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	(74)	81	97	92	92
H a u s h a l t s n e t t o e i n k o m m e n	(1 036)	1 089	1 284	1 187	1 169
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	/	(11)	(24)	(5)	(3)
A u s g a b e f ä h i g e E i n k o m m e n u n d E i n n a h m e n	(1 050)	1 100	1 308	1 192	1 171
Private Konsumausgaben	(992)	1 077	1 172	1 105	940
Übrige Ausgaben ⁴⁾	(0)	66	-111	64	102
darunter:					
Kraftfahrzeugsteuer	/	/	/	/	/
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	-	/	/	/	-
Versicherungsprämien und -beiträge	(31)	33	26	(20)	(13)
darunter:					
Private Krankenversicherung	-	-	-	-	-
Kfz-Versicherung	/	/	(7)	/	/
Hausrat- und Personenhaftpflichtversicherung	(10)	(13)	(8)	(7)	(9)
Ersparnis	(58)	-42	246	22	130

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt selbst genutzter Immobilien. – 3) Bruttopensionen aus eigenem Anspruch und für Hinterbliebene, Bruttorenten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes aus eigenem Anspruch und für Hinterbliebene, Bruttorenten berufsständischer Versorgungswerke, landwirtschaftlicher Alterskassen, Landabgabereuten. – 4) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

Anhangtabelle 2: Budgets allein lebender Rentner im früheren Bundesgebiet¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Alter von ... bis unter ... Jahren				
	unter 60	60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 und älter
Erfasste Haushalte (Anzahl)	131	147	182	138	215
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	158	119	165	219	364
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(57)	(132)	(70)	/	/
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	(136)	(343)	352	(301)	315
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung	/	(98)	(116)	/	(47)
Mietwert der Eigentümerwohnung	(83)	(189)	(178)	(179)	184
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	1 068	1 424	1 476	1 456	1 616
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigenem Anspruch ...	862	1 063	1 053	1 085	1 112
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung für Hinterbliebene	/	/	/	/	(65)
Bruttorenten aus Zusatzversicherungen und Bruttopensionen ³⁾	/	(86)	/	(99)	(86)
Werks- und Betriebsrenten	/	(103)	(117)	(123)	(127)
Wohngeld	(16)	/	/	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	1 261	1 899	1 898	1 799	1 953
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	/	/	/	/	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	76	98	98	104	105
Haushaltsnettoeinkommen	1 184	1 761	1 792	1 689	1 827
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(16)	(19)	(54)	(15)	(13)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 200	1 781	1 846	1 704	1 840
Private Konsumausgaben	1 084	1 526	1 591	1 478	1 452
Übrige Ausgaben ⁴⁾	61	253	221	308	314
darunter:					
Kraftfahrzeugsteuer	/	(11)	(11)	(11)	(16)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	/	/	/	/	/
Versicherungsprämien und -beiträge	(46)	(79)	85	(63)	78
darunter:					
Private Krankenversicherung	/	/	/	/	/
Kfz-Versicherung	(18)	(25)	(33)	(26)	(23)
Hausrat- und Personenhaftpflichtversicherung	(10)	(11)	(14)	(10)	(9)
Ersparnis	(55)	2	35	-82	73

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt selbst genutzter Immobilien. – 3) Bruttopensionen aus eigenem Anspruch und für Hinterbliebene, Bruttorenten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes aus eigenem Anspruch und für Hinterbliebene, Bruttorenten berufsständischer Versorgungswerke, landwirtschaftlicher Alterskassen, Landabgabereuten. – 4) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

Anhangtabelle 3: Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Konsum der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Einpersonnenrentnerhaushalte				Zweipersonnenrentnerhaushalte			
	1998		2003		1998		2003	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Früheres Bundesgebiet								
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 262		3 339		5 156		5 008	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 171		4 641		3 398		3 774	
Durchschnitt je Haushalt und Monat								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	156	12,5	170	12,9	299	14,4	330	14,4
Nahrungsmittel	142	10,7	.	.	267	11,7
alkoholfreie Getränke	12	0,9	.	.	22	1,0
alkoholische Getränke	10	0,8	.	.	29	1,3
Tabakwaren	6	0,5	.	.	11	0,5
Bekleidung und Schuhe	61	4,9	57	4,3	106	5,1	104	4,6
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	515	41,3	540	40,7	750	36,1	784	34,3
darunter:								
Wohnungsmiete	400	32,1	411	31,0	566	27,2	555	24,3
Energie	76	6,1	95	7,1	108	5,2	140	6,1
Innenausstattung	77	6,2	72	5,4	147	7,1	132	5,8
Gesundheitspflege	54	4,3	56	4,2	81	3,9	94	4,1
Verkehr	80	6,4	104	7,9	226	10,9	284	12,4
darunter:								
Kraftstoffe und Schmiermittel	15	1,2	22	1,6	47	2,3	67	2,9
Fremde Verkehrsdienstleistungen	23	1,8	21	1,6	20	1,0	20	0,9
Nachrichtenübermittlung	38	3,0	37	2,8	43	2,1	49	2,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	150	12,0	158	11,9	236	11,4	278	12,2
darunter:								
Freizeit und Kulturdienstleistungen	36	2,9	43	3,3	52	2,5	64	2,8
Zeitungen, Zeitschriften	16	1,3	16	1,2	23	1,1	24	1,1
Bücher	8	0,6	9	0,6	8	0,4	11	0,5
Pauschalreisen	48	3,8	41	3,1	79	3,8	89	3,9
Bildungswesen	2	0,2	3	0,2	2	0,1	4	0,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	49	3,9	54	4,1	104	5,0	119	5,2
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	40	3,2	45	3,4	78	3,8	91	4,0
Andere Waren und Dienstleistungen	66	5,3	73	5,5	84	4,0	105	4,6
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	19	1,5	23	1,7	26	1,3	30	1,3
Private Konsumausgaben	1 247	100	1 325	100	2 079	100	2 284	100
Neue Länder und Berlin-Ost								
Erfasste Haushalte (Anzahl)	1 167		920		2 252		1 696	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	1 168		1 199		1 042		1 209	
Durchschnitt je Haushalt und Monat								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	140	14,5	156	14,8	278	16,5	307	15,8
Nahrungsmittel	131	12,4	.	.	251	12,9
alkoholfreie Getränke	11	1,0	.	.	19	1,0
alkoholische Getränke	9	0,8	.	.	29	1,5
Tabakwaren	5	0,5	.	.	8	0,4
Bekleidung und Schuhe	51	5,3	50	4,7	87	5,2	91	4,7
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	349	36,2	390	36,9	521	31,0	567	29,1
darunter:								
Wohnungsmiete	260	27,0	300	28,4	362	21,5	405	20,8
Energie	64	6,6	71	6,7	86	5,1	109	5,6
Innenausstattung	89	9,2	57	5,4	151	9,0	122	6,3
Gesundheitspflege	39	4,0	42	4,0	66	3,9	80	4,1
Verkehr	42	4,4	69	6,5	192	11,4	228	11,7
darunter:								
Kraftstoffe und Schmiermittel	6	0,6	11	1,1	35	2,1	54	2,7
Fremde Verkehrsdienstleistungen	24	2,5	27	2,6	23	1,4	23	1,2
Nachrichtenübermittlung	32	3,3	34	3,2	37	2,2	45	2,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	139	14,4	162	15,3	224	13,3	335	17,2
darunter:								
Freizeit und Kulturdienstleistungen	32	3,3	39	3,7	42	2,5	57	2,9
Zeitungen, Zeitschriften	14	1,5	16	1,5	19	1,1	21	1,1
Bücher	8	0,8	11	1,0	9	0,5	13	0,7
Pauschalreisen	53	5,5	52	4,9	88	5,2	156	8,0
Bildungswesen	(1)	(0,1)	2	0,1	1	0,1	3	0,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	31	3,2	37	3,5	62	3,7	80	4,1
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	27	2,8	29	2,8	49	2,9	61	3,1
Andere Waren und Dienstleistungen	51	5,3	60	5,7	63	3,7	88	4,5
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	17	1,8	21	2,0	20	1,2	28	1,4
Private Konsumausgaben	964	100	1 058	100	1 683	100	1 947	100

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 4: Höhe und Struktur des privaten Konsums allein lebender Rentnerinnen¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Alter von ... bis unter ... Jahren									
	unter 60		60 – 65		65 – 70		70 – 75		75 und älter	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Früheres Bundesgebiet										
Erfasste Haushalte (Anzahl)	195		414		623		445		849	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	204		357		554		808		1 692	
Durchschnitt je Haushalt und Monat										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	179	15,2	181	12,4	176	12,1	175	12,9	157	13,2
Nahrungsmittel	136	11,5	148	10,2	150	10,3	150	11,0	137	11,5
alkoholfreie Getränke	15	1,3	13	0,9	11	0,8	12	0,9	11	1,0
alkoholische Getränke	8	0,6	11	0,8	10	0,7	9	0,6	7	0,6
Tabakwaren	(21)	(1,8)	(9)	(0,6)	(5)	(0,3)	(4)	(0,3)	(2)	(0,2)
Bekleidung und Schuhe	52	4,4	78	5,3	80	5,5	68	5,0	52	4,3
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	464	39,3	565	38,8	567	38,9	559	41,3	523	43,9
darunter:										
Wohnungsmiete	354	30,0	417	28,6	432	29,7	431	31,8	400	33,5
Energie	87	7,3	96	6,6	97	6,7	97	7,2	94	7,9
Innenausstattung	75	6,3	99	6,8	107	7,3	66	4,9	56	4,7
Gesundheitspflege	48	4,1	46	3,1	58	4,0	60	4,4	57	4,8
Verkehr	90	7,6	125	8,6	118	8,1	94	6,9	52	4,4
darunter:										
Kraftstoffe und Schmiermittel	(24)	(2,0)	29	2,0	26	1,8	21	1,5	9	0,8
Fremde Verkehrsdienstleistungen	18	1,5	24	1,7	24	1,7	24	1,8	21	1,7
Nachrichtenübermittlung	50	4,2	42	2,9	37	2,6	36	2,6	33	2,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	126	10,7	192	13,2	179	12,3	168	12,4	141	11,8
darunter:										
Freizeit und Kulturdienstleistungen	31	2,7	46	3,2	46	3,1	45	3,3	40	3,3
Zeitungen, Zeitschriften	10	0,9	14	1,0	14	1,0	17	1,2	17	1,4
Bücher	11	0,9	11	0,8	10	0,7	9	0,7	7	0,5
Pauschalreisen	/	/	60	4,2	59	4,0	47	3,4	37	3,1
Bildungswesen	(3)	(0,2)	(4)	(0,3)	5	0,3	(4)	(0,3)	(2)	(0,2)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	39	3,3	51	3,5	51	3,5	51	3,8	44	3,7
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	31	2,7	38	2,6	40	2,8	42	3,1	37	3,1
Andere Waren und Dienstleistungen	54	4,6	73	5,0	79	5,4	74	5,5	76	6,3
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	12	1,0	22	1,5	24	1,6	28	2,1	28	2,4
Private Konsumausgaben	1 181	100	1 457	100	1 456	100	1 355	100	1 193	100
Nachrichtlich:										
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnettoeinkommen	X	96,8	X	94,1	X	91,3	X	84,7	X	81,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erfasste Haushalte (Anzahl)	(54)		173		235		152		158	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	(50)		145		171		309		350	
Durchschnitt je Haushalt und Monat										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	(148)	(14,9)	158	14,7	161	13,7	154	14,0	151	16,1
Nahrungsmittel	(123)	(12,4)	136	12,6	137	11,7	134	12,1	130	13,8
alkoholfreie Getränke	(10)	(1,0)	11	1,0	11	0,9	11	1,0	10	1,1
alkoholische Getränke	(8)	(0,8)	10	0,9	8	0,7	7	0,6	(6)	(0,6)
Tabakwaren	/	/	/	/	(4)	(0,4)	/	/	/	/
Bekleidung und Schuhe	(51)	(5,2)	59	5,5	63	5,4	56	5,0	42	4,5
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	(401)	(40,4)	403	37,5	420	35,9	405	36,6	368	39,1
darunter:										
Wohnungsmiete	(308)	(31,0)	313	29,1	316	26,9	299	27,1	293	31,2
Energie	(82)	(8,3)	77	7,1	72	6,1	70	6,4	68	7,2
Innenausstattung	(74)	(7,5)	60	5,6	65	5,5	62	5,6	47	5,0
Gesundheitspflege	(29)	(2,9)	40	3,7	48	4,1	43	3,9	35	3,7
Verkehr	(39)	(3,9)	79	7,3	79	6,7	77	7,0	32	3,4
darunter:										
Kraftstoffe und Schmiermittel	/	/	(17)	(1,6)	(12)	(1,0)	(5)	(0,5)	/	/
Fremde Verkehrsdienstleistungen	(15)	(1,5)	25	2,4	35	3,0	34	3,1	24	2,6
Nachrichtenübermittlung	(41)	(4,2)	36	3,4	37	3,1	33	3,0	31	3,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	(135)	(13,6)	149	13,8	184	15,7	172	15,6	144	15,3
darunter:										
Freizeit und Kulturdienstleistungen	(35)	(3,5)	43	4,0	48	4,1	36	3,3	35	3,7
Zeitungen, Zeitschriften	(12)	(1,2)	15	1,3	14	1,2	16	1,4	15	1,6
Bücher	(9)	(0,9)	7	0,7	10	0,9	(10)	(0,9)	12	1,3
Pauschalreisen	/	/	(37)	(3,5)	(63)	(5,4)	(65)	(5,9)	(45)	(4,8)
Bildungswesen	/	/	/	/	(2)	(0,2)	/	/	/	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	(17)	(1,7)	27	2,6	39	3,3	40	3,7	29	3,1
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	(15)	(1,6)	22	2,1	30	2,6	29	2,6	27	2,8
Andere Waren und Dienstleistungen	(57)	(5,7)	63	5,8	74	6,3	60	5,5	61	6,4
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	(10)	(1,1)	21	1,9	24	2,0	22	2,0	27	2,8
Private Konsumausgaben	(992)	(100)	1 077	100	1 172	100	1 105	100	940	100
Nachrichtlich:										
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnettoeinkommen	X	95,8	X	98,9	X	91,3	X	93,1	X	80,4

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 5: Höhe und Struktur des privaten Konsums allein lebender Rentner¹⁾ im früheren Bundesgebiet
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Alter von ... bis unter ... Jahren									
	unter 60		60 – 65		65 – 70		70 – 75		75 und älter	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)	131		147		182		138		215	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	158		119		165		219		364	
	Durchschnitt je Haushalt und Monat									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	189	17,4	189	12,4	194	12,2	194	13,1	160	11,0
Nahrungsmittel	124	11,4	136	8,9	151	9,5	158	10,7	129	8,9
alkoholfreie Getränke	18	1,7	16	1,0	13	0,8	13	0,9	12	0,8
alkoholische Getränke	(16)	(1,5)	21	1,4	16	1,0	(14)	(0,9)	15	1,0
Tabakwaren	(31)	(2,9)	(16)	(1,1)	(13)	(0,8)	/	/	(4)	(0,3)
Bekleidung und Schuhe	34	3,1	45	3,0	47	3,0	43	2,9	37	2,6
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	423	39,0	547	35,9	561	35,3	552	37,3	580	40,0
darunter:										
Wohnungsmiete	327	30,1	413	27,0	408	25,7	426	28,8	444	30,5
Energie	84	7,8	100	6,6	92	5,8	94	6,4	95	6,6
Innenausstattung	48	4,4	58	3,8	60	3,7	83	5,6	87	6,0
Gesundheitspflege	(47)	(4,3)	61	4,0	59	3,7	48	3,2	60	4,1
Verkehr	(91)	(8,4)	257	16,8	291	18,3	177	12,0	163	11,2
darunter:										
Kraftstoffe und Schmiermittel	(29)	(2,7)	(49)	(3,2)	49	3,1	(38)	(2,6)	33	2,2
Fremde Verkehrsdienstleistungen	(12)	(1,1)	(13)	(0,8)	(22)	(1,4)	(25)	(1,7)	(19)	(1,3)
Nachrichtenübermittlung	47	4,3	44	2,9	39	2,5	45	3,1	36	2,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	101	9,3	168	11,0	157	9,8	194	13,1	165	11,4
darunter:										
Freizeit und Kulturdienstleistungen	31	2,8	52	3,4	49	3,1	54	3,7	50	3,4
Zeitungen, Zeitschriften	10	0,9	17	1,1	17	1,1	20	1,4	19	1,3
Bücher	(8)	(0,8)	(9)	(0,6)	(13)	(0,8)	(10)	(0,7)	(8)	(0,6)
Pauschalreisen	/	/	(34)	(2,2)	(27)	(1,7)	(36)	(2,5)	(40)	(2,7)
Bildungswesen	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	52	4,8	79	5,2	99	6,2	87	5,9	79	5,5
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	43	4,0	70	4,6	84	5,3	74	5,0	72	4,9
Andere Waren und Dienstleistungen	52	4,8	69	4,5	83	5,2	54	3,7	82	5,6
dar.: Dienstleistungen für die Körperpflege	(7)	(0,6)	11	0,7	12	0,8	11	0,7	12	0,8
Private Konsumausgaben	1 084	100	1 526	100	1 591	100	1 478	100	1 452	100
Nachrichtlich:										
Anteil des privaten Konsums am Haushaltsnetto- einkommen	X	91,6	X	86,7	X	88,8	X	87,5	X	79,5

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 6: Einkommen, Ausgaben und Ersparnis in Rentnerhaushalten¹⁾ in Deutschland nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

... Dezilgruppe	Erfasste Haushalte	Hochgerechnete Haushalte	Haushaltsnettoeinkommen	Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen	Private Konsumausgaben	Übrige Ausgaben ²⁾	Ersparnis
	1 000		Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR				
Einpersonenrentnerhaushalte							
1.	350	584	676	683	710	-7	-20
2.	312	582	832	838	849	22	-33
3.	323	585	972	982	931	35	16
4.	335	583	1 095	1 102	1 040	72	-10
5.	335	583	1 215	1 228	1 138	56	34
6.	416	585	1 335	1 373	1 241	134	-1
7.	464	579	1 504	1 516	1 345	143	28
8.	487	591	1 707	1 720	1 493	181	46
9.	586	582	2 038	2 071	1 716	190	166
10.	651	586	3 376	3 420	2 234	568	618
Insgesamt	4 259	5 839	14 76	14 94	12 70	139	85
10./1. Dezil	X	X	5,0	5,0	3,1	X	X
Zweipersonenrentnerhaushalte							
1.	371	497	1 163	1 187	1 237	63	-113
2.	475	499	1 553	1 590	1 583	76	-68
3.	604	493	1 799	1 827	1 762	122	-57
4.	623	504	2 015	2 033	1 870	99	64
5.	678	498	2 215	2 239	2 007	159	74
6.	677	497	2 410	2 450	2 218	210	22
7.	686	500	2 629	2 663	2 381	267	15
8.	747	498	2 928	2 990	2 535	267	188
9.	845	498	3 390	3 460	2 870	322	268
10.	998	499	5 190	5 267	3 556	782	929
Insgesamt	6 704	4 983	25 30	25 71	22 02	237	132
10./1. Dezil	X	X	4,5	4,4	2,9	12,4	X
Allein lebende Rentnerinnen							
1.	272	461	683	687	714	-11	-16
2.	236	466	832	838	827	26	-15
3.	245	463	966	977	924	29	24
4.	265	467	1 090	1 098	1 045	58	-6
5.	266	461	1 204	1 220	1 145	54	21
6.	332	467	1 316	1 360	1 181	101	78
7.	363	464	1 482	1 493	1 302	131	59
8.	369	462	1 673	1 689	1 474	186	29
9.	460	466	1 972	2 007	1 641	226	139
10.	490	464	3 129	3 161	2 150	351	660
Insgesamt	3 298	4 641	14 35	14 53	12 41	115	97
10./1. Dezil	X	X	4,6	4,6	3,0	X	X
Allein lebende Rentner							
1.	(76)	(119)	(648)	(665)	(698)	(3)	(-37)
2.	(78)	(120)	(831)	(835)	(920)	(10)	(-95)
3.	(79)	(119)	(992)	(997)	(972)	(61)	(-36)
4.	(76)	(118)	(1 115)	(1 125)	(1 061)	(88)	(-23)
5.	(60)	(117)	(1 261)	(1 265)	(1 075)	(139)	(51)
6.	(94)	(125)	(1 412)	(1 425)	(1 475)	(264)	(-314)
7.	111	119	1 610	1 621	1 520	125	(-24)
8.	112	121	1 866	1 881	1 605	256	19
9.	128	119	2 347	2 406	2 085	288	33
10.	147	120	4 223	4 277	2 410	1 081	786
Insgesamt	961	1 198	16 33	16 53	13 85	233	35
10./1. Dezil	X	X	6,5	6,4	3,5	X	X

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

Anhangtabelle 7: Einkommen, Ausgaben und Ersparnis von allein lebenden Rentnerinnen¹⁾ nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

... Dezilgruppe	Hochgerechnete Haushalte		Haushaltsnettoeinkommen		Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen		Private Konsumausgaben		Übrige Ausgaben ²⁾		Ersparnis	
	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003
	1 000		Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR									
Früheres Bundesgebiet												
1.	335	360	621	695	628	698	644	726	(35)	-9	-38	-19
2.	337	356	797	860	804	867	843	866	(62)	29	-67	-27
3.	333	366	927	1006	933	1016	903	944	71	27	-16	45
4.	334	362	1053	1126	1057	1133	1032	1068	74	58	-14	7
5.	336	364	1160	1245	1186	1309	1127	1205	153	74	-67	30
6.	334	360	1305	1384	1320	1393	1204	1251	159	94	-30	47
7.	335	360	1473	1558	1479	1577	1310	1409	165	124	42	43
8.	335	362	1668	1763	1675	1776	1475	1528	194	219	13	29
9.	334	361	1951	2099	1970	2143	1616	1763	283	223	124	157
10.	336	364	2936	3334	2966	3366	2087	2174	408	511	448	681
Insgesamt	3 348	3 615	1 391	1 509	1 402	1 530	1 225	1 295	161	135	39	100
10./1. Dezil	X	X	4,7	4,8	4,7	4,8	3,2	3,0	11,6	X	X	X
Neue Länder und Berlin-Ost												
1.	(102)	(102)	(557)	(661)	(558)	(667)	(552)	(677)	/	(-15)	(-3)	(5)
2.	(102)	(100)	(676)	(774)	(682)	(779)	(670)	(768)	(48)	(30)	(-11)	(-19)
3.	(96)	(104)	(756)	(855)	(759)	(865)	(720)	(875)	(41)	(22)	(21)	(-32)
4.	(100)	(104)	(830)	(952)	(859)	(955)	(820)	(943)	(55)	(38)	(12)	(-26)
5.	(100)	(103)	(937)	(1 081)	(945)	(1 095)	(894)	(984)	(68)	(61)	(1)	(50)
6.	(99)	(101)	(1 016)	(1 183)	(1 018)	(1 189)	(981)	(1 054)	(90)	(71)	(7)	(65)
7.	100	(104)	1 115	(1 259)	1 127	(1 271)	1 045	(1 063)	(105)	(93)	-3	(115)
8.	100	(104)	1 227	(1 389)	1 236	(1 392)	1 157	(1 168)	(111)	(111)	-27	(113)
9.	100	(102)	1 375	(1 565)	1 392	(1 575)	1 185	(1 312)	(250)	(200)	-5	(62)
10.	99	103	1 775	2 025	1 785	2 043	1 485	1 651	210	-163	171	555
Insgesamt	998	1 026	1 028	1 176	1 035	1 184	950	1 050	100	45	16	89
10./1. Dezil	X	X	3,2	3,1	3,2	3,1	2,7	2,4	9,1	X	X	X

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

Anhangtabelle 8: Private Konsumausgaben von Einpersonenrentnerhaushalten¹⁾ nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
 Durchschnitt je Haushalt¹⁾ und Monat in EUR

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter		Innenausstattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschließlich Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
Deutschland													
1.	143	30	327	260	63	28	20	24	29	59	16	35	710
2.	139	36	373	292	74	35	29	53	32	80	26	46	849
3.	152	36	405	317	78	38	33	42	33	109	28	53	931
4.	153	44	433	340	80	50	36	70	34	134	34	53	1040
5.	166	50	427	341	78	85	55	52	33	157	46	67	1138
6.	180	56	475	370	86	56	45	109	38	149	65	66	1241
7.	173	61	520	400	86	72	56	121	37	170	53	82	1345
8.	179	69	591	449	94	85	71	114	41	191	63	89	1493
9.	189	78	682	505	116	89	74	144	42	249	70	98	1716
10.	200	98	856	608	142	147	111	239	48	288	104	144	2234
Insgesamt	168	56	509	388	90	69	53	97	37	159	51	74	1270
10./1. Dezil	1,4	3,3	2,6	2,3	2,3	5,3	5,6	10,0	1,7	4,9	6,5	4,1	3,1
Früheres Bundesgebiet													
1.	148	31	339	271	66	27	23	26	29	54	15	34	726
2.	149	31	392	304	81	39	30	61	32	68	27	50	880
3.	154	38	408	322	78	33	33	48	33	113	33	51	945
4.	149	41	466	362	85	52	39	64	34	132	39	58	1075
5.	171	58	456	369	81	99	55	67	36	142	45	68	1198
6.	186	51	532	408	94	60	45	115	38	149	71	68	1315
7.	172	68	573	442	87	66	73	137	39	172	63	88	1449
8.	179	73	632	475	107	86	61	125	41	194	67	90	1549
9.	195	89	704	526	121	104	82	170	42	270	78	104	1837
10.	201	94	893	630	146	149	117	227	48	282	103	150	2267
Insgesamt	170	57	540	411	95	72	56	104	37	158	54	76	1325
10./1. Dezil	1,4	3,0	2,6	2,3	2,2	5,5	5,1	8,7	1,7	5,2	6,9	4,4	3,1
Neue Länder und Berlin-Ost													
1.	(123)	(29)	(321)	(255)	(61)	(27)	(14)	(15)	(25)	(70)	(16)	(39)	(678)
2.	(132)	(41)	(310)	(246)	(59)	(30)	(29)	(34)	(33)	(89)	(33)	(40)	(772)
3.	(131)	(45)	(373)	(299)	(65)	(34)	(34)	(30)	(32)	(126)	(17)	(52)	(874)
4.	(161)	(47)	(370)	(280)	(68)	(59)	(32)	(46)	(32)	(129)	(27)	(51)	(954)
5.	(155)	(42)	(347)	(277)	(67)	(49)	(40)	(66)	(33)	(162)	(28)	(52)	(974)
6.	(174)	(50)	(365)	(295)	(68)	(63)	(38)	(48)	(31)	(178)	(53)	(60)	(1060)
7.	(163)	(46)	(393)	(306)	(74)	(48)	(41)	(48)	(33)	(174)	(45)	(63)	(1054)
8.	169	63	400	312	73	61	39	120	37	184	50	74	1196
9.	166	67	455	324	77	103	78	(102)	35	240	(38)	68	1352
10.	188	68	567	406	95	95	75	179	45	266	59	121	1663
Insgesamt	156	50	390	300	71	57	42	69	34	162	37	62	1058
10./1. Dezil	1,5	2,3	1,8	1,6	1,6	3,5	5,4	11,9	1,8	3,8	3,7	3,1	2,5

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 9: Private Konsumausgaben von Zweipersonenrentnerhaushalten¹⁾ nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
 Durchschnitt je Haushalt¹⁾ und Monat in EUR

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter		Innenausstattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschließlich Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
Deutschland													
1.	270	50	480	371	99	46	35	98	36	133	38	51	1237
2.	296	73	571	420	114	76	55	167	40	166	71	69	1583
3.	300	79	586	430	113	94	70	203	41	225	77	86	1762
4.	321	86	609	450	123	114	85	186	44	246	93	86	1870
5.	311	94	659	479	122	113	88	207	43	293	95	102	2007
6.	326	104	723	514	128	127	82	303	48	301	98	105	2218
7.	333	110	760	539	133	144	93	322	51	344	119	104	2381
8.	338	122	819	575	144	154	116	341	51	347	127	118	2535
9.	352	127	974	651	151	165	121	391	55	391	160	134	2870
10.	392	164	1132	757	199	261	163	488	69	473	216	197	3556
Insgesamt	324	101	731	519	133	130	91	271	48	292	110	105	2202
10./1. Dezil	1,5	3,3	2,4	2,0	2,0	5,7	4,7	5,0	1,9	3,6	5,7	3,9	2,9
Früheres Bundesgebiet													
1.	273	53	494	384	100	48	34	103	35	110	40	52	1242
2.	295	70	596	438	115	71	55	168	41	160	78	67	1600
3.	299	79	624	460	119	93	72	182	41	205	89	88	1772
4.	319	85	654	490	130	107	79	189	45	219	92	83	1870
5.	322	101	740	517	130	114	88	211	44	258	101	103	2082
6.	333	109	783	565	137	106	88	372	48	289	113	109	2349
7.	334	108	833	594	143	171	100	351	54	299	120	111	2479
8.	354	131	910	627	151	150	125	300	52	342	151	118	2634
9.	360	132	1004	690	160	164	124	459	58	398	171	156	3027
10.	406	174	1202	788	215	295	178	508	71	500	236	209	3779
Insgesamt	330	104	784	555	140	132	94	284	49	278	119	109	2284
10./1. Dezil	1,5	3,3	2,4	2,1	2,2	6,1	5,2	4,9	2,0	4,5	5,9	4,0	3,0
Neue Länder und Berlin-Ost													
1.	(264)	(45)	(432)	(329)	(96)	(47)	(40)	(83)	(39)	(205)	(31)	(51)	(1236)
2.	293	76	499	365	111	87	51	161	37	182	51	75	1513
3.	301	82	483	353	94	109	69	258	42	259	71	79	1753
4.	317	80	524	384	106	121	89	194	44	253	74	89	1784
5.	316	89	535	381	111	93	100	187	42	441	77	102	1982
6.	308	90	577	420	112	116	79	219	41	314	96	96	1938
7.	318	106	567	411	109	196	85	253	47	370	81	105	2128
8.	325	110	612	425	111	158	90	241	50	443	109	99	2237
9.	305	107	623	445	123	143	97	346	49	441	109	114	2334
10.	320	121	816	531	117	153	104	341	55	438	104	106	2557
Insgesamt	307	91	567	405	109	122	80	228	45	335	80	91	1947
10./1. Dezil	1,2	2,7	1,9	1,6	1,2	3,3	2,6	4,1	1,4	2,1	3,4	2,1	2,1

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 10: Private Konsumausgaben allein lebender Rentnerinnen und allein lebender Rentner in Deutschland nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
Durchschnitt je Haushalt¹⁾ und Monat in EUR

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter		Innenausrüstung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschließlich Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
Allein lebende Rentnerinnen													
1.	135	34	336	268	65	28	21	21	27	57	16	38	714
2.	131	38	383	297	78	35	28	29	31	82	25	45	827
3.	151	37	402	313	77	41	35	39	33	108	26	51	924
4.	150	47	429	339	82	50	38	63	33	144	31	61	1045
5.	167	56	433	343	80	80	53	48	34	164	39	70	1145
6.	172	58	479	380	85	59	45	67	37	146	50	68	1181
7.	175	64	530	400	90	66	62	81	37	161	53	73	1302
8.	178	71	592	448	93	81	65	123	40	178	53	92	1474
9.	189	87	642	483	112	91	71	123	41	232	61	105	1641
10.	199	109	840	595	135	153	108	169	45	301	84	142	2150
Insgesamt	165	60	507	387	90	68	52	76	36	158	44	75	1241
10./1. Dezil	1,5	3,2	2,5	2,2	2,1	5,5	5,1	8,0	1,7	5,3	5,3	3,7	3,0
Allein lebende Rentner													
1.	(173)	(14)	(295)	(233)	(59)	(21)	(20)	(42)	(34)	(57)	(18)	(24)	(698)
2.	(169)	(30)	(328)	(270)	(56)	(37)	(32)	(143)	(34)	(72)	(29)	(47)	(920)
3.	(161)	(33)	(416)	(337)	(68)	(25)	(36)	(64)	(36)	(109)	(44)	(49)	(972)
4.	(174)	(29)	(439)	(333)	(78)	(52)	(23)	(92)	(36)	(108)	(62)	(47)	(1061)
5.	(163)	(22)	(403)	(321)	(75)	(94)	(60)	(83)	(35)	(110)	(68)	(37)	(1075)
6.	(189)	(45)	(450)	(354)	(79)	(76)	(37)	(280)	(38)	(184)	(100)	(75)	(1475)
7.	174	46	520	413	74	104	(67)	201	45	207	(88)	66	1520
8.	176	55	630	459	101	(66)	(82)	139	44	232	(97)	83	1605
9.	190	50	794	557	150	112	85	350	46	269	109	80	2085
10.	214	69	896	665	155	105	111	364	53	276	148	175	2410
Insgesamt	178	39	518	395	90	69	55	177	40	163	77	68	1384
10./1. Dezil	1,2	4,9	3,0	2,9	2,6	5,0	5,6	8,7	1,6	4,8	8,2	7,3	3,5

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 11: Private Konsumausgaben von Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten im früheren Bundesgebiet nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
Durchschnitt je Haushalt¹⁾ und Monat in EUR

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter		Innenausstattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschließlich Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
Einpersonnenpensionärshaushalte													
1.	(199)	(33)	(434)	(337)	(88)	(27)	(109)	(79)	(40)	(130)	(64)	(54)	(1 170)
2.	(187)	(80)	(493)	(378)	(92)	(100)	(187)	(77)	(47)	(173)	(76)	(146)	(1 567)
3.	(183)	(57)	(561)	(436)	(75)	(72)	(110)	(98)	(40)	(222)	(116)	(94)	(1 552)
4.	(196)	(85)	(684)	(495)	(107)	(56)	(214)	(143)	(47)	(195)	(121)	(126)	(1 869)
5.	(218)	(85)	(684)	(534)	(131)	(89)	(262)	(208)	(54)	(304)	(123)	(84)	(2 112)
6.	(229)	(78)	(858)	(526)	(150)	(143)	(327)	(241)	(46)	(210)	(119)	(95)	(2 346)
7.	(198)	(84)	(887)	(564)	(133)	(200)	(255)	(366)	(59)	(296)	(146)	(125)	(2 615)
8.	(214)	(81)	(801)	(574)	(144)	(152)	(376)	(201)	(70)	(363)	(134)	(147)	(2 539)
9.	(245)	(100)	(971)	(659)	(141)	(185)	(566)	(177)	(58)	(315)	(143)	(117)	(2 878)
10.	(219)	(126)	(1 167)	(769)	(206)	(352)	(1 265)	(437)	(67)	(490)	(210)	(355)	(4 688)
Insgesamt	209	81	755	528	127	138	368	203	53	270	125	134	2 338
10./1. Dezil	1,1	3,8	2,7	2,3	2,3	13,0	11,6	5,5	1,7	3,8	3,3	6,6	4,0
Zweipersonnenpensionärshaushalte													
1.	353	104	605	457	115	100	173	271	45	256	97	108	2 107
2.	339	111	682	510	112	134	233	326	45	243	127	104	2 344
3.	344	120	717	536	131	160	245	450	56	326	132	98	2 647
4.	325	124	850	588	135	180	264	406	56	350	194	105	2 853
5.	368	136	927	596	144	223	366	522	56	392	154	133	3 275
6.	378	163	948	632	161	190	449	384	59	376	183	157	3 286
7.	370	166	955	667	154	255	563	477	65	404	216	138	3 609
8.	372	164	1 014	736	161	264	582	397	68	417	199	156	3 635
9.	393	177	1 117	790	171	232	864	436	73	520	209	176	4 200
10.	386	177	1 283	846	214	258	1 235	405	77	541	237	203	4 801
Insgesamt	363	144	910	636	150	200	498	407	60	382	175	138	3 277
10./1. Dezil	1,1	1,7	2,1	1,9	1,9	2,6	7,1	1,5	1,7	2,1	2,4	1,9	2,3

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Dipl.-Kaufmann Ligia Frankford

Darstellung der Forstwirtschaft in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Mit einem Anteil von 0,11% an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche im Jahr 2006 stellt die Forstwirtschaft in Deutschland nur einen kleinen Bereich dar. Gleichwohl handelt es sich um ein methodisch interessantes Gebiet, weil die Umsetzung des Konzeptes „Holz auf dem Stamm“ in der letzten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im April 2005¹⁾ zu besonderen Interdependenzen zwischen den Produktionswerten, Vorleistungen und Vorratsveränderungen führt. Ziel des folgenden Artikels ist es, diese Zusammenhänge darzustellen und speziell auch die Auswirkungen von Sturmschäden auf die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu zeigen. Zum besseren Verständnis wurde die Darstellung schrittweise aufbereitet und basiert zunächst auf hypothetischen Daten, wenn auch in realitätsnahen Größenordnungen. Am Ende des Artikels wird die Berechnung dieses Wirtschaftsbereichs erläutert, sowohl für die laufende Rechnung als auch für die Rückrechnung des früheren Bundesgebietes für die Jahre 1970 bis 1991.

1 Das Konzept „Holz auf dem Stamm“

In der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat sich Deutschland der Praxis anderer Länder

der Europäischen Union angeschlossen und den gesamten Zuwachs an „Holz auf dem Stamm“ als Produktionswert und als Vorratsveränderung bewertet. Zuvor wurden für Deutschland vereinfachend die in den letzten 50 Jahren stets über die Holzeinschlagsmenge hinaus wachsenden Wälder zu einem Preis von Null bewertet, da angenommen wurde, dass diese Holzvorräte künftig durch Verkauf nicht wieder abgebaut werden.

Die Produktion forstwirtschaftlicher Erzeugnisse ist nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 so zu buchen, als würde sie kontinuierlich über die gesamte Wachstumszeit produziert. Dadurch wurden im Grunde nur die bislang lediglich für Waren und Dienstleistungen bereits praktizierte Erfassung und der Nachweis unfertiger Produktion (sofern ihr Produktionsprozess sich über mehr als eine Berichtsperiode erstreckt) auch für die Holzproduktion in der Forstwirtschaft vorgeschrieben. Diese methodische Erweiterung der Erfassung und des Nachweises unfertiger Produktion im ESVG 1995 umfasst auch die pflanzlichen Produkte in der Landwirtschaft, die für den Verkauf bestimmt sind.²⁾ Ehedem wurden heranwachsende Pflanzen nur dann vor dem Ende des Produktionsprozesses erfasst, wenn sie von dem Hersteller als selbsterstellte Anlagen produziert wurden.³⁾ Mit

1) Siehe Braakmann, A./Hartmann, N./Räth, N./Strohm, W.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004“ in WiSta 5/2005, S. 425 ff.

2) In der Landwirtschaft wird diese methodische Erweiterung allgemein als „Ernte auf dem Halm“ bezeichnet und betrifft in erster Linie die vierteljährliche Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen: Seit der Einführung des ESVG 1995 im April 1999 wird die Getreideernte (wie auch alle anderen pflanzlichen Erzeugnisse) nicht mehr zum Zeitpunkt der Ernte nachgewiesen, sondern – im Verhältnis zu den jeweilig geschätzten Kosten – in allen vier Quartalen gezeigt (siehe Strohm, W./Hartmann, N./Essig, H./Bleses, P.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe“ in WiSta 4/1999, S. 257 ff.; Essig, H./Hartmann, N.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998“ in WiSta 6/1999, S. 449 ff.).

3) So wurden die sogenannten „Dauerkulturen“ bereits nach dem ESVG 1979 während der Jahre vor der Ertragsnutzung als Produktion und Zugang zu den Bruttoanlageinvestitionen nachgewiesen. Als Dauerkulturen werden in der Landwirtschaft die Obstplantagen, Weinberge, Spargelfelder und Hopfenanlagen bezeichnet.

anderen Worten, mit dem ESVG 1995 wurden Erfassung und Nachweis unfertiger Produktion lückenlos vorgeschrieben, davor wurden nur selbsterstellte Anlagen sowie Waren und Dienstleistungen als unfertige Produktion erfasst, nicht jedoch zum Verkauf bestimmte heranwachsende Pflanzen.

Das „Holz auf dem Stamm“ wird dadurch zu einem unfertigen Erzeugnis, dessen Zuwachs in der Berichtsperiode zu bewerten und als Produktionswert zu buchen ist; verwendungsseitig wird dieser Wert als Zugang zu den Vorräten an unfertigen Erzeugnissen (Vorratsveränderungen) nachgewiesen. Für den Zeitpunkt der Ernte bzw. des Holzeinschlags ist eine Umbuchung von den Vorräten an unfertigen Erzeugnissen zu den Vorräten an fertigen Erzeugnissen vorgesehen. Da in der Regel Holz zeitnah am Einschlag verkauft wird, erfolgt grundsätzlich in derselben Periode auch ein Abgang von den Vorräten an fertigen Erzeugnissen (in Höhe der Verkäufe), sodass im Grunde keine Vorräte und

keine Vorratsveränderungen an Fertigerzeugnissen nachgewiesen werden. Durch den Vorgang des Holzeinschlags entsteht also keine zusätzliche Holzproduktion. Die oben beschriebenen Zusammenhänge werden in der Tabelle 1 verdeutlicht.

Der Produktionswert kann jedoch nicht nur entstehungsseitig anhand des jährlichen Wachstums auf dem Stamm ermittelt werden; verwendungsseitig entspricht er der Summe aus der Holzeinschlagsmenge und dem ungenutzten Zuwachs. Tabelle 2 verdeutlicht die Identität zwischen der Entstehung und Verwendung bei der Anwendung des Konzeptes „Holz auf dem Stamm“:

Tabelle 1: Buchungen nach dem Konzept „Holz auf dem Stamm“

Gegenstand der Nachweisung		1 000 m ³
Annahmen	Wachstum auf dem Stamm insgesamt	65 000
	ungenutzt (nicht eingeschlagen)	35 000
	Holzeinschlagsmenge	30 000
Produktionswert	Wachstum auf dem Stamm	65 000
Vorratsveränderungen	an unfertigen Erzeugnissen (ungenutzter Zuwachs)	35 000
	Zugänge (Wachstum insgesamt)	65 000
	Abgänge (Einschlag = Holzeinschlagsmenge)	-30 000
	an Fertigerzeugnissen	0
	Zugänge (Einschlag = Holzeinschlagsmenge)	30 000
	Abgänge (Verkäufe)	-30 000
	Vorratsveränderungen insgesamt	35 000
Nachrichtlich:	Verkäufe	30 000

Tabelle 2: Holz auf dem Stamm – entstehungs- und verwendungsseitige Buchungen

Gegenstand der Nachweisung		1 000 m ³
Produktionswert	Wachstum auf dem Stamm	65 000
Vorratsveränderung	ungenutzter Zuwachs	35 000
Verkäufe	Holzeinschlag	30 000

2 Bewertung und Rechenbeispiel

Das Holz auf dem Stamm soll nach dem ESVG 1995 als Gegenwartswert künftiger Erträge bewertet werden, die sich als Differenz zwischen den erwarteten Verkaufserlösen abzüglich der Ausgaben für die Pflege des Forstes bis zur Einschlagsreife und der Ausgaben für den Holzeinschlag ergeben.

Der Produktionswert der Forstwirtschaft entspricht somit dem jährlichen Wachstum bewertet zu einem Preis, welcher in der Fachliteratur als „erntekostenfreie Erträge pro m³“ bezeichnet wird, zuzüglich der Erntekosten für die Holzeinschlagsmenge der Berichtsperiode. Diese Zusammenhänge werden in der Tabelle 3 verdeutlicht, wo der buchungstech-

Schaubild 1



Tabelle 3: Nachweis eines Baumes mit fünf Jahren Wachstumszeit und Einschlag im sechsten Jahr

Gegenstand der Nachweisung	t1	t2	t3	t4	t5	t6
Wachstum	10	10	10	10	10	
Erntekosten						20
Vorratsveränderung unfertige Erzeugnisse	10	10	10	10	10	-50
Jahresendbestand unfertige Erzeugnisse	10	20	30	40	50	0
Vorratsveränderung fertige Erzeugnisse	0	0	0	0	0	70
Identität Entstehung = Verwendung						
Produktionswert	10	10	10	10	10	20
Vorratsveränderungen insgesamt		10	10	10	10	20

nische Werdegang eines hypothetischen Baumes gezeigt wird, der fünf Jahre lang wächst und im sechsten Jahr eingeschlagen wird. Einfachheit halber wird in diesem Beispiel von einem Diskontierungszinssatz von Null ausgegangen. Das jährliche Wachstum beträgt 10 und die Erntekosten im sechsten Jahr belaufen sich auf 20 Einheiten.

Rechnerisch kann man den Produktionswert auch als Summe der Holzeinschlagsmenge in der Berichtsperiode (bewertet zum „vollen“ Preis, also einschließlich der Erntekosten) und des ungenutzten Zuwachses (bewertet zu erntekostenfreien Erträgen) darstellen. Das Schaubild 1 verdeutlicht die entstehungs- und verwendungsseitigen Zusammenhänge bei der Berechnung des Produktionswerts basierend auf dem Konzept „Holz auf dem Stamm“. Das in der Tabelle 1 angefangene Rechenbeispiel wird in der Tabelle 4 mit Wertangaben und unter Berücksichtigung der Einschlagstätigkeit als Bestandteil des Produktionswertes fortgeführt.

Die im Berichtsjahr angefallenen Erntekosten sind jedoch auch wichtiger Bestandteil der Vorleistungen. Der Zusammenhang zwischen Erntekosten, Produktionswerten und Vorleistungen sowie der als Differenz ermittelten Bruttowertschöpfung wird im Schaubild 2 dargestellt.

Tabelle 4: Buchungen nach dem Konzept „Holz auf dem Stamm“

Gegenstand der Nachweisung		Einheit	Wert
Annahmen	Wachstum auf dem Stamm .	1 000 m ³	65 000
	ungenutzt	1 000 m ³	35 000
	Holzeinschlagsmenge	1 000 m ³	30 000
Preise	Herstellungspreis	EUR/m ³	50
	erntekostenfrei	EUR/m ³	30
	Erntekostensatz	EUR/m ³	20
Produktionswert	Produktionswert insgesamt	Mill. EUR	2 550
	Wachstum auf dem Stamm	Mill. EUR	1 950
	Erntekosten	Mill. EUR	600
Vorratsveränderungen	an unfertigen Erzeugnissen .	Mill. EUR	1 050
	Zugänge (Wachstum)	Mill. EUR	1 950
	Abgänge (Einschlag)	Mill. EUR	-900
	an Fertigerzeugnissen	Mill. EUR	0
	Zugänge (Einschlag)	Mill. EUR	1 500
	Abgänge (Verkäufe)	Mill. EUR	-1 500
	Insgesamt ...	Mill. EUR	1 050
Nachrichtlich: Verkäufe	Mill. EUR	1 500	
Entstehung = Verwendung			
Produktionswert:	Wachstum auf dem Stamm .	Mill. EUR	2 550
Vorratsveränderung	ungenutztes Wachstum ..	Mill. EUR	1 050
Verkäufe	Holzeinschlag	Mill. EUR	1 500

3 Weitere Bausteine: Dienstleistungen und Nebentätigkeiten

Zum Produktionswert der Forstwirtschaft gehören (neben dem „Holz auf dem Stamm“) auch weitere Bestandteile wie forstwirtschaftliche Dienstleistungen und weitere Nebentätigkeiten. Die forstwirtschaftlichen Dienstleistungen umfassen Waldbestandsaufnahme, Holztaxierung, Brandschutz, Transport von Stämmen im Wald und werden laut der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, als Haupttätigkeit der Unternehmen mit dem Schwerpunkt im Bereich 02 „Forstwirtschaft“ angesehen. Da sie in der Regel von Forstunternehmen geleistet werden, die ebenfalls im Wirtschaftsbereich

Schaubild 2

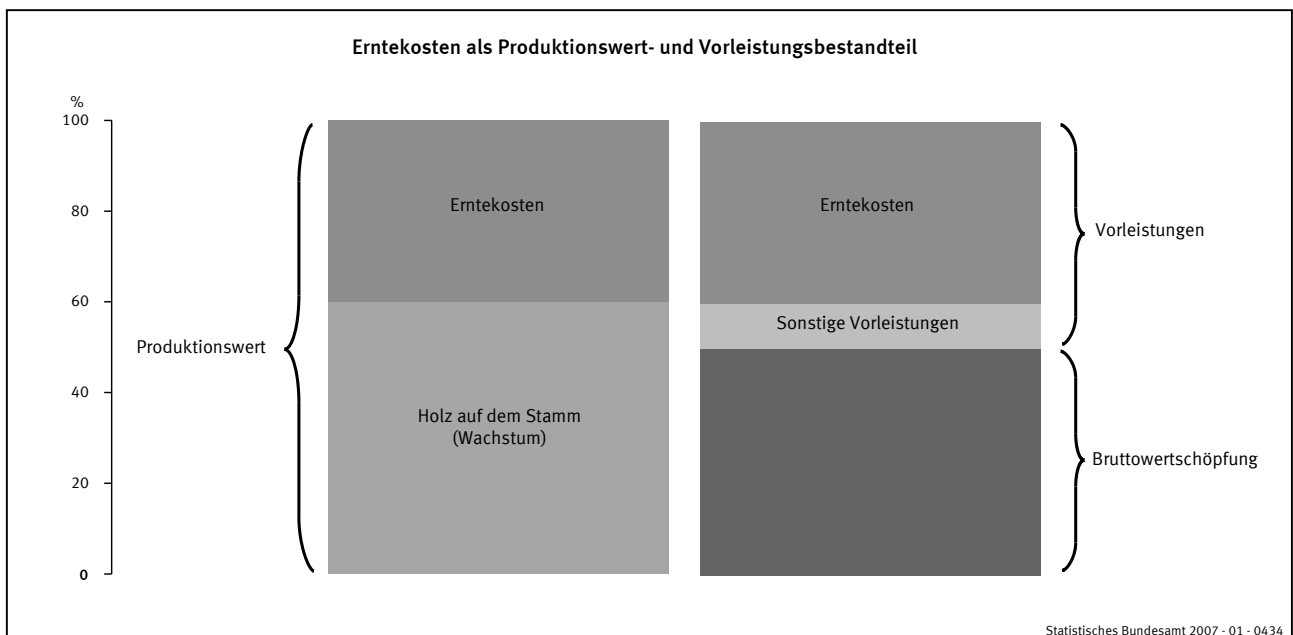
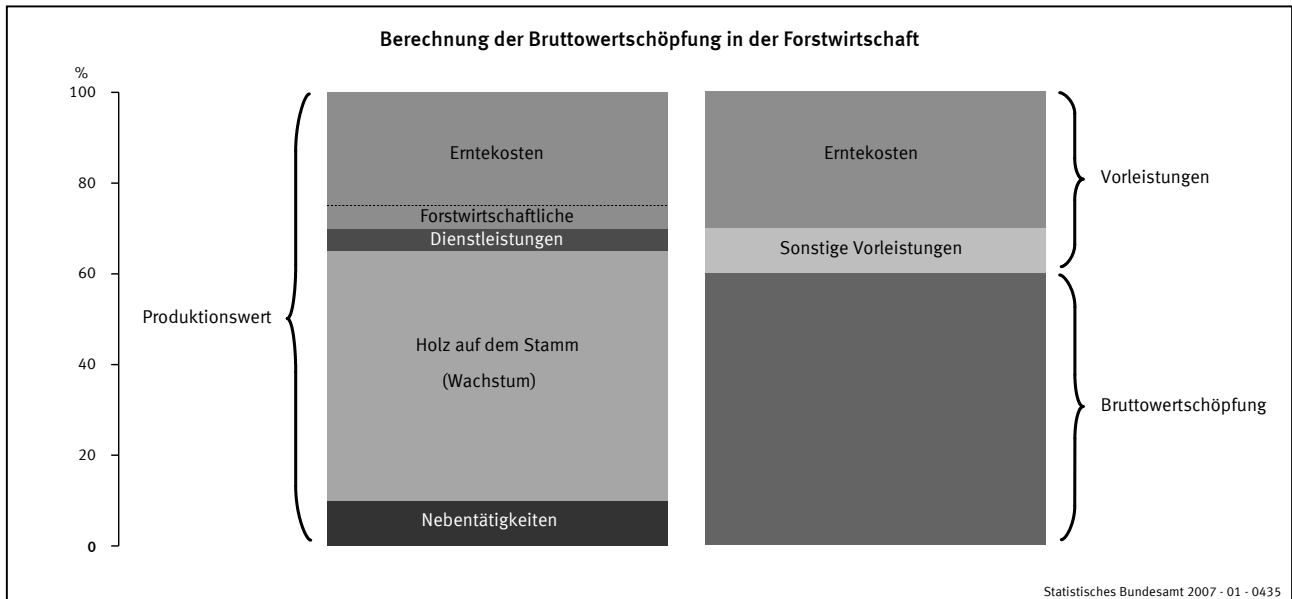


Schaubild 3



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0435

Forstwirtschaft angesiedelt sind, gehen forstwirtschaftliche Dienstleistungen sowohl in den Produktionswert als auch in die Vorleistungen dieses Wirtschaftsbereiches ein. Ein Teil der forstwirtschaftlichen Dienstleistungen gehört zu den Erntekosten. Der Zusammenhang zwischen den verschiedenen

Bestandteilen von Produktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung wird im Schaubild 3 dargestellt.

Für unser Beispiel nehmen wir an, dass Nebenaktivitäten und nicht zu den Erntekosten gehörende forstwirtschaftliche Dienstleistungen 300 Mill. Euro betragen sollen; darüber hinaus wird eine Vorleistungsquote von 25% unterstellt. Der Fortgang der Berechnung bis zur Bruttowertschöpfung wird in der Tabelle 5 gezeigt.

Tabelle 5: Berechnung der Bruttowertschöpfung

Gegenstand der Nachweisung		Einheit	Wert
Annahmen	Wachstum auf dem Stamm ..	1 000 m ³	65 000
	ungenutzt	1 000 m ³	35 000
	Holzeinschlagsmenge	1 000 m ³	30 000
Preise	Herstellungspreis	EUR/m ³	50
	erntekostenfrei	EUR/m ³	30
	Erntekostensatz	EUR/m ³	20
Produktionswert	Holzproduktion	Mill. EUR	2 550
	Wachstum auf dem Stamm ..	Mill. EUR	1 950
	Erntekosten	Mill. EUR	600
	Nebenaktivitäten, sonstige forstwirtschaftliche Dienstleistungen	Mill. EUR	300
	Produktionswert insgesamt ..	Mill. EUR	2 850
Vorratsveränderungen	an unfertigen Erzeugnissen ..	Mill. EUR	1 050
	Zugänge (Wachstum)	Mill. EUR	1 950
	Abgänge (Einschlag)	Mill. EUR	-900
	an Fertigerzeugnissen	Mill. EUR	0
	Zugänge (Einschlag)	Mill. EUR	1 500
	Abgänge (Verkäufe)	Mill. EUR	-1 500
	Vorratsveränderungen insgesamt	Mill. EUR	1 050
Nachrichtlich: Verkäufe	Mill. EUR	1 500	
Entstehung = Verwendung			
Produktionswert	Insgesamt	Mill. EUR	2 850
	Holzproduktion	Mill. EUR	2 550
	Nebenaktivitäten u. Ä.	Mill. EUR	300
Vorratsveränderung	ungenutztes Wachstum	Mill. EUR	1 050
Verkäufe	Holzeinschlag	Mill. EUR	1 500
Vorleistungen	Vorleistungen insgesamt	Mill. EUR	713
	Erntekosten	Mill. EUR	600
	sonstige Vorleistungen	Mill. EUR	113
	Vorleistungsquote	%	25
Bruttowertschöpfung	Mill. EUR	2 137

4 Auswirkung der Sturmschäden

Die Auswirkungen der Sturmschäden können nur in einer mehrjährigen Darstellung gezeigt werden. Die Darstellung in konstanten Preisen erscheint geeignet, um preisbereinigt die Auswirkungen der Sturmschäden hervorheben zu können (üblicherweise sinken die Preise für Holz nach Sturmschäden merklich und drücken damit die nominale Bruttowertschöpfung nach unten). Tabelle 6 zeigt ein Rechenbeispiel, in dem angenommen wird, dass das jährliche Wachstum (in 1 000 m³) 1% beträgt. Nach drei normalen Durchschnittsjahren erfolgt in t4 ein derart großer Sturmschaden, dass die dadurch entstandene Holzeinschlagsmenge das Wachstum dieses Jahres um 30 000 m³ bzw. 1 Mill. Euro übersteigt. Als Holzeinschlagsmenge gilt jedoch nicht das im Wald herumliegende Holz, sondern nur „Holz am Wegerand gerückt“. Das Beispiel geht davon aus, dass ein Sturm zu höheren Vorleistungen in Form von Erntekosten führt. Darüber hinaus führt diese Abgrenzung des Produktionsprozesses für Holz „bis zum Wegerand“ dazu, dass – je nach Ausmaß und Zeitpunkt des Sturmes – unter Umständen auch das Folgejahr eine überdurchschnittlich hohe Holzeinschlagsmenge aufweisen kann, dann nämlich, wenn die Aufräumarbeiten über den Jahreswechsel hinaus andauern.

Das Beispiel zeigt, dass die sturmbedingte hohe Holzeinschlagsmenge keinen direkten Einfluss auf den Produktionswert hat. Bei sehr großen Sturmschäden können jedoch die

Tabelle 6: Rechenbeispiel (in Festpreisen) mit Sturmschäden

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	t1	t2	t3	Sturmjahr t4	t5	Sturmeffekt t4 minus t3
Wachstum auf dem Stamm	1 000 m ³	65 000	65 650	66 307	66 970	67 639	663
ungenutzt (wird noch nicht eingeschlagen) .	1 000 m ³	35 000	35 650	36 307	-30	32 639	-36 337
Holzeinschlagsmenge	1 000 m ³	30 000	30 000	30 000	67 000	35 000	37 000
Herstellungspreis (in Festpreisen t1 = 100) .	EUR/m ³	50	50	50	50	50	X
erntekostenfrei	EUR/m ³	30	30	30	30	30	X
Erntekostensatz	EUR/m ³	20	20	20	20	20	X
Produktionswert							
Holzproduktion	Mill. EUR	2 550	2 570	2 589	3 349	2 729	760
Wachstum auf dem Stamm	Mill. EUR	1 950	1 970	1 989	2 009	2 029	20
Erntekosten	Mill. EUR	600	600	600	1 340	700	740
Nebentätigkeiten, forstwirtschaftliche							
Dienstleistungen (außer Erntekosten)	Mill. EUR	300	302	305	394	321	X
Produktionswert insgesamt	Mill. EUR	2 850	2 872	2 894	3 743	3 050	X
Vorratsveränderungen							
an unfertigen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 050	1 070	1 089	-1	979	X
Zugänge (Wachstum)	Mill. EUR	1 950	1 970	1 989	2 009	2 029	20
Abgänge (Einschlag)	Mill. EUR	-900	-900	-900	-2 010	-1 050	-1 110
an Fertigerzeugnissen	Mill. EUR	0	0	0	0	0	X
Zugänge (Einschlag)	Mill. EUR	1 500	1 500	1 500	3 350	1 750	1 850
Abgänge (Verkäufe)	Mill. EUR	-1 500	-1 500	-1 500	-3 350	-1 750	-1 850
Vorratsveränderungen insgesamt	Mill. EUR	1 050	1 070	1 089	-1	979	X
Nachrichtlich: Verkäufe	Mill. EUR	1 500	1 500	1 500	3 350	1 750	1 850
Vorleistungen	Mill. EUR	713	718	723	2 246	915	1 522
Erntekosten	Mill. EUR	600	600	600	1 340	700	740
sonstige Vorleistungen	Mill. EUR	113	118	123	906	215	782
Vorleistungsquote	%	25	25	25	60	30	X
Veränderungsraten							
Produktionswert	%	X	0,8	0,8	29,3	-18,5	X
jährliches Wachstum	%	X	1	1	1	1	X
Erntekosten	%	X	0	0	123	-48	X
Nebentätigkeiten, forstwirtschaftliche							
Dienstleistungen (außer Erntekosten)	%	X	1	1	29	-19	X
ungenutztes Wachstum	%	X	2	2	-100	X	X
Holzeinschlag	%	X	0	0	123	-48	X
Anteile am Produktionswert							
Wachstum	%	68	69	69	54	67	X
Erntekosten	%	21	21	21	36	23	X
Nebentätigkeiten, forstwirtschaftliche							
Dienstleistungen (außer Erntekosten)	%	11	11	11	11	11	X
ungenutztes Wachstum	%	37	37	38	0	32	X

Vorratsveränderungen negativ sein (hier -30 000 m³ bzw. -1 Mill. Euro). Der Produktionswert kann nie negativ sein, denn er besteht definitionsgemäß aus dem jährlichen Wachstum zuzüglich der Erntekosten. Daraus folgt, dass auch wenn - im Extremfall am 1. Januar eines Berichtsjahres - alle Bäume durch einen Sturm „gefällt“ würden, der Produktionswert in diesem Jahr auch dann die Erntekosten (Aufräumarbeiten, bis die Holzstämme zum Wegerand gerückt sind) enthalten würde. Die Bruttowertschöpfung dagegen könnte theoretisch auch negativ sein, wenn das jährliche Wachstum und die durch Produzenten selber erbrachten Erntetätigkeiten geringer ausfallen als die sonstigen Vorleistungen. (Dieser Fall ist jedoch so unwahrscheinlich, dass er hier nicht mehr weiter verfolgt wird.)

Demgegenüber hätten sich gemäß der früheren Praxis (also ohne das „Holz auf dem Stamm“ als unfertige Produktion zu erfassen) die Sturmschäden direkt (um den Wert der an den Wegerand gerückten Bäume) erhöhend auf den Produktionswert ausgewirkt. Vor der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 konnte sich bei schweren Sturmschäden die daraufhin merklich höhere Bruttowertschöpfung im Wirtschaftsbereich Forstwirtschaft bis hin zum Bruttoinlandsprodukt auswirken.

In unserem Rechenbeispiel führen die höheren Erntekosten im Sturmjahr (740 Mill. Euro bzw. +123% mehr als im vorhergehenden Jahr) zu einem höheren Produktionswert, aber auch zu höheren Vorleistungen. Wie bereits erwähnt, können je nach Ausmaß und Zeitpunkt des Schadens auch im Folgejahr (t5) noch Aufräumarbeiten anfallen. Diese wurden hier als Erntekosten des Folgejahres nachgewiesen. Deswegen können auch im Folgejahr - verglichen mit einem Durchschnittsjahr - leicht höhere Produktionswerte und Vorleistungen auftreten. Dies ist in der Tabelle 6 anhand des Anteils der Erntekosten am Produktionswert leicht zu erkennen (21% in den „Durchschnittsjahren“ t1 bis t3 und 23% im Sturmnachfolgejahr t5).

5 Berechnungen für Deutschland ab dem Berichtsjahr 1991

Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden Ergebnisse der revidierten Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet, welche vom Institut für Ökonomie der Bundesforschungsanstalt für Holz- und Forstwirtschaft im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz berechnet wurden.⁴⁾ Die Ergebnisse der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden um die Produktion der in der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung unter der Abschneidegrenze liegenden Einheiten ergänzt. Da die Forstbaumschulen nicht in der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung, sondern in der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung enthalten sind, werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ferner noch die Forstbaumschulen dazu gerechnet (siehe Schaubild 4).

Für die Ermittlung der Holzeinschlagsmenge wurden innerhalb der Berechnungen der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung die Ergebnisse der Holzeinschlagsstatistik plausibilisiert und gegebenenfalls korrigiert. Dazu wurden die Ergebnisse der Testbetriebsstatistik – speziell die Ergebnisse für die Forstbetriebe und die landwirtschaftlichen Betriebe mit Wald – sowie die Flächen aus der Agrarberichterstattung herangezogen sowie Ergebnisse einer eigenständigen mengenmäßigen Verwendungsrechnung für Holzeinschlag genutzt.

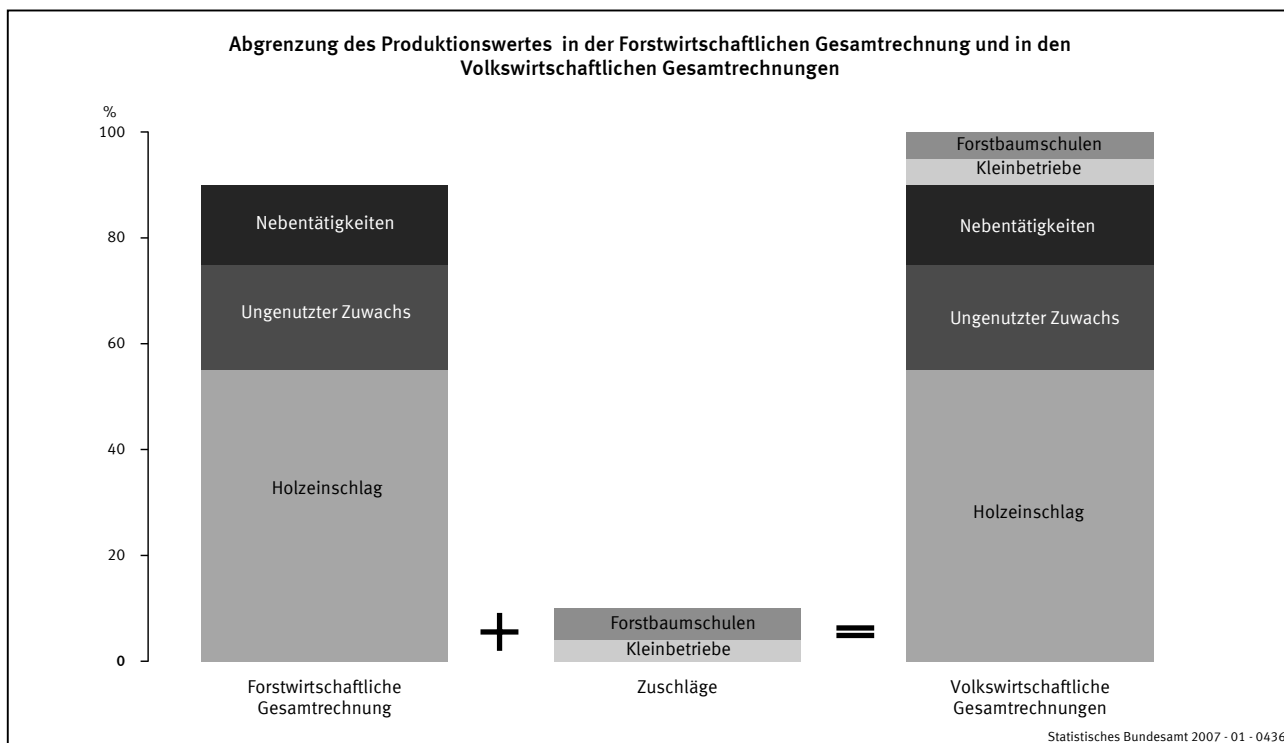
Die Berechnungen für das ungenutzte Wachstum stützen sich auf Waldwachstumsmodelle, die die Ergebnisse der ersten Bundeswaldinventur (1986 bis 1988) und des „Datenspeicher Waldfonds“ der ehemaligen DDR (fortgeführt bis 1993) fortschreiben. Die Bewertung erfolgt zu dem Herstellungspreis für den Holzeinschlag des jeweiligen Jah-

res abzüglich der künftigen „Erntekosten“ (Kosten für den Einschlag). Eine Bewertung zum Barwert künftiger Erträge erschien nicht durchführbar, da dies sehr langfristige Schätzungen sowohl für den Holzpreis (zum künftigen Zeitpunkt des Holzeinschlags) als auch für den dazugehörigen Abzinsungsfaktor voraussetzt. Deswegen fand die Bewertung für den Holzeinschlag zu aktuellen Preisen beziehungsweise zum erntekostenfreien Ertragsatz statt.

Die Werte für die forstwirtschaftlichen Dienstleistungen wurden im Rahmen der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung aus den aufbereiteten und hochgerechneten Buchführungsergebnissen der Betriebe aus dem Testbetriebsnetz entnommen (Position „Aufwendungen der Forstbetriebe für forstliche Dienstleistungen“⁵⁾). Diese Aufwendungen der Forstbetriebe sind die Erträge der forstlichen Dienstleister.

In der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde angenommen, dass 10% der Betriebe mit weniger als 200 ha Waldfläche ausschließlich für den Eigenverbrauch produzieren. Diese Betriebe wurden in den Berechnungen der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht berücksichtigt. Sie wurden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch einen Zuschlag von 2,5% dazugeschätzt. Der Zuschlag wurde anhand interner Daten aus der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt und entspricht dem geschätzten Verhältnis der Holzeinschlagsmenge dieser in

Schaubild 4



4) Die Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung ist ein Satellitensystem zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, welches methodisch im Prinzip auf das ESGV 1995 abgestimmt ist, jedoch bestimmte Abweichungen zulässt, die den Charakteristika der Forstwirtschaft besser gerecht werden (besser als das auf alle Wirtschaftsbereiche ausgerichtete ESGV 1995). In den letzten Jahren wurde unter der Koordination des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften ein zweites Satellitensystem auf dem Gebiet der Forstwirtschaft entwickelt, das verstärkt auch Umweltaspekte im Fokus hat: die Umweltökonomische Waldgesamtrechnung. Seit 2007 ist die Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung in die Waldgesamtrechnung integriert (siehe Bormann, K./Dieter, M./Englert, H./Küppers, J.-G./Hoffmann-Müller, R.: „Umweltökonomische Waldgesamtrechnungen“ in WiSta 2/2007, S. 212 ff.).

5) Siehe Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: „Methodische Erläuterungen zu den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe“ vom 14. Februar 2007 (<http://www.bmelv.de>, Service → Agrarbericht → Buchführungsergebnisse der Testbetriebe 2007; Stand: 12. Juni 2007).

Tabelle 7: Entwicklung und Bedeutung der Forstwirtschaft in Deutschland
in jeweiligen Preisen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Produktionswert	Mill. EUR	3 290	3 060	3 140	3 070	3 400	3 470	3 680
Vorleistungen	Mill. EUR	1 440	1 180	1 140	1 130	1 260	1 280	1 300
Bruttowertschöpfung	Mill. EUR	1 850	1 880	2 000	1 940	2 140	2 190	2 380
Anteil der Bruttowertschöpfung der Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	%	0,10	0,10	0,10	0,10	0,11	0,11	0,11

der forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht berücksichtigten Kleinheiten zu der Holzeinschlagsmenge der übrigen Betriebe.

In den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Wirtschaftsbereiche nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, abgegrenzt. Danach gehören die Forstbaumschulen zur Forstwirtschaft. Da diese jedoch in der forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht enthalten sind, wird der Produktionswert für Forstbaumschulen als Anteil am Produktionswert aller Baumschulen geschätzt und zu den oben dargestellten Zwischenergebnissen addiert.⁶⁾

Die Vorleistungen der Forstwirtschaft innerhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechen den Vorleistungen aus der forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung zuzüglich des Zuschlags wegen Untererfassung in Höhe von 2,5% und der geschätzten Vorleistungen für Forstbaumschulen. In der forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Vorleistungen ausgehend von den Ergebnissen der Testbetriebsstatistik ermittelt, wobei auf die unterschiedlichen Konzepte der Testbetriebsstatistik einerseits und der Gesamtrechnung andererseits geachtet wird. Wo erforderlich, wurden Angaben aus der Testbetriebsstatistik mittels Schätzungen und Expertenwissen auf Konzepte des ESGV übergeleitet. Das Resultat wird in den Veröffentlichungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesen (Fachserie 18, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse –“). Die Entwicklung und Bedeutung der Forstwirtschaft innerhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird in Tabelle 7 gezeigt.

6 Rückrechnung für die Jahre 1970 bis 1991

Bei der letzten großen Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im April 2005 wurden für das frühere Bundesgebiet Ergebnisse nach den neuen Konzepten zurück bis 1970 berechnet. Bedingt durch die Datenlage unterscheiden sich oft die Methoden der Rückrechnung von den Rechenmethoden ab 1991 vorwärts.

Im Bereich Forstwirtschaft war in der Rückrechnung die Umstellung auf das Konzept „Holz auf dem Stamm“ zu leisten. Wegen der verhältnismäßig größeren Bedeutung des ungenutzten Zuwachses wurden hier Produktionswerte und Vorleistungen zuerst in Festpreisen (2000 = 100) berechnet und anschließend auf nominale Werte inflationiert. Aus den

nominalen Werten wiederum wurden durch Deflationierung preisbereinigte Werte in Vorjahrespreisen ermittelt. Die Bruttowertschöpfung wurde als Differenz von Produktionswert und Vorleistungen ermittelt. Die Vorratsveränderungen (ungenutzter Zuwachs) wurden nominal als Anteil am Produktionswert ermittelt. Aus den nominalen Werten wurden wiederum durch Deflationierung Vorratsveränderungen in Vorjahrespreisen ermittelt.

Der erste Schritt in der Rückrechnung bestand in der Ermittlung revidierter Eckwerte für Produktionswerte und Vorleistungen für 1991 für das frühere Bundesgebiet. Es lagen unrevidierte Eckwerte 1991 sowohl für Deutschland als auch für die alten Bundesländer sowie revidierte Eckwerte 1991 für Deutschland vor. Um einen revidierten Eckwert 1991 für das frühere Bundesgebiet herauszurechnen, lag es nahe, dafür das Verhältnis der unrevidierten Eckwerte „Alte Bundesländer“ zu „Deutschland insgesamt“ zu verwenden. Nach der deutschen Vereinigung brach jedoch die Holzeinschlagstätigkeit in den neuen Bundesländern zunächst zusammen, was dazu führte, dass im Berichtsjahr 1991 vor Revision (und somit auch vor der Einführung des Konzeptes „Holz auf dem Stamm“) die alten Bundesländer mit knapp 92% zum gesamtdeutschen Produktionswert beigetragen haben. Deswegen wurde der gesamtdeutsche ungenutzte Zuwachs des Berichtsjahres 1991 nach den Ergebnissen der Bundeswaldinventur 2002 (Vorräte in 1 000 m³ nach Bundesländern) auf alte und neue Bundesländer aufgeteilt. Der Anteil der alten Bundesländer betrug hier nur knapp 78%. Der Rest des gesamtdeutschen Produktionswertes und auch die Vorleistungen wurden anhand der unrevidierten Werte aufgeteilt. Die Vorratsveränderungen stellen den ungenutzten Zuwachs dar und wurden deswegen anhand der Ergebnisse der Bundeswaldinventur aufgeteilt.

Auf diese Weise wurden Eckwerte für das Jahr 1991 für das frühere Bundesgebiet in jeweiligen Preisen und in Festpreisen (2000 = 100) ermittelt. Der nächste Schritt bestand jetzt darin, diese Eckwerte zurückzuschreiben und (in geeigneter Weise) zu plausibilisieren. Zuerst wurden die Produktionswerte und Vorleistungen zurückgeschrieben. Die Bruttowertschöpfung wurde als Differenz berechnet. Anschließend wurden aus den zurückgeschriebenen Produktionswerten die Vorratsveränderungen (ungenutzter Zuwachs) ermittelt. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Jahr 1990 gewidmet, welches durch sehr starke Sturmschäden geprägt ist.

Um die Produktionswerte zurückzuschreiben, wurde zuerst eine Zeitreihe der Veränderungsdaten 1991 zurück bis 1970

⁶⁾ Der Produktionswert aller Baumschulen wird in Deutschland vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz innerhalb der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt.

ermittelt. Ausgangspunkt dazu waren die Veränderungsdaten der unrevidierten Produktionswerte für diesen Zeitraum. Diese mussten jedoch geglättet werden, da das neue Konzept „Holz auf dem Stamm“ die Schwankungen aufgrund der sich jährlich ändernden Holzeinschlagsmengen teilweise ausgleicht. Der Eckwert 1991 für die alten Bundesländer wurde mit einer Jahresveränderungsrate zurückgeschrieben, die folgendermaßen als gewichteter Mittelwert gebildet wurde: Aus den Ergebnissen der letzten zwei Waldinventuren wurde eine langfristige Zuwachsrate der Waldbestände geschätzt, diese Zuwachsrate wurde mit 80 % gewichtet. Die Veränderungsdaten der unrevidierten Produktionswerte in Festpreisen wurden mit 20 % gewichtet. Für die Entwicklung 1990 zu 1991 wurde jedoch die Gewichtung modifiziert, da als Folge der sehr großen Sturmschäden einerseits weniger Bäume wachsen konnten, andererseits die Aufräumkosten, die sich in den Holzeinschlagskosten (als Teil des Produktionswertes) niederschlugen, im Jahr 1991 einen höheren Anteil als in sturmfreien Jahren hatten. Die mit den oben dargestellten Veränderungsdaten zurückgeschriebenen Produktionswerte in Festpreisen wurden anschließend auf nominale Werte inflationiert.

Die Berechnung der Vorleistungen gestaltete sich analog zu den Berechnungen der Produktionswerte: Da sich hier konzeptionell durch die Revision nichts geändert hat, wurden die Vorleistungen des Berichtsjahres 1991 für die alten Bundesländer in Festpreisen (2000 = 100) mit den Veränderungsdaten der unrevidierten Vorleistungen bis 1970 zurückgeschrieben und anschließend mit dem aus den unrevidierten Vorleistungen umbasierten rechnerischen Preisindex inflationiert.

Die Ermittlung der Vorratsveränderungen zurück bis 1970 gestaltete sich sehr schwierig und nach mehreren Probeberechnungen nach verschiedenen Ansätzen fiel die Entscheidung, ungenutzten Zuwachs als festen Anteil am revidierten Produktionswert zu ermitteln. Das Problem bestand darin, dass der ungenutzte Zuwachs an sich eine Restgröße ist (jährliches Wachstum abzüglich der Holzeinschlagsmenge im Berichtsjahr), diese Saldenrechnung jedoch (mit anschließender monetärer Bewertung) im Rahmen der Rückrechnung nicht durchzuführen war. Dies lag in erster Linie daran, dass die Rückrechnung als Teil der Revisionsberechnungen an die Methoden und an das Niveau der Berechnungen ab 1991 gebunden ist, andererseits sollten jedoch revidierte Ergebnisse auch der Hinterfragung der Revisionsdifferenzen standhalten und plausible Antworten liefern. Wie in Kapitel 5 bereits erwähnt, fand innerhalb der Revision der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung eine Plausibilisierung und Korrektur der Ergebnisse der Holzeinschlagsstatistik statt, die jedoch nur ab 1991 vorwärts durchgeführt wurde, sodass keine bruchfreie Zeitreihe der Holzeinschlagsmengen zurück bis 1970 zur Verfügung stand.

Darüber hinaus war noch der Sturm des Jahres 1990 plausibel abzubilden, ohne dass darüber die benötigten Informationen (Holzeinschlag, Ernte-/Aufräumkosten und Wachstum) verfügbar waren. Dies gestaltete sich besonders aufwendig, denn es galt zugleich, den Übergang sowohl zum Eckwertjahr 1991 als auch zur modellmäßig als durchschnittlich angenommenen Entwicklung der Jahre 1970 bis 1989 zu beachten.

Für den Zeitraum 1970 bis 1989 wurde der ungenutzte Zuwachs als fester Anteil am Produktionswert berechnet. Als Quote wurde ein Durchschnittswert der Anteile des ungenutzten Zuwachses am Produktionswert über die Jahre 1991 bis 2003 verwendet, der aus den Ergebnissen der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet werden konnte. Da diese nur in jeweiligen Preisen vorlagen, wurde dieselbe Quote sowohl für Werte in jeweiligen Preisen als auch für solche in Festpreisen verwendet. Danach betrug der Anteil des ungenutzten Wachstums am Produktionswert der Forstwirtschaft in den Jahren 1970 bis 1989 etwa 24 %, im Sturmjahr 1990 waren es 0 % und 1991 29 %. Die Ergebnisse in Festpreisen wurden zur Plausibilisierung der Zeitreihe verwendet. Dabei wurde auch darauf geachtet, dass die Vorleistungen, die – wie bereits erläutert – von den Aufräumkosten (als Erntekosten) maßgeblich geprägt sind, zu der Entwicklung der bewerteten Holzeinschlagsmengen passen, die sich rechnerisch ergeben, wenn man vom Produktionswert die Vorratsveränderungen (ungenutzten Zuwachs) abzieht.

Diese ausführliche Beschreibung soll einerseits der Dokumentation der Berechnungen dienen und andererseits demonstrieren, welche Probleme sich insbesondere bei Rückrechnungen ergeben, wenn nachträglich neue Konzepte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzusetzen sind. [uu](#)

Dipl.-Soziologin Wera Kallnik

Preise im Mai 2007

Im Mai 2007 erhöhten sich auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat Mai 2006. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte nahm im Mai 2007 um 1,9% zu (April 2007 gegenüber April 2006: +1,6%). Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich um 2,4% gegenüber dem Vorjahresmonat (April 2007: +2,9%). Der Index der Einzelhandelspreise stieg um 1,5% (April 2007: +1,7%), der Verbraucherpreisindex lag um 1,9% über dem Stand vom Mai 2006 (April 2007: ebenfalls +1,9%).

Im Vergleich zum April 2007 entwickelten sich die Preise auf den betrachteten Wirtschaftsstufen unterschiedlich. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte nahmen im Mai 2007 gegenüber dem Vormonat um 0,3% zu (April 2007 gegenüber März 2007 +0,1%). Die Großhandelsverkaufspreise stiegen gegenüber dem Vormonat ebenfalls um 0,3%, im April 2007 hatte die Monatsveränderungsrate +0,8% betragen. Die Einzelhandelspreise sanken im Vormonatsvergleich um 0,1%, im April 2007 waren sie um 0,4% gegenüber dem Vormonat gestiegen. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Mai 2007 binnen Monatsfrist um 0,2% (Vormonat: +0,4%).

Bei den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresmonat ist im Mai 2007 die auf den einzelnen Wirtschaftsstufen unterschiedliche Preisentwicklung von Energie besonders auffallend. Auf der Erzeugerstufe lagen die Energiepreise 0,3% niedriger als im Mai 2006. Produkte im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen verbilligten sich im Mai 2007 um 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Verbraucher zahlten hingegen für Energie 1,9% mehr als vor einem Jahr.

	Veränderungen Mai 2007 gegenüber	
	April 2007	Mai 2006
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,3	+ 1,9
ohne Mineralölerzeugnisse	+ 0,3	+ 2,2
Mineralölerzeugnisse	+ 0,9	- 1,8
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,3	+ 2,4
Index der Einzelhandelspreise	- 0,1	+ 1,5
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	+ 0,2	+ 1,9
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 2,1
Heizöl und Kraftstoffe	+ 1,3	- 0,7
ohne Saisonwaren	+ 0,2	+ 2,0
Saisonwaren	- 0,7	- 1,1

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte stieg im Mai 2007 verglichen mit dem Vorjahr um 1,9%. In den beiden Vormonaten April und März 2007 hatte die Jahresteuersrate +1,6 bzw. +2,5% betragen.

Vorleistungsgüter verteuerten sich besonders stark gegenüber dem Vorjahr. Die Preise für diese Güter erhöhten sich im Mai 2007 gegenüber Mai 2006 um 4,8%. Besonders für Metalle und Metallerzeugnisse nahmen die Preise zu: Starke Preissteigerungen verglichen mit dem Vorjahr gab es bei Drahtwaren, Walzstahl, Eisen- und Stahlrohren sowie Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnissen. Auch andere Vorleistungsgüter verzeichneten einen starken Anstieg im Preisniveau: Futtermittel für Nutztiere, Nadelschnittholz, Spanplatten, Sekundärrohstoffe sowie Mahl- und Schäl- mülenerzeugnisse.

Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2000 = 100				
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2005 D	110,7	108,2	103,0	108,3
2006 D	116,8	112,2	104,0	110,1
2006 April ...	116,6	111,8	104,1	109,9
Mai	116,7	112,6	104,2	110,1
Juni	117,1	113,2	104,2	110,3
Juli	117,7	113,0	103,9	110,7
Aug. ...	117,9	113,7	103,8	110,6
Sept. ...	117,5	113,1	104,1	110,2
Okt. ...	117,8	112,9	104,3	110,3
Nov. ...	117,8	113,0	104,4	110,2
Dez. ...	117,8	113,0	104,5	111,1
2007 Jan. ...	117,8	113,0	105,0	110,9
Febr. ...	118,1	113,5	105,3	111,3
März ..	118,4	114,1	105,5	111,6
April ...	118,5	115,0	105,9	112,0
Mai	118,9	115,3	105,8	112,2
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2006 April ...	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,4
Mai	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2
Juni	+ 0,3	+ 0,5	-	+ 0,2
Juli	+ 0,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,4
Aug. ...	+ 0,2	+ 0,6	- 0,1	- 0,1
Sept. ...	- 0,3	- 0,5	+ 0,3	- 0,4
Okt. ...	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Nov. ...	-	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
Dez. ...	-	-	+ 0,1	+ 0,8
2007 Jan. ...	-	-	+ 0,5	- 0,2
Febr. ...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
März ..	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3
April ...	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4
Mai	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2002 D	- 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,1
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2005 D	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,0
2006 D	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,0	+ 1,7
2006 April ...	+ 6,1	+ 3,2	+ 1,1	+ 2,0
Mai	+ 6,2	+ 5,0	+ 1,2	+ 1,9
Juni	+ 6,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 2,0
Juli	+ 6,0	+ 4,6	+ 1,1	+ 1,9
Aug. ...	+ 5,9	+ 5,3	+ 1,2	+ 1,7
Sept. ...	+ 5,1	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,0
Okt. ...	+ 4,6	+ 2,9	+ 0,9	+ 1,1
Nov. ...	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 1,5
Dez. ...	+ 4,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 1,4
2007 Jan. ...	+ 3,2	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,6
Febr. ...	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,6
März ..	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,9
April ...	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,9
Mai	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,9

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Für Energie musste zwar mit – 0,3 % weniger bezahlt werden als im Vorjahr, doch stiegen die Preise gegenüber dem Vormonat April 2007 um 0,7 %. Die Preise für Mineralöl-erzeugnisse sanken gegenüber Mai 2006 um 1,8 %, gegen-über April 2007 zogen sie um 0,9 % an. Am stärksten sanken im Vorjahresvergleich die Preise für schweres und leichtes Heizöl (– 15,7 bzw. – 10,1 %). Elektrischer Strom verteuerte sich im Mai 2007 verglichen mit Mai 2006 um 2,1 %. Gegenüber April 2007 erhöhten sich die Preise um 2,3 %. Die Preise für Erdgas lagen im Mai 2007 1,3 % unter

dem Vorjahresniveau und 0,4 % unter dem Vormonats-niveau.

Neben den starken Preissteigerungen bei Vorleistungs-gütern gab es bei den verschiedenen Produktgruppen fol-gende Preisentwicklungen gegenüber dem Vorjahr: Investi-tionsgüter verteuerten sich um 1,2 % und Konsumgüter um 1,7 % (darunter: Gebrauchsgüter + 1,4 %, Verbrauchsgüter + 1,8 %).

Gegenüber April 2007 lag der Index der Erzeugerpreise im Mai 2007 um 0,3 % höher. Besonders hohe Teuerungsraten verglichen mit dem Vormonat hatten Wellpapier und -pappe (+ 6,7 %), Drahtwaren (+ 4,6 %), Schweinefleisch (+ 2,9 %) und isolierte Elektrokabel (+ 2,4 %). Gesunken sind binnen Monatsfrist die Preise für Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (– 3,7 %), Klebstoffe und Gelatine (– 3,5 %), elektronische Bauelemente (– 2,3 %) sowie Nadelschnitt-holz (– 1,1 %).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* erhöhte sich im Mai 2007 gegenüber Mai 2006 um 2,4 %. In den Vormona-ten April und März 2007 hatte die Jahresveränderungsrate + 2,9 bzw. + 3,1 % betragen.

Starke Preissteigerungen im Vergleich zum Vorjahresmonat Mai 2006 gab es bei Produkten im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln (+ 24,0 %), mit Blumen und Pflan-zen (+ 11,1 %), mit Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und deren Halbzeug (+ 11,0 %) sowie mit Installationsbe-darf für Gas, Wasser und Heizung (+ 7,0 %). Billiger ver-kaufte wurden hingegen Produkte im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen (– 2,5 %). Rück-läufig entwickelten sich auch die Preise im Großhandel mit Büromaschinen und -einrichtungen (– 13,2 %) sowie mit pharmazeutischen Erzeugnissen und medizinischen Hilfs-mitteln (– 2,6 %).

Verglichen mit dem Vormonat stieg der Großhandelspreis-index im Mai 2007 um 0,3 %. Im April 2007 hatte die Monatsteuerungsrate + 0,8 % betragen. Auffallend verteu-ert haben sich Produkte im Großhandel mit Blumen und Pflanzen (+ 5,1 %), Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und deren Halbzeug (+ 1,6 %) sowie mit festen Brennstof-fen und Mineralölzeugnissen (+ 1,5 %). Verringert haben sich die Preise im Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartof-feln (– 4,8 %), Baumaschinen (– 2,4 %) sowie Büromaschi-nen und -einrichtungen (– 1,7 %).

	Veränderungen Mai 2007 gegenüber	
	April 2007	Mai 2006
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+ 2,3	+ 12,2
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	- 1,0	+ 2,3
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+ 0,3	+ 0,3
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	+ 1,0	+ 4,1
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	- 0,7	- 4,5
Sonstiger Großhandel	+ 0,4	+ 3,6

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Mai 2007 gegenüber	
	April 2007	Mai 2006
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Holz hackschnitzel	- 4,4	+ 45,2
Verarbeitete Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse	-	+ 24,5
Drahtwaren	+ 4,6	+ 19,9
Futtermittel für Nutztiere	+ 1,1	+ 19,8
Nadelschnittholz	- 1,1	+ 19,2
Spanplatten	+ 0,8	+ 17,1
Walzstahl	+ 0,9	+ 16,6
Sekundärrohstoffe	-	+ 13,1
Eisen- und Stahlrohre	+ 1,1	+ 11,1
Mahl- und Schäl mühlenerzeugnisse	+ 0,1	+ 10,4
Glas und Glaswaren	+ 0,8	+ 9,3
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	-	+ 6,3
Verlagszeugnisse	- 0,1	+ 4,9
Chemische Grundstoffe	+ 0,4	+ 4,1
Papier-, Karton- und Pappwaren	+ 0,7	+ 3,8
Milch und Milcherzeugnisse	+ 0,9	+ 3,3
Nichteisenmetalle und Halbzeug daraus	+ 1,0	+ 2,9
Maschinen	+ 0,1	+ 2,5
Bier	-	+ 2,4
Möbel	+ 0,1	+ 2,2
Elektrischer Strom	+ 2,3	+ 2,1
Tabakerzeugnisse	-	+ 2,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	+ 0,2	+ 1,8
Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	+ 0,1	+ 1,3
Kraftstoffe	+ 1,2	+ 0,2
Erdgas	- 0,4	- 1,3
Flüssiggas	- 0,4	- 1,5
Nachrichtentechnische Geräte und -einrichtungen	-	- 4,0
Leichtes Heizöl	- 1,4	- 10,1
Elektronische Bauelemente	- 2,3	- 11,6
Schweres Heizöl	+ 5,5	- 15,7
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 3,7	- 28,9
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Getreide, Saaten und Futtermitteln	+ 1,5	+ 24,0
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	+ 1,6	+ 11,0
Obst, Gemüse und Kartoffeln	- 4,8	+ 3,7
Tabakwaren	-	+ 2,3
Festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	+ 1,5	- 2,5
Lebenden Tieren	+ 2,2	- 6,8
Büromaschinen und -einrichtungen	- 1,7	- 13,2

Der *Index der Einzelhandelspreise* stieg im Mai 2007 verglichen mit dem Vorjahr um 1,5%. In den Vormonaten April und März 2007 hatte die Jahresveränderungsrate bei +1,7 bzw. +1,5% gelegen. Besonders ausgeprägt mit einem Plus von jeweils 2,9% waren die Preissteigerungen im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (darunter: Einzelhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen +4,2%, Einzelhandel mit Getränken +2,6%) sowie im Einzelhandel mit Kraftwagen. Gegenüber April 2007 sank der Einzelhandelspreisindex um 0,1%.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* erhöhte sich von Mai 2006 bis Mai 2007 um 1,9%. Auch im April und März 2007 hatte sich der Indexstand verglichen mit dem

Vorjahr um 1,9% erhöht. Überdurchschnittlich verteuerten sich unter anderem alkoholische Getränke und Tabakwaren (+3,9%; darunter: Weißwein +3,5%, Scotch Whisky +2,5%) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+2,8%). Bei Beherbergungsdienstleistungen waren vor allem Mieten für Ferienwohnungen und -häuser sowie Übernachtungen in Jugendherbergen teurer als vor einem Jahr (+5,2 bzw. +3,5%). Eine hohe Jahresveränderungsrate wiesen im Mai 2007 wie im Vormonat auch die Preise im Bildungswesen auf (+28,5%). Dies ist auf die Einführung von Studiengebühren in fünf Bundesländern zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls gestiegen sind im Mai 2007 die Preise für Haushaltsenergie (+2,0%). Strom verteuerte sich um 6,1%, Fernwärme um 3,7% und Gas um 3,1%. Lediglich für leichtes Heizöl musste binnen Jahresfrist weniger gezahlt werden (-10,0%).

**Ausgewählte Reihen
aus dem Verbraucherpreisindex für Deutschland
im Mai 2007**
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

Gesamtindex	1,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	3,9
Bekleidung und Schuhe	0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1,4
Einrichtungsgegenstände u. Ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1,0
Gesundheitspflege	1,4
Verkehr	2,8
Nachrichtenübermittlung	0,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	0,7
Bildungswesen	28,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2,8
Andere Waren und Dienstleistungen	2,1

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0054

Unterdurchschnittlich waren im Mai 2007 unter anderem die Preissteigerungen von Bekleidung und Schuhen sowie Möbeln und Einrichtungsgegenständen gegenüber dem Vorjahr (+0,8 bzw. +1,3%). Gesunken sind die Preise für Unterhaltungselektronik (-8,8%; darunter: Farbfernseher -21,9%, CD-Player -5,6%) und Informationsverarbeitungsgeräte (-13,8%; darunter: Personalcomputer -26,8%, Monitore -19,1%).

Im Vergleich zum Vormonat April 2007 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,2%. Insbesondere die Preise für Pauschalreisen (+ 5,7%) und Beherbergungsdienstleistungen (+ 4,2%) erhöhten sich, aber auch Kraftstoffe verteuerten sich binnen Monatsfrist (+ 1,9%; darunter: Normalbenzin + 2,3%). Preisrückgänge gab es beispielsweise bei Bekleidung (- 0,7%) und Gemüse (- 2,3%). Saisonbedingt verbilligten sich unter anderem Tomaten (- 21,8%), Blumenkohl (- 15,3%), Kopfsalat (- 15,1%) sowie Paprikaschoten (- 9,6%). Gegen den Trend entwickelten sich bei Gemüse die Preise für Kartoffeln und Zwiebeln (+ 10,0 bzw. + 8,4%).

Die Preise für langlebige Gebrauchsgüter lagen im Mai 2007 um 0,8% über dem Stand des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum verteuerten sich Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer um 0,8%. Den stärksten Preisanstieg wiesen Verbrauchsgüter auf (+ 2,3%). Die Preise für Dienstleistungen stiegen um 2,1%.

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen Mai 2007 gegenüber	
	April 2007	Mai 2006
	%	
Gesamtindex	+ 0,2	+ 1,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	- 0,1	+ 1,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 3,9
Bekleidung und Schuhe	- 0,6	+ 0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	-	+ 1,4
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+ 0,1	+ 1,0
Gesundheitspflege	+ 0,2	+ 1,4
Verkehr	+ 0,4	+ 2,8
Nachrichtenübermittlung	+ 0,1	+ 0,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,9	+ 0,7
Bildungswesen	-	+ 28,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 0,9	+ 2,8
Andere Waren und Dienstleistungen	- 0,1	+ 2,1

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland erhöhte sich im Mai 2007 gegenüber Mai 2006 um 2,0%. Auch im April und März 2007 hatte die Jahresveränderungsrate + 2,0% betragen. Verglichen mit dem Vormonat stieg der Index im Berichtsmonat Mai 2007 um 0,2%. [uu](#)

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Europäische Statistik		
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Entwicklung einer Europäischen Sozioökonomischen Klassifikation	5	527
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Kleinräumige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten in der amtlichen Statistik Europas	2	137
Arbeitgebersozialbeiträge und Beiträge zur Altersvorsorge	3	247
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Klassifikationen		
Auswirkungen der Änderungen im Harmonisierten System auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	2	150
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten	6	545
Aufwendungen und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien	6	556
Bevölkerung		
Neue Datenquelle zu Geburten und Kinderlosigkeit	3	260
Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext	3	312
LEBEN IN EUROPA 2005	1	31
Bevölkerungsentwicklung 2005	1	45
Ehescheidungen 2005	2	159
Mikrozensus		
Das Mikrozensusgesetz 2005 und der Übergang zur Unterjährigkeit	1	38

	Heft	Seite
Wahlen		
Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik	5	521
Erwerbstätigkeit		
Messung der Erwerbstätigkeit in den Vereinigten Staaten	3	264
Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext	3	312
Unternehmen und Arbeitsstätten, Unternehmensregister		
Erweiterte Auswertungen mit dem Unternehmensregister	4	342
Gewerbeanzeigen 2006 – Gründungen und Schließungen	6	567
Insolvenzen 2006	4	352
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Inlandstourismus 2006: Rekord bei Ankünften und Übernachtungen	5	489
Außenhandel		
Exportweltmeister Deutschland – Titel auf Zeit?	4	362
Konjunkturmotor Export	5	478
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2005 – Wachstum der Containertransporte in allen Verkehrsbereichen	2	169
Gefahrguttransporte 2005	4	370
Eisenbahnverkehr 2006 – Rekordjahr für Güter- und Personenverkehr	6	577
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2005	6	584
Gewerblicher Luftverkehr 2006	4	378
Geld und Kredit, Dienstleistungen		
Aussagekraft der Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich	3	271
Unternehmensstrukturen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2004	1	58
Pilotstudie „Dienstleistungsumsätze nach Arten 2004“	2	180
Bildung und Kultur		
Methodik zur Gewinnung der Kennzahl „Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler“	1	68
Gesundheitswesen		
Die Erfassung alkoholbedingter Sterbefälle in der Todesursachenstatistik 1980 bis 2005	3	278
Sozialleistungen		
Behinderung und Einkommen	2	193
Wohngeld in Deutschland 2005	2	200
Finanzen und Steuern		
Statistik der Entwicklungszusammenarbeit	3	291
Das Taxpayer-Panel der jährlichen Einkommensteuerstatistik	1	77
Staatliche Förderung der Riester-Rente für das Jahr 2002	3	300
Öffentliche Ausgaben für Äußere und Innere Sicherheit 2004	5	499
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	4	395

	Heft	Seite
Finanzen und Steuern		
Öffentliche Finanzen im Jahr 2006	4	386
Wirtschaftsrechnungen		
Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten	6	593
Löhne und Gehälter		
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Preise		
Fünf Jahre nach der Euro-Bargeldeinführung – War der Euro wirklich ein Teuro?	2	208
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2006	4	404
Preisentwicklung 2006	1	113
Preise im Januar 2007	2	223
Preise im Februar 2007	3	307
Preise im März 2007	4	412
Preise im April 2007	5	506
Preise im Mai 2007	6	637
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2006	1	17
Input-Output-Rechnung	1	86
Aktuelle Methodenfragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Umstellung der Agrarsubventionen	4	337
Darstellung der Forstwirtschaft in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	6	629
Aktuelle Methodenfragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Lkw-Maut	5	472
Konjunkturmotor Export	5	478
Umwelt		
Nutzung von Umweltressourcen durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte	1	97
Umweltökonomische Waldgesamtrechnungen	2	212
Gastbeiträge		
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Umweltökonomische Waldgesamtrechnungen	2	212
Auswirkungen von stochastischer Überlagerung und Mikroaggregation auf die Schätzung linearer und nichtlinearer Modelle	4	417
Der langfristige Wandel partnerschaftlicher Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	4	433
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters	5	511
Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik	5	521
Entwicklung einer Europäischen Sozioökonomischen Klassifikation	5	527



Neuerscheinungen¹⁾ vom 26. Mai 2007 bis 22. Juni 2007

● Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Mai 2007	13,75
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Februar 2007	19,30
Strategie- und Programmplan 2007 – 2011	18,50
● Fachserien		
Fachserie 7: Außenhandel		
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Februar 2007 11,-
Fachserie 17: Preise		
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), April 2007 7,65
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, April 2007 11,-

Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.